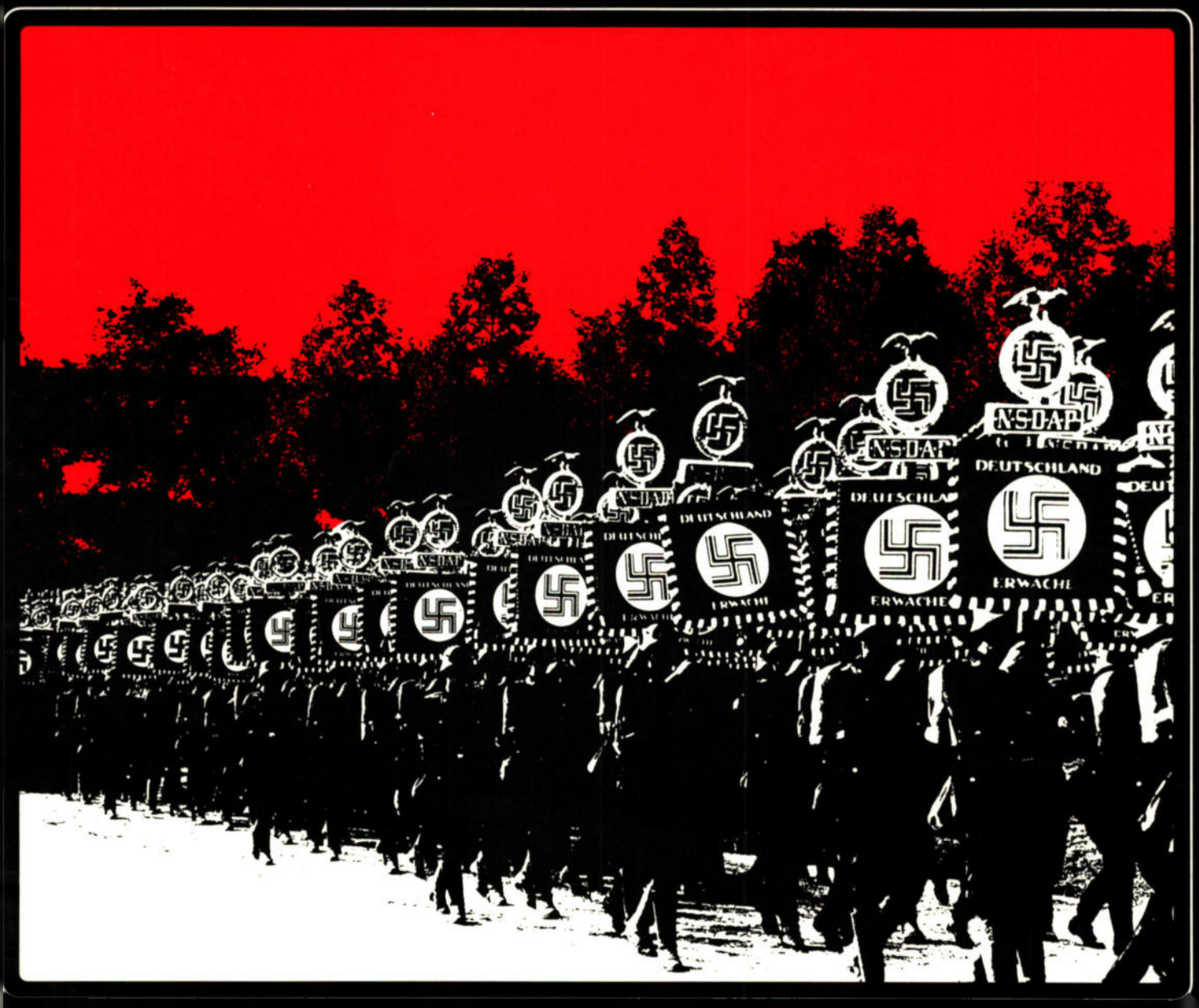
B 6897 F

Informationen zur politischen Bildung 123/126/127

Neudruck 1991

Der Nationalsozialismus



Informationen
zur politischen Bildung

INHALTSVERZEICHNIS Seite

Die Frühgeschichte der Nationalsozialistischen Partei 1919 1
Die Partei vor dem Eintritt Hitlers 1
Hitlers Lebensweg bis 1919 1
Hitlers Eintritt in die Politik 2

Die NSDAP von 1920 bis zu Hitlers Verurteilung 1924 3
Die Entwicklung der Partei bis 1923 3
Das Krisenjahr 1923 – Chance für die Gegner der Republik 4
Der Putschversuch vom 8./9. November 1923 5
Der Prozeß gegen die Putschisten 6

Hitlers Weltanschauung 6
Nationalistische und völkische Gedanken, Rassenlehre und Antisemitismus 6
Hitlers Erziehungsziele 8
Sozialpolitische Gedanken 8
Das Führerprinzip 9
Der außenpolitische Entwurf 9
Zusammenfassung 11
Faschismus im übrigen Europa 11

Die Entwicklung der NSDAP von 1925 bis 1933 12
Der Entschluß zur Machtergreifung auf legalem Wege . . . 12
Die Bedeutungslosigkeit der Partei von 1924–1929 12
Das Volksbegehren gegen den Young-Plan als Auftakt für neue Erfolge 13
Die Entwicklung der Partei in der Zeit der Wirtschaftskrise 13

Zusammenfassung: Wie kam es zum Nationalsozialismus ? 21
Politische Gründe 21
Historische Gründe 22

Die Innenpolitik 1933–1939 23
Von der „Machtergreifung" zum Ermächtigungsgesetz . . . 23
Die Gleichschaltung 27
Das rassenideologische Programm 34
Die „Neuordnung" des Rechts 39
Die nationalsozialistische Wirtschafts- und Sozialpolitik . . 40

Die Außenpolitik 1933–1938 42
Die Verschleierung der „Lebensraum-Politik" 43
Die geheime Vorbereitung der „Lebensraum"-Politik . . . 46
Der Beginn der Expansionspolitik 48

Die politischen und militärischen Vorgänge von 1939 bis 1943 50
Hitlers politische Kriegsziele 50
Der „Blitzsieg" über Polen und die Neuordnung Ostmitteleuropas 50

Seite

Die Besetzung Dänemarks und Norwegens und der Feldzug im Westen 51
Der Krieg auf dem Balkan und in Nordafrika 52
Der Krieg gegen die Sowjetunion 53
Nach dem Kriegseintritt der Vereinigten Staaten von Amerika 54
Der Kriegsverlauf 1942 bis 1945 54
Der Seekrieg 55
Der Luftkrieg 56

Die wirtschaftliche Entwicklung während des Krieges 57
Das Wirtschatsgefüge bei Kriegsbeginn und in der Blitzkriegsphase 57
Der Übergang zur totalen Kriegswirtschaft 58

Die Durchführung des rassenideologischen Programms im Kriege 61
Der Ausbau der SS-Macht 61
Die Maßnahmen in den besetzten Gebieten 62

Die nationalsozialisische Herrschaft in Deutschland während des Krieges 67
Die Maßnahmen zur Erfassung der Bevölkerung 67
Der Widerstand gegen das nationalsozialistische Regime in Deutschland 68

Der Zusammenbruch des Dritten Reiches 70
Der Verlauf 70
Die Ursachen 70

Zusammenfassung 72

Interpretationen des Nationalsozialismus 72
Faschismus – Nationalismus –Totalitarismus 73
Die „Schuldfrage": Großindustrie – Demokratische Parteien – Wähler 73
Herrschaftsstruktur: „Hitlerismus" – „Polykratie" – organisiertes Chaos 74
Außen- und Rassenpolitik: Programmatik – ökonomisches Instrument – Improvisation 75
Widerstand: Arbeiter – Konservative – Volk 76
Das Dritte Reich in der Geschichte: Kontinuität – Einmaligkeit 77
Alltagsschilderung – eine neue Perspektive der Betrachtung 77
Historikerstreit 78

Literaturhinweise 79
I. Quellensammlungen 79
II. Monographien 79
III. Sammelbände 80
IV. Erinnerungen, autobiographische Erzählungen 80

Die Frühgeschichte der Nationalsozialistischen Partei 1919

Die Partei vor dem Eintritt Hitlers

Das Jahr 1918 brachte für das deutsche Volk den Verlust eines Krieges, der vier Jahre zuvor mit Enthusiasmus und Siegesgewißheit begonnen worden war. Enttäuschung und Verbitterung waren 1918 um so größer, als man seit 1914 an den erwarteten Sieg sehr weitreichende Zukunftspläne geknüpft hatte. Mit dem Kriegsende wurde zudem unter dem Druck der Sieger die überkommene Staatsform abgeschafft. Obschon der Weg zur Parlamentarisierung bereits während des Krieges aufgrund eigener politischer Initiativen beschritten worden war, wurde die nach Kriegsende etablierte parlamentarische Demokratie von weiten Kreisen als fremd und negativ empfunden. Alle Schichten der Bevölkerung waren von diesen Ereignissen betroffen; unterschiedlich aber waren die Konsequenzen, die nun aus den gegebenen Tatsachen der Niederlage gezogen wurden: Die Linksradikalen versuchten, die nach ihrer Überzeugung in den Anfängen steckengebliebene Revolution in Richtung auf einen kommunistischen Rätestaat wieder in Gang zu bringen. Die demokratischen Kräfte beantworteten die Lage mit dem Willen zum Neubau nach den Grundsätzen freiheitlich-demokratischer Rechtsstaatlichkeit. Für die rechtsorientierten Kreise war eine gewisse Uneinheitlichkeit in der politischen Zielsetzung charakteristisch. Deshalb war die Zahl der nach Kriegsende gegründeten Rechtsparteien und -organisationen besonders groß: Deutschnationale Volkspartei, Deutschkonservative Partei, Deutsche Volkspartei, Stahlhelm-Bund, Bund Oberland, Werwolf, Jungdeutscher Orden, Nationalsozialistische Kampfgemeinschaft Deutschlands – um nur einige zu nennen. Ebenso heterogen war die Anhängerschaft dieser Vereinigungen. Sie umfaßte adelige Zivilisten und Militärs, für die Restauration der Monarchie eintretende Konservative, die Enttäuschten des mittleren und kleinen Bürgertums, die von der Befürchtung nach Einengung ihres bislang unumschränkten Herrschaftsbereichs erfüllten Industriellen, die große Zahl der durch Krieg und Kriegsausgang aus der Bahn Geworfenen. Gemeinsam war ihnen allen im wesentlichen nur eines: die Ablehnung der demokratischen Republik.

Zu dieser Vielzahl von Parteien, Bünden und Freikorps gehörte auch die am 5. Januar 1919 vom Eisenbahnschlosser Anton Drexler und vom Journalisten Karl Harrer in München gegründete Deutsche Arbeiterpartei. Sie bildete einen der kleineren Splitter der politischen Rechten, ihr Programm war aber doch typisch für die weitgestreuten Versprechungen und verschwommenen Ziele dieses Lagers: „Die DAP ist eine aus allen geistig und körperlich schaffenden Volksgenossen zusammengesetzte sozialistische Organisation, die nur von deutschen Führern geleitet sein darf ... Die DAP will die Adelung des deutschen Arbeiters. Die gelernten und ansässigen Arbeiter haben ein Recht, zu dem Mittelstand gerechnet zu werden. Das Großkapital ist als Arbeit- und Brotgeber zu schützen ... Die DAP kämpft mit aller Kraft gegen Wucher und Preistreiberei ... Religionslehren, die mit den in Deutschland herrschenden Gesetzen von Moral und Ethik in unvereinbarem Gegensatz stehen, können staatlich nicht unterstützt, solche, die den Bestand des deutschen Volkes bedrohen, überhaupt nicht geduldet werden..."

Am 12. September 1919 besuchte Adolf Hitler eine Versammlung der DAP. Er führte dabei einen dienstlichen Auftrag aus. Dem Bayerischen Reichswehrgruppenkommando 4 oblag nämlich neben militärischen Sicherheitsaufgaben die politische „Betreuung" des Münchener Raumes. Darunter waren die Kontrolle der Parteien und Organisationen und die politische Aufklärung der Soldaten durch Vorträge zu verstehen. Zu den für die Überwachung von Parteiversammlungen und für die politische Instruktion der Soldaten in den Kasernen Abkommandierten gehörte auch Hitler, der sich durch sein Rednertalent und sein politisches Interesse für diesen Posten empfohlen hatte. Nach seinem ersten Besuch habe er, so erklärt Hitler in „Mein Kampf", die DAP als albernen Verein, das Gebaren des „Reichsvorsitzenden" und der Mitglieder als allerärgste Vereinsmeierei angesehen. Da er aber bereits zu eigener politische Betätigung entschlossen war und keiner der bestehenden größeren Parteien beitreten wollte, wuchs in ihm die Neigung, den ihm fast aufgedrängten Beitritt als Fingerzeig des Schicksals anzusehen. „... Diese lächerliche kleine Schöpfung mit ihren paar Mitgliedern schien mir den Vorzug zu besitzen, noch nicht zu einer ‚Organisation' erstarrt zu sein ... Hier konnte man noch arbeiten, und je kleiner die Bewegung war, um so eher war sie noch in die richtige Form zu bringen. Hier konnten noch der Inhalt, das Ziel und der Weg bestimmt werden..."

Hitlers Lebensweg bis 1919

Hitler war zu dem Zeitpunkt, da er seinen bei Kriegsende im Lazarett gefaßten Entschluß, Politiker zu werden, wahr machte, 30 Jahre alt. Seine Vorfahren waren zumeist Besitzer kleiner landwirtschaftlicher

Die Mutter Clara Hitler.

Der Vater Alois Hitler.

Adolf Hitler im Alter von 16 Jahren (Skizze eines Mitschülers).

Anwesen im niederösterreichischen Waldviertel gewesen. Sein Vater hingegen war ein sozialer Aufsteiger: Er hatte die Beamtenlaufbahn eingeschlagen und es zum Zollamtsoffizial gebracht, zunächst in Braunau, dann in Linz. Die Familiengeschichte weist einige ungewöhnliche Züge auf:

– Die Identität von Hitlers Großvater väterlicherseits war lange Zeit ungesichert. Die Großmutter Hitlers, Marie Schicklgruber, brachte 1838 einen unehelichen Sohn, Alois, zur Welt. 1842 heiratete sie den Müllergesellen Johann Georg Hiedler. Dessen Bruder, Johann Nepomuk Hüttler (schwankende Schreibweise der Familiennamen war nicht selten) nahm den Jungen als Pflegesohn auf, adoptierte ihn 1876 und ließ auf rechtlich unzulässige Weise in die Pfarrmatrikel seinen inzwischen verstorbenen Bruder als Vater und für Alois den Namen „Hitler" eintragen. Die Vermutung, der leibliche Vater sei der jüdische Dienstherr von Maria Schicklgruber in Graz oder dessen Sohn gewesen, kann als widerlegt gelten. Als wahrscheinlich ist anzunehmen, daß Johann Nepomuk Hüttler der Vater war, diese Tatsache aber verschleiern wollte und deshalb seinen mittellosen Bruder zur Heirat mit der Mutter seines Kindes veranlaßte.

– Hitlers Vater schloß drei Ehen; die erste mit einer um 14 Jahre älteren, die zweite mit einer um 24 Jahre jüngeren Frau. Mit 47 Jahren heiratete Alois Hitler die 24 Jahre alte Klara Pölzl, mit der er nach der illegitimen Vaterschaftserklärung von 1876 rechtlich, eventuell aber auch tatsächlich im zweiten und dritten Grad verwandt war, so daß für die Eheschließung ein päpstlicher Dispens eingeholt werden mußte.

Adolf Hitler war das vierte von sechs Kindern aus dieser dritten Ehe. Er wurde am 20. April 1889 in Braunau (Inn) geboren. Von 1892 bis 1894 lebte die Familie in Passau, 1894/95 in Linz, nach der Pensionierung des Vaters 1897 bei Lambach (Traun) und dann in Leonding bei Linz, wo Alois Hitler 1903 starb. Die häufigen Wohnsitzveränderungen zwangen zu mehreren Schulwechseln, so daß der von den Lehrern als überdurchschnittlich intelligent bezeichnete Adolf doch nach der ersten Realschulklasse in Linz sitzenblieb. Daß die Leistungen sich trotz des kontinuierlichen Besuchs der Linzer Schule nicht besserten, wurde von einem seiner Lehrer mit der Abneigung des Schülers gegen intensive Arbeit erklärt: „Hitler war entschieden begabt, hatte sich aber wenig in der Gewalt, zum mindesten galt er für widerborstig, eigenmächtig, rechthaberisch und jähzornig, und es fiel ihm sicherlich schwer, sich in den Rahmen einer Schule zu fügen." 1905 verließ der 16jährige die Schule für immer. Damit war auch die Beamtenlaufbahn, in die ihn der 1903 verstorbene Vater hatte drängen wollen, unmöglich und Hitler konnte nun seinen lang gehegten Wunsch, in Wien akademischer Maler zu werden, verfolgen. Da jedoch seine eingereichten Probezeichnungen als ungenügend beurteilt wurden, wurde er nicht in die Malschule der Akademie aufgenommen. Er bewarb sich daraufhin in der Architekturschule, genügte aber auch hier den Aufnahmebedingungen nicht.

Trotz dieses Mißerfolges blieb Hitler in Wien. Aus Waisenrente und elterlichem Erbe bezog er cirka 80 Kronen monatlich. Diese Einkünfte lagen über dem Anfangsgehalt eines Lehrers oder Juristen und erlaubten ihm zunächst ein sorgloses Leben. Die rührseligen Notzeitschilderungen voller Selbstmitleid in „Mein Kampf" sind nichts weiter als propagandawirksame Legenden. Hitler vertrieb sich in Wien die Zeit mit Theaterbesuchen, Lektüre, Bildermalen, Streifzügen durch die Stadt, zeitweilig verdingte er sich als Gelegenheitsarbeiter. Von 1909 bis 1911 bezog er nur noch eine Waisenrente, danach lebte er mehr schlecht als recht vom Verkauf selbstgemalter Postkarten. Er wohnte in dieser Zeit zumeist in einem Männerheim.

Einen wesentlichen Teil seines Bohemienlebens füllten die politischen Diskussionen, die er mit seinen Wohngenossen und Bekannten führte. Das „Interesse für alles, was mit Politik zusammenhing" ließen ihn sich nach eigener Aussage „im kleinen Kreis die Zunge wund und die Kehle heiser" reden. Die Weltanschauung, die er sich zurechtgelegt hatte und die er vortrug, bestand im wesentlichen aus den antisemitischen Parolen, die er sich aus den entsprechenden Zeitungen und Broschüren angeeignet hatte. In „Mein Kampf" schrieb er, seine Gesinnung sei alldeutsch gewesen, nach seiner Überzeugung sei das Leben ein unerbittlicher Kampf zwischen Schwachen und Starken, aus dem der Fähigere stets als Sieger hervorgehe. Aus Abneigung gegen die Donaumonarchie und gegen jede Unterordnung entzog er sich der Wehrpflicht, so daß er schließlich 1913 per Schub aus München, wohin er sich heimlich abgesetzt hatte, zur Musterung nach Salzburg vorgeführt wurde. Er blieb jedoch vom Wehrdienst befreit: „Zum Waffen- und Hilfsdienst untauglich, zu schwach. Waffenunfähig!"

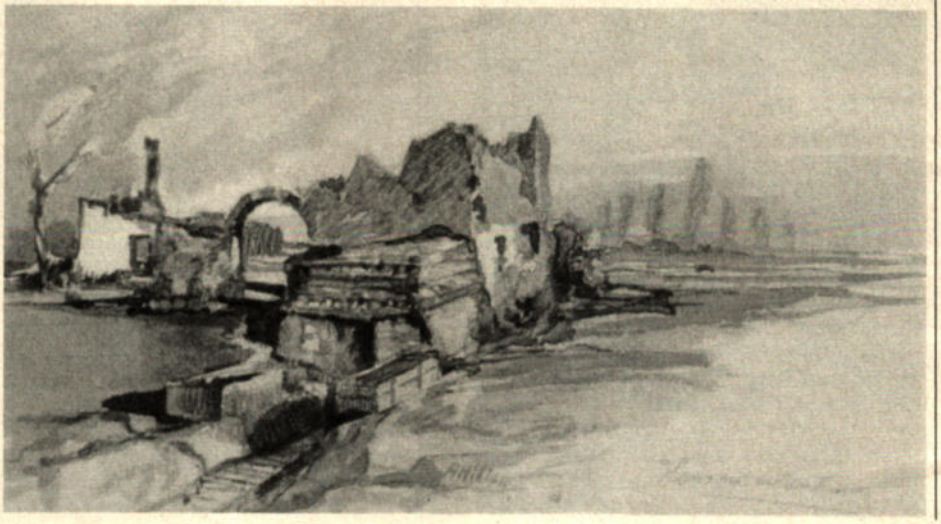
Bei Kriegsausbruch 1914 meldete Hitler sich sofort ins bayerische Heer. So sehr Hitler in „Mein Kampf" politische Motive für diesen Schritt herausstellte, so fest steht andererseits, daß ihn die Einberufung von drängenden Sorgen um Nahrung, Kleidung und Wohnung befreite. Hitler war während der gesamten Kriegsdauer an der Westfront eingesetzt. Als Meldegänger erhielt er mehrere Auszeichnungen, 1918 das Eiserne Kreuz 1. Klasse. Ab Mitte Oktober 1918 befand er sich wegen einer Augenverwundung durch Gasbeschuß im Lazarett Pasewalk.

Hitlers Eintritt in die Politik

Bei Kriegsende blieb dem Berufslosen zunächst keine andere Wahl, als seine Entlassung aus dem Heer möglichst hinauszuschieben. Als „Verbindungsmann" des Gruppenkommandos 4 kamen ihm nunmehr seine in Wien entwickelten Rednertalente zugute. Der Inhalt seiner Aufklärungsvorträge, die er vor Soldaten zu halten hatte, setzte sich aus seiner in Wien gewonnenen „Weltanschauung" und den aus der Bitterkeit über den verlorenen Krieg entstandenen Ressentiments zusammen. Eines seiner bevorzugten Themen war „Ausbruch und Ende des Krieges". Für beides machte er das „internationale Judentum" allein verantwortlich. Hitler zeigte sich bereits in diesen ersten Reden als fanatischer Antisemit. Er verlangte kategorisch die „Entfernung der Juden" und lehnte gleichzeitig die Republik ab, da sie zu dieser Aktion nicht fähig sei. Die Juden seien 1918 die Drahtzieher der Revolution gewesen, der neue Staat sei „verjudet", von ihm sei die notwendige antisemitische Aktivität daher nicht zu erwarten. Auch der „Schandvertrag von Versailles" sei „Judenmache", nur die Juden zögen Profit aus den gegenwärtigen Verhältnissen. Der Beifall seiner Zuhörer und das Lob seiner militärischen Vorgesetzten bewiesen, daß er mit seiner Judenhetze einer weitverbreiteten Stimmung das Wort redete und auch innerhalb von Militärkreisen die Ansicht vorherrschte, die „Regierungssozialdemokratie liege vollständig an der Kette der Juden".

Daß Hitlers Selbstbewußtsein bei diesen Gegebenheiten rasch wuchs, ist verständlich. Es

Ein Aquarell, von Hitler während des Ersten Weltkrieges gemalt, wurde von ihm „Haus mit weißem Zaun" betitelt. Ein Bild, das später zu Propagandazwecken benutzt wurde.



drängte ihn deshalb, selbst Politik zu machen. Er erkor sich die DAP zum Forum, um seine politischen Vorstellungen propagandistisch verbreiten und ihnen Wirksamkeit verschaffen zu können. Nach Eintritt in die Partei wurde er in dem siebenköpfigen Arbeiterausschuß in der Funktion des Werbeobmanns tätig. Die Aufgabe, die Partei aus ihrem bisherigen Gastwirtschaftsnebenzimmer-Dasein herauszuführen und die Öffentlichkeit auf sie aufmerksam zu machen, packte Hitler mit aller Energie an. Am 13. November 1919 begann eine Versammlungsserie von monatlich zwischen drei bis sechs Veranstaltungen. Der Zulauf zu den Versammlungen steigerte sich schnell; es mußten immer größere Säle gemietet werden. Meistens trat Hitler selbst als Redner auf. Sein Themenkatalog war begrenzt: „Deutschland vor seiner tiefsten Erniedrigung", „Judentum", „Arier und Jude", „Der Jude als Arbeiterführer", „Über die wirtschaftliche und politische Bedeutung des Friedensvertrages von Versailles", „Warum sind wir Antisemiten?", „Versailles – Deutschlands Vernichtung" usw.

Hitlers Wirkung auf die Zuhörer beruhte weniger auf dem Inhalt seiner Reden als vielmehr auf dem besonderen Redestil, der kleine Kreise ebenso wie große Massen in Bann zu schlagen vermochte. Hitlers Stimme konnte von monotonem Flüstern zu heiserem Schreien wechseln, im Sprechtempo folgten auf langatmige Passagen Abschnitte, in denen ein hastiger Wortschwall gleichsam aus ihm hervorbrach. Dieser Redestil, den Hitler regelrecht übte und bewußt einsetzte, und der Einfluß, den er auf Menschen in seiner Umgebung ausüben konnte, lassen Schlüsse auf seinen Charakter zu. Die hervorstechendsten Wesenszüge scheinen der Mangel an Selbstzucht und Selbstkritik sowie die Neigung zu Illusionen und Selbsttäuschung gewesen zu sein. Seine Unbeherrschtheit bewirkte in Rede und Verhalten jähe Stimmungsumschwünge. Seine Unfähigkeit, zwischen Wunsch und Wirklichkeit zu unterscheiden, ließ ihn bereits in Wien Traumvorstellungen nachjagen: So wollte er etwa nach dem Vorbild Richard Wagners ein neues Gesamtkunstwerk schaffen, für das er Text und Musik verfassen und einen eigenen Theaterbau errichten wollte. Niemals kamen ihm Zweifel an seiner eigenen Bedeutung. Über sein Männerheim-Dasein kam er hinweg, indem er die Umstände bzw. die Juden verantwortlich machte.

Die NSDAP von 1920 bis zu Hitlers Verurteilung 1924

Die Entwicklung der Partei bis 1923

Die Themen, die Hitler in seinen Reden ansprach, tauchten auch im neuen Parteiprogramm auf, das am 24. Februar 1920 auf einer Großveranstaltung im 2000 Zuhörer fassenden Festsaal des Münchener Hofbräuhauses verkündet wurde. Es verlangte „Zusammenschluß aller Deutschen zu einem Großdeutschland", „Aufhebung der Friedensverträge", „Ausschaltung der Juden", „Verbot aller Bekenntnisse, die gegen das Moralgefühl der arischen Rasse verstoßen", „Schaffung einer starken Zentralgewalt des Reiches". Hinzu kamen Punkte, in denen sozialistische Forderungen erhoben wurden (Bodenreform, Verstaatlichung der Trusts, Schaffung eines gesunden Mittelstandes, Einziehung der Kriegsgewinne, Abschaffung des arbeits- und mühelosen Einkommens) und Allgemeinplätze („Die Lehrpläne aller Bildungsanstalten sind den Erfordernissen des praktischen Lebens anzupassen", „Kampf gegen die bewußte politische Lüge", „Hebung der Volksgesundheit").

Mit dem Erscheinen des Programms wurde auch der Name der Partei geändert. Vom 24. Februar 1920 an nannte sie sich „Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei". Die Absicht dieser Neuerungen war, neben den der Partei wesentlichen Zielen, einen werbewirksamen Katalog von Versprechungen anzubieten. Die Zusammensetzung der Mitgliederschaft Ende 1920 beweist, daß die Propaganda in richtiger Weise betrieben wurde: 33 Prozent Arbeiter, 14 Prozent Akademiker, 14 Prozent Angestellte und Beamte, 13 Prozent Soldaten und Offiziere, 16 Prozent Kaufleute, 7 Prozent Studenten, 3 Prozent ungelernte Arbeiter. Die Partei sprach also alle Schichten an. In ihrem Selbstverständnis sah sich die NSDAP nicht als eine Partei im gewöhnlichen Sinn, sondern als „Bewegung". Diese Formel drückte den Anspruch aus, die alle umfassende Volksgemeinschaft zu repräsentieren.

Auf Hitlers Betreiben war der Vorstand inzwischen erweitert worden, er hatte Männer seiner Wahl hereingeholt. Zu ihnen gehörte der mit Hitler befreundete antisemitische Schriftsteller Dietrich Eckart; das Mitglied der antisemitischen Thule-Gesellschaft Alfred Rosenberg, ab 1921 Hauptschriftleiter des „Völkischen Bebachters"; ferner Gottfried Feder, der das zugkräftige Schlagwort von der „Brechung der Zinsknechtschaft" geprägt hatte und als Finanzspezialist galt; der Hauptmann im Stab des Wehrkreiskommandos VII Ernst Röhm, der der NSDAP Mitglieder aus Offiziers- und Freikorpskreisen zuführte, Waffen und Geldmittel besorgte, als Bindeglied zwischen Partei und Reichswehr fungierte und ihr, wenn schon nicht den Schutz der Regierung, so doch deren Duldung verschaffte. Röhm war es auch, der seinen Kommandeur, General von Epp, dazu brachte, bei der Beschaffung von 60 000 Reichsmark für den Ankauf des „Völkischen Beobachters" behilflich zu sein; Hermann Esser, einer derjenigen, die den Antisemitismus in reißerischer Weise in Wort und Schrift populär anzubieten verstanden; schließlich ist noch Julius Streicher zu erwähnen, der, von der antisemitischen Deutschsozialistischen Partei kommend, zur NSDAP stieß. Mit Hilfe dieser Männer gelang es Hitler relativ leicht, die Gruppe um die ursprünglichen Parteigründer Drexler und Harrer auszuschalten. Im Juli 1921 verband Hitler seinen überraschend angedrohten Parteiaustritt mit der ultimativen Forderung nach umfassenden Vollmachten, um die Partei als radikal-revolutionäre Bewegung führen zu können. Bereitwillig machte man ihn am 29. Juli 1921 zum Vorsitzenden.

Über Röhm und Eckart gewann die Partei auch Kontakte zu bayerischen Politikern und damit die Möglichkeit, in die „große Politik" einzugreifen. Als im März 1920 der Generallandschaftsdirektor Wolfgang Kapp in Berlin gegen die Reichsregierung putschte, versuchten Hitler und Röhm in Bayern politische Fäden zu ziehen und eine reichsfeindliche Regierung in den Sattel zu heben. Daß die Regierung Hoffmann zurücktreten und dem

Hitler an der Westfront im Ersten Weltkrieg. Er rühmte später die Solidarität der Kameraden in den Frontkompanien, die aus allen sozialen Schichten kamen.

Nach Kriegsende tat Hitler weiter Militärdienst. Er war vorübergehend in der Münchener Bahnhofskommandantur tätig (im Bild) und betätigte sich danach als „Aufklärungsredner".

wittelsbachischen Monarchisten Gustav von Kahr weichen mußte, ging zwar nicht unmittelbar auf ihren Einfluß zurück, aber es hatten doch Männer, die ihrer politischen Gesinnung nahestanden, diesen Wechsel durchgesetzt. Unter von Kahr, dem Münchener Polizeikommissar Poehner und anderen genossen jedenfalls die Nationalsozialisten für die nächsten anderthalb Jahre den Schutz, den sie zur Entwicklung brauchten. Trotzdem kam die Partei nur langsam voran. Sie verzeichnete auf ihren Versammlungen allerdings immer größere Zuhörermengen. Hitlers Ruf war weit über Münchens, ja Bayerns Grenzen gedrungen, und der „Völkische Beobachter" diente als Sprachrohr im gesamten Reich. Propagandawirksam war auch, daß die Partei bei ihren Veranstaltungen Ordnergruppen, später Sturmabteilung (SA) genannt, einsetzte, die mit spektakulären Schlägereien Aufmerksamkeit erregten. So kam es zum Beispiel am 4. November 1921 im Münchner Hofbräuhaus zu einer Saalschlacht zwischen SA und Kommunisten, und am 14./15. Oktober 1922 ließ Hitler durch 800 nach Coburg transportierte SA-Männer den Kommunisten eine blutige Straßenschlacht liefern.

Die Mitgliederzahl stieg dennoch nur zögernd, die Partei steckte in einer permanenten Finanzkrise, und als von Kahr und Poehner im September 1921 aus ihren Ämtern schieden, gab es keinerlei amtliche Protektion mehr. Aber die zahlreichen Verbindungen zu einflußreichen Kreisen in Politik, Reichswehr und Gesellschaft im Münchener Raum garantierten auch weiterhin massive Unterstützung und finanziellen Rückhalt. Dieser Hilfe, der Hartnäckigkeit Hitlers und der großen Zahl der mit der Republik Unzufriedenen war es denn auch zuzuschreiben, daß die NSDAP von 1921 bis 1923 mehr und mehr Ortsgruppen in ganz Deutschland gründen konnte; wenn auch relativ klein an Mitgliederzahl, garantierte der Propaganda- und Kampfstil der Partei doch ein allgemeines Bekanntwerden. Wohl sprachen die republiktreuen Regierungen der Länder nach extremen Ausschreitungen befristete Partei- oder Uniformverbote aus, aber Tarnorganisationen setzten die Arbeit fort. Immer wieder standen auch Parteigenossen vor Gericht, doch sie erhielten ebenso wie andere rechtsorientierte politische Täter so geringfügige Strafen, daß sie sich zu weiteren Aktionen geradezu ermuntert fühlen mußten. Kein Wunder, daß Hitler und die Partei mit immer größerem Selbstbewußtsein an die Öffentlichkeit traten.

Das Krisenjahr 1923 – Chancen für die Gegner der Republik

Nach Mussolinis „Marsch auf Rom" im Oktober 1922 erklärte Hermann Esser in München Hitler zum „deutschen Mussolini", und Hitler forderte am 3. November 1922 auch für Deutschland eine „nationale Regierung nach faschistischem Muster". Aus zwei Gründen war das zu diesem Zeitpunkt keine bloß rhetorische Phrase mehr.

Umzug der Nationalsozialisten 1922 in München.

– Seit Anfang November 1922 gab es in Bayern unter Ministerpräsident von Knilling wieder eine gegen Berlin eingestellte Regierung. War ihre Politik auch mehr auf Bayerns Selbständigkeit ausgerichtet, so hoffte Hitler doch, diese Tendenz zu gegebener Zeit für seine Ziele ausnützen zu können.

– Der Propagandastil der NSDAP und die allgemeine Situation in Deutschland unmittelbar vor dem Ruhrkampf und dem Beginn der galoppierenden Inflation ließen die Anhängerschaft der Nationalsozialisten nunmehr rascher anwachsen. Allein von Januar bis November 1923 traten etwa 35 000 Mitglieder bei, so daß die Gesamtzahl auf 55 787 stieg.

Nationalistische Töne und massive Beschimpfungen der Weimarer Politiker als „Novemberverbrecher" und „Landesverräter" verfingen um so mehr, je offensichtlicher sich Komplikationen in der Außen- und Reparationspolitik abzeichneten. Wie sehr es Hitler darum ging, die Schwierigkeiten der Berliner Regierung bis zum erhofften Zusammenbruch anwachsen zu lassen, geht schon daraus hervor, daß er nicht die Franzosen als die eigentlich Verantwortlichen angriff und den NSDAP-Mitgliedern, die sich am Widerstand gegen die Ruhrbesetzung beteiligten, mit dem Ausschluß aus der Partei drohte. Hitlers Vorgehen konzentrierte sich von der französischen Ruhrbesetzung an auf eine bewaffnete Auseinandersetzung mit Berlin. Röhm sammelte für ihn die allerorten bestehenden rechtsorientierten bewaffneten Gruppen zu einer „Arbeitsgemeinschaft vaterländischer Kampfverbände", und seine Beziehungen zur bayerischen Division der Reichswehr unter General von Lossow führten dazu, daß auch Reichswehrangehörigen die Mitgliedschaft bei der Arbeitsgemeinschaft erlaubt war.

Die bayerische Regierung duldete alle diese Maßnahmen der Nationalsozialisten, und die 7. Reichswehrdivision unterstützte sie mehr oder minder offen, da sich beide davon eine Stärkung ihrer eigenen Position gegenüber Berlin versprachen. Hitler seinerseits war diese Annahme gerade recht, da er auf diese Weise Partner für seine Putschpläne zu gewinnen glaubte. Daß jeder überzeugt war, den anderen für seine eigenen Zwecke benützen zu können, war typisch für das Verhältnis zwischen Hitler, Reichswehr und bayerischer Regierung bis zum Putschversuch am 8./9. November 1923. Am 1. Mai 1923 trat diese Interessenverfilzung erstmals deutlich zutage. Mit der Begründung, die sozialistischen Maikundgebungen eindämmen zu wollen, setzte Hitler durch, daß er Kampfverbände in München zusammenziehen durfte. Sein Plan, für die als Demonstration im Stile Coburgs gedachte Unternehmung auch noch Reichswehrwaffen zur Verfügung gestellt zu bekommen, scheiterte allerdings, so daß die Straßenschlacht ausblieb.

Im Spätsommer 1923 verschlechterte sich die allgemeine wirtschaftliche Lage weiter; im Gefolge davon kamen im Rheinland separatistische Tendenzen auf und drohten kommunistische Aufstände in Mittel- und Westdeutschland. Gleichzeitig bemühte sich die Reichsregierung, im Gespräch mit den Siegermächten eine Stabilisierung der Währung und damit eine Genesung der Wirtschaft zu erreichen. All dies brachte die Rechte zum Handeln. Hitlers Plan war es, mit General Ludendorff, dem Idol der Nationalisten und Konservativen, als Aushängeschild zunächst in Bayern die Macht zu erringen, um dann das Vorhaben durch einen Marsch auf Berlin mit der Schaffung einer Ludendorff-Diktatur zu krönen. Bei der Aktion in Bayern sollte die antizentralistische Haltung der bayerischen Regierung geschickt genutzt werden. Bereits am 1. Mai hatte sich erwiesen, daß ein derartiger Plan ohne die Reichswehr nicht durchzuführen war. Auf Reichsebene war der entscheidende Mann innerhalb der Reichswehr Generaloberst Hans von Seeckt. In seinem Denken alles andere als ein Anhänger der Republik, verpflichtete er doch die Reichswehr auf „unbedingte und rücksichtslose Aufrechterhaltung der Staatsautorität". Von Lossow, der bayerische Reichswehrbefehlshaber, schwankte zwischen Bayerntreue und Reichsloyalität.

Der Putschversuch vom 8./9. November 1923

Um das Leben von Volk und Staat zu erhalten, beschloß das Reichskabinett am 24. September 1923 die Einstellung des passiven Widerstandes an der Ruhr. Der Ruhrkampf hatte 132 Todesopfer gefordert, zur Ausweisung von 150000 Deutschen aus dem besetzten Gebiet geführt und Schaden in Milliardenhöhe verursacht. Die unmittelbare Folge dieser Entscheidung war freilich eine Steigerung der innenpolitischen Krise: Ende September begannen illegale Einheiten der „Schwarzen Reichswehr" unter Major a.D. Buchrucker in Küstrin einen Aufstand, der als Signal zum Putsch aller Republikgegner gedacht war. Das Unternehmen scheiterte jedoch an der unzureichenden Organisation und am Widerstand des Festungskommandanten. Der am 1. Oktober 1923 von der Kommunistische Internationale (Komintern) beschlossene KPD-Aufstand, der den „deutschen Oktober" (in Erinnerung an die russische Oktoberrevolution) heraufführen sollte, erfaßte zunächst Sachsen und Thüringen, wenige Tage später Hamburg; die Reichswehr beseitigte diese Unruheherde durch rigoroses Vorgehen.

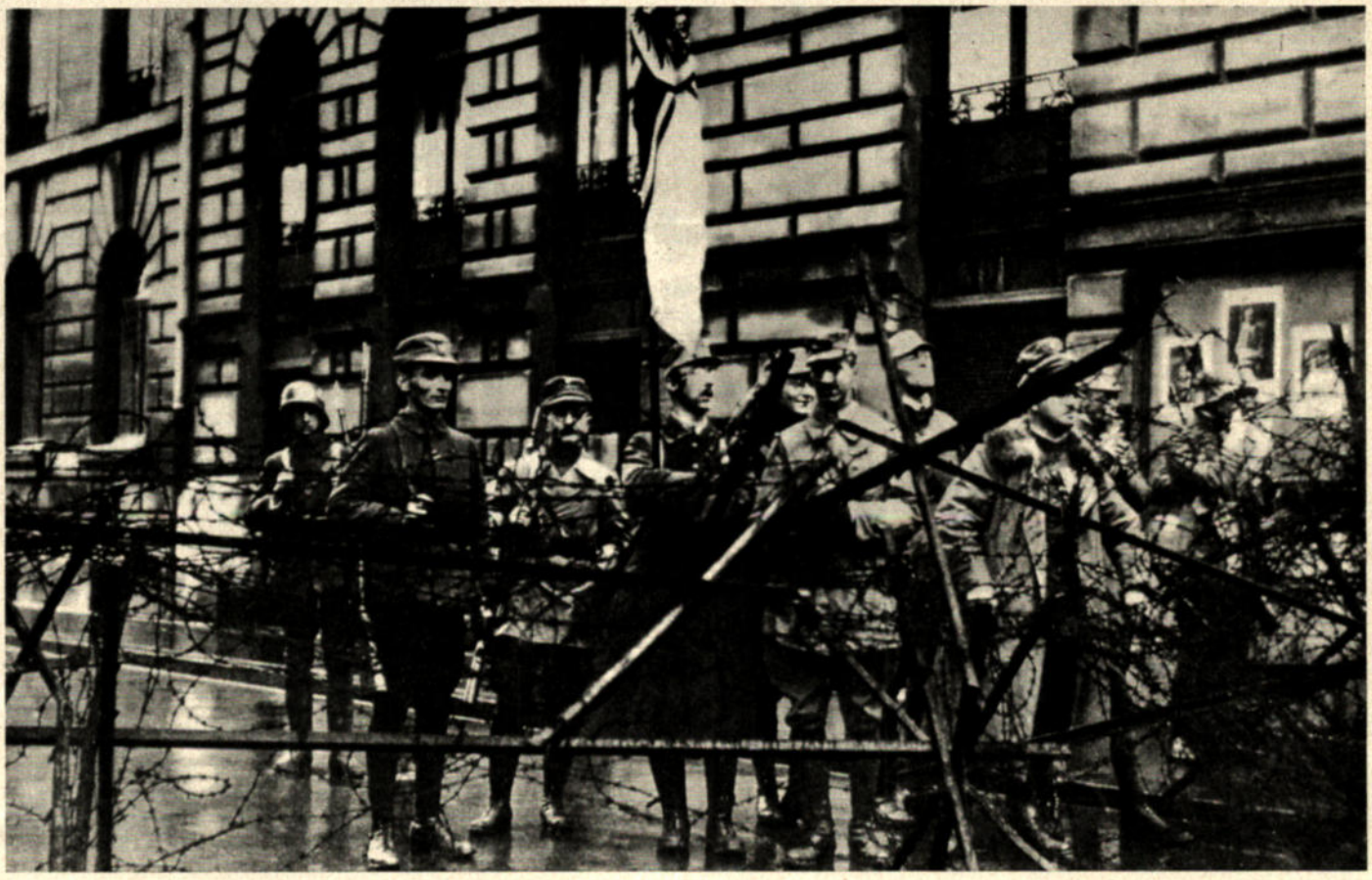
Die Hauptgefahr drohte aber immer noch von Bayern: Die bayerische Regierung hatte am 25./26. September 1923 aus Protest gegen die Beendigung des Ruhrkampfes den Ausnahmezustand verhängt und Gustav von Kahr zum Generalstaatskommissar mit diktorischen Vollmachten bestellt. Die Reichsregierung, die in Erinnerung an von Kahrs politisches Wirken 1920 einen separatistischen Schritt in München befürchtete, erklärte auch für das Reich den Ausnahmezustand und übertrug die Exekutive an Reichswehrminister Geßler, der sie seinerseits an die Wehrkreisbefehlshaber weitergab. Von Lossow hätte damit in Bayern über der bayerischen Regierung bzw. über von Kahr gestanden. Er unterstellte sich aber eigenmächtig dem Generalstaatskommissar und befolgte Befehle aus Berlin, z.B. den „Völkischen Beobachter" zu verbieten, nicht mehr. Als er daraufhin am 20. Oktober 1923 seines Postens enthoben wurde, vereidigte man die bayerische Reichswehrdivision auf die Bayerische Staatsregierung. Am 21. Oktober riefen Separatisten die „Rheinische Republik" aus, einige Tage später (24. Oktober) wurde der „Autonome Pfalzstaat" proklamiert.

Hitler war überzeugt, daß diese Situation seinen Zielen nur nützen könne. Er setzte seine ganze Energie dafür ein, den isolierten von Lossow auf seine Seite zu ziehen. Er stellte die „Sorge um das Reich" in den Vordergrund, da er wußte, welche gefühlsbeladene Bedeutung der Begriff „Reich" für alle Militärs besaß. Trotzdem gelang ihm die Gewinnung von Kahrs und von Lossows nicht, denn beide waren nach dem Ausbruch der Regierungskrise in Berlin davon überzeugt, ihre eigene revolutionäre Bewegung von Bayern aus durchsetzen zu können. Kein Wunder, daß Hitlers Nervosität immer mehr wuchs. Seine um München zusammengezogenen SA-Kampfverbände konnten kaum noch verpflegt werden, und sie wollten endlich losschlagen.

Von Kahr und von Lossow wählten nun ihrerseits als Termin für die Offenlegung ihrer Pläne den 8. November, den Tag zwischen der bayerischen Revolution (7. November 1918) und der Ausrufung der Republik (9. November 1918). Hitler sah hier eine Möglichkeit zur Überrumpelung, um die Kahr- und Lossowsche Aktivität für seinen Plan auszunützen. Er befahl deshalb alle verfügbaren Verbände für den 8. November 1923 in die Umgebung des Kahrschen Versammlungslokals, den Bürgerbräukeller in der Rosenheimer Straße in München.

Während im Saal die Versammlung, der alle rechtsgerichteten bayerischen Politiker von Rang beiwohnten, eröffnet wurde, umstellten Hitlers Verbände das Gebäude. Sodann betrat Hitler in Begleitung eines Maschinengewehrtrupps den Versammlungsraum, drang zur Bühne vor, verschaffte sich in der aufkommenden Unruhe durch einen Pistolenschuß in die Decke Gehör, rief die „nationale Revolution" aus und erklärte die bayerische Regierung für abgesetzt. In Ausnützung der momentanen Schockwirkung befahl er von Kahr, von Lossow und den dritten entscheidenden Mann, den Münchener Polizeibefehlshaber von Seisser, in den Nebenraum. Hier übertrug er ihnen die Reichsämter, die er ihnen für die Durchführung seines Putsches zugedacht hatte. Dem etwas später eintreffenden Ludendorff gelang es relativ leicht, die beiden Offiziere für die Hitler-Unternehmung zu verpflichten, nur von

Der Putsch vom 9. November 1923. Freikorps in den Straßen von München. Mit der Fahne im Arm Heinrich Himmler.



Kahr zögerte noch, erklärte sich aber bereit, die „Leitung der Geschicke Bayerns als Statthalter der Monarchie" zu übernehmen. Von Kahrs Motiv war für Hitler zunächst gleichgültig, die Hauptsache war, daß er sich nicht gegen ihn stellte. Bei einer rührenden Verbrüderungsszene zwischen von Kahr, von Lossow, von Seisser, Ludendorff und Hitler auf der Bühne und bei den Klängen des Deutschlandliedes stellte sich die neue „Reichsregierung" der Versammlung vor. Wenig später wurde Hitler wegen eines gemeldeten Zwischenfalls in einer Münchener Kaserne nach draußen gerufen. In dieser Zeit entließ Ludendorff die Herren von Kahr, von Lossow und von Seisser aus dem Bürgerbräukeller. In die Stadt zurückgekehrt, sagten diese sich noch in derselben Nacht mit der Begründung, sie seien erpreßt worden, von Hitler und Ludendorff los und ließen entsprechende Plakate anschlagen.

Als Hitler, der eben noch voll Siegesbewußtsein seinerseits einen Plakattext abgefaßt hatte („Die Regierung der Novemberverbrecher in Berlin ist heute für abgesetzt erklärt worden..."), von diesem Umschwung erfuhr, wollte er in einer Flucht nach vorn doch noch retten, was zu retten war. Obwohl ein bewaffneter Putsch keineswegs vorbereitet war, improvisierte man einen Demonstrationszug für die Vormittagsstunden des 9. November, wobei General Ludendorff der eigentlich Drängende war, nicht der eher zaudernde Hitler. Die aufgebotenen 2000 Marschierer – an der Spitze Ludendorff, Hitler und die führenden Männer der Partei, u. a. auch Hermann Göring, der 1922 der NSDAP beigetreten und Führer der SA geworden war – gelangten zwar unangefochten bis zur Residenzstraße, neben der Feldherrnhalle aber wurde der Zug durch die Landespolizeieinheit, die den Odeonsplatz besetzt hielt, durch Schüsse zum Stehen gebracht. Sechzehn Demonstranten und drei Polizisten wurden bei dieser Schießerei getötet oder starben später an ihren Verletzungen. Ludendorff wurde an Ort und Stelle verhaftet, Hitler gelang die Flucht bis nach Uffing am Staffelsee, wo er zwei Tage später aufgespürt und zur Untersuchungshaft nach Landsberg am Lech gebracht wurde.

Der Prozeß gegen die Putschisten

Nach dem Scheitern am 9. November war Hitler zunächst völlig gebrochen, er dachte an Selbstmord. Aber als der Hochverratsprozeß gegen ihn am 24. Februar 1924 begann, war sein Selbstbewußtsein wiederhergestellt. Dazu hatten zum einen die Nachrichten über die polizei- und regierungsfeindlichen Aktionen eines Teils der Bevölkerung, zum anderen die Tatsache beigetragen, daß allzuviele hochgestellte Persönlichkeiten, die mit Hitler verhandelt und konspiriert hatten, vor einer Veröffentlichung dieser Sachverhalte während des Prozesses bangten.

Während der Gerichtsverhandlung hielten die Angeklagten, allen voran Hitler, und ihre Verteidiger tönende Reden, stürzten sich mit aller Schärfe auf die „Verräter" von Kahr, von Lossow und von Seisser, die als Zeugen geladen waren. Die Angeklagten führten sich wie Ankläger auf, der Staatsanwalt wurde zum Verteidiger der Zeugen. Hitler, der zum Hauptangeklagten avanciert war, da Ludendorff wegen seines Prestiges möglichst geschont werden sollte, nahm diese Rolle dankbar an und nützte die Möglichkeit, sein Führertum unter Beweis zu stellen, weidlich aus. Seine Verteidigungsrede wurde zur Propagandarede für die NSDAP. Er machte noch vor dem Urteilsspruch Gericht und Urteil zur Farce: „... Mögen sie uns tausendmal schuldig sprechen, die Göttin des ewigen Gerichts der Geschichte wird lächelnd den Antrag des Staatsanwalts und das Urteil des Gerichts zerreißen, denn sie spricht uns frei!"

Am 1. April 1924 wurde das Urteil verkündet. Unter Betonung des „rein vaterländischen Geistes und des edelsten selbstlosen Willens der Angeklagten" wurden die Mindeststrafen verhängt, die Untersuchungshaft voll angerechnet und nach weiteren sechs Monaten Haftverbüßung Bewährungsfrist in Aussicht gestellt.

In den Monaten, die Hitler danach noch in Landsberg verbrachte, hielt er regelrecht Hof für die Hunderte von Besuchern und lebte in dem Triumphgefühl des Dennoch-Siegers. Ausdruck dieses wiedergefundenen Sendungsgefühls ist sein Buch „Mein Kampf", dessen erster Teil in der Haft entstand. Das Buch diente mehreren Zwecken, der Legendenbildung über die eigene Jugend und den politischen Werdegang ebenso wie der Programmierung der künftigen Absichten, insbesondere aber der eingehenden Begründung des nationalsozialistischen Kampfes. Hitler drapierte sich in „Mein Kampf" gleichzeitig mit der Rolle des politischen Märtyrers und der des politischen Propheten.

Hitlers Weltanschauung

Obwohl Hitler den Begriff „Weltanschauung" in seinem Buch ungezählte Male gebrauchte, ist „Mein Kampf" keine systematische Erörterung über Wesen und Ziele der nationalsozialistischen Bewegung. Vielmehr handelt es sich um eine Mischung aus Autobiographie, Parteigeschichte, Propagandalehre, Auslassungen über einzelne Epochen der deutschen und der Weltgeschichte, Darlegungen über Themen der verschiedensten Art, sei es über Aktiengesellschaften, Goethe und die Juden, Kleidung der Jugend, Religion, Wert des Boxens, Sterilisation, Richard Wagner und vieles andere mehr, insgesamt ein wahres Sammelsurium – Hitler selbst sprach von einer „Aneinanderreihung von Leitartikeln für den Völkischen Beobachter" –, aus dem aber doch nach mühsamer Lektüre einige Gedanken als die für Hitler offensichtlich wesentlichsten herausgefunden werden können, einfach aus dem Grund, weil sie in immer anderen Wendungen wieder und wieder vorgetragen werden.

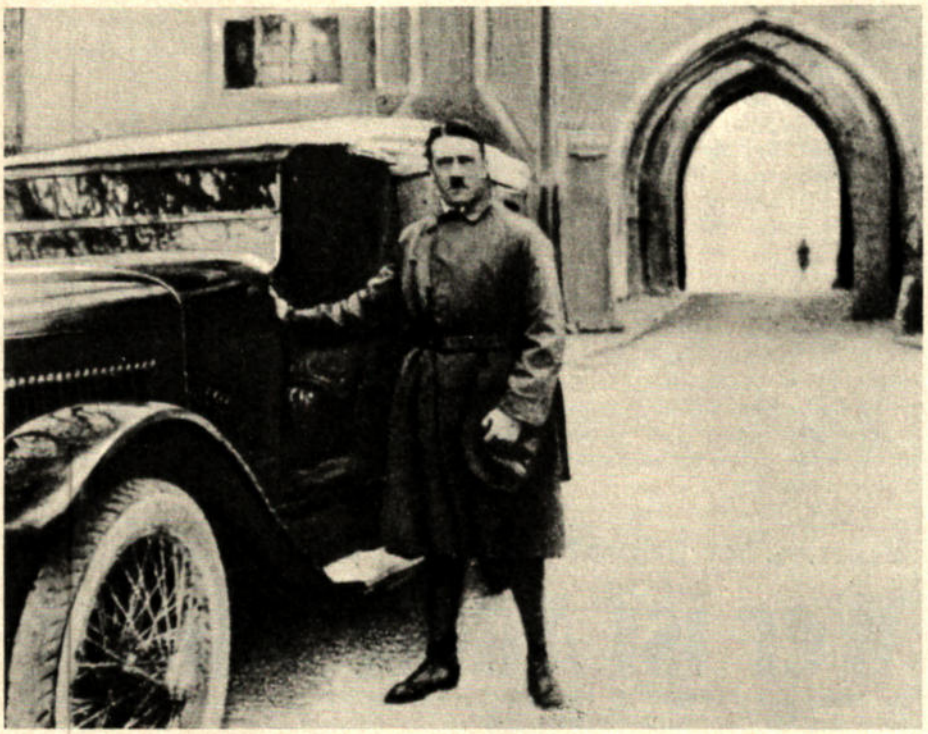
Nationalistische und völkische Gedanken, Rassenlehre und Antisemitismus

Hitler fand bei Beginn seiner politischen Laufbahn in München eine weit verbreitete „völkische" Stimmung vor, die in Vereinigungen wie dem Alldeutschen Verband, der Thule-Gesellschaft, dem Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbund und vielen ähnlichen Zirkeln gepflegt wurde. Beredten Ausdruck fand sie im „Völkischen Beobachter", einem vor der Übernahme durch die Nationalsozialisten kleinen Wochenblatt, das seinen Inhalt im wesentlichen mit den Vokabeln „Volk", „Deutschtum", „Jude", „Antisemitismus" und deren Abwandlungen bestritt. Schwärmerische Vaterlandsliebe, wie sie seit der deutschen Romantik und den Befreiungskriegen üblich geworden war, hatte sich hier mit dem imperialistischen Nationalismus des Kaiserreiches verbunden. Dazu kamen die biologistischen Vorstellungen, die im 19. Jahrhundert entwickelt worden waren: der „Kampf ums Dasein", der Rassenantisemitismus und die Rassenideologie.

Dieses Ideenkonglomerat bildete die Grundlage für die besondere Form des Nationalismus der völkischen Gruppen. Hitler übernahm dieses Gedankengut in vollem Umfang, zusammen mit dem „Völkischen Beobachter", der neben seinem Namen auch die Tendenz seines Inhalts unverändert beibehalten konnte.

Unter der Überschrift „Was ist völkisch?" faßte Hitler in „Mein Kampf" seine Definition des Begriffs zusammen. „Die völkische Weltanschauung erkennt die Bedeutung der Menschheit in ihren rassischen Urelementen. Sie sieht im Staat prinzipiell nur ein Mittel zum Zweck und faßt als seinen Zweck die Erhaltung des rassischen Daseins des Menschen auf. Sie glaubt somit keineswegs an eine Gleichheit der Rassen, sondern erkennt mit ihrer Verschiedenheit auch ihren höheren und niederen Wert und fühlt sich durch diese Erkenntnisse verpflichtet, gemäß dem eigenen Wollen, das dieses Universum beherrscht, den Sieg des Besseren, Stärkeren zu fördern, die Unterordnung des Schlechteren und Schwächeren zu verlangen. Sie huldigt damit prinzipiell dem aristokratischen Grundgedanken der Natur und glaubt an die Geltung des Gesetzes bis herab zum letzten Einzelwesen...

Menschliche Kultur und Zivilisation sind auf diesem Erdteil unzertrennlich gebunden an das Vorhandensein des Ariers. Sein Aussterben oder Untergehen wird auf diesem Erd-



Hitler verläßt nach sechsmonatiger Haft die Festung Landsberg.

ball wieder die dunklen Schleier einer kulturlosen Zeit senken. Das Untergraben des Bestandes der menschlichen Kultur durch Vernichtung ihres Trägers erscheint in den Augen einer völkischen Weltanschauung als das fluchwürdigste Verbrechen. Wer die Hand an das höchste Ebenbild des Herrn zu legen wagt, frevelt am gütigen Schöpfer dieses Wunders und hilft mit bei der Vertreibung aus dem Paradies. Damit entspricht die völkische Weltanschauung dem innersten Wollen der Natur, da sie jenes freie Spiel der Kräfte wiederherstellt, das zu einer dauernden gegenseitigen Höherzüchtung führen muß, bis endlich dem besten Menschentum, durch den erworbenen Besitz dieser Erde, freie Bahn gegeben wird..."

Diese Begriffserläuterung beweist das Zusammenströmen verschiedener Gedankenrichtungen aus dem 19. Jahrhundert in Hitlers Weltanschauung.

1859 erschien das Hauptwerk des englischen Naturforschers Charles Darwin „Über die Entstehung der Arten durch natürliche Zuchtwahl". Darwin nahm eine Auslese der am besten der Umwelt angepaßten Individuen an. Den Kampf ums Dasein überstehe das tüchtigere Lebewesen, bei der Fortpflanzung erfolge eine Höherentwicklung, da sich die überlegenen Merkmale weiter vererben. Beim Menschen stellte Darwin nachdrücklich als Ideal nicht den allein biologisch Besten, sondern den sittlich Höherstehenden heraus. In Verfälschung dieser Theorie lehnten die sogenannten Sozialdarwinisten jede humanitäre Haltung ab, da diese die echte Auslese verhindere, indem sie Schwaches und Krankes durch soziale und medizinische Maßnahmen unvernünftigerweise am Leben erhalte. Sie verfochten die Ansicht vom „ewigen Lebenskampf"; Auslese der Starken und Ausmerzung der Schwachen im Krieg wie im Alltag sollten zum Gesetz für Staat und Gesellschaft erhoben werden.

Die naturwissenschaftliche Anthropologie wurde im frühen 19. Jahrhundert begründet. Ihrer Denkergebnisse bemächtigten sich von Anfang an affektbeladene Interpreten: Zum einen diente sie ihnen dazu, die Überlegenheit der weißen Rasse gegenüber den Einwohnern der nichteuropäischen Erdteile zu „beweisen"; zum anderen wurde sie von den Judengegnern übernommen, um dem bis dahin konfessionell begründeten Judenhaß eine „wissenschaftliche" Begründung zu verschaffen. Das 1855 erschienene Buch des französischen Diplomaten Arthur Graf de Gobineau, „Versuch über die Ungleichheit der menschlichen Rassen", deutete erstmals das bisherige Weltgeschehen nach rassischen Gesichtspunkten: Die Geschichte werde allein durch die Gesetze der Rasse und des Blutes bestimmt. Diese Ansicht war in ihrer Einseitigkeit verhängnisvoll genug. Gobineau vergrößerte das Übel dadurch, daß er die Verschiedenartigkeit der Rassen, wie sie die Anthropologen festgestellt hatten, in eine Verschiedenwertigkeit umdeutete und von höheren, zum Herrschen berufenen, kulturtragenden Rassen im Gegensatz zu niedrigen, allein zur Knechtschaft tauglichen, kulturzerstörenden Rassen sprach. Im Katalog der Rassenwertigkeit rangierten Arier und Germanen an oberster Stelle, am Ende standen Neger, Indianer und Juden, danach folgten unmittelbar die Tiere.

Da die neue Lehre das Judesein als eine unabänderliche negative Eigenschaft des Blutes bezeichnete, mußte sie schreckliche Konsequenzen zeitigen. Die Anhänger Gobineaus in Frankreich, Georg Vacher de Lapouge („Der Arier und seine Bedeutung für die Gemeinschaft", 1899) und Edouard Drumont („Das verjudete Frankreich", 1866), und in Deutschland, Adolf Wahrmund („Das Gesetz des Nomadentums und die heutige Judenherrschaft", 1887), Eugen Dühring („Die Judenfrage als Rassen-, Sitten- und Kulturfrage", 1881), Wilhelm Marr („Der Sieg des Judentums über das Germanentum, vom nichtkonfessionellen Standpunkt aus betrachtet", 1873; „Antisemitische Blätter") und der Wahldeutsche Houston Stewart Chamberlain („Die Grundlagen des 19. Jahrhunderts", 1899), forderten bereits mehr oder minder offen die Ausmerzung der Juden, um die Reinheit und das Herrschertum der Arier zu sichern. Die Wirtschaftskrise in den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts mit ihren antikapitalistischen Affekten und die Gründung des Deutschen Reiches mit ihrer Belebung nationalistischer Gedanken wirkten verstärkend auf die antisemitische Bewegung.

Hitler lernte diese Theorien in Wien kennen. Österreichische und sudetendeutsche Politiker und Autoren beeinflußten sein Denken erwiesenermaßen besonders nachhaltig. Als Beispiel für viele sei der Führer der 1911 gegründeten „Deutschsozialen Arbeiterpartei – DNSAP") und Verfasser des Buches „Der nationale Sozialismus" (1919), Rudolf Jung, genannt. Jungs Partei verwendete bereits das Hakenkreuz als Parteisymbol, und über Jungs Schriften bekannte Hitler später, daß sie sein Denken mitgeprägt hätten; ein Vergleich der Publikationen Jungs mit Hitlers „Mein Kampf" bestätigt dies.

Die antisemitischen Auslassungen eines Teils der Wiener Presse und die Haßreden des Wiener Bürgermeisters Karl Lueger und des Führers der Alldeutschen Bewegung Georg von Schönerer veranlaßten Hitler, sich mit der Judenfrage näher zu beschäftigen. An Literatur dieser Art herrschte kein Mangel. Als Musterbeispiel können die „Ostara"-Hefte des Sektierers Adolf Lanz gelten, die Hitler mit einiger Sicherheit in Wien gelesen hat. Lanz, der wegen seines Antisemitismus aus dem Zisterzienserorden ausgestoßen worden war, publizierte in dieser „Bücherei der Blonden und Mannesrechtler" ein pervertiertes Christentum mit Christus als Künder der Rassenreinheit, den Engeln als rassenreinen Wesen, dem Jüngsten Gericht als letztem Kampf zwischen „blondblauen" (Menschen mit blonden Haaren und blauen Augen) Ariern und „Tiermenschen", das heißt Mischlingen und vor allem Juden. Diese pseudoreligiöse „Vertiefung" sollte die Antisemiten nicht mehr nur rational, sondern auch in ihrem Gefühlsleben mobilisieren. Die christliche Abscheu vor dem Bösen wurde zum Haß des Ariers gegen alles Jüdische umgebogen. Lanz entwickelte lange Kataloge von Fördermaßnahmen für die „Blondblauen" und von Abwehraktivitäten gegen die „Minderrassigen", die wie eine Vorwegnahme der späteren SS-Politik anmuten. Mit seinem Satz in „Mein Kampf": „...Indem ich mich des Juden erwehre, kämpfe ich für das Werk des Herrn..." erwies sich Hitler als gelehriger Schüler von Lanz.

Im 11. Kapitel von „Mein Kampf", betitelt „Volk und Rasse", legte Hitler seine Gedanken zu diesem Thema dar. Nach der Feststel-

lung, der tiefste Grund für den Untergang des alten Reiches sei im Nichterkennen des Rassenproblems und seiner Bedeutung für die geschichtliche Entwicklung der Völker zu suchen, „beweist" Hitler mit Beispielen aus dem Tierreich die Minderwertigkeit der menschlichen „Bastarde", bezeichnet die humane Ansicht von der Gleichwertigkeit aller Menschen als „echt judenhaft frechen, aber ebenso dummen Einwand der modernen Pazifisten". Die arische Rasse wird als die allein kulturbegründende geschildert und die Scheinkultur der Juden gebrandmarkt. Hitler zieht dann die Konsequenz für die praktische Politik: „... Somit ist der höchste Zweck des völkischen Staates die Sorge um die Erhaltung derjenigen rassischen Urelemente, die, als kulturspendend, die Schönheit und Würde eines höheren Menschentums schaffen..." Die Arier sollten einen Frieden stiften, „begründet durch das siegreiche Schwert eines die Welt in den Dienst einer höheren Kultur nehmenden Herrenvolkes". Der völkische Staat habe die Rasse in den Mittelpunkt des allgemeinen Lebens zu setzen, er habe für ihre Reinerhaltung zu sorgen; die Fruchtbarkeit des gesunden Weibes müsse mit allen Mitteln gefördert werden; rassereine Randkolonien seien zu gründen. Die den Völkern „von schlauen Juden" (!) eingetrichterte Auffassung von der Gleichheit aller Menschen wird kategorisch abgelehnt und ein Bekenntnis zur „natürlichen Menschenauslese" abgegeben. Noch ist zwar nicht vom „unwerten Leben" die Rede, erst in den Tischgesprächen von 1941/42 sagte Hitler: „Unwertes Leben zu vernichten, bedeutet kein Schuldigwerden, denn: wer hat die Schuld, wenn die Katze die Maus frißt?" Aber es ist kein Zweifel, daß der inhumane Biologismus bereits in „Mein Kampf" voll ausgeprägt war. Hitler beanspruchte das „Recht" des Stärkeren, der zugleich der „blutlich Wertvollere" sei, dem Schwächeren sein Gesetz aufzuzwingen, zu entscheiden, ob und wie er leben dürfe.

Ausführlich behandelte Hitler die Abwehr des Judentums. Der Negativkatalog war endlos. Seiner an anderer Stelle von „Mein Kampf" geäußerten Maxime folgend, im politischen Kampf der Masse immer nur einen Gegner zu zeigen, wurde in den Begriff „Judentum" alles miteinbezogen, was Hitler bekämpfte: Demokratie, Amerika, Weltfinanz, Reichsverwaltung, Prostitution, Wirtschaft, Börse, Sozialdemokratie, Bolschewismus, Weltpresse – all das wurde durch das Adjektiv „verjudet" zusammengeschmolzen zu einem monströsen Popanz, auf den man dann den gebündelten Haß richten konnte.

Hitlers Erziehungsziele

Hitler war sich darüber im klaren, daß diese „Umwertung aller Werte" vom völkischen Staat eine langwierige Erziehungsarbeit erfordern würde. In „Mein Kampf" unterzog er die humanistische Bildung mit ihrer Betonung der geistigen Ausbildung einer vernichtenden Kritik. Der völkische Staat habe im Gegensatz dazu sich auf das „Heranzüchten kerngesunder Körper" einzustellen. Das Ziel der Mädchenerziehung habe unverrückbar die kommende Mutter zu sein. „... Die gesamte Bildungs- und Erziehungsarbeit muß ihre Krönung darin finden, daß sie den Rassensinn und das Rassengefühl instinkt- und verstandesmäßig in Herz und Hirn der ihr anvertrauten Jugend hineinbrennt..." Ihre letzte Vollendung habe diese Erziehung unter dem Gesichtspunkt der Rasse im Heeresdienst zu erhalten.

Erst an die zweite Stelle rückte Hitler die Ausbildung der geistigen Fähigkeiten, worunter er die Förderung der Willens- und Entschlußkraft, verbunden mit der Erziehung zur Verantwortungsfreudigkeit verstand. Treue, Opferwilligkeit und Verschwiegenheit seien die wertvollsten Charaktereigenschaften. Die wissenschaftliche Schulung wurde von Hitler mit größter Geringschätzung behandelt. In der nationalsozialistisch ausgerichteten Schule müsse der Lehrplan völlig neugestaltet werden: Der allgemeine wissenschaftliche Unterricht müsse verkürzt werden, um Zeit zu gewinnen für die Ausbildung des Körpers, des Charakters, der Tatkraft.

Das Ziel der nationalsozialistischen Erziehungsarbeit stand damit ganz im Zeichen von Rassenlehre und Sozialdarwinismus. Nichts Geringeres als ein neuer Mensch sollte geschaffen werden. Das höchste Kriterium war dabei die Zuchttauglichkeit für die arische Rasse. Der Geist sollte absichtlich primitiv gehalten werden, der gestählte Körper sollte allein seinen Instinkten folgen, da dies eine sichere Gewähr zu sein schien, ihn im Kampf ums Dasein von allen Moralgesetzen zu enthemmen. Für den künftigen Menschen konnten selbstverständlich im zwischenmenschlichen Verhalten die bisherigen Normen keine Gültigkeit mehr besitzen. Hitler gedachte die Jugend von all dem zu „befreien", was Religion und Kultur in jahrhundertelangen Bemühungen an geistigen Dämmen gegen das Bloß-Vitale im Menschen errichtet hatten. Nicht mehr das menschliche Leben schlechthin sollte durch Achtung und Ehrfurcht geschützt sein, sondern nur noch der Rassegenosse, der Mensch gleichen Blutes. Damit war deutlich gesagt, daß die neue Moral nicht auf den einzelnen zielte, sondern auf die Erhaltung des Kollektivs. Wert besaß nach dieser Auffassung nicht der Einzelmensch auf Grund seiner personalen, individuellen Würde. Als Persönlichkeit war er nur insofern geschätzt, als er ein nützliches Mitglied der Rassengemeinschaft bildete. In der Formulierung „Du bist nichts, dein Volk ist alles" wurde dieses Erziehungsziel schlagwortartig zum Ausdruck gebracht.

Arbeiter der Stirne! Arbeiter der Faust!

Wer ist Adolf Hitler?

Der Mann aus dem Volke für das Volk! Der deutsche Frontsoldat, der in 48 Schlachten sein Leben für Deutschland eingesetzt hat!

Was will Adolf Hitler?

Freiheit und Brot für jeden ehrlich schaffenden Deutschen! Den Galgen für Wucherer, Schieber und Ausbeuter, gleich welcher Konfession und Rasse!

Warum darf Adolf Hitler nicht reden?

Weil er dem Beherrscher der deutschen Wirtschaft, dem internationalen Bankjuden und seinen Knechten, den Demokraten, Marxisten, Jesuiten und Freimaurern, rücksichtlos die Maske vom Gesicht reißt! Weil er die Schaffenden von der Herrschaft der Raffenden befreien will!

Schaffende Deutsche! Fordert sofortige Aufhebung des ungesetzlichen Redeverbots!

Hinein in die

Nationalsozialistische deutsche Arbeiterpartei.

Mitgliederwerbung für die NSDAP zu Beginn der zwanziger Jahre.

Sozialpolitische Gedanken

Auch für sein Verständnis sozialer und wirtschaftlicher Fragen knüpfte Hitler in „Mein Kampf" an seine Wiener Erfahrungen an, die in ihm ein „tiefstes soziales Verantwortungsgefühl zur Herstellung besserer Grundlagen unserer Entwicklung" geweckt hätten. Soziale Tätigkeit dürfe nie zu „ebenso lächerlicher wie zweckloser Humanitätsduselei" führen, vielmehr sei die „soziale Hebung" der breiten Masse als Mittel zum Zweck nationaler Erziehung zu betreiben. Die Überwindung von Klassen- und Standesunterschieden sei allein deshalb anzustreben, weil dadurch Nationalstolz entstehe. Nur der Nationalsozialismus, keine andere politische Kraft sei dazu befähigt. Das Bürgertum, das Hitler tief verachtete, kenne nur einen Götzen, das Geld, sei weder zu Verzicht noch Opfer bereit, habe 1918 versagt, sei weiterhin überholten Programmen gefolgt, verfüge über keinerlei Energie, kurz: sei für jede erhabene Aufgabe wertlos. Hinter den sozia-

len Phrasen der Sozialdemokratie sei grinsend die Fratze des verjudeten Marxismus sichtbar, auch sie habe sich in der Revolution schwächlich gezeigt. Als die Gewerkschaften in ihren Bann gerieten, hätten sie nicht mehr die wahren Interessen der Arbeiterschaft verfolgt, sondern nur noch einen das Ganze zerstörenden Klassenkampf geführt. Die künftige nationalsozialistische Gewerkschaft sei in konträrem Gegensatz dazu die Organisation des nationalen Wirtschaftsprozesses und dessen Kraftsteigerung.

Da das Bürgertum schwach und feig sei, müsse der zur Brutalität fähige „Prolet" gewonnen werden; dies habe das zentrale Anliegen der „Bewegung" zu sein, denn nur mit Kämpfern seien die gesteckten Ziele zu erreichen. Hitlers „sozialrevolutionäre" Gedanken enthüllen sich insgesamt als Instrument zur Schaffung einer „geschlossenen Volksgemeinschaft", eines „leistungsfähigen Volkskörpers" zur Nationalisierung der Massen. Und alles dies wiederum stand im Dienst der Gesamtabsicht. Hitler bündelte die im 19. Jahrhundert entstandenen Strömungen des Sozialismus und des Nationalismus, programmatisch im Parteinamen zum Ausdruck gebracht. Es gelingt ihm damit eine nicht nur propagandawirksame, sondern auch tatsächliche Attraktivität für die vielen, die von den traditionellen Kräften enttäuscht waren. Hierin lag auch ein Grund, warum Hitler „Modernität" zugeschrieben wird.

Vorbeimarsch der SA vor dem „Führer" in Weimar 1926.

Das Führerprinzip

Bereits die Art und Weise, wie Hitler innerhalb der Deutschen Arbeiterpartei die Rolle des alleinigen Führers an sich gezogen hatte, wie er von seinen Anhängern die Berufung zum Führer der NSDAP erpreßte, wie er die Partei von da an pyramidenförmig organisierte und auf sich zuordnete, wobei jeder Unterführer vom nächsthöheren Verantwortlichen eingesetzt wurde und Hitler selbst die Spitze bildete, zeigte das Ordnungsprinzip, das Hitler auch als Ziel für die Staatsordnung vorschwebte. In „Mein Kampf" legte er dann die Theorie seiner Staatsauffassung vor: "... Der Grundsatz des Aufbaues unserer ganzen Staatsauffassung hat dereinst zu sein: Autorität jedes Führers nach unten und Verantwortung nach oben ..." Wenn Hitler bei der Verteidigung des Prinzips des Führergedankens den „marxistischen" (!) Standpunkt „Mensch ist gleich Mensch" ablehnt, wird auch hier wieder das „Vorzeichen" vor seinem gesamten Denken sichtbar: Aus der Rassenlehre mit ihrem Ausleseverfahren ergab sich wie von selbst der Schluß, daß Majoritätsentscheidungen und der demokratische Parlamentarismus abzulehnen seien. Hitler „entlarvte" diese Einrichtungen als Instrumente des Judentums, weil sich dabei die eigentlichen Drahtzieher im Hintergrund halten könnten.

Dem Mehrheitsprinzip stellte Hitler „die wahrhafte germanische Demokratie" gegenüber, in der nur ein einziger zu bestimmen und die Gefolgschaft seinen Befehlen zu gehorchen habe. Von dieser Gefolgschaft wurde nichts anderes verlangt als disziplinierter Gehorsam. „Die junge Bewegung ist ihrem Wesen und ihrer inneren Organisation nach antiparlamentarisch, das heißt sie lehnt im allgemeinen wie in ihrem eigenen inneren Aufbau ein Prinzip der Majoritätsbestimmung ab ... Die Bewegung vertritt im kleinsten wie im größten den Grundsatz der unbedingten Führerautorität..." Da die Bewegung jedoch auf dem ihr eigentlich gemäßen Weg des Putsches die Macht im Staat nicht hatte erringen können, schlug Hitler in „Mein Kampf" ein taktisches Manöver vor. Nur als Mittel zum Zweck sollte die NSDAP sich nach der Wiederaufnahme der politischen Aktivität um Abgeordnetensitze bemühen. „... Die Beteiligung der Bewegung an parlamentarischen Institutionen kann nur den Sinn einer Tätigkeit zu deren Zertrümmerung besitzen..."

Lediglich um die NSDAP zum „ausschlaggebenden Faktor im Staat" zu machen, werde man in die gesetzlichen Körperschaften der Republik eintreten. Hitler ließ weder in „Mein Kampf" noch in irgendeiner anderen Äußerung vor 1933 einen Zweifel daran, daß nach der auf diese Weise legalisierten Machterringung der Staat in die Form gegossen werde, die die Bewegung als die richtige ansehe. Die „besten Köpfe", die „rassisch Wertvollsten" sollten dann unter ihm als Führer nachrangige Autorität über das in Gefolgschaftskader gegliederte Volk erhalten.

Dem Prinzip der gestuften Verantwortung entsprechend, gedachte Hitler als Führer für den parteilichen und staatlichen Bereich die höchste Verantwortung zu übernehmen. Wem wollte er verantwortlich sein? Da es in dieser Weltanschauung weder einen Gott gab noch eine Gefolgschaft, die Rechenschaft fordern konnte, bedeutete dies, daß Hitler letztlich nur sich selbst verantwortlich war. Es wäre auch falsch zu sagen, er sei der nationalsozialistischen Weltanschauung verpflichtet gewesen, da diese wiederum nur seine eigene Weltanschauung war, die Verpflichtung also auch in dieser Beziehung nur sich selbst gegenüber bestand. Bereits aus „Mein Kampf" war zu entnehmen, daß die von Hitler aufgestellten Prinzipien zum unumschränkten Führerwillen und zur Forderung nach willenloser Gefolgschaftstreue tendierten.

Der außenpolitische Entwurf

Die der Außenpolitik gewidmeten Abschnitte von „Mein Kampf" beweisen eindeutig, daß die Ansicht, Hitlers außenpolitisches Ziel sei allein die Überwindung des Unrechts von Versailles gewesen, in den Bereich der historischen Legende verwiesen werden muß. Natürlich wandte sich Hitler in „Mein Kampf" und in allen seinen Reden mit aller Schärfe gegen den Versailler Vertrag, gegen seine Urheber und gegen die deutschen Unterzeichner und „Erfüllungspolitiker". Die Propagandawirkung dieser populären Angriffe ließ sich Hitler nicht entgehen, und es unterliegt keinem Zweifel, daß nicht wenige Deutsche eben wegen dieser konsequenten Anti-Versailles-Haltung zu Anhängern und Wählern der NSDAP wurden. Aber „Mein Kampf" belegt, wie sehr es sich dabei lediglich um eine vordergründige und opportunistische Zielsetzung handelte.

Das eigentliche außenpolitische Konzept Hitlers umfaßte wesentlich andere Dimensionen als Grenzkorrekturen im Westen und im Osten. „Die Forderung nach Wiederherstellung der Grenzen des Jahres 1914 ist ein politischer Unsinn von Ausmaßen und Folgen, die ihn als Verbrechen erscheinen las-

sen... Die Grenzen des Jahres 1914 bedeuten für die Zukunft des deutschen Volkes gar nichts. In ihnen lag weder ein Schutz in der Vergangenheit, noch läge in ihnen eine Stärke für die Zukunft... Demgegenüber müssen wir Nationalsozialisten unverrückbar an unserem außenpolitischen Ziel festhalten, nämlich dem deutschen Volk den ihm gebührenden Grund und Boden auf dieser Erde zu sichern. Und diese Aktion ist die einzige, die vor Gott und unserer deutschen Nachwelt einen Bluteinsatz gerechtfertigt erscheinen läßt."

In Hitlers 1928 entstandenem Manuskript zur Außenpolitik, das 1961 als „Hitlers zweites Buch" veröffentlicht wurde, formulierte er dieses Programm drastischer. Hier nannte er die Wiederherstellung der Grenzen von 1914 „die allerdümmste außenpolitische Zielsetzung", „doppelt dumm und gefährlich, weil sie gar kein irgendwie nützliches und erstrebenswertes Ziel umschließt...". Er forderte auch hier dagegen, „zu einer klaren, weitschauenden Raumpolitik überzugehen..." und einen genügenden Lebensraum für die nächsten 100 Jahre zu schaffen. Die Außenpolitik der Vorkriegszeit lehnte er ab, da die einstige Kolonial- und Bündnispolitik das Siedlungsgebiet des deutschen Volkes nicht vergrößert habe. Er schlug einen der Weimarer Außenpolitik diametral entgegengesetzten Kurs ein.

Die Weimarer Außenpolitiker waren für Verständigung und Interessenausgleich durch Verhandlungen nach dem klassischen Prinzip des „do ut des" („ich gebe, damit du gibst") eingetreten. Sie rechneten zum einen mit der wachsenden Geneigtheit der Autoren des Versailler Vertrages zum Arrangement und wollten zum anderen jeden radikalen Schritt zur Beseitigung von Härten aus dem Versailler Vertrag vermeiden, da einseitige Vertragsbrüche mit Sicherheit zu einer neuerlichen Isolierung Deutschlands geführt hätten und eben dies unter allen Umständen vermieden werden sollte. Hitlers Blut- und Boden-Konzept erforderte selbstverständlich die Abkehr von dieser Verständigungspolitik. Er war sich darüber klar, daß sein Programm nur durch ein brutales Überrennen der in internationalen Abmachungen festgelegten Grenzen und durch eine Zerstörung der gegebenen Staatenordnung durchzusetzen sein würde. Aus diesem Grunde war es logisch, als erstes Erfordernis der nationalsozialistischen Außenpolitik ein „schlagkräftiges Schwert" anzusehen, das heißt „eine ausschlaggebende Macht zu Lande und große militärische Machtmittel zu schaffen." „Dieses Schwert zu schmieden, ist die Aufgabe der innenpolitischen Leitung..., die Schmiedearbeit zu sichern und Waffengenossen zu suchen, die Aufgabe der außenpolitischen."

In „Mein Kampf" legte Hitler sodann dar, warum er Italien und England als die für sein Konzept einzig möglichen Bündnispartner ansah. Frankreich und die mit ihm in Osteuropa verbündeten Klein- und Mittelstaaten des Cordon sanitaire schieden aus, da sie als Nutznießer des 1919 geschaffenen Staatensystems hartnäckige Verteidiger des Status quo waren. In England und Italien glaubte Hitler jedoch eine gewisse Abneigung gegen die französische Hegemonie zu erkennen. Im Falle Englands sah er allerdings Komplikationen bei der Ausnützung dieser vermeintlichen Interessengleichheit voraus, da das englische „Finanzjudentum", entgegen dem Interesse des englischen Staatswohls, die wirtschaftliche Vernichtung und politische Versklavung Deutschlands anstrebe. Da andererseits das faschistische Italien die „jüdische Welthydra" im eigenen Land konsequent bekämpfe, werde im Laufe der Jahre hier eine rein italienische Interessenpolitik möglich sein und diese werde Italien automatisch an die Seite eines neuen Deutschland bringen. In „Mein Kampf" sah Hitler auch bereits Japan als einen möglichen Bundesgenossen, denn die „jüdische Hetze" gegen den japanischen Nationalstaat werde Japans Außenpolitik zu einem eigenständigen Kurs führen.

Nach diesen Spekulationen über mögliche Partner nennt Hitler dann im vorletzten Kapitel seines Buches das konkrete Ziel all dieser Pläne: „Ostpolitik im Sinne der Erwerbung der notwendigen Scholle für unser deutsches Volk." Die Bodenpolitik der Zukunft, die die Kolonial- und Handelspolitik der Vorkriegszeit ablöse, könne nur in Rußland und den ihm untertanen Randstaaten betrieben werden. Aufgrund der jüdisch-bolschewistischen Politik, die alle germanischen Elemente – einst die Schöpfer des russischen Staatsgebildes – ausgerottet habe, sei das Riesenreich im Osten jetzt reif zum Zusammenbruch. „Und das Ende der Judenherr-

Nationalsozialistischer Aufmarsch in Weimar 1926. An der Spitze des Zuges Joseph Goebbels und der spätere SA-Stabschef Viktor Lutze.

Die Nationalsozialisten bedienten sich mit Vorliebe einer pseudosakralen Symbolik. Hitler „weiht" auf dem Parteitag in Nürnberg 1929 eine SA-Standarte mit der „Blutfahne" von 1923.

Benito Mussolini, der faschistische Duce, und Adolf Hitler, der nationalsozialistische Führer.

schaft in Rußland wird auch das Ende Rußlands als Staat sein. Wir sind vom Schicksal ausersehen, Zeugen einer Katastrophe zu werden, die die gewaltigste Bestätigung für die Richtigkeit der völkischen Rassentheorie sein wird." Im Osten habe das Schwert dem deutschen Pflug den Boden zu erobern.

Zusammenfassung

Hitlers Weltanschauung, wie er sie in „Mein Kampf" in theoretischen Erörterungen und im Entwerfen von Grundlinien zur Realisierung seiner innen- und außenpolitischen Vorstellungen entwickelte, muß monokausal genannt werden. Der Kernpunkt, von dem jeder Hitlersche Gedanke ausging, zu dem jede Überlegung zurückkehrte, ist die Rassenlehre. Der Beweis ist aus „Mein Kampf" ebenso klar zu entnehmen wie aus allen anderen Äußerungen Hitlers vom ersten politischen Auftreten in München bis zu seinem Testament, das, einen Tag vor seinem Selbstmord verfaßt, mit dem „Befehl" schließt: „... Vor allem verpflichte ich die Führung der Nation und die Gefolgschaft zur peinlichen Einhaltung der Rassengesetze und zum unbarmherzigen Widerstand gegen den Weltvergifter aller Völker, dem internationalen Judentum."

Gegenüber diesem Rassismus sind die übrigen Kennzeichen des Nationalsozialismus von sekundärer Bedeutung. Welchen Bereich Hitler auch immer ansprach, er sah ihn „jüdisch verseucht" und entwickelte aus dieser Überzeugung Vorstellungen zur „Sanierung". Organisationsfragen, Propagandamaßnahmen, Pläne zur Erfassung und Schulung des Volkes, außenpolitische Aktionen, wirtschaftspolitische Überlegungen – alles wurde unter dem Vorzeichen der Rassenlehre betrachtet. In jedem Fall war, mittelbar oder unmittelbar, die „Lösung der Rassenfrage" das Ziel, dies bedeutete die Ausmerzung der Juden bzw. „Minderrassigen" und die Durchsetzung des Herrschaftsanspruchs der Arier.

Dieses Hauptziel des Nationalsozialismus war mit einer endzeitlichen Verheißungsvision verquickt: Das Zeitalter des Weltfriedens werde anbrechen, wenn die Rassenfrage gelöst sei. Aller Unfriede in der Welt seit Anbeginn wurde damit begründet, daß bislang keine politische Bewegung diese Einsicht zum Mittelpunkt ihres Handelns gemacht habe. Damit war ein irrationales Moment zum eigentlichen Antrieb für die gesamte Politik geworden; wesentlich dabei ist aber, daß dieser Irrationalismus keinen transzendenten Bezugspunkt besaß, vielmehr sollte die Realisierung dieser Endzeitversprechung innerweltlich erfolgen – wodurch abermals der pseudoreligiöse Charakter der nationalsozialistischen Weltanschauung, wie schon bei der Erörterung der Lanzschen Gedankengänge dargelegt wurde, bewiesen ist.

Faschismus im übrigen Europa

Verlauf und Ausgang des Ersten Weltkrieges bewirkten, daß im darniederliegenden Europa in nahezu allen Ländern Parteien bzw. „Bewegungen" entstanden, die dem Nationalsozialismus verwandte Merkmale aufwiesen. In Österreich zum Beispiel gab es seit Mai 1918 eine „Deutsche Nationalsozialistische Arbeiterpartei", in Ungarn nannte sich der Politiker Gömbös bereits 1919 einen Nationalsozialisten, in Italien führte der „verlorene Frieden" im März 1919 zur Gründung von Kampfverbänden durch Mussolini, in Rumänien schuf Codreanu 1919 seine nationalistische „Eiserne Garde". Nach dem Erfolg der italienischen Faschisten 1922 kam es im Laufe der folgenden Jahre zu weiteren Gründungen bzw. zur Ausbildung ähnlicher politischer Aktivitäten in verschiedenen europäischen Ländern. Ausprägung und Erfolg waren freilich höchst unterschiedlich, je nach der politischen Vergangenheit und den aktuellen Gegebenheiten im betreffenden Staat. Wo demokratisch-liberale Verfassungsformen umstritten bzw. ungesichert waren und wo Parlamente zwar existierten, die alte Herrschaftsschicht sich aber weiter behauptete, entwickelten sich faschistisch-autoritäre Tendenzen stärker und war auch eine „Rückkehr" zu vordemokratischen Regierungsformen nicht auszuschließen; so errichtete zum Beispiel Pilsudski in Polen eine „moralische Diktatur", Salazar in Portugal den „Estado Novo", in Spanien entstand unter Primo die Rivera eine Militärdiktatur, in Ungarn regierte Nikolaus von Horthy als „Reichsverweser" in enger Verbindung mit den Großgrundbesitzern, in den baltischen Staaten erschütterten links- wie rechtsextremistische Umsturzversuche die offiziell eingeführte demokratisch-republikanische Staatsform. Anders in den gefestigten Demokratien: Hier blieben die von nationalistischen Kräften gegründeten Rechtsparteien Randerscheinungen.

So unterschiedlich alle diese Formen in bezug auf Gründungsursache, politisches Ziel, Größe und Möglichkeit zur Machtergreifung und Machtausübung auch sein mochten, bestimmte Grundzüge waren ihnen gemeinsam und erlauben die Anwendung des Begriffs „faschistisch". Alle diese faschistischen Parteien und Bewegungen waren nationalistisch und selbstverständlich antisozialistisch/antimarxistisch – der bolschewistischen Revolution kommt als Stimulanz für die Entstehung und Entwicklung faschistischer Parteien überall eine zentrale Bedeutung zu; sie waren antiparlamentarisch und strebten eine diktatorische bis totalitäre Staatsleitung durch ihren jeweiligen Führer an; sie waren antidemokratisch, verboten alle anderen Parteien, so daß die eigene Partei zur umfassenden Organisation ausgestaltet werden konnte, schalteten jegliche Opposition mit allen Mitteln wie terroristische Geheimpolizei, Nachrichten-, Propaganda und Waffenmonopol aus und ließen Wahlen nicht mehr zur Ermöglichung des Machtwechsels, sondern lediglich noch als manipuliertes Zustimmungsinstrument zur „Bestätigung" der eigenen Entscheidungen zu; sie waren zumeist mehr oder weniger radikal antisemitisch, da sie im jüdischen Bevölkerungsteil eine international verbündete Verschwörergruppe gegen die nationalstaatlichen Interessen sahen; sie waren von der Notwendigkeit einer Elitebildung im völkischen Sinn überzeugt und lehnten folglich die Achtung einer allgemeinen Menschenwürde ab; sie waren ferner zwangsläufig in ihrem Denken und Handeln militaristisch, da nur durch Gewaltanwendung eine Durchsetzung der Ziele gegen die bestehende Ordnung möglich war; fast durchweg wiesen sie auch deutlich imperialistische Züge und Zielsetzungen mit Eroberungs- bzw. Ausweitungstendenz auf; trotz des in faschistischen Parteinamen auftretenden Begriffs „sozialistisch" war das soziale Anliegen nur von untergeordneter Bedeutung; ihre Anhängerschaft rekrutierte sich überwiegend aus dem Bereich der verschiedenen mittelständischen Gruppen, insbesondere aus dem durch die diversen Zeitereignisse deklassierten Kleinbürgertum, hinzu kam die Unterstützung durch Teile der Arbeiterschaft und der ehemaligen Frontsoldaten; wo faschistische Gruppen als tatsächlich oder potentielle politische Macht Bedeutung erlangten, fanden sie nicht selten Unterstützung durch führende Persönlichkeiten der Wirtschaft.

Die einzelnen Wesenszüge waren in den faschistischen Parteien verschieden stark ausgeformt. Bei einigen überwogen antimarxistische, bei anderen nationalistische Elemente; sahen einige Spielarten des Faschismus ihr Hauptziel in der Überwindung des parla-

mentarischen Systems, so erstrebten andere in erster Linie eine Eliminierung der Juden aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens. Was den italienischen Faschismus von den übrigen Formen abhob, waren die Verbindung von Risorgimento- (Einheits-) Bewegung und Mussolinis revolutionärem Sozialismus sowie sein früher Erfolg, der ihn zum Vorbild für die Machtergreifungspläne in anderen Ländern werden ließ. Hitlers Nationalsozialismus schließlich nahm eine Sonderstellung ein, weil er die faschistischen Ziele im allgemeinen – Ausbildung eines totalitären Führerstaates, militante Aggression gegen Sozialismus bzw. Bolschewismus mit der Absicht der „Niederwerfung", elitärer Herrschaftsanspruch – und die Durchführung des rassistischen Programms mit Judenvernichtung und „Aussiebung" der nichtarischen Völker nach „blutlich Wertvollen und Nichtwertvollen" am weitestgehenden verwirklichte.

Seit einem halben Jahrhundert, also praktisch seit seinem Aufkommen, beschäftigen sich Anhänger und Gegner mit dem Phänomen Faschismus. In der politischen Publizistik ebenso wie in der wissenschaftlichen Literatur wurden zahlreiche Theorien über Entstehungsursachen und Erscheinungsformen des Faschismus entwickelt.

– Die früheste Deutung stammt von Kommunisten/Marxisten; sie besagt, faschistische Parteien entstünden immer aus wirtschaftlichen Interessen von Kapitalisten, die durch die faschistische Diktatur ihre Macht zu erhalten suchten.

– In der westlichen Faschismusforschung wird von Wissenschaftlern die Auffassung vertreten, der Faschismus sei aus dem Abwehrwillen gegenüber Kommunismus und Bolschewismus entstanden.

– Eine andere Deutung besagt, die Ablehnung liberaler und demokratischer Staatsentwicklung und das Bestreben zu möglichst totaler Erfassung der Gesellschaft durch den Staat seien die wesentlichen Ursachen gewesen. Da Nationalsozialismus und Sowjetsozialismus in dieser Grundtendenz und in vielen Herrschaftsmerkmalen übereinstimmten, könnten beide unter dem Begriff „Totalitarismus" zusammengefaßt werden.

– Eine wiederum andere Interpretation hebt stärker die Bedeutung der einzelnen Persönlichkeit für Entstehung und Entwicklung faschistischer Parteien hervor. Insbesondere beim deutschen Nationalsozialismus müsse dem „Faktor Hitler" eine entscheidende Rolle zugemessen werden. „Hitlerismus" meint sowohl die Differenz zu den anderen Faschismen als auch die Dominanz Hitlers für die weltanschauliche Prägung und politischen Entscheidungen. Zweifellos waren der übersteigerte Antisemitismus und der zunächst auf Europa bezogene, später global ausgeweitete Herrschaftsanspruch spezifisch Hitlersche „Beiträge", die ihrerseits dem nationalsozialistischen System eine gewisse Einmaligkeit verschafften; andererseits kann natürlich auch bei dieser Deutung nicht übersehen werden, daß Hitler seinerseits in vielfältige Entwicklungen und Bedingungen einbezogen war.

Die Entwicklung der NSDAP von 1925 bis 1933

Der Entschluß zur Machtergreifung auf legalem Wege

In der Landsberger Haft fällte Hitler die praktisch-politische Entscheidung, die Macht im Staat nicht durch einen neuerlichen Putsch erringen zu wollen, sondern die NSDAP fortan auf legalem Wege zum ausschlaggebenden Faktor im Staat zu machen. Dies bedeutete, daß das Schwergewicht jetzt nicht mehr auf der Sammlung von bewaffneter Macht lag, sondern die Partei auf Stimmengewinne bei Landtags-, Reichtags- und Präsidentenwahlen ausgehen mußte. Gegenüber einem Parteifreund äußerte Hitler: „Wenn ich meine Tätigkeit wieder aufnehme, werde ich eine neue Politik einschlagen müssen. Statt die Macht durch Waffengewalt zu erringen, werden wir zum Ärger der katholischen und marxistischen Abgeordneten unsere Nasen in den Reichstag stecken. Wenn es auch länger dauert, sie zu überstimmen als sie zu erschießen, so wird uns ihre eigene Verfassung den Erfolg garantieren..." Damit war in zynischer Form wiederholt, was Hitler bereits in „Mein Kampf" geäußert hatte: Jede Beteiligung an parlamentarischen Institutionen zielte letztlich auf die Gewinnung der Macht, um im nächsten Schritt eben diese demokratischen Einrichtungen zu zerstören. 1930 sagte Hitler als Zeuge in einem Prozeß vor dem Reichsgericht gegen drei Reichswehroffiziere wegen verbotener Kontakte zur NSDAP: „...Die Verfassung schreibt nur den Boden des Kampfes vor, nicht aber das Ziel. Wir treten in die gesetzlichen Körperschaften ein und werden auf diese Weise unsere Partei zum ausschlaggebenden Faktor machen. Wir werden dann allerdings, wenn wir die verfassungmäßigen Rechte besitzen, den Staat in die Form gießen, die wir als die richtige ansehen..."

Die Bedeutungslosigkeit der Partei von 1924–1929

Nachdem Hitler bereits nach sechsmonatiger Haftverbüßung einer Bewährungsfrist für würdig befunden und am 20. Dezember 1924 aus Landsberg entlassen worden war, begann er seinen Weg zur legalen Machtgewinnung mit einem Besuch beim bayerischen Ministerpräsidenten Held am 4. Februar 1925, bei dem er ein ausdrückliches Legalitätsversprechen abgab. Vom 25. Februar an erschien der „Völkische Beobachter" wieder, zwei Tage später wurde in einer öffentlichen Versammlung die NSDAP wiedergegründet, das Programm von 1920 bestätigt und als unabänderlich bezeichnet. Die Beteiligung der Partei an der wegen Friedrich Eberts Tod notwendig gewordenen und auf den 29. März 1925 angesetzten Neuwahl des Reichspräsidenten endete allerdings für die NSDAP katastrophal: Ihr Kandidat Ludendorff erhielt von den 26 870 000 abgegebenen gültigen Stimmen ganze 285 000. Im 2. Wahlgang hängte sich die Partei an den Kandidaten der bürgerlichen Rechten, Paul von Hindenburg, der 48,3 Prozent der 30,35 Millionen Stimmen erhielt. Natürlich war Hindenburgs Wählerschaft von der Hoffnung erfüllt, der ehemalige kaiserliche Generalfeldmarschall werde nunmehr die Rechtsparteien gegenüber den klassisch-demokratischen Parteien begünstigen. Der neue Reichspräsident enttäuschte derartige Erwartungen, da er sich um eine buchstabengemäße Beachtung der Verfassung bemühte.

Für die Nationalsozialisten kamen schlechte Zeiten. Ausgeschlossen von Wohlwollen und Förderung durch die Regierung, verlassen vom Großteil der Anhängerschaft, kümmerte die Partei dahin. Die Währungs- und Wirtschaftsstabilisierung nach 1924 hatte nahezu allen Schichten der Bevölkerung eine Steigerung des Lebensstandards gebracht und damit eine Abkehr von allen radikalen Neigungen und Experimenten bewirkt. Die NSDAP, im Reichstag seit 1924 mit 14 von 493 Abgeordneten vertreten, hielt zwar weiterhin ihre Veranstaltungen ab, organisierte Werbemärsche, vertrieb den „Völkischen Beobachter" und Hitlers „Mein Kampf", feierte Parteitage, aber die Bevölkerung nahm jetzt nur mehr geringe Notiz von ihren Parolen. Im sächsischen und thüringischen Landtag war die NSDAP mit je zwei Abgeordneten vertreten, in der hamburgischen Bürgerschaft und im braunschweigischen Landtag mit je einem.

Bei den Reichstagswahlen 1928 lag sie in der Reihenfolge der Parteien an zehnter Stelle. Die Anti-Versailles-Propaganda vermochte in der Atmosphäre, die den Locarno-Vertrag, Deutschlands Eintritt in den Völkerbund und die immerhin kleinen Fortschritte in der Reparationsfrage ermöglicht hatte, keine Erregung zu entfachen. Die Partei bemühte sich, jeden Anlaß auszuspähen, um durch das Hochspielen einer politischen Frage auf sich aufmerksam zu machen. So machte sich die Partei 1926 bei der Volksabstimmung über die Fürsten-Entschädigung für den Hochadel stark, im Flaggenstreit um die offizielle Zulassung von schwarz-weiß-rot ne-

ben schwarz-rot-gold kämpften die Nationalsozialisten selbstverständlich gegen die republikanischen Farben. Ihre antibolschewistische Propaganda versuchte, die zwischen Marxismus und Judentum konstruierte Identität als ebenso verabscheuungswürdig wie für Deutschlands Zukunft bedrohlich herauszustellen. Uniformverbote quittierte die NSDAP mit Aufmärschen in weißem Hemd und schwarzer Hose.

Alle diese Anstrengungen brachte die Partei jedoch nicht aus ihrer Außenseiterrolle heraus. Bei der Reichstagswahl vom 20. Mai 1928 gewann sie 2,6 Prozent (= 810 000) Stimmen und verlor zwei ihrer Mandate. Zu diesem Mißerfolg kamen innerparteiliche Querelen. Die norddeutschen Nationalsozialisten unter Führung der Gebrüder Otto und Gregor Strasser wollten die sozialistischen Punkte des Parteiprogramms stärker betont wissen und setzten sich damit in Gegensatz zur Münchener Gruppe, die zu Hitler hielt. Diese Auseinandersetzung war für Hitler zu diesem Zeitpunkt (1926/27) nicht ungefährlich. Es gelang ihm aber, sich durchzusetzen. Otto Strasser verließ die Partei, und Hitler gewann den Propagandisten der Strasser-Gruppe, Joseph Goebbels, für sich. Gregor Strasser, der über eine beachtliche Hausmacht verfügte, blieb Hitler in Loyalität bis kurz vor der „Machtergreifung" verbunden.

Agitation gegen die außenpolitischen Bemühungen der Weimarer Republik. Nationalsozialistische Kundgebung im Berliner Sportpalast zur Vorbereitung des Volksbegehrens gegen den Young-Plan.

Das Volksbegehren gegen den Young-Plan als Auftakt für neue Erfolge

Das Bemühen der Weimarer Politiker um Herabsetzung der alliierten Reparationsforderungen hatte 1924 mit dem Abschluß des Dawes-Planes einen gewissen Erfolg gezeitigt. Zwar war kein Ende der Zahlungsverpflichtung festgesetzt worden, wohl aber eine genaue Fixierung der Jahresraten erfolgt. Die nächsten Verhandlungen zielten auf eine Terminierung. Die ab Februar 1929 in Paris unter dem Vorsitz des Amerikaners Young tagende Konferenz sollte weitere Reparationsprobleme (Transfer, Junktim mit der Räumung der Rheinland-Besatzungszone etc.) klären. Die Konferenz beschloß, Deutschland eine jährliche Zahlung von durchschnittlich 2,2 Milliarden Goldmark auf die Dauer von 59 Jahren abzuverlangen. Der Plan brachte objektiv eine Reihe von sachlichen Vorteilen, und deshalb trat Außenminister Stresemann für die Annahme ein. Auch er sah die noch immer vorhandenen Belastungen, wollte diese aber in der nächsten Konferenzphase zu beseitigen versuchen, um wenigstens den Erfolg des kleinen Fortschritts sofort zu ernten. Aber er stieß auf die vehemente Opposition von links und rechts. Die Kommunisten wollten ohnehin jeden Erfolg der Republik hintertreiben, weil Stabilisierung ihr Revolutionsziel in immer weitere Ferne rückte. Die Nationalsozialisten sahen eine Chance, die Bevölkerung mit der vergröbernden Formel „Bis 1988 sollt ihr fronen!" gegen die Republik aufzuputschen. Da sich die Deutschnationale Volkspartei unter Führung des Großunternehmers Hugenberg und der Frontkämpferverband „Stahlhelm" ebenfalls gegen den Young-Plan stellten, kam unter großem Propagandaaufwand ein Volksbegehren zustande. Beim Volksentscheid stimmten dann allerdings nur 5,8 Millionen Wähler (13,8 Prozent) dem Hugenbergschen Gesetzesvorschlag („Gesetz gegen die Versklavung des deutschen Volkes") zu, aber die Aktion war doch ein Erfolg der Republikfeinde: Sie hatten in maßloser Hetze die politischen Leidenschaften aufgewühlt und die NSDAP wieder ins Blickfeld der Öffentlichkeit gerückt. Eine der unmittelbaren Folgen war ein bedeutender Anstieg der NSDAP-Stimmen bei den Landtagswahlen in Baden (Anstieg der Zahl der Abgeordnetensitze von 0 auf 6) und in Thüringen, wo die Partei sogar an der Regierung beteiligt wurde und mit dem Nationalsozialisten Wilhelm Frick als Innen- und Volksbildungsminister ihre erste offizielle Machtposition errang. Im Stadtrat von Coburg erhielten die Nationalsozialisten mit 13 von 25 Abgeordnetensitzen erstmals die absolute Mehrheit in einem Parlament.

Die Entwicklung der Partei in der Zeit der Wirtschaftskrise

Werbung der Unzufriedenen

Bei der Aktion gegen den Young-Plan hatte die NSDAP die Unzufriedenheit in der Bevölkerung künstlich erregt. Die amerikanische Wirtschaftskrise, erstmals manifest geworden im sogenannten „Schwarzen Freitag" (29. Oktober 1929), beeinflußte zunächst das deutsche Wirtschaftsleben nicht unmittelbar. Die Kreditrückforderungen hielten sich bis zum ersten großen Wahlerfolg der NSDAP am 14. September 1930 noch in Grenzen. Erst danach stieg ihre Höhe in einem Maße, daß sich die schwelende nationale Wirtschaftskrise in kurzer Zeit wesentlich verschärfte.

Die Ursachen dieser Wirtschaftskrise in Deutschland liegen natürlich in erster Linie in der gesamtwirtschaftlichen und gesamtpolitischen Entwicklung der Nachkriegszeit. Im besonderen trugen die staatlichen und privaten Investitionsrückgänge in den Jahren 1927/28 dazu bei, die krisenhafte Entwicklung zu beschleunigen, so daß sich die Zahl der Unzufriedenen in wenigen Monaten um Millionen vergrößerte.

Sie auf ihre Seite zu ziehen, war von Stund an das Hauptanliegen aller oppositionellen Gruppen. Die Zahl der Arbeitslosen hatte 1924/25 und noch einmal 1927 nur unter 5 Prozent der Beschäftigten gelegen. In den folgenden Jahren stieg sie drastisch an:

	Januar	Juli
1928	1 862 000	1 012 000
1929	2 850 000	1 251 000
1930	3 218 000	2 765 000
1931	4 887 000	3 990 000
1932	6 042 000	5 392 000
1933	6 014 000	

Am höchsten war die Zahl der Arbeitslosen im Februar 1932 mit 6 120 000; dies waren 16,3 Prozent der Beschäftigten.

Zum gleichen Zeitpunkt gab es in den USA 8,3 Millionen Arbeitslose (= 23,3 Prozent), in Großbritannien 2,855 Millionen (= 12,0

Prozent), in Frankreich 0,8 Millionen (= 5,2 Prozent).

Die Arbeitslosen waren zwar die am augenfälligsten und stärksten betroffene Gruppe, aber längst nicht die einzige. Hinzu kamen Millionen Kurzarbeiter, ferner die von Brünings Spar- und Deflationspolitik durch drastische Steuererhöhungen sowie Lohn- und Gehaltskürzung auf geringeres Einkommen gesetzten Bevölkerungskreise.

Sowohl die Ursachen der Wirtschaftskrise als auch die Abhilfemaßnahmen der Regierung Brüning waren äußerst kompliziert. Brüning ließ es nicht an Versuchen fehlen, die Bevölkerung über die Zusammenhänge aufzuklären, ihr zu erläutern, daß die getroffenen Regierungsentscheidungen zu einer Wiedergenesung führen würden, vorausgesetzt, daß jeder die Härten in Geduld mittragen helfe.

Die Experten sind sich heute darüber einig, daß gerade in Brünings Absichten bezüglich sparsamer Haushaltsführung ein wesentlicher Grund für die Beschleunigung des wirtschaftlichen Niedergangs lag: Der Schrumpfungsprozeß der Wirtschaft sei durch den Kaufkraftschwund verschärft worden, demzufolge sei der Rückgang der Produktion fortgeschritten, was wiederum die Zahl der Arbeitslosen rapide in die Höhe trieb.

Auf die daraus resultierenden Krisengefühle und Panikstimmungen konnte Hitler seine „Lösungsvorschläge" leicht abstimmen. Die schon bei der Anti-Young-Plan-Aktion bewährte Methode der ebenso unverantwortlichen wie radikalen Vereinfachung einer vielschichtigen Problematik wurde mit aller propagandistischen Raffinesse ausgeschöpft.

Bei der Reichstagswahl vom 14. September 1930 sollte sich zeigen, ob der Appell an Geduld und Vernunft oder die vereinfachenden Hetzparolen beim Volk mehr Erfolg hatten. Die NSDAP wurde mit 107 Abgeordneten (6,407 Millionen Stimmen; 18,3 Prozent) nach der SPD (143 Sitze; 8,576 Millionen Stimmen; 24,5 Prozent) zweitstärkste Partei des Reichstages! Auch die Kommunisten errangen 23 Sitze mehr als 1928 (1930: 77 Abgeordnete; 4,590 Millionen Stimmen; 13,1 Prozent). Von den demokratischen Parteien konnten nur die Zentrumspartei und die Bayerische Volkspartei ihre Mandatszahlen steigern, nämlich von 62 auf 68 bzw. von 16 auf 19.

Nach diesem Wahlergebnis, das das Selbstbewußtsein von Nationalsozialisten und Kommunisten ungemein steigerte, trat das politische Leben der Republik unter das Diktat der republikfeindlichen Flügelparteien. Die nun beginnende Endphase des Weimarer Staates stand fast völlig im Zeichen des Vernichtungswillens von NSDAP und KPD. Der Kampf spielte sich auf zwei verschiedenen Ebenen ab: In den Parlamenten arbeiteten die beiden Parteien, zu denen auch noch die Deutschnationale Volkspartei trat, eng zusammen, um durch die Addition ihrer Stimmen, durch Obstruktion oder einfach durch Entfachung von Tumulten jede konstruktive Arbeit zu verhindern. In der Öffentlichkeit bekämpften sich hingegen NSDAP und KPD

Joseph Goebbels, Gauleiter von Berlin, war neben Hitler der geschickteste Propagandist der Nationalsozialisten; ein hervorragender Rhetoriker und begabter Publizist.

bei der Werbung um Anhängerschaft buchstäblich bis aufs Messer.

Die Propagandatätigkeit der Nationalsozialisten in der Zeit von 1929 bis zur sogenannten Machtergreifung beruhte auf den Theorien der Massenbeeinflussung und der Massengewinnung, die Hitler in „Mein Kampf" entwickelt hatte. Diese Ausführungen fußten im wesentlichen auf den in den Werken der Psychologen Le Bon und McDougall vorgetragenen Gedanken. Die leicht lenkbare Masse wolle nicht durch Argumente überzeugt werden. Es gehe darum, ihr Bedürfnis nach Illusionen durch Versprechungen und Verheißungen zu nähren. Dies sei auch deswegen die richtige Propaganda, weil die Masse gar nicht in der Lage sei, kompliziertere Zusammenhänge zu begreifen. Wer sich auf wenige, stets gleichförmig wiederholte, leicht faßliche Parolen beschränke, werde ihre Gefolgschaft gewinnen. Dabei sei es geradezu notwendig, die Wahrheit zu manipulieren, denn nur Eindeutiges sei geeignet für die politische Werbung, ein öffentliches Abwägen verwirre sie, während sie demjenigen bereitwillig folge, der seine Idee als fanatischer Gläubiger dem Empfinden der Masse nahebringe.

Unter Masse verstand Hitler den von der Führung ausgeschlossenen Teil des Volkes. Bis zur Erringung der Macht sollte ein möglichst großer Teil davon als Wähler gewonnen werden, gewissermaßen als Träger der Bewegung. Aus dieser Masse galt es dann, die engere Gefolgschaft der Mitglieder der NSDAP und der anderen Parteiorganisationen, wie SA, SS und Hitlerjugend, auszulesen. Die Propaganda zur Gewinnung der Masse war demnach vordringlich gegenüber dem Ausbau der Organisation.

Bereits bei der Auseinandersetzung mit der Strasser-Gruppe hatte Hitler mit innerparteilichen Differenzen zu kämpfen gehabt. Unmittelbar vor der Septemberwahl 1930 entstand durch die Forderung des Berliner SA-Führers Stennes nach politischen Einflußmöglichkeiten für die SA ein neuer Konflikt. Den Höhepunkt der „Stennes-Revolte" bildete der Sturm auf die Berliner Gauleitung. Mit Hilfe von Goebbels und Himmlers SS setzte sich Hitler auch diesmal durch. Der bisherige Oberste SA-Führer, Pfeffer, wurde durch Ernst Röhm abgelöst, den Hitler aus dem bolivianischen Exil zurückgerufen hatte. Röhm formte die SA nunmehr zur Bürgerkriegsarmee und zeigte – zunächst – keinen eigenen politischen Ehrgeiz.

Der Propagandastil der NSDAP

Das propagandistische Vorgehen der NSDAP war durch verschiedene Elemente gekennzeichnet. Bei Werbung und Agitation bedienten sie sich der Methode der demagogischen Vereinfachung der Probleme. Als eines der typischen Wahlplakate für diesen Werbestil kann das vom zweiten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl 1932 angesehen werden: „Wer will, daß es anders wird, wählt Adolf Hitler." Hier ist Hitlers massenpsychologische Einsicht, unter keinen Umständen konkrete Ziele, Argumente oder Begründungen zu nennen, ideal verwirklicht. Versprechungen sollten so pauschal und umfassend wie möglich geäußert werden.

Der andere methodische Weg, Eindruck auf die Wähler zu machen, bestand in dem unablässigen Appell ans Gefühl. In Hitlers Reden wechselten Haßtiraden gegen seine Gegner mit gefühlvollen Passagen, seien es solche

über seine eigene Jugend, seine Erlebnisse als Frontsoldat, über die Kampfzeit oder über die paradiesische Zukunft in einem NS-Staat, die angebliche Sorge um die deutsche Jugend, um das deutsche Bauerntum, die deutsche Frau usw. Für die Partei positive Emotionen auszulösen, wurde als wichtiger angesehen, als durch sachliche Äußerungen zu überzeugen. Der Teilnehmer an einer derartigen Kundgebung, Versammlung oder Demonstration sollte gefühlsmäßig etwas erleben.

Wenn auch das gesamte Repertoire insbesondere der Goebbelschen Ideen erst bei den Veranstaltungen nach der Machtergreifung ausgeschöpft werden konnte, so waren doch auch die Einfälle, die von 1930 bis 1933 angewendet wurden, für die jeweils Beteiligten und für die Zuschauer eindrucksvoll genug. In der Absicht, durch Sensationelles aufzufallen, verfiel die Partei 1932 beispielsweise auf den Gedanken, Hitler im Flugzeug zu möglichst vielen Parteiveranstaltungen zu befördern. Damit bewältigte man einerseits das Problem, bei den sich jagenden Terminen von Reichspräsidenten-, Reichstags- und Landtagswahlen jeweils Hitler persönlich als Hauptredner einsetzen zu können und überraschte andererseits die Öffentlichkeit mit dem Slogan „Hitler über Deutschland". Beim ersten dieser Deutschlandflüge vor dem ersten Wahlgang zur Reichspräsidentenwahl besuchte Hitler vom 3. bis 9. April 1932 21 Städte; vom 16. bis 23. April 1932, vor dem zweiten Wahlgang, sprach er in 25 Orten. Vor der Reichstagswahl vom 31. Juli 1932 wurde das bewährte Programm noch ausgeweitet: vom 14. bis 30. Juli 1932 trat Hitler in nicht weniger als 50 Groß- und Mittelstädten als Redner auf. Dieselbe Tournee wurde vor der Reichstagswahl am 6. November 1932 wiederholt.

War dies ohnehin schon eine gewaltige Steigerung gegenüber dem Kundgebungsstil der ersten Kampfzeit, wo Hitler gelegentlich in zehn oder zwölf Massenversammlungen an einem Abend in sämtlichen Münchener Bierkellern gesprochen hatte, so nützten die Organisatoren auch noch jeden Zufall, um die Eindruckskraft zu steigern. Als Hitler zum Beispiel eine Versammlung in Stralsund wegen schlechten Flugwetters nicht rechtzeitig erreichen konnte, gelang es den Veranstaltern, einige tausend Zuhörer bis in die Morgenstunden des folgenden Tages festzuhalten. Als Hitler dann seine Rede im Morgengrauen beendete und die Anwesenden bei aufgehender Sonne das Kampflied „Siehst du im Osten das Morgenrot, das Zeichen zur Freiheit, zur Sonne ..." und das Deutschlandlied sangen, war es nicht schwer, dem Vorgang eine Art „höhere Weihe" voll symbolischer Bedeutung zuzuschreiben.

Ein weiteres Stilmittel der nationalsozialistischen Propaganda war das Gepränge, mit dem Stunden währende Vorbeimärsche von Uniformierten vor Hitler bei Parteitagen durchgeführt und die Veranstaltungsräume bzw. -plätze ausstaffiert wurden. Man begnügte sich nicht mit Bühnen- und Saaldekorationen üblicher Art, sondern ließ Fahnen- und Standartenträger in Kolonnen aufmarschieren, Trommler und Fanfarenbläser an-

Hitler während einem der fünf Deutschlandflüge des Jahres 1932. Er sprach dabei auf nahezu 200 Kundgebungen vor über zehn Millionen Menschen.

treten und Spaliere aus Uniformierten bilden. Das Zeremoniell des feierlichen Hitler-Auftritts verfehlte seine Wirkung auf die meisten Teilnehmer nicht.

Die Absicht, Massen anzulocken, hatte immer größere Erfolge: Hitler sprach vor 50 000, 100 000, ja 150 000 Zuhörern. In tausendfacher Wiederholung überspülten die

Wahlplakat der NSDAP auf dem Höhepunkt der Wirtschaftskrise.

NSDAP-Veranstaltungen als Propagandawelle ganz Deutschland. Die anderen Parteien mußten versuchen, Schritt zu halten.

Einige Zahlen mögen genügen, um zu zeigen, zu welchen unvorstellbaren Dimensionen die politische Agitation auf diese Weise anwuchs: In Baden führte die NSDAP allein im März 1930 900 Veranstaltungen durch, für Oberfranken meldete der „Völkische Beobachter" im Jahr 1930 circa 1000 Wahlveranstaltungen, in Hessen-Nassau wurden vom 1. April bis 30. August 1931 insgesamt 4135 politische Versammlungen abgehalten, von der NSDAP davon allein 1910, von der KPD 1129, vom Stahlhelm 476, von der SPD 447, vom Zentrum 50. Von seinen Gefolgschaftsmitgliedern mußte Hitler dementsprechend eine intensive Betätigung für die Partei fordern. Man sprach mit Recht von der NSDAP als einer „potenzierten Partei", da von den Mitgliedern nicht nur Dabeisein und Treue, sondern Einsatz-, Opfer- und Kampfbereitschaft verlangt wurden, wie dies bisher nur bei den Kommunisten üblich gewesen war.

Es wurde der Anspruch auf uneingeschränkte Verfügbarkeit, auf totale Hingabe an den Führer erhoben, der dann nach der Machtergreifung bei der Gleichschaltung auf die Erfassung des gesamten Volkes ausgedehnt werden sollte.

Das Verlangen nach Kampf und Opfer war dabei wörtlich zu verstehen, denn es gehörte zum Propagandastil der NSDAP, das öffentliche Aufsehen auch durch Straßen- und Saalschlachten zu erregen. Für diese Kämpfe kamen in erster Linie die eigens für diese Zwecke gegründeten und ausgebildeten SA-Einheiten in Frage, aber nach 1930 wurden auch SS und Hitler-Jugend mit in diese Auseinandersetzungen einbezogen.

In „Mein Kampf" hatte Hitler diese Form der Parteistreitmacht damit gerechtfertigt, daß eine Partei in der Lage sein müsse, ihre Propagandaarbeit ohne polizeiliche oder staatliche Hilfe durchzuführen, die eigenen Versammlungen schützen und die gegnerischen stören zu können.

Dieser politische Kampfstil, mit einer eigenen paramilitärischen Organisation in der Öffentlichkeit aufzutreten, war eine Erscheinung der Nachkriegszeit, wo zunächst die Kommunisten sich dieses Mittels bedient hatten. Um sich gegen deren An- und Übergriffe zu wehren, bemühten sich auch andere Parteien um Schutztruppen. So gründeten etwa die SPD und republikanische Kreise am 22. Februar 1924 das „Reichsbanner". Aber Hitler ging es bei der Schaffung seiner Parteiarmee darüber hinaus darum, den Kommunisten die Straße, das heißt das Aufsehen in der Öffentlichkeit, streitig zu machen.

Hitler wollte von Anfang an bewußt provozieren. In „Mein Kampf" hatte er geschrieben: „Ganz gleich, ob sie (gemeint waren die Presseleute) über uns lachen oder schimpfen, ob sie uns als Hanswursten oder als Verbrecher hinstellen, die Hauptsache ist, daß sie uns erwähnen, daß sie sich mit uns beschäftigen." So wurde auch in voller Absicht die Farbe Rot für die nationalsozialistischen Pla-

Einmarsch einer SA-Formation in den Berliner Sportpalast. Es handelt sich mit großer Wahrscheinlichkeit um eine vor 1933 geschlossen zu den Nazis übergetretene Schalmeienkapelle der KPD oder des Rotfrontkämpferbundes.

kate gewählt, um die Kommunisten zu reizen. Die SA erhielt die spezielle Aufgabe, die Kommunisten zum Kampf herauszufordern. Der sogenannte Deutsche Tag von Coburg, wo ein Parteimitglied als „Blutzeuge der Bewegung" ums Leben kam, wurde bereits erwähnt. In gleicher Weise begann Goebbels 1927 seine „Eroberung des roten Berlin" mit einer provozierenden Veranstaltung in den Pharussälen, die als traditioneller Versammlungsort der Kommunisten galten. Es kam zur gewünschten blutigen Auseinandersetzung.

Für Hitlers persönlichen Schutz war innerhalb der SA die „Stabswache" gebildet worden, aus der 1925 die „Schutzstaffel" (SS) hervorging. „Reichsführer" dieser zunächst sehr kleinen paramilitärischen Truppe war seit 1929 Heinrich Himmler. Unter der Devise „Meine Ehre heißt Treue" wurden die Mitglieder in besonderer Weise auf Hitler und die nationalsozialistische Ideologie eingeschworen.

Im Zusammenhang mit dem „Einsatz des Lebens für die Bewegung" prägte Goebbels auch das Wort vom Opfermut und Opferwillen des „unbekannten SA-Mannes", in dem deutlich die Geringschätzung des Individuums und die Wertschätzung des einzelnen lediglich in seiner Eigenschaft als Mitglied der Gruppe zum Ausdruck kam. Die Parole des Rotfrontkämpferbundes „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft!" garantierte den Nationalsozialisten eine im Laufe der Jahre immer größer werdende Zahl von Zusammenstößen (SA-Slogan: „Wir prügeln uns groß!"). Die Verrohung des politischen Lebens steigerte sich im gleichen Maße. Hatte es von 1924 bis 1928 insgesamt 22 Tote bei den Nationalsozialisten gegeben, so waren es im Jahre 1932 allein 86. Einzelne von ihnen wurden, wiederum aus Propagandagründen, in Form von neuerlich provozierenden Großveranstaltungen beigesetzt, so z.B. der Berliner SA-Sturmführer und Autor des Kampfliedes „Die Fahne hoch, die Reihen fest geschlossen ...", Horst Wessel, der am 23. Februar 1930 seinen bei einem kommunistischen Überfall erlittenen Verletzungen erlag, oder der 15jährige Hitlerjunge Herbert Norkus, dessen Ermordung durch Kommunisten am 24. Januar 1932 Goebbels als besonders verabscheuungswürdige Tat hochspielte, um sie für eine gefühlvolle Demonstration zugunsten der Nationalsozialisten auszunützen.

Das am 13. April 1932 von Reichskanzler Brüning erlassene Verbot von SA und SS wurde von Reichskanzler von Papen wenige Tage nach seinem Amtsantritt (3. Juli 1932) auf Wunsch Hindenburgs wieder aufgehoben. Die nunmehr ungehemmte Aktivität der NS-Kampfverbände führte im Sommer 1932 bei den Reichstags- und Landtagswahlkämpfen zu einem Höhepunkt der Brutalitätswelle. In der Zeit vom 17. Juli bis 31. Juli 1932 kamen allein 32 Nationalsozialisten ums Leben und Tausende wurden verletzt. Beim sogenannten „Altonaer Blutsonntag" am 17. Juli 1932 wurden bei einem SA-Propagandamarsch durch kommunistische Wohnviertel 14 Kommunisten und 3 Nationalsozialisten getötet, es gab 50 Schwerverletzte. Im Bereich der preußischen Polizei wurden vom 1. bis 20. Juli 1932 461 politische Zusammenstöße registriert, bei denen 82 Menschen getötet und über 400 schwer verletzt wurden.

Ein wegen seiner Grausamkeit weit über die Grenzen Deutschlands hinaus Aufsehen erregender politischer Mordfall ereignete sich am 9. August 1932. Neun SA-Männer aus den oberschlesischen Dörfern Broslawitz und Rokittnitz ergriffen am Abend dieses Tages die Eigeninitiative im Kampf gegen die Kommunisten und fuhren in das benachbarte Dorf Potempa, wo sie einen kommunistischen Arbeiter kannten. Sie überraschten den ahnungslos Schlafenden, zerrten ihn aus dem Bett und trampelten ihn im Schlafzimmer zu Tode. Die Bestialität dieser Tat erregte sogar in dieser Zeit noch die Empörung der Allgemeinheit. Die Vorgänge bei der Gerichtsverhandlung vor einem Sondergericht in Beuthen ließen erkennen, wie die NSDAP und Hitler über Recht, Ordnung und Leben dachten. Nicht genug, daß der Verteidiger der Angeklagten von den Mördern sagte, sie seien als tüchtige Soldaten anzusprechen, die auf einen militärischen Befehl oder einen militärischen Anruf reagierten, ohne lange zu fragen, warum und weshalb, auch Hitler selbst stellte sich demonstrativ vor die Täter. „Meine Kameraden! Angesichts dieses ungeheuerlichen Bluturteils (fünf SA-Männer waren zum Tode verurteilt worden, einer erhielt zwei Jahre Zuchthaus, drei hatte das Gericht freigesprochen) fühle ich mich mit euch in unbegrenzter Treue verbunden. Eure Freiheit ist von diesem Augenblick an eine Frage unserer Ehre. Der Kampf gegen diese Regierung, unter der dieses möglich war, ist unsere Pflicht!", so telegraphierte Hitler, und Göring versicherte den Verurteilten, sie seien keine Mörder, sie hätten lediglich „Leben und Ehre der Kameraden verteidigt". Röhm, inzwischen zum Stabschef der SA avanciert, besuchte die Inhaftierten, und Heines, der Führer der schlesischen SA, organisierte Aufmärsche vor dem Gerichtsgebäude und ließ neue Gewalttaten verüben. „Brutalität imponiert" – diese Auffassung Hitlers bestätigte sich durch die wachsenden Anhänger- und Wählerzahlen der Nationalsozialisten.

Mitgliederstand und Wähler der NSDAP

Der Wahlsieg der NSDAP vom 14. September 1930 bedeutete auch in der Mitgliederbewegung eine Wende. War die Mitgliederzahl von 1927 (72 590) bis 1928 (108 717) nur relativ geringfügig angestiegen, so brachte bereits die Anti-Young-Plan-Aktion einen starken Zulauf. Der eigentliche Durchbruch aber erfolgte 1930. Am 14. September 1930 verzeichnete die Partei 129 563 Mitglieder. Sie legte sich nunmehr auch eine repräsentative Zentrale, das Braune Haus in München, zu. Bis zum 30. Januar 1933 gelang eine Versechsfachung der Mitgliederschaft

auf 791000, obwohl in der Zeit vom 6. November 1932 bis zum 30. Januar 1933 der Zuwachs auf Grund des Stimmenrückgangs bei der Reichstagswahl gering war.

Dieser Mitgliederzustrom ist in zweifacher Hinsicht bemerkenswert. Zum einen kamen nicht jene Stände in die Partei, die die NSDAP am ehesten gewinnen wollte. Die folgende Tabelle veranschaulicht, daß die mittelständischen Bevölkerungskreise wesentlich stärker, als es ihrem Gesellschaftsanteil entsprach, in der Partei vertreten waren, die Arbeiter und Bauern hingegen im Reichsdurchschnitt weit darunter lagen, so daß sich der Organisationsleiter der Partei, Dr. Robert Ley, zu der Äußerung veranlaßt sah, man müsse in Zukunft gezielter werben, um die Leute zu bekommen, die man eigentlich haben wolle.

Zum anderen ergibt sich aus dem Vergleich zwischen Mitgliedsnummern und Mitgliedszahlen die Tatsache einer ziemlich starken Fluktuation. Am 14. September 1930 gab es 293000 Mitgliedsnummern bei 129563 tatsächlichen Mitgliedern, 1932/33 1414975 Mitgliedsnummern bei 719446 tatsächlichen Mitgliedern. Dies beweist, daß ein großer Teil der NSDAP-Mitglieder nicht zum Typ des „alten Kämpfers" und „Getreuen des Führers" gehörte, sondern aus verschiedenen Gründen von der Partei für kurze Zeit angezogen und wieder von ihr abgestoßen wurde. Erfüllt und angetrieben vom fanatischen Willen zur Macht, wie Hitler ihn zu entfachen versuchte und wie er notwendig war, um in totaler Hingabe sein Leben für die Partei zu opfern, wie die SS-Leute zu lernen, „den Tod zu geben und zu nehmen", das waren wohl nur wenige hunderttausende „alter Kämpfer", vor allem selbstverständlich die Mitglieder der SA und SS. Nicht nur in der sozialen Herkunft der NSDAP-Mitglieder, auch in der regionalen Verteilung gab es bemerkenswerte Unterschiede.

Die NSDAP-Gaue mit der größten Mitgliederzahl waren Sachsen, Schlesien, Groß-Berlin, Kurmark, Schleswig-Holstein. Den niedrigsten Mitgliederstand wiesen die Gaue Hamburg, Koblenz-Trier, Danzig, Schwaben und Mainfranken auf.

Selbstverständlich erfuhr in den Jahren von 1930 bis 1933 auch die Parteiorganisation einen systematischen Ausbau. Ab 1930 wurden Fachabteilungen eingerichtet, die den Regierungsressorts entsprachen. „Die Partei rüstete sich, von der Opposition zum Staat zu werden."

Nicht minder eindrucksvoll als der Mitgliederzuwachs waren die Wahlerfolge der NSDAP. Nachdem der Erdrutsch vom 14. September 1930 erfolgt war, glaubten Hitler und seine Anhänger ernsthaft, daß es gelingen werde, die Partei auf legalem Wege über die absolute Reichstagsmehrheit zum „ausschlaggebenden Faktor" zu machen. So sehr er seine SA- und SS-Kolonnen auch zu radikalen Aktionen antrieb, als Parteiführer legte er offiziell stets größten Wert darauf, daß keine Putschabsichten beständen. Er beeidigte zum Beispiel das Legalitätsversprechen am 25. September 1930 im Prozeß gegen die Ulmer Reichswehroffiziere Scheringer, Ludin und Wendt, die wegen nationalsozialistischer Betätigung als Hochverräter zu Festungshaft verurteilt wurden.

Nach dem Erlaß der Brüningschen Notverordnung „zur Bekämpfung politischer Ausschreitungen" vom 28. März 1931 befahl Hitler die strengste Beachtung der Vorschriften und drohte für jeden Verstoß den Parteiausschluß an. Jede Aktivität in Richtung auf einen Staatsstreich durch seine Hausmacht unterband Hitler konsequent. Der SA-Obergruppenführer Stennes in Berlin wurde im April 1931 aus der Partei ausgeschlossen, weil er sich gegen den Legalitätskurs Hitlers auflehnen wollte. Goebbels führte eine Säuberung der Partei durch, um Hitlers Linie zu gewährleisten. Ebenso distanzierte sich die NSDAP-Reichsführung im November 1931 von den sogenannten Boxheimer-Dokumenten, in denen Mitglieder der hessischen Gauleitung Organisationspläne für den Fall eines Regierungsumsturzes niedergelegt hatten.

Zum Schwerpunkt der Wahlstrategie wurde das Jahr 1932 mit zwei Wahlgängen zur Reichspräsidentenwahl (13. März und 10. April 1932), mit zwei Reichstagswahlen (31. Juli und 6. November 1932) und 11 Landtags-

Berufszugehörigkeit und NSDAP-Wahl

*(in Prozent der Wahlberechtigten der jeweiligen Berufskategorie)**

Wahl	Selbständige u. Mithelfende	Landarbeiter	Industrie- u. Gewerbearbeiter	Angestellte u. Beamte	Hausfrauen, Rentner usw.	NSDAP % der Wahlberechtigten
1928	2	2	2	2	2	2
1930	15	16	11	18	16	15
1932 Juli	41	25	15	26	37	31
1932 Nov.	35	23	13	19	33	26,5
1933	58	30	22	37	40	39
Alle	22	5	23	13	37	–

**(Ermittelt mit Hilfe einer multiplen ökologischen Regressionsanalyse.)*

Derartige Rekonstruktionen bergen allerdings das methodische Problem in sich, daß eine objektive Erfassung der Gruppenanteile sehr schwierig ist, da z. B. Eintragungen in Listen und Karteien auf Selbsteinschätzungen beruhten, Zusammenfassungen von bestimmten Berufsgruppen zu sozialen Schichten unterschiedlich vorgenommen werden können (faßt man etwa den Begriff „Arbeiter" eng, erhält man niedrigere Mitglieder- bzw. Wähleranteile), Sonderauszählungen damals nur für bestimmte Kategorien vorgenommen wurden usw.

Jürgen Falter, in: Wolfgang Michalka (Hrsg.): Die nationalsozialistische Machtergreifung, Schöningh Verlag, Paderborn 1984, S. 54

Wahlverhalten von Männern und Frauen *(in Prozent)*

	Reichstagswahl 1928		Reichstagswahl 1930		Reichspräsidentenwahl April 1932	
Wahlbeteiligung	Männer 80,8	Frauen 71,8	Männer 84,4	Frauen 78,4	Männer 84,2	Frauen 71,3
Frauenanteil an allen NSDAP-Stimmen	42,0		49,0		49,2	

Anteil der Erwerbslosen an den NSDAP-Wählern

	Erwerbslose insgesamt	erwerbslose Arbeiter	erwerbslose Angestellte
Juli 1932	16	13	28
November 1932	16	12	30
1933	17	10	43

Falter, in Michalka a. a. O., 1984, S. 49 u. 56.

In der Zeit zwischen 1928 und 1930 erhielt die NSDAP Zuwanderungen vor allem aus drei Quellen: von Wählern der protestantischen (liberalen oder konservativen) Mittelklasse- und Interessenparteien (ungefähr die Hälfte des NSDAP-Wählerpotentials von 1930), von ehemaligen Nichtwählern (rund ein Fünftel der NSDAP-Wählerschaft), von ehemaligen SPD-, Zentrums- und BVP-Anhänger (je ca. 10 Prozent). (Falter, in Michalka a. a. O., S. 57.)

Angehörige der nationalsozialistischen Fraktion in ihren Parteiuniformen vor einer Sitzung im Restaurant des Reichstages.

wahlen in Mecklenburg-Strelitz (13. März), Preußen, Bayern, Württemberg, Anhalt, Hamburg (24. April), Oldenburg (29. Mai), Mecklenburg-Schwerin (5. Juni), Hessen (19. Juni), Thüringen (31. Juli) und Lübeck (30. November).

Die NSDAP-Fraktion im Reichstag

Von 1924 bis 1928 war die NSDAP mit 14 (von 493) und von 1928 bis 1930 mit 12 (von 491) Abgeordneten lediglich als Splitterpartei im Reichstag vertreten. Zwei Kennzeichen unterschieden aber bereits diese kleine Gruppe von allen übrigen Parteien, auch von den demokratischen Oppositionsparteien: Die Fraktion trat in der Regel in Parteiuniform auf und marschierte im Gleichschritt in den Sitzungssaal; sie wollte nicht konstruktive Kritik als Alternative zur Regierungspolitik üben, sondern erklärtermaßen die Arbeit der Regierung mit allen Mitteln behindern. Beides, Demonstration und Obstruktion, konnte allerdings erst nach dem Wahlsieg vom 14. September 1930 wirksam betrieben werden. Neben der Propaganda in der Öffentlichkeit und dem „Kampf auf der Straße" war nunmehr das Parlament zum Hauptbetätigungsfeld der Nationalsozialisten geworden. Daß die NSDAP-Abgeordneten von Hitler zu striktem Fraktionszwang verpflichtet waren und die Fraktion den Parteibefehlen unterworfen wurde, versteht sich nach dem, was bereits über den Führungsstil der Partei gesagt wurde, von selbst. Die Abgeordneten hatten einen absoluten Gehorsamseid gegenüber Hitler zu leisten, und der Fraktionsvorsitzende Dr. Frick wurde zum Befehlsübermittler zwischen Hitler und den Abgeordneten. Göring übte ab Sommer 1932 als Reichstagspräsident das Polizeirecht im Parlament aus.

Die Wählerschaft der NSDAP ist wissenschaftlich exakt nur für regionale und gesellschaftliche Teilbereiche untersucht. Die Arbeiten erbrachten ein differenziertes Bild. Alter, Geschlecht, Konfession, Gebiet und Zeit spielen eine ebenso große Rolle wie die soziale Herkunft und der Grad von Betroffenheit in der Wirtschaftskrise. Je eingehender die Untersuchungen über das Wahlverhalten waren, desto mehr Einflußfaktoren wurden erkannt und um so komplexer war dementsprechend die Analyse. Als relativ gesichert können folgende Zusammenhänge gelten:

- Die NSDAP profitierte nach 1928/30 stärker als andere Parteien von der Aktivierung früherer Nichtwähler.
- Sie gewann von den Wechselwählern relativ viele von den bürgerlichen Mittelparteien, den Regionalparteien und von der SPD. Über ein verhältnismäßig stabiles Wählerreservoir verfügten die beiden katholischen Parteien – Zentrum und Bayerische Volkspartei – und die KPD.
- Vor 1932/33 war die NSDAP attraktiver für männliche Wähler; bezüglich des Alters ist nachweisbar, daß nicht nur jüngere, sondern auch ältere Berufslose (Pensionäre, Rentner) sich der NSDAP anschlossen.
- Von den Arbeitslosen wählten die Angestellten mehr die NSDAP, die Arbeiter mehr die KPD; wo weniger Arbeitslose lebten, hatte die NSDAP höhere Wählerzahlen.
- Die schwierige Lage der bäuerlichen Familienbetriebe führte vor allem in den protestantischen Gegenden zu einem Wählerzustrom zur NSDAP; in Gebieten mit agrarischen Großbetrieben konnte die DNVP lange ihre starke Stellung halten; in den katholischen Landwirtschaftsgebieten erwiesen sich Zentrum und Bayerische Volkspartei als relativ stabil.
- In kleineren und mittleren Gemeinden hatte die NSDAP höhere Wählerzahlen als in Großstädten.
- Im ganzen gewann die Partei Wähler aus allen sozialen Schichten, – von der Arbeiterschaft ebenso wie aus dem alten und neuen Mittelstand (Kaufleute, Handwerker, Landwirte; Angestellte, Beamte). Sie kann deshalb als „erste moderne Integrationspartei" (Falter) bezeichnet werden. Allerdings haben neuere Forschungen eine Differenzierung ergeben, derzufolge der Arbeiteranteil an NSDAP-Wählern und -Mitgliedern höher (30 bis 40 Prozent), der Angestelltenanteil entsprechend niedrigerer und der Beamtenteil wieder höher war als bisher angenommen.

Die Methoden der NSDAP-Fraktion zur Behinderung der Regierung und des Parlaments waren vielfältig. Gemeinsam war ihnen das Ziel, alles zu unternehmen, um den Reichstag und die Reichsregierung funktionsunfähig zu machen, denn eben die Demonstration der Unfähigkeit war in der Öffentlichkeit ein wichtiges Beweismittel, wie notwendig die Beseitigung des „Weimarer Systems" gewesen sei. Das Parlament wurde von den Nationalsozialisten behindert, um beweisen zu können, daß es nicht arbeitsfähig war! Besonders häufig machte die NSDAP-Fraktion bei diesem Verfahren vom Mittel des Mißtrauensantrages Gebrauch. Da die Kommunisten auf parlamentarischer Ebene im wesentlichen die gleichen Ziele verfolgten, konnten die Nationalsozialisten mit deren Zustimmung rechnen. Hinzu kam die Hilfe der seit 1930 auf scharf antidemokratischem Kurs steuernden Deutschnationalen Volkspartei. Von Oktober 1930 bis Ende 1932 stellten diese drei Parteien insgesamt 59 Mißtrauensanträge, um die Regierung bzw. einzelne Mitglieder zu stürzen. Eine andere Methode der Regierungsbehinderung durch die antidemokratischen Rechtsparteien war die Stellung von Vertrauensanträgen, um die anderen Parteien in die Zwangslage zu versetzen, einer Regierung oder einem Minister ausdrücklich das Vertrauen aussprechen zu müssen. Auf diese Weise mußte die SPD zum Beispiel Brüning notgedrungen immer wieder ausdrücklich unterstützen, obwohl sie nur eine Tolerierung seiner Regierung beabsichtigte.

Wie verlogen dieses Verfahren war, geht schon daraus hervor, daß die NSDAP-Fraktion selbstverständlich jeden ihrer eigenen Vertrauensanträge niederstimmen half. Ein weiteres sowohl von Kommunisten als auch von Nationalsozialisten angewandtes Verfahren schilderte der 1967 verstorbene SPD-

Politiker Paul Löbe, vor Göring Präsident des Reichtstags: „... Bei einer Reichshaushaltsdebatte stellten sie eine Reihe von Anträgen, unsympathische Steuern und Abgaben aufzuheben oder herabzusetzen, so daß bei Annahme dieser Anträge die Reichseinnahmen von 10 Milliarden auf 6 Milliarden vermindert worden wären. Bei den Ausgaben kamen dann so viele populäre Anträge auf Rentenerhöhung, Wohnhausbauten usw., daß die Reichsausgaben von 10 Milliarden auf 14 Milliarden steigen mußten. Als ich den kommunistischen Wortführer fragte, wie das Defizit von 8 Milliarden gedeckt werden sollte, erwiderte er kaltschnäuzig, darüber könne sich ja die Regierung den Kopf zerbrechen, es ist ja nicht unser Staat, sondern der eure."

Nach dem 31. Juli 1932 verfügten KPD, DNVP und NSDAP über 358 von 608 Sitzen. Destruktives Verhalten war nunmehr noch leichter möglich. Da eine Koalition dieser Parteien jedoch aus sachlichen und weltanschaulichen Gründen unmöglich war, beschränkte sich die Zusammenarbeit im Parlament auf das Ziel, die Abgeordnetenkammer systematisch zu ruinieren. Alle Möglichkeiten dazu wurden genutzt, seien es solche, die sich dem Buchstaben nach an Verfassung und Geschäftsordnung hielten, wie zum Beispiel unwahrhaftige Antragstellung oder Auszug aus dem Parlament, um die Beschlußunfähigkeit zu erreichen, seien es andere, wie Tumultentfachung, demonstratives Absingen nationalsozialistischer Lieder oder Entfesselung von regelrechten Schlägereien. Die nationalsozialistische Presse berichtete dann schadenfroh über die „unmöglichen Zustände im Parlament".

Die Frage einer nationalsozialistischen Regierungsbeteiligung

So erfolgreich die Nationalsozialisten bei allen Wahlen der Jahre 1930 bis 1932 auch gewesen sein mochten, ihr Ziel, auf legalem Wege zum „ausschlaggebenden Faktor" zu werden, der sie zur Alleinregierung fähig gemacht hätte, war nicht gelungen. „Wir siegen uns noch zu Tode", notierte Goebbels in seinem Tagebuch. Die Parteikasse war, trotz aller Hilfen, die Hitler insbesondere seit seiner Rede vor dem Industrieklub in Düsseldorf am 27. Januar 1932 von Industriellen erhielt, infolge des immensen Wahlkampfaufwandes zumeist leer. An die Macht zu kommen, ohne über die absolute Mehrheit zu verfügen, kam bei einer an sich koalitionsunfähigen Partei dem Problem der Quadratur des Kreises gleich. Man hatte sich zwar der möglichen Helfer, DNVP und Stahlhelm, bereits im Oktober 1931 durch den Abschluß der sogenannte Harzburger Front versichert. Da sich aber Hugenberg und der Stahlhelm-Führer Seldte nicht in die Rolle der willenlos Untergebenen drängen lassen wollten, kam es nicht einmal zur Bildung eines Schattenkabinetts.

Andererseits wurden der NSDAP als der seit 1930 zweit- und seit 1932 stärksten Reichstagsfraktion wiederholt Koalitionsangebote von seiten der demokratischen Parteien gemacht, um die NSDAP in die Verantwortung

Wahlergebnisse 1932

Reichstagswahlen:

31.7.1932: NSDAP 230 Sitze (37,4 %)
bisher: 107 (18,3 %)
6.11.1932: NSDAP 196 Sitze (33,1 %)

Wahl des Reichspräsidenten:

1. Wahlgang: Stimmen für Hitler: 11,339 Mill. (30,1 %); Hindenburg: 18,65 Mill. (49,6 %)
2. Wahlgang: Stimmen für Hitler: 13,418 Mill. (36,8 %); Hindenburg: 19,4 Mill. (53 %)

Mecklenburg-Strelitz	9 Sitze (von 35; bisher: 0) Folge: Koalitionsregierung mit der NSDAP
Preußen	162 Sitze (von 423; bisher: 6)
Bayern	43 Sitze (von 128; bisher: 9)
Württemberg	23 Sitze (von 80; bisher: 1)
Anhalt	15 Sitze (von 36; bisher: 1) Folge: Regierung Dr. Freyer, erster NSDAP-Regierungschef
Hamburg	51 Sitze (von 160; bisher: 43)
Oldenburg	24 Sitze (von 46; bisher: 19) Folge: Regierung Röver, NSDAP
Mecklenburg-Schwerin	30 Sitze (von 59; bisher: 2) Folge: Regierung Granzow, NSDAP
Hessen	32 Sitze (von 70; bisher: 27)
Thüringen	26 Sitze (von 61; bisher: 6) Folge: Regierung Sauckel, NSDAP
Lübeck	27 Sitze (von 80; bisher 6)
zum Vergleich:	
Lippe (6.1.1929)	0 Sitze (von 9)
Baden (27.10.1929)	6 Sitze (von 88)
Braunschweig (14.9.1930)	9 Sitze (von 40)
Sachsen (22.6.1930)	14 Sitze (von 96)
Bremen (30.11.1930)	32 Sitze (von 120)
Schaumburg-Lippe (3.5.1931)	4 Sitze (von 15)

Bei den Reichstagswahlen 1930 und 1932 waren die Gebiete mit den

höchsten NSDAP-Stimmenanteilen:

		%
14.9.1930	*Reichsdurchschnitt:*	*18,3*
	Schleswig-Holstein	27,0
	Pommern	24,3
	Südhann.-Braunschweig	24,3
	Breslau	24,2
	Chemnitz-Zwickau	23,8
	Pfalz	22,8
	Frankfurt (Oder)	22,7
	Ostpreußen	22,5
	Osthannover	20,6
31.7.1932	*Reichsdurchschnitt:*	*37,4*
	Schleswig-Holstein	51,0
	Osthannover	49,5
	Frankfurt (Oder)	48,1
	Liegnitz	48,0
	Pommern	47,9
	Ostpreußen	47,1
	Chemnitz-Zwickau	47,0
	Südhann.-Braunschweig	46,1
	Mecklenburg	44,8
6.11.1932	*Reichsdurchschnitt:*	*33,1*
	Schleswig-Holstein	45,7
	Chemnitz-Zwickau	43,4
	Pommern	43,1
	Osthannover	42,9
	Frankfurt (Oder)	42,6
	Pfalz	42,6
	Liegnitz	42,1
	Hessen-Nassau	41,2
	Südhann.-Braunschweig	40,6

niedrigsten NSDAP-Stimmenanteilen:

		%
14.9.1930	*Reichsdurchschnitt:*	*18,3*
	Württemberg	9,4
	Oppeln	9,5
	Westfalen-Nord	12,0
	Niederbayern	12,0
	Berlin	12,8
	Leipzig	14,0
	Köln-Aachen	14,5
	Koblenz-Trier	14,9
	Dresden	16,1
31.7.1932	*Reichsdurchschnitt:*	*37,4*
	Köln-Aachen	20,2
	Niederbayern	20,4
	Berlin	24,6
	Westfalen-Nord	25,7
	Düsseldorf	27,0
	Oberbayern-Schwaben	27,1
	Westfalen-Süd	27,2
	Koblenz-Trier	28,8
	Oppeln	29,3
6.11.1932	*Reichsdurchschnitt:*	*33,1*
	Köln-Aachen	17,4
	Niederbayern	18,4
	Westfalen-Nord	22,3
	Berlin	22,5
	Düsseldorf	24,2
	Oberbayern-Süd	24,6
	Westfalen-Süd	24,8
	Koblenz-Trier	26,1
	Württemberg	26,2

zu zwingen. Die Koalitionen, die die NSDAP in den Ländern eingegangen war, um überhaupt einen Machtanteil zu erlangen, schienen als Vorbilder für ein gleiches Verfahren auf Reichsebene geeignet. Die Beratungen hierüber zerschlugen sich allerdings sämtlich. Hindenburg hielt den „böhmischen Gefreiten" nach dem ersten offiziellen Gespräch am 10. Oktober 1931 höchstens für das Amt des Postministers als geeignet. Bei der Neuwahl des Reichspräsidenten 1932 bemühte sich Hitler, Hindenburg zu schlagen. Nachdem Hitler, um überhaupt als Kandidat auftreten zu können, von der Braunschweigischen Regierung (NSDAP-Innenminister) pro forma zum Regierungsrat ernannt worden war, verlor er seinen bis dahin bestehenden Status als Staatenloser und wurde Reichsdeutscher. Bei beiden Wahlgängen unterlag er jedoch Hindenburg, so daß der Kampf um den Reichskanzlerposten erneut aufgenommen werden mußte. Aber auch jetzt blieben alle Verhandlungen ergebnislos – z.B. am 13. August 1932 mit dem Reichspräsidenten – an Hitlers Forderung: „Reichskanzler oder nichts". Hindenburg zog die Präsidialregierung von Papens einer Koalitionsregierung unter einem Reichskanzler Hitler vor. Die Nationalsozialisten bekämpften Papens „Kabinett der Barone" – sechs der zehn Mitglieder waren Adlige – als „reaktionär" und „kapitalistisch". Die von ihnen in dieser Phase besonders umworbene Zentrumspartei blieb gegenüber allen Bekundungen der NSDAP zu Sachlichkeit und Demokratie skeptisch. Ihre Sicherungsforderungen überstiegen bei weitem das, was Hitler auch nur scheinbar zuzugestehen bereit war.

Nach der Wahlniederlage vom November 1932 wuchs die Nervosität innerhalb der NSDAP stark an. Man sah die Felle davonschwimmen und drängte, wenn schon die Reichskanzlerposition im Augenblick nicht zu erreichen sei, wenigstens zur Teilhabe an der Macht. Am 8. Dezember 1932 machte sich Gregor Strasser zum Wortführer dieser innerparteilichen Opposition gegen Hitler. Die NSDAP verbrauche sich in nutzloser Opposition, sie müsse jetzt an den Staat herangeführt werden, so argumentierte Strasser. Er nahm mit dem seit dem Sturz von Papens (2. Dezember 1932) amtierenden Reichskanzler von Schleicher Kontakt auf. Der Kanzler bot Strasser unter anderem die Vizekanzlerschaft an. Als Strasser jedoch innerhalb der NSDAP am Widerstand Hitlers gegen die Pläne scheiterte, verzichtete er auf sämtliche Parteiämter und zog sich zurück.

Das durch die allgemeine Stagnation in der politischen Entwicklung und durch den „Strasser-Verrat" schwer angeschlagene Selbstvertrauen der Partei erholte sich erst wieder etwas nach dem 15. Januar 1933. An diesem Tag war der NSDAP bei der Landtagswahl in Lippe ein Stimmengewinn von 17 Prozent auf 39,6 Prozent (9 von 21 Sitzen) gelungen. Obwohl dieser Sieg auf nur 39000 Stimmen beruhte (Gesamtstimmenzahl: 102000), wurde er doch als Signal gewertet, daß die Partei noch siegen könne und keineswegs am Ende sei. Inzwischen hatte Hitler bereits mit von Papen Kontakt gewonnen (4. Januar 1933).

Im Intrigenspiel gegen von Schleicher glaubte von Papen, Hitler als Figur benützen zu können. Er schlug Hindenburg Hitler als Reichskanzler vor, er selbst werde ihn als Vizekanzler zu zügeln wissen. Ohne dieses Zureden wäre der Reichspräsident nach wie vor nicht zu dieser Entscheidung bereit gewesen. Aber von Papens Drängen bei Hindenburg bescherte den Nationalsozialisten, die selbst schon in ihrer Siegesgewißheit wankend geworden waren, doch noch die angestrebte Machtposition. Der Auftrag vom 30. Januar zielte zwar auf eine Koalitionsregierung mit nationalsozialistischer Minderheit, aber es blieb der NSDAP gar keine andere Wahl, als darauf einzugehen, wenn sie nicht alles versäumen wollte. War nur einmal das Aufspringen auf den bereits davonfahrenden Zug gelungen, würde man alle anderen Fragen sicher lösen können, vor allem mit den ohnehin als nicht ebenbürtigen Mitregierenden fertig werden. Die sofort von Hindenburg geforderte Auflösung des Reichstages war der Auftakt dazu. Eine Neuwahl unter der Reichkanzlerschaft Hitlers würde die absolute Mehrheit erbringen und das Provisorium der Koalitionsregierung bereits in Kürze wieder beenden.

Sozialstruktur der NSDAP vor 1933

Erwerbstätige im Reich und in der NSDAP nach sozialen und Berufsgruppen

Erwerbstätige	Im Reichsgebiet (Volkszählung von 1925)		In der NSDAP vor dem 14. 9. 1930		Unter den neuen NSDAP-Mitgliedern zwischen 14. 9. 1930 und 30. 1. 1933)		In Prozent der NSDAP-Mitglieder unter den Erwerbstätigen vor dem 30. 1. 1933
		in %		in %		in %	
Arbeiter	14443000	45,1	34000	28,1	233000	33,5	1,9
Selbständige							
a) Land- und Forstwirtschaft (Landwirte)	2203000	6,7	17100	14,1	90000	13,4	4,9
b) Industrie und Handwerk (Handwerker und Gewerbetreibende)	1785000	5,5	11000	9,1	56000	8,4	3,9
c) Handel und Verkehr (Kaufleute)	1193000	3,7	9900	8,2	49000	7,5	4,9
d) Freie Berufe	477000	1,5	3600	3,0	20000	3,0	4,9
Beamte							
a) Lehrer	334000	1,0	2000	1,7	11000	1,7	} 4,0
b) Andere	1050000	3,3	8000	6,6	36000	5,5	
Angestellte	5087000	15,9	31000	25,6	148000	22,1	3,4
Mithelfende Familienangehörige (meist weibliche)	5437000	17,3	4400	3,6	27000	4,9	0,6
insgesamt	32009000	100	121000	100	670000	100	2,5

Thamer, U.: Verführung und Gewalt, S. 175

Zusammenfassung: Wie kam es zum Nationalsozialismus?

Politische Gründe

Wer hat die Verantwortung dafür, daß die Staatsgewalt in Form der Reichskanzlerschaft am 30. Januar 1933 an Hitler übergeben wurde, an einen Parteiführer, der niemals ein Hehl daraus gemacht hatte, eben diesen Rechtsstaat zerstören zu wollen? Zunächst selbstverständlich der Reichspräsident, der kraft seines Eides zur Bewahrung der Verfassung dieses Staates und seiner Gesetze verpflichtet war. Dann jedoch auch seine Ratgeber, die ihm gegenüber das Risiko einer Hitler-Kanzlerschaft bagatellisierten, um ihre eigenen politischen Ziele zu erreichen. In ihnen waren einflußreiche gesellschaftliche Gruppen repräsentiert – Großagrarier, Reichswehrführung, hohe Bürokratie usw. – die die demokratische Staatsform seit je abgelehnt hatten, weil sie ihnen eine unmittelbare Durchsetzung ihrer Interessen zumindest erschwert hatte.

Mit Sicherheit läßt sich sagen, daß von Papen ein besonders großes Maß an Schuld trifft. Er hatte bereits durch seinen „Preußenschlag" (20. Juli 1932: Absetzung der preußischen Regierung unter dem Sozialdemokraten Otto Braun und Einsetzung eines Reichskommissars) der Demokratie schweren Schaden zugefügt. Obschon die Reichstagswahl vom 14. September 1930 deutlich genug bewiesen hatte, wie sehr die Bevölkerung den Extremismus unterstützte, beging von Papen nach seiner Ernennung zum Reichskanzler (3. Juli 1932) den kapitalen Fehler, die Reichstagsauflösung und Neuwahlen beim Reichspräsidenten durchzusetzen. Erst dadurch erhielten die Nationalsozialisten noch einmal die Chance, ihre Position im Parlament erneut zu verbessern. Schließlich öffnete er durch sein ehrgeiziges Intrigenspiel gegen Reichskanzler von Schleicher den Nationalsozialisten erst eigentlich die Tür zur Macht.

In der Diskussion um die Gründe, die zur nationalsozialistischen Gewaltherrschaft führten, spielte zeitweise das Argument eine zentrale Rolle, die „Kapitalisten" der Weimarer Republik hätten planmäßig die „Faschisierung" des demokratischen Staatswesens unterstützt bzw. durch ihre finanzielle Hilfe erst ermöglicht. Diese These läßt zum einen außer acht, daß die sozialpolitischen Zielbeschreibungen Hitlers „links" und folglich unternehmerfeindlich klangen, zum anderen daß weder „die Industrie" noch „die Kapitalisten" eine homogene Gruppe mit konformen Zielvorstellungen waren, daß die Interessengegensätze und die Unterschiede in der Beurteilung dessen, was strategisch und taktisch dem eigenen Vorteil am meisten nütze, daß schließlich die individuellen wirtschaftlichen und politischen Absichten der Wirtschaftsführer ungemein breit gestreut waren. „Hitler wurde nicht deshalb groß, weil die Kapitalisten ihn finanzierten, sondern einige Kapitalisten finanzierten ihn, weil die spezifische Methode seiner Agitation erfolgreich war" (Nolte). Fest steht nach dem gegenwärtigen Stand der Forschung, daß einzelne Persönlichkeiten bzw. Gruppierungen den Nationalsozialismus förderten und insoweit mitverantwortlich für die Entwicklung waren (Turner).

Natürlich müssen aber auch die Millionen Wähler genannt werden, die durch ihr Votum die NSDAP zur relativ stärksten Partei werden ließen und Hitler überhaupt erst ins Gespräch für ein Regierungsamt brachten. Sie versagten als demokratische Wähler, da sie bereit waren, ihr durch das periodische Wählen ausgeübte Kontrollrecht über Parlament und Regierung preiszugeben. Verschiedene Umstände begünstigten diese Entwicklung:

– Aufgewachsen in einer „Hochkultur des Parierens" (W. Hennis), wie sie für das politische Leben vor 1919 typisch gewesen war, ohne Erfahrungen mit demokratischer Lebensform, erachteten sie den Wert von Freiheit und Selbstbestimmmung verhältnismäßig gering gegenüber der vom „starken Mann" versprochenen Ordnung. Ohne Erfahrung bei der Prüfung politischer Programme auf deren tatsächlichen Gehalt, wurden sie durch die Vorgänge verwirrt und flüchteten sich in den Wunsch nach der alles dirigistisch ordnenden Obrigkeit. Die fehlende

Eröffnung des Reichstages im Sommer 1932 durch den neugewählten Präsidenten Hermann Göring.

Einsicht in das Wesen des demokratischen Verfahrens ließ sie die auf Konferenzen mit dem Ausland oder zwischen den Parteien geschlossenen Kompromisse grundsätzlich als faul und prinzipienlos verurteilen. Aus diesem Grunde wurde auch die Beendigung aller Reparationsverpflichtungen (Juli 1932) von weiten Kreisen nicht als Verhandlungserfolg anerkannt.

– Die Taktik der Hitler-Bewegung, ihre Propaganda in alle Richtungen zu streuen, ließ sie zum Sammelbecken sowohl für die durch Kriegsende, Inflation und Wirtschaftskrise aus der Bahn geworfenen und ihres Besitzes und damit ihres ehemals vorhandenen gesellschaftlichen Ansehens beraubten Schichten werden als auch für jene, die aus einem mißverstandenen Idealismus heraus glaubten, das scheinbar Positive am Nationalsozialismus verlange eine aktive Mitarbeit. Die Zukunftsverheißungen der Nationalsozialisten für ein „großes" Deutschland wurden unkritisch und in romantischer Verklärung ernst genommen.

– Ein ganz entscheidender Grund für die Zerstörung des demokratischen Systems liegt in der Praxis der Präsidialkabinette. Sie stellten praktisch eine neue Regierungsform dar, da sie unabhängig von Reichstag und Parteivereinbarungen über parlamentarische Mehrheiten politische Entscheidungen zu fällen erlaubten. Im März 1930, als die letzte demokratisch-parlamentarische große Regierungskoalition des SPD-Reichskanzlers Hermann Müller zurücktrat, gab es weder hinreichende politische noch wirtschaftliche Gründe für eine derart entscheidende Änderung der Regierungsweise. Daß man sich dennoch dazu entschloß, beweist zweierlei:

– Die demokratischen Parteien brachten offensichtlich nicht den Willen auf, partielle Kontroversen zurückzustellen und Kompromisse zu schließen und das entscheidende Ziel, nämlich die Erhaltung einer parlamentarisch abgesicherten Regierung zu ermöglichen.

– Die führenden demokratischen Politiker schätzten die Stimmung in der Bevölkerung augenscheinlich falsch ein; andernfalls hätten sie in der akuten Krisensituation keine Neuwahlen angesetzt, durch die die radikalen Parteien die Chancen erhielten, ihre bislang nur auf der Straße vorhandene politische Macht ins Parlament verlagern zu können.

Das Versagen von Parteien und Politikern führte zur Lähmung des parlamentarischen Systems. Hinzu kam, daß die Form der Präsidialkabinette durchaus im Interesse verschiedener Hindenburg-Berater lag.

Die Entwicklung von Brüning über Papen zu Schleicher steigerte Rechtstrend und Restaurationstendenz. Im Januar 1933 stellte Hitler gleichsam eine Fortsetzung dieser Linie dar; er bot zusätzlich den Vorteil, daß er über eine Massenbasis verfügte. Hitler war seinerseits klug genug, sowohl gegenüber dem Hindenburg-Kreis als auch gegenüber der Öffentlichkeit nicht mehr den Willen zu radikalen Änderungen herauszustellen, sondern nur noch seine Sorge um die Wiederherstellung der Ordnung. Da er bessere, wirksamere Methoden zu besitzen vorgab als die aus der Sicht des Mannes von der Straße glücklosen Reichskanzler von 1930 bis 1933, wollten seine Wähler „es eben mit ihm versuchen". So sehr Hitler diese Neigung, ihm Vertrauen zu schenken, bestärkte, so darf doch nicht übersehen werden, daß vor dem 30. Januar 1933 niemals mehr als ein gutes Drittel der Wähler der Hitler-Bewegung ihre Stimme gab! Es ist richtig: Die übrigen zwei Drittel waren nicht durchweg Bewahrer der demokratischen Ordnung, ein weiteres Fünftel war ebenso wie die Anhänger der Nationalsozialisten für einen Umsturz – allerdings mit anderem Vorzeichen.

Bestehen bleiben für das Ereignis vom 30. Januar 1933 zwei Tatsachen, die für das Verständnis der folgenden Jahre wesentlich sind:

– Die Ernennung Hitlers zum Reichskanzler war nicht zwangsläufig erfolgt, sie beruhte auf der freien Entscheidung Hindenburgs und seiner Ratgeber.

– Hitler war von seiten der Wähler nicht zu unbegrenzter Machtausübung legitimiert, sondern als Führer einer starken Minorität lediglich zur Regierung im Rahmen einer Koalition.

Historische Gründe

Bei der Antwortsuche auf die Frage, wie es möglich war, daß in Deutschland eine derart radikale Partei zur Regierung gelangen konnte, genügt es nicht, lediglich die Endphase der Weimarer Republik und die Gründe für die unmittelbare Regierungsübergabe an Hitler und die NSDAP ins Auge zu fassen. Die Erweiterung des Blickwinkels ist deshalb geboten, weil die Erklärung des Vorgangs allein aus der Wirtschaftskrise nicht genügen kann; schließlich war diese Erscheinung weltweit. Es gab viele Länder, die in gleicher Stärke von der Depression betroffen waren, aber nirgendwo sonst mündete der durch die Krise ausgelöste politische Umwandlungsprozeß in ein faschistisch-totalitäres System.

Ein Vergleich zwischen der historischen Entwicklung in Deutschland und den westlichen Ländern im 19. Jahrhundert zeigt, daß bereits seit der Französischen Revolution die Linien divergieren: In den deutschen Staaten wurden die umwälzenden Ideen von der Gleichheit aller Menschen, von der Würde des Einzelwesens und vom Staat als Zweckverband zur Ermöglichung eines freiheitlichen Lebens nicht übernommen. Die deutschen Romantiker interpretierten demgegenüber den Staat als übergeordnetes, für sich existentes Wesen und wiesen dem einzelnen eine dienende Rolle zu, denn „allen Wert, den der Mensch hat, hat er allein durch den Staat" (Hegel). Natürlich blieb diese Auffassung nicht unwidersprochen, aber den Monarchen gelang es stets, die liberalen Strömungen zu unterdrücken. Den schwersten Schlag empfingen die für Nationalstaat und demokratische Ordnung kämpfenden Kräfte fraglos durch das Scheitern der Paulskirche 1849. Bismarcks Reichsgründung brachte dann zwar die Einheit, befriedigte aber keineswegs die liberalen und demokratischen Wünsche.

Hieraus ergaben sich zwei Folgen:

– Jene Teile des Volkes, die den fortdauernden Ausschluß von der politischen Mitwirkung als schmerzlich empfanden, die sogar vom Staat ihrer Gesinnung wegen verfolgt wurden, sahen sich diesem Staat gegenüber zur Distanz gezwungen.

– Die Bewunderer Bismarcks wurden zu Anhängern eines sogenannten politischen Realismus: Der Machtstaat, der die Beziehungen nach außen durch kraftvolles Auftreten, durch „Eisen und Blut" regelt, und der Orbigkeitsstaat, in dem Probleme nicht durch Mehrheitsbeschlüsse entschieden werden, sondern der dem einzelnen seine Aufgabe zuweist und weder sein politisches Mitdenken noch Mithandeln wünscht, schienen dieser Gruppe die beste Form politischer Existenz. Alle politischen Aufgaben wurden als Machtfragen angesehen, das Recht als politischer Ordnungsfaktor wurde zunehmend geringschätzig behandelt und trat in den Hintergrund.

Immerhin bewies Bismarck noch ein Gefühl für die Möglichkeiten und Grenzen der Machtpolitik. Unter den Nachfolgern klafften sodann aber Machtstreben und moralische Zügelung immer weiter auseinander. Als Wilhelm II. mit seiner Flottenpolitik imperialistische Wünsche weckte und die selbstverschuldete außenpolitische Isolierung Deutschlands durch ein übersteigertes nationalistisches Selbstbewußtsein kompensiert wurde, war der Weg frei für den Eintritt in das Abenteuer des Krieges. Die Kriegspropaganda brachte eine weitere Steigerung im Hinblick auf einen Sieg-Frieden mit Landgewinn. Wunschbesessenheit, nicht nüchterne Tatsachenbeurteilung ließ kurzfristig eine hektische Begeisterung aufkommen, die auch jene Volksschichten erfaßte, die das politische System des Kaiserreiches ablehnten, weil es sie eliminiert hatte. Aber diese Euphorie des Jahres 1914 überdeckte lediglich den inneren Konflikt im deutschen Volk und verstellte den Blick für die harten Tatsachen. Als der propagierte Sieg-Friede dann in unerreichbare Ferne rückte, wurde offenkundig, daß sowohl die wirtschaftlich-materielle als auch die innenpolitische Tragfähigkeit für eine derartige Auseinandersetzung von vorneherein unzureichend gewesen war.

Entscheidend für die zukünftige Entwicklung wurde dann, daß diejenigen Kräfte, die für einen Verständigungsfrieden eintraten, gegenüber den monarchisch-konservativen Kreisen, deren politisches Denken zudem immer stärker vom militärischen Kalkül verdrängt wurde, erst zum Zuge kamen, als alle Chancen für eine evolutionäre Änderung der Innen- und Außenpolitik bereits verpaßt waren. Hinzu kam, daß die Fakten des Kriegsausgangs vom Bewußtsein der breiten Öffentlichkeit nicht akzeptiert wurden. Die Demokraten, die 1918 schließlich aufopfernd das chaotische Erbe des Kaiserreiches antraten, um Schlimmeres, wie etwa die Beset-

zung durch die Siegermächte oder die bolschewistische Machtergreifung, zu verhindern, mußten bald erkennen, daß der größere Teil des deutschen Volkes aus dem Ausgang des Weltkrieges nicht die nötigen Lehren gezogen hatte. Die unerfüllten nationalistischen Wünsche verdunkelten vielmehr den Blick für die Wirklichkeit: Mit der „Dolchstoßlegende" wurde die Niederlage als „Verrat" der Heimat gedeutet; der Versailler Vertrag wurde als Siegerdiktat gegenüber einem völlig Unschuldigen wütend abgelehnt; weder die Tatsache der militärischen und wirtschaftlichen Erschöpfung im Jahre 1918 wurde akzeptiert noch die Einsicht in die Notwendigkeit der Demokratie als der einer modernen Industriegesellschaft gemäßen Staats- und Lebensform, die dem einzelnen Recht und Freiheit sichern kann, gewonnen. Der Parlamentarismus wurde als wesensfremder westlicher Import verunglimpft. Folgerichtig in diesem Sinn deutete Goebbels den 30. Januar 1933 als Tilgung des Jahres 1789 aus der Geschichte, und ein anderer Nationalsozialist urteilte, nun habe der Typ des liberalen Menschen aufgehört zu existieren.

Hitler griff sowohl diese aktuellen Empfindungen auf als auch die aus der Denkwelt des 19. Jahrhunderts überkommenen Ansichten von den Vorzügen des Obrigkeitsstaates, von der Staatsallmacht und der Untertanenpflicht der Bürger, vom Vorrang der Macht vor dem Recht. Er wurde zum Repräsentanten einer breiten Schicht des deutschen Volkes, die in eben diesen Vorstellungen erzogen und aufgewachsen war und die ebensowenig wie er selbst aus dem lange vorbereiteten Schicksal des Jahres 1918 vernunftgebotene Folgerungen gezogen hatte. Für einen demokratischen, geistigen und gesellschaftlichen Wandlungsprozeß wäre eine wesentlich längere Frist notwendig gewesen als die Jahre zwischen 1919 und 1932.

Vorbeimarsch der SA vor den Führern des Stahlhelms und der Deutschnationalen Volkspartei in Bad Harzburg anläßlich der Tagung der Nationalen Opposition (Harzburger Front). Bildmitte: In Zivil und mit Brille Alfred Hugenberg.

Die Innenpolitik 1933–1939

Von der „Machtergreifung" zum Ermächtigungsgesetz

Die nationalsozialistische Propaganda wählte für den 30. Januar 1933 das Schlagwort „Tag der Machtergreifung", um den Eindruck zu suggerieren, als hätten sich an diesem Tag Hitler und die NSDAP zu der ihnen nach ihrer Überzeugung längst zustehenden Machtposition aus eigener Kraft aufgeschwungen. Dieser Eindruck war in zweifacher Hinsicht eine Verfälschung der Wirklichkeit: Es handelte sich weder um einen Initiativakt der NSDAP noch erhielt sie unumschränkte Herrschaftsbefugnisse. Hitler „ergriff" am 30. Januar 1933 nicht die Macht, es wurden ihm vielmehr vom Reichspräsidenten nach den Vorschriften der Verfassung die Reichskanzlerschaft und die Aufgabe der Regierungsbildung übertragen. In den Tagen vor dem 30. Januar erfüllte die nationalsozialistischen Führer nicht etwa Siegesgewißheit und revolutionärer Elan, sondern eher bange Sorge. „... Wir stellen uns nicht zu stark auf den Erfolg ein, um keinesfalls am Ende wiederum getäuscht zu werden ...", notierte Goebbels noch am 21. Januar. Am 28. Januar sind „alle noch sehr skeptisch und freuen sich nicht zu früh". Erst am 30. Januar löste sich die Spannung, als Hindenburg unter dem Einfluß seiner Berater, vor allem des ehemaligen Reichskanzlers von Papen, seine Abneigung gegen den „böhmischen Gefreiten" überwand und ihn zum Reichskanzler berief. Der Auftrag bedeutete keinesfalls diktatorische Vollmachten für die NSDAP. Hindenburgs Ratgeber hatten den Reichspräsidenten eben mit dem Argument zur Entscheidung für Hitler bewogen, daß dessen Dynamik in dem Koalitionskabinett, dem er vorstehen sollte, von der nichtnationalsozialistischen Ministermehrheit, insbesondere vom Vizekanzler von Papen, gezügelt werden würde. In folgenschwerer Verkennung Hitlers und in arroganter Selbstüberschätzung tönte von Papen, man habe sich mit Hitler engagiert. „In zwei Monaten haben wir ihn in der Ecke, daß er quietscht."

Daß Hitler und die NSDAP überhaupt in den sie derartig einschnürenden Plan einwilligten, erklärt sich aus zwei Tatsachen: Das Vertrauen der Nationalsozialisten in ihre eigene Taktik war ausgeprägt genug, um sie zuversichtlich an die baldige Überwindung der „Zügelhalter" glauben zu lassen. Sie waren sich andererseits darüber im klaren, daß sie unter den gegebenen Umständen unbedingt zugreifen mußten. Der Wählerrückgang bei der Reichstagswahl im November 1932, die ersten Anzeichen für das Abklingen der Wirtschaftskrise im Sommer 1932 und der Erfolg der deutschen Politiker bei den Reparationsverhandlungen in Lausanne zeigten, daß Eile geboten war, wenn nicht die letzte Chance verpaßt werden sollte.

Die Nationalsozialisten empfanden selbst den Widerspruch zwischen ihrem eigentlichen Grundkonzept des „Alles oder Nichts" und dem am 30. Januar eingegangenen Kompromiß. Deshalb hatten sie noch vor der Vereidigung des neuen Kabinetts die Auflösung des Reichstags und neue Wahlen durchgesetzt. Der Parteiführer des Koalitionspartners DNVP, Hugenberg, hatte dem Plan grundsätzlich zugestimmt, sofern das Zentrum die neue Regierung nicht unterstützen würde. Die Verhandlungen mit dem Zentrumsvorsitzenden Prälat Kaas ließ Hitler absichtlich scheitern, um Hindenburg und Hugenberg davon zu überzeugen, daß das Kabinett Hitler, hinter dem nicht mehr als 41,9 Prozent der Reichstagsabgeordneten standen (NSDAP 33,1 Prozent, DNVP 8,8 Prozent), nur auf dem Wege über Neuwahlen eine arbeitsfähige Reichstagsmehrheit finden könne. Am 1. Februar 1933 löste Hindenburg den Reichstag auf; die Neuwahlen wurden auf den 5. März festgesetzt. „Wir werden haushoch gewinnen", schrieb Goebbels am 31. Januar und brachte damit die euphorische Stimmung innerhalb der Partei zum Ausdruck.

Im Wahlkampf wurde auf zwei Ebenen operiert. Einerseits bemühte sich die NSDAP in der Öffentlichkeit um ein neues Image; andererseits nützte sie die ihr nunmehr zur Verfügung stehenden staatlichen Machtmittel zur Behinderung, Bekämpfung oder gar Ausschaltung der Gegner rigoros aus.

Da sich nur 33 Prozent der Wähler im November 1932 für die NSDAP entschieden hatten, schien es der Partei tunlich, das Bewußtsein der Öffentlichkeit mit einem neuen Eindruck von der Hitler-Partei zu erfüllen: An die Stelle der vor keinem Radikalismus zurückschreckenden Kampfpartei sollte die

Fackelzug der Nationalsozialisten am Abend des 30. Januar 1933 in Berlin.

Verordnung zum Schutz von Volk und Staat (Reichstagsbrandverordnung)

Auf Grund des Artikels 48, Absatz 2 der Reichsverfassung wird zur Abwehr kommunistischer staatsgefährdender Gewaltakte folgendes verordnet:

§ 1. Die Artikel 114, 115, 117, 118, 123, 124 und 153 der Verfassung des Deutschen Reiches werden bis auf weiteres außer Kraft gesetzt. Es sind daher Beschränkungen der persönlichen Freiheit, des Rechtes der freien Meinungsäußerung, einschließlich der Pressefreiheit, des Vereins- und Versammlungsrechtes, Eingriffe in das Brief-, Post-, Telegraphen- und Fernsprechgeheimnis, Anordnungen von Haussuchungen und von Beschlagnahme sowie Beschränkungen des Eigentums auch außerhalb der sonst hierfür bestimmten gesetzlichen Grenzen zulässig.

§ 2. Werden in einem Lande die zur Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung nötigen Maßnahmen nicht getroffen, so kann die Reichsregierung, insoweit die Befugnisse der obersten Landesbehörde vorübergehend wahrnehmen.

§ 3. Die Behörden der Länder und Gemeinden (Gemeindeverbände) haben den auf Grund des § 2 erlassenen Anordnungen der Reichsregierung im Rahmen ihrer Zuständigkeit Folge zu leisten.

§ 4. Wer den von den obersten Landesbehörden oder von den ihnen nachgeordneten Behörden zur Durchführung dieser Verordnung erlassenen Anordnungen oder den von der Reichsregierung gemäß § 2 erlassenen Anordnungen zuwiderhandelt oder wer zu solcher Zuwiderhandlung auffordert oder anreizt, wird, soweit nicht die Tat nach anderen Vorschriften mit einer schwereren Strafe bedroht ist, mit Gefängnis nicht unter 1 Monat oder mit Geldstrafe von 150 bis zu 15 000 Reichsmark bestraft.

Wer durch Zuwiderhandlung nach Absatz 1 eine gemeine Gefahr für Menschenleben herbeiführt, wird mit Zuchthaus, bei mildernden Umständen mit Gefängnis nicht unter 6 Monaten und, wenn die Zuwiderhandlung den Tod eines Menschen verursacht, mit dem Tode, bei mildernden Umständen mit Zuchthaus nicht unter 2 Jahren bestraft. Daneben kann auch auf Vermögenseinziehung erkannt werden.

Wer zu einer gemeingefährlichen Zuwiderhandlung (Absatz 2) auffordert oder anreizt, wird mit Zuchthaus, bei mildernden Umständen mit Gefängnis nicht unter 3 Monaten bestraft.

§ 5. Mit dem Tode sind die Verbrechen zu bestrafen, die das Strafgesetzbuch in den Paragraphen 81 (Hochverrat), 229 (Giftbeibringung), 307 (Brandstiftung), 311 (Explosion), 312 (Überschwemmung), 315, Absatz 2 (Beschädigung von Eisenbahnen), 324 (Gemeingefährliche Vergiftung) mit lebenslangem Zuchthaus bedroht.

Mit dem Tode oder, soweit nicht bisher eine schwerere Strafe angedroht ist, mit lebenslangem Zuchthaus oder mit Zuchthaus bis zu 15 Jahren wird bestraft:

1. wer es unternimmt, den Reichspräsidenten oder ein Mitglied oder einen Kommissar der Reichsregierung oder einer Landesregierung zu töten, oder wer zu einer solchen Tötung auffordert, sich erbietet, ein solches Erbieten annimmt oder eine solche Tötung mit einem anderen verabredet;
2. wer in den Fällen des § 115, Absatz 2 des Strafgesetzbuches (schwerer Aufruhr) oder des § 125, Absatz 2 des Strafgesetzbuches (schwerer Landfriedensbruch) die Tat mit Waffen oder in bewußtem und gewolltem Zusammenwirken mit einem Bewaffneten begeht;
3. wer eine Freiheitsberaubung (§ 239 des Strafgesetzbuches) in der Absicht begeht, sich des der Freiheit Beraubten als Geisel im politischen Kampfe zu bedienen.

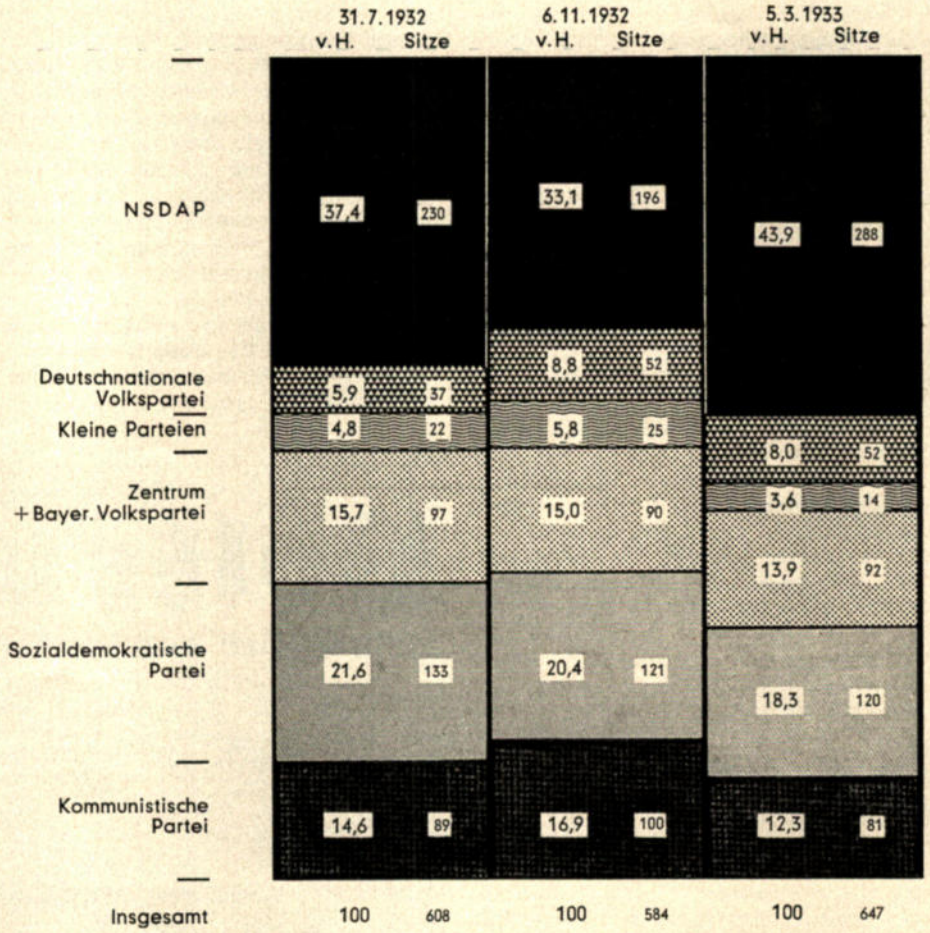
§ 6. Diese Verordnung tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft . . .

in Sorge um Deutschlands Zukunft rastlos tätige Volkspartei treten. Die bislang nichtnationalsozialistischen Wähler sollten nunmehr endgültig davon überzeugt werden, daß hier nicht eine aus egoistischen Interessen handelnde Partei alten Stils am Werk sei, sondern, wie die NSDAP ja schon seit je betont hatte, ejne „Bewegung", deren Fürsorge allen Volksgenossen galt, soweit sie sich eben nicht in hartnäckiger Verkennung des Gebots der Stunde dem „Fortschritt" und dem „neuen Deutschland" in den Weg stellten. Um die Seriosität des Wollens und die Abkehr von allen rabaukenhaften Erscheinungen der Kampfzeit zu demonstrieren, nahm Hitler als Reichskanzler einen Kostümwechsel vor, der symbolisch wirken sollte: Bei den offiziellen Regierungsakten erschien er nicht in der Uniform des Parteiführers, sondern im traditionellen Anzug der demokratischen Politiker, nämlich Cutaway und Zylinder.

Vorerst wurde nicht von einer nationalsozialistischen Revolution gesprochen, sondern vom „Kabinett der nationalen Konzentration" und von der „nationalen Erhebung". Die organisierten Fackelzüge und Aufmärsche wurden als spontane Dankkundgebungen des deutschen Volkes interpretiert. Der Aufruf der Reichsregierung vom 1. Februar 1933 wiederholte das aus zahllosen Hitler-Reden bekannte Zerr- und Horrorbild der Weimarer Republik: „... 14 Jahre Marxismus haben Deutschland ruiniert... Die Novemberverbrecher haben den deutschen Bauernstaat ruiniert... eine Armee von Arbeitslosen geschaffen..." – und fuhr dann pathetisch fort: „In diesen Stunden der übermäßig hereinbrechenden Sorgen um das Dasein und die Zukunft der deutschen Nation rief uns Männer nationaler Parteien und Verbände der greise Führer des Weltkrieges auf, noch einmal wie einst an den Fronten nunmehr in der Heimat in Einigkeit und Treue für des Reiches Rettung unter ihm zu kämpfen. Indem der ehrwürdige Herr Reichspräsident uns in diesem großherzigen Sinn die Hände zum gemeinsamen Bunde schloß, wollen wir als nationale Führer Gott, unserem Herrn, und unserem Volk geloben, die uns damit übertragene Mission als nationale Regierung entschlossen und beharrlich zu erfüllen... Nun, deutsches Volk, gib uns die Zeit von vier Jahren und dann urteile und richte uns. Getreu dem Befehl des Generalfeldmarschalls wollen wir beginnen. Möge der allmächtige Gott unsere Arbeit in seine Gnade nehmen, unseren Willen recht gestalten, unsere Einsicht segnen und uns mit dem Vertrauen des Volkes beglücken. Denn wir wollen nicht kämpfen für uns, sondern für Deutschland." Selbstverständlich legte Hitler den vorgeschriebenen Eid in die Hand Hindenburgs ab, „die Verfassung und die Gesetze des deutschen Volkes zu wahren und die obliegenden Pflichten und die Geschäfte unparteiisch und gerecht gegen jedermann zu erfüllen".

Im „Völkischen Beobachter" erschienen Artikel, die die Skeptiker von der Lauterkeit des Wollens der Hitlerpartei überzeugen sollten. Ein Pfarrer D.A. Freitag zum Beispiel schrieb, noch niemals in den fast anderthalb Jahrzehnten seit 1918 habe sich ein einzelner

REICHSTAGSWAHLEN 1932/33
STIMMENANTEIL UND MANDATSVERTEILUNG



Die Angaben für dieses Schaubild sind dem Buch von Walter Tormin „Geschichte der deutschen Parteien seit 1848" entnommen. Die Stimmen und Mandatszahlen weichen in einigen Fällen geringfügig von den in anderen Veröffentlichungen genannten Zahlen ab. Die Abweichungen sind darauf zurückzuführen, daß die Stimmen und Mandatszahlen kleinerer Parteien, die Listenverbindungen mit größeren eingingen oder deren Abgeordnete sich als Hospitanten einer größeren Fraktion anschlossen, nach verschiedenen Prinzipien zugeordnet werden.
Dabei handelt es sich um folgende Parteien: Deutsche Volkspartei, Deutsche Demokratische Partei (seit 1930: Deutsche Staatspartei), Deutsche Bauernpartei, Landbund, Christlich-sozialer Volksdienst.

Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich (Ermächtigungsgesetz)

. . . Artikel 1. Reichsgesetze können außer in dem in der Reichsverfassung vorgesehenen Verfahren auch durch die Reichsregierung beschlossen werden. Dies gilt auch für die in den Artikeln 85, Absatz 2 und 87 der Reichsverfassung bezeichneten Gesetze.
Artikel 2. Die von der Reichsregierung beschlossenen Reichsgesetze können von der Reichsverfassung abweichen, soweit sie nicht die Einrichtung des Reichstags und des Reichsrats als solche zum Gegenstand haben. Die Rechte des Reichspräsidenten bleiben unberührt.
Artikel 3. Die von der Reichsregierung beschlossenen Reichsgesetze werden vom Reichskanzler ausgefertigt und im Reichsgesetzblatt verkündet. Sie treten, soweit sie nichts anderes bestimmen, mit dem auf die Verkündung folgenden Tage in Kraft. Die Artikel 68 bis 77 der Reichsverfassung finden auf die von der Reichsregierung beschlossenen Gesetze keine Anwendung.
Artikel 4. Verträge des Reiches mit fremden Staaten, die sich auf Gegenstände der Reichsgesetzgebung beziehen, bedürfen für die Dauer der Geltung dieser Gesetze nicht der Zustimmung der an der Gesetzgebung beteiligten Körperschaften. Die Reichsregierung erläßt die zur Durchführung dieser Verträge erforderlichen Vorschriften.
Artikel 5. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage seiner Verkündung in Kraft. Es tritt mit dem 1. April 1937 außer Kraft, es tritt ferner außer Kraft, wenn die gegenwärtige Reichsregierung durch eine andere abgelöst wird . . .

Staatsmann, geschweige denn die gesamte Reichsführung, so grundsätzlich auf den Boden des Christentums gestellt wie Adolf Hitler und die von ihm zur Mitarbeit berufenen Männer seiner Regierung. „Wer den Nationalsozialismus bekämpft, bekämpft das Christentum", schrieb der „Völkische Beobachter" am 23. Februar und forderte am 28. Februar: „Jede katholische Stimme für Liste 1!"

Werbung durch Vertrauen erweckende Mäßigung und glaubwürdige Zukunftsversprechungen, das war die eine Parole für den Wahlkampf. Die NSDAP aber wäre nicht sie selbst gewesen, hätte sie sich auf dieses Vorgehen allein gestützt. Um den Wahlsieg abzusichern, ergriff sie auch die gesetzlichen Möglichkeiten der Notverordnungen, wie z.B. Zeitungs- und Versammlungsverbote, Verhaftungen usw. und nutzte ihr Kräftepotential. Behinderung und Ausschaltung der Gegner hieß auf dieser Ebene das Programm. Um diese Maßnahmen in Einklang mit der Werbekampagne zu bringen, wurden sie mit der „Bedrohung von links" und mit den „Skandalen" in den bürgerlichen und sozialistischen Parteien begründet. Dem radikalen Vorgehen gegen die Konkurrenten wurde auf diese Weise der Eindruck der „Säuberungsaktion" zugunsten des deutschen Volkes bzw. des Allgemeinwohls aufgeprägt.

Die Verordnung vom 4. Februar brachte Einschränkungen für die Versammlungs- und Pressefreiheit. Die Verordnung vom 6. Februar beseitigte endgültig die sozialdemokratische Regierung in Preußen und übertrug die Macht von Papen und dem preußischen Innenminister Göring, der seine Polizeibeamten ermunterte, von ihren Schußwaffen Gebrauch zu machen. Mangelnde Tatkraft werde strenger beurteilt als ein Irrtum bei der Pflichterfüllung. Die Verordnung vom 17. Februar verpflichtete die preußische Polizei zur Unterstützung der nationalen Verbände. Die Verordnung vom 22. Februar erklärte die SS, SA und Stahlhelm-Verbände zur Hilfspolizei.

In der Nacht vom 27. auf den 28. Februar 1933 wurde das Reichstagsgebäude in Brand gesteckt. Über die Täterschaft gab es bei der politischen Brisanz dieses Verbrechens von Anfang an konträre Behauptungen:

– Der später verurteilte Holländer van der Lubbe sei ein Einzeltäter gewesen; diese Auffassung stützte sich auf die Aussagen van der Lubbes.

– Van der Lubbe habe als Werkzeug der Kommunisten die Tat begangen, wie die Nationalsozialisten behaupteten.

– Ein nationalsozialistisches Geheimkommando habe auf Befehl Görings den Brand gelegt. Die Kommunisten glaubten als erste, dafür Beweise vorlegen zu können. Die gleiche Annahme war auch nach 1945 weit verbreitet.

Es kann inzwischen als wissenschaftlich gesichert gelten, daß van der Lubbe die Aktion tatsächlich allein geplant und durchgeführt hatte, um ein Signal gegen das neue Regime zu setzen. Noch ehe Recherchen über den Tathergang auch nur begonnen hatten, nutzte die nationalsozialistische Führung den Reichstagbrand als Rechtfertigung für die noch am 28. Februar 1933 erlassene „Verordnung zum Schutz von Volk und Staat" und für die „Verordnung gegen Verrat am deutschen Volk und hochverräterische Umtriebe". Die Formulierungen der ersteren, der sogenannten „Reichstagsbrandverordnung", setzten praktisch alle Grundrechte „bis auf weiteres" außer Kraft und gaben der Reichsregierung die Möglichkeit, die Länderregierungen durch Reichskommissare zu ersetzen. Eine Welle von Verhaftungen, Verboten, Beschlagnahmen und Beschränkungen ging über die gegnerischen Parteien, vor allem über die KPD, in den letzten Tagen vor dem Wahlgang hinweg. Die Verordnung vom 28. Februar 1933 begründete den permanenten Ausnahmezustand. Hitler und die NSDAP konnten über die Polizeiorgane ohne richterliche Kontrolle Personen auf unbeschränkte Zeit inhaftieren, Haussuchungen durchführen, Telefongespräche abhören, Briefe öffnen, Zeitungen verbieten bzw. zensieren, Parteien, Vereine und Organisaitonen auflösen, Eigentum beschlagnahmen, Versammlungen verbieten – der Willkür waren keine Grenzen gesetzt. Daß ein derartiges Machtinstrument nicht mehr aus der Hand gegeben wurde, versteht sich beinahe von selbst: Die „Reichstagsbrandverordnung" blieb bis 1945 in Kraft!

Neben den Terrormaßnahmen, die konzentriert gegen die politische Linke angewendet wurden, entfachte die NSDAP eine ungeheuere nationalistische Begeisterungsstimmung, propagierte Einigkeit und den „Aufbruch" in eine stolze Zukunft, versprach den Bürgern den Dammbau gegen die „rote

Seite 1176 Illustrierter Beobachter 1933 / Folge 3

Volksverräter

ausgestoßen aus der deutschen Volksgemeinschaft!

Auf Grund des § 2 des Gesetzes über den Widerruf von Einbürgerungen und die Aberkennung der deutschen Staatsangehörigkeit vom 14. Juli 1933 hat der Reichsminister des Innern im Einvernehmen mit dem Reichsminister des Auswärtigen durch eine im „Reichsanzeiger" veröffentlichte Bekanntmachung vom 23. August 1933 zunächst folgende im Ausland befindliche Reichsangehörige der deutschen Staatsangehörigkeit für verlustig erklärt, weil sie durch ein Verhalten, das gegen die Pflicht zur Treue gegen Reich und Volk verstößt, die deutschen Belange geschädigt haben:

Philipp Scheidemann | Otto Wels | Wilhelm Pieck | Dr. Robert Weltmann | Dr. Rudolf Breitscheid | Heinz Werner Neumann

Albert Grzesinski | Bernhard Weiß | Dr. Joh. Werthauer | Dr. Alfred Apfel | Friedrich Stampfer | Ruth Fischer

Dr. Friedr. W. Foerster | Emil Gumbel | Helmuth v. Gerlach | Leopold Schwarzschild | Dr. Kurt Tucholsky | Max Hölz

Willi Münzenberg | Ernst Toller | Georg Bernhard | Alfred Kerr | Heinrich Mann | Leon Feuchtwanger

Flut", prophezeite, daß Deutschland bald wieder Ansehen genießen und die Deutschen auf Vergangenheit und Gegenwart stolz sein dürften.

In dieser Atmosphäre fand der Wahlgang am 5. März 1933 statt. Die Nationalsozialisten waren sich ihres überlegenen Wahlsieges völlig sicher und trafen bereits die Vorbereitungen für die Feier zum „Tag der erwachenden Nation". Aber der „ganz große Sieg", den Goebbels prophezeit hatte, stellte sich nicht ein. Für die NSDAP wurden zwar 10 Prozent mehr Stimmen als im November 1932 abgegeben, aber doch 7 Prozent zu wenig, um die absolute Mehrheit im Reichstag zu gewinnen. 43,9 Prozent der abgegebenen Stimmen entfielen auf die NSDAP!

Der triumphale Sieg war ausgeblieben, aber die Tagebuchnotiz Goebbels' zeigt, daß man auch dieses Ergebnis zu nutzen wußte: „Was bedeuten jetzt noch Zahlen? Wir sind die Herren im Reich und in Preußen!" Man dürfe in der weiteren Durchführung der Revolution keine Rücksicht kennen, „denn wir haben ja die Macht, um sie zu gebrauchen." Da die Partei jedoch nach wie vor auf den Anschein der Legalität größten Wert legte, um vor aller Welt unter dem Schlagwort „Das Volk will es!" das nationalsozialistische Programm abwickeln zu können, wurde ein neuer Schritt notwendig: Weil das Wahlergebnis wiederum eine Koalition mit der DNVP erzwang, sollte der neue Reichstag ein pauschales Ermächtigungsgesetz erlassen und der Reichsregierung für vier Jahre Handlungsfreiheit gewähren. Vom 6. bis zum 23. März mußte noch einmal um Vertrauen geworben werden, denn die Stimmen der bürgerlichen Parteien, insbesondere der Zentrumspartei, waren für die Durchsetzung eines derartigen verfassungsändernden Gesetzes nötig. Es mußten weiterhin die Möglichkeiten der Reichstagsbrandverordnung ausgeschöpft werden, um nirgendwo im Reich Opposition aufkommen zu lassen.

Höhepunkt in der Werbeaktion war das von Goebbels mit aller Raffinesse organisierte Schauspiel des „Tags von Potsdam" (21. März 1933) zur feierlichen Eröffnung des neuen Reichstags: Gottesdienste wurden gehalten, als Schauplatz der Feierlichkeit wurde die Begräbniskirche Friedrich des Großen gewählt, der Festakt vor dem Altar mit aufgeschlagener Bibel und inmitten alter Regimentsfahnen vollzogen. Hitler, im Cutaway, verbeugte sich tief vor dem in der Uniform des kaiserlichen Generalfeldmarschalls auftretenden Hindenburg. Wer nur diese Fassade sah, konnte leicht von dem zur Schau gestellten Anschein von Religiosität, preußischer Traditionspflege, bürgerlichem Habitus und Heldenverehrung verführt werden.

Hitlers Worte an diesem Tag und seine Rede am 23. März vor den Reichstagsabgeordneten waren ganz darauf abgestellt, die bürgerlich-konservativen Kreise und die katholische Zentrumspartei von der Lauterkeit seines Wollens zu überzeugen. Er versprach, vom beantragten Ermächtigungsgesetz „nur insoweit Gebrauch zu machen, als es zur Durchführung der lebensnotwendigen Maßnahmen erforderlich ist. Weder die Existenz

Der „Tag von Potsdam" – Staatsakt zur Eröffnung des neuen Reichstags in der Potsdamer Garnisonkirche.

des Reichstages noch des Reichsrates soll dadurch bedroht sein. Die Stellung und die Rechte des Herrn Reichspräsidenten bleiben unberührt... Der Bestand der Länder wird nicht beseitigt, die Rechte der Kirchen werden nicht geschmälert...".

Diese speziell an die Adresse der Zentrumspartei gerichteten Zugeständnisse waren das Ergebnis von Verhandlungen, in denen die Katholiken gerade davon ihre Zustimmung abhängig machten. Die Zentrumsfraktion sah nach Hitlers versöhnlicher Rede keine Veranlassung, sie zu versagen. Die kleine Gruppe um den ehemaligen Reichskanzler Brüning drang mit ihrer Skepsis gegen die Fraktionsführung unter Prälat Kaas nicht durch, die sich durch die Vorleistung der Gesetzeszustimmung die NSDAP bzw. die Regierung für spätere katholische Interessenforderungen geneigt zu machen hoffte. Laut Protokoll der Zentrumsfraktionssitzung gab Prälat Kaas „seiner Freude Ausdruck über die Einheitlichkeit einer so schwerwiegenden Entscheidung bei der Abstimmung, dadurch ist sehr viel gewonnen und gerettet worden".

Eine Welle von Verhaftungen vor den Wahlen am 5. März 1933 sollte die politischen Gegner ausschalten. Im Bild Appell von Häftlingen im Konzentrationslager der SA-Standarte 208 in Oranienburg bei Berlin.

Nach der Abstimmung über das sogenannte „Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich" gab Göring ein Stimmenergebnis von 441:94 bekannt (eine spätere Nachprüfung ergab 444:94), und Hitler konnte seinen ganzen Zorn gegen die in Opposition verharrende SPD richten – den KPD-Abgeordneten waren ohnehin längst ihre Mandate aberkannt worden. Viele saßen bereits in Haft oder waren geflüchtet. Als der SPD-Abgeordnete Wels es wagte, der Regierung ihre seit dem 30. Januar begangenen und geduldeten Unrechtshandlungen vorzuwerfen und damit die Ablehnung seiner Partei motivierte, antwortete Hitler wütend, er wolle die sozialdemokratischen Stimmen gar nicht mehr, „Deutschland soll frei werden, aber nicht durch Sie!" Und die Sprechchöre der vor der Krolloper aufmarschierten Parteiverbände „Wir wollen das Gesetz, sonst Mord und Totschlag!" vermittelten bereits eine Ahnung davon, was dem bevorstand, der sich den neuen Herren in den Weg zu stellen versuchte.

Die Gleichschaltung

Die Vollmachten des „Gesetzes zur Behebung der Not von Volk und Reich" waren in Verbindung mit den Befugnissen aus der „Verordnung zum Schutz von Volk

und Staat" so umfassend, daß den Nationalsozialisten freie Bahn für die Durchführung ihres Programms gegeben war. Warum sie trotzdem nicht schlagartig die Umorientierung von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft vollzogen, hatte im wesentlichen zwei Gründe:

Es kam ihnen auch jetzt noch darauf an, möglichst große Teile des deutschen Volkes freiwillig für die Gefolgschaft der neuen Bewegung zu gewinnen. Sie verhielten sich deshalb zunächst auf manchen Gebieten zurückhaltend, um nicht die soeben Gewonnenen oder Beruhigten durch Radikalismus vor den Kopf zu stoßen.

Die NSDAP verfügte über kein klares Konzept der zu treffenden Maßnahmen und war durch die Rivalität der Männer des zweiten Gliedes – Göring, Himmler, Röhm – in sich nicht gefestigt genug, um sofort zielstrebig handeln zu können.

Immerhin leitete die Reichsregierung unverzüglich die Maßnahmen ein, die ihr bzw. der Partei die Schlüsselpositionen in die Hand geben sollten. Am 21. März, am selben Tag, an dem so viele durch das Gepränge und Hitlers Gelöbnis in Potsdam geblendet worden waren, begann bereits die Durchbrechung des Prinzips der unabhängigen Rechtsprechung: Sondergerichte wurden geschaffen, welche die Möglichkeit boten, bestimmte politisch relevante Prozesse nach dem Parteiwillen abzuwickeln. Wenige Tage danach wurde der Angriff auf die Selbständigkeit der Länder, der bereits durch die Einsetzung von Reichskommissaren Anfang März begonnen worden war, forgesetzt. Im 1. Gesetz zur Gleichschaltung der Länder mit dem Reich wurde die Neubildung der Länderparlamente und Gemeindevertretungen nach dem Ergebnis der Reichstagswahl vom 5. März angeordnet. Bereits am 7. April folgte das 2. Gesetz, das allen Länderregierungen die an Führerweisungen gebundenen Reichsstatthalter überordnete, so daß die Länder zu Verwaltungsinstanzen degradiert wurden.

Der nächste Vorstoß zielte auf die Parteien und die Gewerkschaften. Der groß aufgezogene 1. Mai wurde zum Anlaß genommen, die Gewerkschaften am Tage darauf aufzulösen und die Mitglieder zwangsweise in die NS-Betriebszellenorganisation einzugliedern. Leiter dieser „Deutschen Arbeitsfront" (DAF, gegründet am 10.5.1933), in der zur „Sicherung des Arbeitsfriedens" Arbeitnehmer und Arbeitgeber zusammengeschlossen waren, wurde Dr. Robert Ley. Die SPD, die sich zuletzt durch ihren Widerstand gegen das Ermächtigungsgesetz den besonderen Haß der Nationalsozialisten zugezogen hatte, wurde nach vorhergehender Verhaftung von Funktionären und Vermögensbeschlagnahmen am 22. Juni verboten. Aber auch den bürgerlichen Parteien nützte ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten nichts. Unter dreisten Vorwänden wurden auch ihre Führer verhaftet und die Geschäftsstellen besetzt. In rascher Folge wurden die Bayerische Volkspartei, das Zentrum, die Deutsche Staatspartei, die Deutsche Volkspartei und sogar der Koalitionspartner, die Deutschnationale Volkspartei,

Ernst Röhm, Stabschef der SA, auf dem Reichsparteitag in Nürnberg 1933.

verboten bzw. zur Selbstauflösung gezwungen. Das Gesetz vom 14. Juli 1933 zog den Schlußstrich, indem es lapidar die NSDAP zur einzigen politischen Partei erklärte und jede Wieder- oder Neugründung mit Zuchthausstrafe bedrohte.

Am 1. Dezember 1933 folgte das Gesetz zur Sicherung der Einheit von Partei und Staat, das die NSDAP zum einzigen „politischen Willensträger" im Reich erklärte und in der Praxis bewirkte, daß die Partei ihren Führungsanspruch im Staat bzw. gegenüber den staatlichen Instanzen durchsetzen konnte. Da nach dem Parteienverbot sämtliche Landtagsmandate ebenso wie die Reichstagsmandate an die NSDAP gefallen waren, genügte als Akklamationsinstitution für Führerreden praktisch der Reichstag. Die Landtage wurden durch das „Gesetz über den Neuaufbau des Reiches" vom 30. Januar 1934, der überflüssig gewordene Reichsrat wurde folgerichtig am 14. Februar beseitigt. Diese Maßnahmen stellten einen eklatanten Verstoß gegen das Ermächtigungsgesetz dar. Im Artikel 2 waren dort ausdrücklich Gesetze, die die Einrichtungen des Reichstags und des Reichsrats betrafen, von der Gesetzgebungsbefugnis der Reichsregierung ausgenommen. Der Vorgang demonstriert, wie sicher sich die NSDAP und Hitler zu diesem Zeitpunkt bereits fühlten.

Auf die Etablierung der Diktatur durch die Gewinnung der politischen Schaltstellen folgte im Frühsommer 1934 die Klärung eines innerparteilichen Problems. Da Hitler infolge seines taktischen Vorgehens nach dem 30. Januar bei der Stellenbesetzung durch Nationalsozialisten nur zögernd vorgegangen war, geriet er bei der beschäftigungslos gewordenen SA mit der Erfüllung seiner in der Kampfzeit gegebenen Versprechungen gegenüber den alten Kämpfern erheblich in Verzug. Der Stabschef der SA, Röhm, forderte immer dringender die „zweite Revolution", in deren Verlauf die SA in eine ihren Verdiensten entsprechende Position im neuen Staatsgefüge aufrücken sollte. Da aber die Frage des künftigen Wehrsystems noch nicht entschieden war, blieb Röhms Gedanke einer Milizarmee aus den SA-Einheiten zunächst ein Vorschlag, der mit dem Wehrpflichtgedanken der Reichswehr konkurrierte.

Die Lage wurde dadurch noch komplizierter, weil die SA nach der Machtergreifung auf eine Stärke von vier Millionen Mann angewachsen war. Hitler zögerte einige Monate. Noch am 2. Januar 1934 äußerte er: „Wenn das Heer den Schutz der Nation nach außen zu garantieren hat, dann ist es die Aufgabe der SA, den Sieg der nationalsozialistischen

Gleichschaltung der Gewerkschaften. SA besetzt das Gewerkschaftshaus am Engelufer in Berlin.

Revolution im Inneren zu sichern." Damit konnte Röhm, der eine öffentlich-rechtliche Institutionalisierung der SA anstrebte, nicht zufrieden sein, ebensowenig wie mit seiner Ernennung zum Mitglied der Reichsregierung. Daß es sich dabei um eine Scheinbeförderung gehandelt hatte, wurde offenkundig, als Hitler immer stärker seine Entscheidung zugunsten einer allgemeinen Aufrüstung in den Vordergrund rückte. Die SA, die wegen ihres häufig radikalen Auftretens in der Kampfzeit ohnehin als nicht mehr ganz salonfähig angesehen wurde, geriet völlig in die Isolierung.

Die innerparteilichen Rivalen Röhms, vor allem Himmler, Göring und Goebbels, bestärkten Hitler in seinem Entschluß, die neue Armee mit Hilfe der 100 000-Mann-Truppe der Reichswehr als Kader aufzubauen und Röhm fallenzulassen. Man spielte nun die homosexuelle Veranlagung des SA-Führers, die längst bekannt und bisher immer toleriert worden war, als untragbar in den Vordergrund. Ferner wurden der SA, ohne daß dafür konkrete Anhaltspunkte vorlagen, Putschabsichten unterstellt und auf diese Weise für die Öffentlichkeit taugliche Argumente für die „Gegenmaßnahmen" konstruiert. In der Zeit vom 30. Juni bis 2. Juli wurden die SA-Spitzenfunktionäre durch SS-Einheiten verhaftet und erschossen. Charakteristisch für den politischen Stil der Hitler-Getreuen war es, daß sie die Gelegenheit spontan zur Begleichung alter Rechnungen nützten und im Zuge der Aktion auch alte Widersacher, wie den General von Schleicher, den einstigen bayerischen Staatskommissar von Kahr und andere Kritiker des Nationalsozialismus ermordeten.

Im Gesetz vom 2. Juli erklärte die Reichsregierung alle begangenen Taten als Staatsnotwehr für rechtens, und im Reichstag bezeichnete Hitler sich selbst als des deutschen Volkes oberster Gerichtsherr. Die Reichswehr unter von Blomberg und Himmlers SS fühlten sich nach der Entmachtung der SA als Sieger, aber in Wahrheit war ausschließlich Hitler der Gewinner: Er hatte einen mächtigen Rivalen abgeschüttelt und sich die vermeintlichen Sieger zur Dankbarkeit und Treue verpflichtet. Nach dem 30. Juni 1934 begann der rasche Aufstieg der SS zur bedeutendsten Gliederung der Partei. Die Reichswehr fühlte sich durch das Versprechen Hitlers, künftig einzige Waffenträgerin der Nation zu sein, in ihrer Sonderstellung gesichert – eine Täuschung, wie sich bei der Aufstellung bewaffneter SS-Verbände zeigen sollte.

Nach dieser Festigung seiner Position plante Hitler den nächsten Schritt, sich unumschränkte Macht zu sichern. Noch als Hindenburg im Sterben lag, wurde das Gesetz konzipiert, das nach dem Tod des Reichspräsidenten dessen Amtsgewalt mit der des Reichskanzlers vereinigte – und einen erneuten Verstoß gegen das Ermächtigungsgesetz darstellte. Das Gesetz trägt das Datum vom 1. August, mit dem Ableben Hindenburgs am 2. August trat es in Kraft. Hitler führte nunmehr den Titel „Führer und Reichskanzler". Dieser neue Titel symbolisierte eine „revolutionierende Neuerung", „denn die Vereinigung der Ämter des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers war lediglich eine Kumulierung staatlicher Ämter und somit staatlicher Macht. Wenn sich dagegen Hitler offiziell als ‚Führer und Reichskanzler' bezeichnete, erhob er den Anspruch, im deutschen Staatsleben nicht nur aufgrund staatlicher Amtsgewalt und somit in den Schranken institutioneller Disziplin zu handeln, sondern aufgrund jener vor- und außerstaatlichen Legitimation, die der Bezeichnung ‚Der Führer' unterlegt wurde: seine geschichtliche Sendung, die Manifestation des Lebensgesetzes des deutschen Volkes im Führerwillen, das Getragensein von der verschworenen Gemeinschaft der nationalsozialistischen Bewegung. So trat nicht nur seine Amtsgewalt als Reichskanzler, sondern die Staatsgewalt überhaupt in den Schatten einer neuen ganz andersgearteten Gewalt, die als Führergewalt bezeichnet wurde." (Buchheim)

Eine unmittelbare Konsequenz dieser nunmehr institutionalisierten Führergewalt war die Vereidigung der Soldaten nach einer neuen Formel: „Ich schwöre bei Gott diesen heiligen Eid, daß ich dem Führer des Deutschen Reiches und Volkes, Adolf Hitler, dem Obersten Befehlshaber der Wehrmacht, unbedingt Gehorsam leisten und als tapferer Soldat bereit sein will, jederzeit für diesen Eid mein Leben einzusetzen."

In anderen Sektoren zeigten sich die Folgen der Umstrukturierung nicht sofort, und auch personell wurde der staatliche Bereich nicht unmittelbar von der Partei okkupiert. Die noch in wichtigen Funktionen verbliebenen Beamten des Auswärtigen Amtes und Offiziere der Reichswehr, deren kritische Einstellung zum Nationalsozialismus bekannt war oder vermutet wurde, beließ man zunächst aus taktischen Erwägungen in ihren Ämtern. Erst am 4. Februar 1938 fand hier das entscheidende Revirement statt. Mit von Ribbentrop, der von Neurath als Außenminister ablöste, und von Brauchitsch, der auf von Fritsch als Oberbefehlshaber des Heeres folgte, holte sich Hitler Männer, mit denen er die auf kriegerische Aktionen gerichtete nationalsozialistische Außenpolitik durchführen zu können glaubte.

Der Kampf gegen die Kirchen

Eine Partei, die wie die NSDAP, den ganzen Menschen beanspruchte, um ihn für sich verfügbar zu machen, mußte die Existenz der christlichen Kirchen als störende Konkurrenz ansehen. Ernst glaubte Hitler jedoch nur die katholische Kirche nehmen zu müssen, mit der evangelischen meinte er infolge der inneren Aufsplitterung leichtes Spiel zu haben. Die katholische Kirche imponierte ihm einerseits, weil sie fast 2000 Jahre überdauert habe, aber er hielt andererseits die Zeit der Kirche für abgelaufen. Kampf sei nicht nötig. „Sie muß abfaulen wie ein brandiges Glied. Die gesunde Jugend ist bei uns."

In der alten Lutherstadt Wittenberg wurde am 27. 9. 1933 auf einer „deutschen evangelischen Nationalsynode" der Pfarrer Ludwig Müller zum „Reichsbischof" berufen.

In der politischen Wirklichkeit gestaltete sich die Auseinandersetzung jedoch völlig anders. Zwar gelang es den Nationalsozialisten, einen Teil der Protestanten in der „Glaubensbewegung Deutsche Christen" unter dem zum „Reichsbischof" beförderten Pfarrer Ludwig Müller auf ihre Seite zu ziehen. Aber weder die hymnischen Auslassungen dieser Gruppe über den Nationalsozialismus („... Wie jedem Volk, so hat auch unserem Volk der ewige Gott ein arteigenes Gesetz eingeschaffen. Es gewann Gestalt in dem Führer Adolf Hitler ... Dieses Gesetz spricht zu uns in der aus Blut und Boden erwachsenen Geschichte unseres Volkes... Aus dieser Gemeinde Deutscher Christen soll im nationalsozialistischen Staat Adolf Hitlers die das ganze Volk umfassende Deutsche Christliche Nationalkirche erwachsen. Ein Volk! Ein Gott! Ein Reich! Eine Kirche!"), noch die Ausstoßung der „fremdblütigen" evangelischen Christen, weder die Beseitigung alles „Undeutschen in Gottesdienst und Bekenntnis", noch „die Verkündigung einer heldischen Jesusgestalt" vermochte eine Sammelbewegung auszulösen. Viele Gläubige schlossen sich immer enger an den von Pastor Niemöller geführten Pfarrernotbund an. Sie

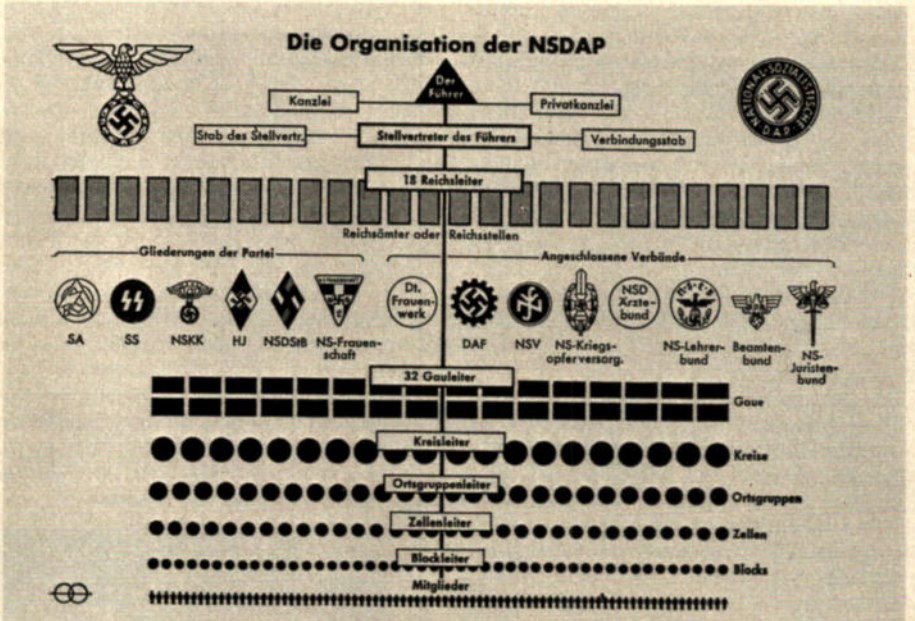
bildeten eine Gemeinschaft, die als „Bekennende Kirche“ dem Nationalsozialismus konsequenten Widerstand entgegensetzte. Natürlich versuchte man nun, diesen mit Gewalt zu überwinden.

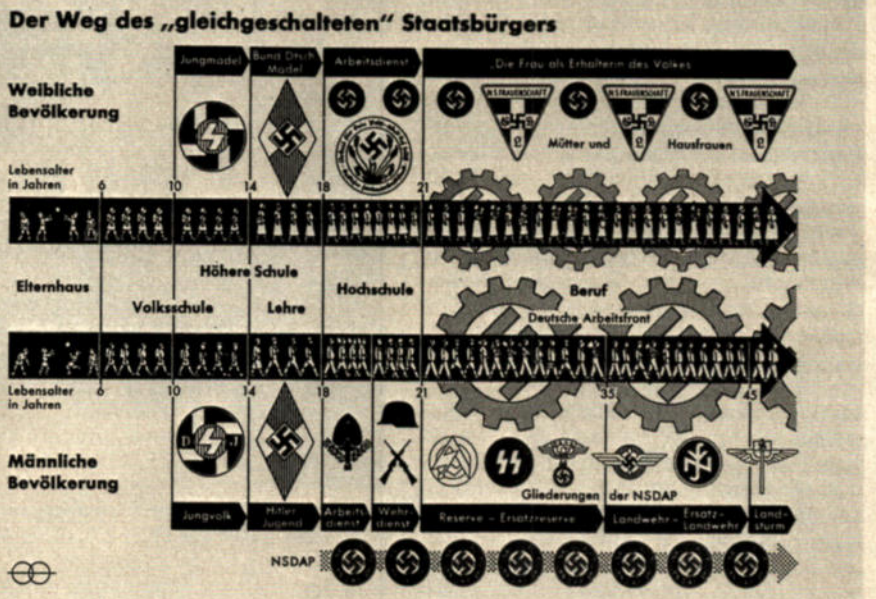
Zahlreiche leitende Persönlichkeiten der evangelischen Kirche wurden abgesetzt, mit Rede- und Schreibverbot belegt und an der Ausübung ihre Amtes gehindert. Pastoren und Gemeindemitglieder wurden von der Gestapo verhört und verhaftet, Gottesdienste wurden verhindert, und es fanden staatliche Eingriffe in die kirchliche Ordnung und Verwaltung einschließlich der Finanzen statt. Selbst die Verhaftung zahlreicher exponierter Persönlichkeiten vermochte am Widerstand der „Bekennenden Kirche“ nichts zu ändern. Durch die Tätigkeit der „Glaubensbewegung Deutsche Christen“ aber, die der NSDAP in die evangelische Kirche hinein Einfluß verschafft hatte, befanden sich 1945 eine Reihe von Landeskirchen in einem desolaten Zustand und die evangelische Kirche sah sich vor die Aufgabe einer umfassenden Neuordnung gestellt.

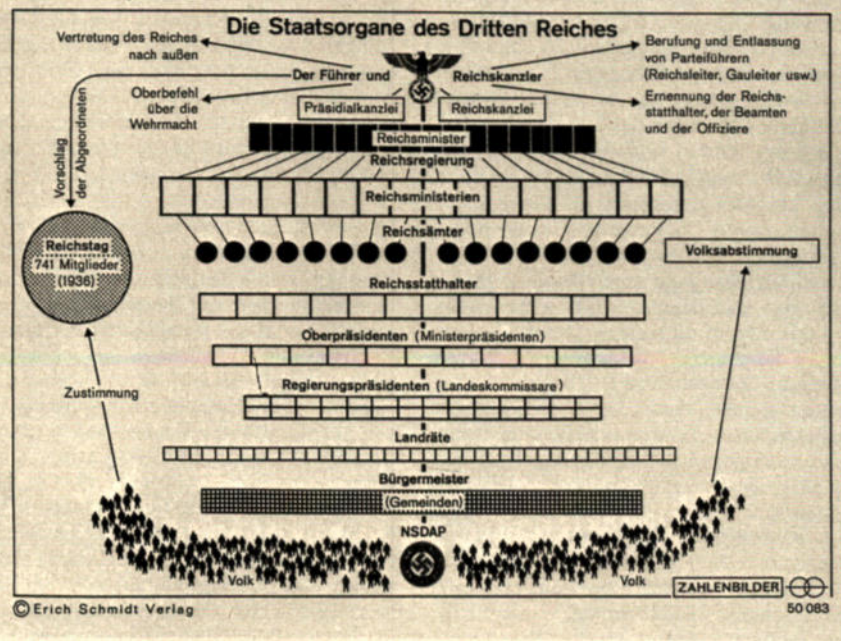
Die katholische Kirche hatte vor 1933 in laufenden Veröffentlichungen eine ablehnende Haltung gegenüber dem Nationalsozialismus bezogen. Der Eintritt in die NSDAP war Katholiken verboten, NSDAP-Mitglieder wurden von den Sakramenten ausgeschlossen, die Rassenideologie wurde verurteilt, die einschlägigen Punkte des Parteiprogramms wurden als Ausdruck einer Irrlehre bezeichnet. Alle diese Äußerungen verrieten eine genaue Kenntnis des nationalsozialistischen Schrifttums und einen klaren Blick für die religionsfeindlichen Ziele dieser Partei.

In dieser Haltung verharrte die katholische Kirche bis zu den Gesprächen um die Zustimmung der Zentrumspartei zum Ermächtigungsgesetz. Das scheinbar großzügige Eingehen Hitlers auf die Wünsche der Katholiken, die nüchterne Einschätzung der Machtlage sowie die Gefahr der nationalen Diskriminierung veranlaßten die Bischöfe zu einem Kurswechsel. Die Hirtenbriefe, die nach dem 24. März 1933 herausgegeben wurden, hielten die Gläubigen unter Hinweis auf Hitlers Versprechen zur Treue an „gegenüber der rechtmäßigen Obrigkeit und zur gewissenhaften Erfüllung der staatsbürgerlichen Pflichten unter grundsätzlicher Ablehnung allen rechtswidrigen oder umstürzlerischen Verhaltens“. Die Ausschließung von den Sakramenten wurde aufgehoben, ebenso das Uniformverbot beim Gottesdienstbesuch. Einzelne kirchliche Würdenträger feierten sogar „die Größe der Zeit“, bekundeten „die aufrichtige und freudige Bereitschaft zur Mitarbeit“, behaupteten, „die Tafeln des nationalsozialistischen Sollens und der katholischen Imperative“ wiesen in dieselbe Wegrichtung und äußerten ähnliche positive Urteile über den neuen autoritären Staat.

Die Skeptiker, wie zum Beispiel Bischof Buchberger von Regensburg, Bischof von Preysing von Eichstätt und Bischof Sproll von Rottenburg, die vor unangemessenen Vorschußlorbeeren warnten, schienen zunächst durch den Abschluß des Konkordats



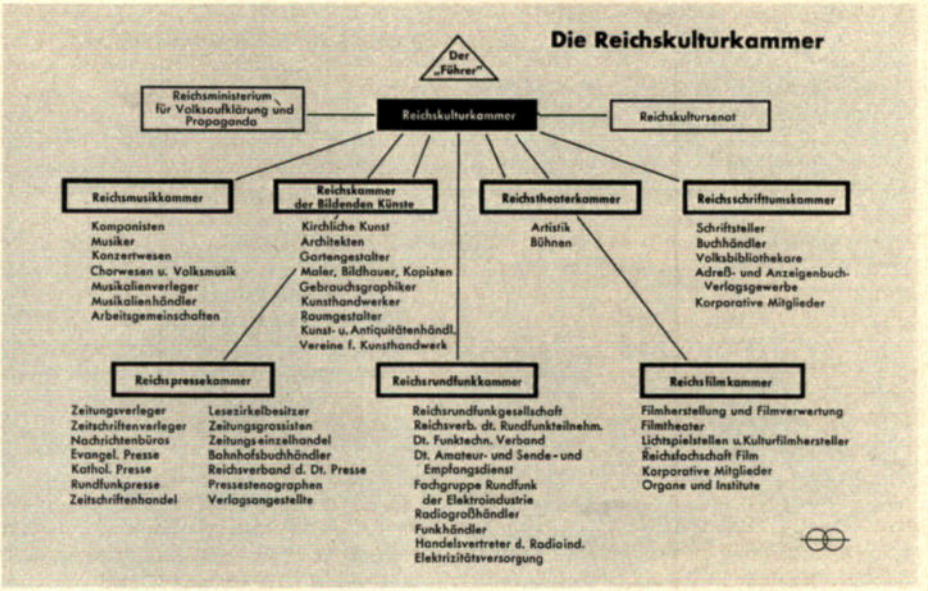




zwischen der Hitlerregierung und dem Heiligen Stuhl widerlegt. In der Weimarer Republik war ein Vertragsabschluß zwischen dem Reich und dem Heiligen Stuhl oft angestrebt, aber niemals erreicht worden. Hitler forcierte die Verhandlungen, so daß die Unterzeichnung des Konkordats bereits am 20. Juli 1933 erfolgen konnte. Die Zugeständnisse der Nationalsozialisten waren umfangreich. Der Kirche wurden bedeutende Rechte im Schulbereich und im kirchlichen Vereinsleben eingeräumt. Aber die Schutzbestimmungen für die katholische Seelsorge- und Jugendarbeit wurden alsbald von den Nationalsozialisten mißachtet. Die Katholiken, die um des Konkordats willen ihre politische Partei preisgegeben hatten, mußten die Auflösung ihrer Jugendverbände erleben. Der Angriff auf den Religionsunterricht folgte, und die Gestapo inhaftierte Kritiker in Konzentrationslagern und Gefängnissen. Der Versuch, sich um der Existenzsicherung willen mit den neuen Machthabern zu arrangieren, mußte schon nach wenigen Monaten als gescheitert betrachtet werden.

Die katholische Kirche kehrte zu ihrer Ablehnung der nationalsozialistischen Lehren zurück. Hitler hatte sein ausdrücklich gegebenes Wort, die Rechte der Kirchen nicht zu schmälern, offensichtlich gebrochen. Was nun begann, war ein zähes Ringen der katholischen Geistlichkeit um ihre Positionen in den Gemeinden und in den Schulen. Die Möglichkeiten zur Aufrechterhaltung des kirchlichen Lebens und zur Bewahrung der Glaubenssubstanz waren akut bedroht. Aber nach Lage der Dinge vermochten alle Gesuche an den „hochzuverehrenden Herrn Reichskanzler" nichts auszurichten. Die mit viel Mut und unter großer Gefahr in Predigten zum Ausdruck gebrachte Kritik an den Grundsätzen des Nationalsozialismus und verschiedenen Erscheinungformen stärkten zwar den Widerstandswillen der Katholiken, konnten aber für den Nationalsozialismus keine ernste Gefährdung bedeuten. Bei den Verhaftungen wurden die angesehensten Kirchenfürsten verschont, um nicht unnötige Erregung hervorzurufen. Auf den unteren Ebenen aber bekamen Tausende von Geistlichen und Laien die Feindseligkeit des Regimes zu spüren.

Die drängenden Aufgaben der innenpolitischen Machtsicherung und der Aufrüstung ließen Hitler eine Verschärfung des Kirchenkampfes nicht dienlich erscheinen. Als 1937 nach der Veröffentlichung der päpstlichen Enzyklika „Mit brennender Sorge" mit ihrer kategorischen Verurteilung des Rassismus der offene Kampf ausbrach, richtete sich die Verfolgungsmaschinerie von SS und Gestapo mit aller Härte gegen die katholische Kirche. Eine völlige Ausschaltung wagte man allerdings auch jetzt noch nicht. Aus Opportunitätsgründen sollte der katholische Bevölkerungsteil nicht durch offenen Radikalismus zu einem noch stärkeren Widerstreben getrieben werden. Der Weg, die Gegner zu kriminellen Verbrechern zu stempeln, erschien vorteilhafter. Deshalb wurden die Maßnahmen gegen Geistliche, Orden, Schulen usw. mit Mäntelchen wie „Devisenvergehen", „Knabenschändung", „Verführung" usw. notdürftig verhüllt.



Die Uniformierung der „Volksgemeinschaft" und der Führerkult

Der auf totale Herrschaft abzielende Staat begnügt sich im Unterschied zum autoritären Regime nicht mit der Besitzergreifung der offiziellen Machtpositionen. Er ist nicht bereit, den Bürgern in einem begrenzten Raum relative Freiheit zu gewähren, sondern verlangt von jedem zu jeder Zeit Gefolgschaft und aktive Mitarbeit im Sinne der Doktrin. Dieser unbegrenzte Anspruch bewirkt, daß der totalitäre Staat auch einen Einfluß auf jene Bereiche geltend macht, die normalerweise dem Zugriff des Staates entzogen sind, wie Familie, Religion, Freizeit usw. Um diesen Anspruch durchsetzen zu können, muß der totalitäre Staat über das Volk ein Organisationsnetz auswerfen, das die Kontrolle jedes einzelnen zu jedem Zeitpunkt gewährleistet. Nichts anderes war die Absicht des nationalsozialistischen Organisationsgefüges.

Beginnend mit den Jugendorganisationen Deutsches Jungvolk, Jungmädel (für die 10- bis 14jährigen), Hitler-Jugend, Bund deutscher Mädel (für die 14- bis 18jährigen), der BdM-Gemeinschaft „Glaube und Schönheit" (für die 18- bis 21jährigen) und NS-Studentenbund erstreckte sich das System über die Parteigliederungen SA, SS, NS-Kraftfahrerkorps, den Reichsarbeitsdienst, die Berufsorganisationen Deutsche Arbeitsfront, NS-Dozentenbund, NS-Juristenbund, NS-Ärztebund, NS-Lehrerbund, Reichsnährstand, Reichskulturkammer bis zu den Frauenverbänden NS-Frauenschaft und Deutsches Frauenwerk, der NS-Kriegsopferversorgung, der NS-Volkswohlfahrt, die die Nichtarbeitenden, und der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude", die die Arbeitenden in ihrer Freizeit „betreute".

Der umfassenden horizontalen Erfassung über alle Alters- und Berufsgruppen hinweg entsprach eine perfekte vertikale Gliederung, die sich in Pyramidenform vom jeweiligen Reichsführer bis zum kleinsten Unterführer erstreckte, der dann, wie z.B. der Hordenführer im Jungvolk, noch 3 bis 5 Mann, oder wie der Blockleiter, noch 40–60 Haushaltungen beobachten sollte.

„Wider den undeutschen Geist" – Bücherverbrennung auf dem Opernplatz in Berlin am 10. Mai 1933.

Reichsparteitag in Nürnberg, die alljährliche Heerschau des NS-Staates.

Eine fürwahr gigantische Planung, die selbstverständlich in der zur Verfügung stehenden kurzen Zeit nicht voll realisiert werden konnte. Aber Hitler war 1938, als er in einer Rede die Zwecksetzung des Systems erläuterte, recht optimistisch für die Zukunft: „Diese Jugend, die lernt ja nichts anderes als deutsch denken, deutsch handeln, und wenn diese Knaben mit 10 Jahren in unsere Organisation hineinkommen und dort oft zum erstenmal überhaupt eine frische Luft bekommen und fühlen, dann kommen sie vier Jahre später vom Jungvolk in die Hitlerjugend und dort behalten wir sie wieder vier Jahre. Und dann geben wir sie erst recht nicht zurück in die Hände unserer alten Klassen- und Standeserzeuger, sondern dann nehmen wir sie sofort in die Partei, in die Arbeitsfront, in die SA oder in die SS, in das NSKK und so weiter. Und wenn sie dort zwei Jahre oder anderthalb Jahre sind und noch nicht ganze Nationalsozialisten geworden sein sollten, dann kommen sie in den Arbeitsdienst und werden dort wieder sechs Monate geschliffen ... Und was dann nach 6 oder 7 Monaten noch an Klassen- oder Standesdünkel da oder dort noch vorhanden sein sollte, das übernimmt die Wehrmacht zur weiteren Behandlung auf zwei Jahre. Und wenn sie nach zwei, drei oder vier Jahren zurückkehren, dann nehmen wir sie, damit sie auf keinen Fall rückfällig werden, sofort wieder in die SA, SS und so weiter, und sie werden nicht mehr frei ihr ganzes Leben. Und wenn mir einer sagt, ja, da werden aber immer noch welche überbleiben: der Nationalsozialismus steht nicht am Ende seiner Tage, sondern erst am Anfang!“

Die Gleichschaltungspolitik wurde im Bereich des kulturellen Lebens mit besonderer Intensität durchgeführt. Der Wille zur Lenkung von Wissenschaft und Kunst im Sinne der nationalsozialistischen Ideologie führte neben der von Anfang an betriebenen Erfassung von Presse und Rundfunk zu einer alle Bereiche des geistigen Lebens umfassenden Organisation. Eine Nichtaufnahme in die von Propaganga-Minister Goebbels geleitete Reichskulturkammer (gegründet am 22.9.1933) kam einem Berufsverbot gleich. Selbstverständlich waren alle Künstler und Wissenschaftler jüdischer Herkunft ausgeschlossen. Darüber hinaus aber wurde auch allen jenen Tätigkeitsverbot auferlegt, die der liberalen, demokratischen, humanistischen oder pazifistischen Gedankenwelt anhingen. Alle modernen Kunstrichtungen und Wissenschaftszweige wurden als „entartet“ oder „undeutsch“ bezeichnet und verboten.

Die Verfemung begann mit dem symbolischen Akt einer öffentlichen Bücherverbrennung am 10.5.1933 auf dem Opernplatz in Berlin. Mit „Feuersprüchen“ warfen Berliner Studenten die Werke der diffamierten Autoren auf den Scheiterhaufen. „Deutsche Studenten, wir haben unser Handeln gegen den undeutschen Geist gerichtet. Übergebt alles Undeutsche dem Feuer! Gegen Klassenkampf und Materialismus, für Volksgemeinschaft und idealistische Lebensauffassung. – Ich übergebe dem Feuer die Schriften von Karl Marx und Trotzki ... Gegen Dekadenz und moralischen Verfall, für Zucht und Sitte in Familien und Staat. – Ich übergebe dem Feuer die Schriften von Heinrich Mann, Ernst Gläser, Erich Kästner... Gegen seelenzersetzende Überschätzung des Trieblebens, für den Adel der menschlichen Seele. – Ich übergebe dem Feuer die Schriften der Schule Sigmund Freud ... Gegen literarischen Verrat am Soldaten des Weltkrieges, für Erziehung des Volkes im Geiste der Wehrhaftigkeit. – Ich übergebe dem Feuer die Schriften des Erich Maria Remarque ... Gegen Frechheit und Anmaßung, für Achtung und Ehrfurcht vor dem unsterblichen deutschen Volksgeist. – Verschlinge, Flamme, auch die Schriften der Tucholsky und Ossietzky.“

Die Ausschaltung umfaßte schließlich Tausende von Künstlern, darunter ruhmvolle Namen, die eben noch in den vergangenen Jahren Deutschland als führende Kulturnation ausgewiesen hatten: die bildenden Künstler Ernst Barlach, Max Beckmann, Otto Dix, Erich Heckel, Ernst Ludwig Kirchner, Paul Klee, Käthe Kollwitz, Oskar Kokoschka, Franz Marc, Emil Nolde, Karl Schmidt-Rottluff; die Schriftsteller Bert Brecht, Alfred Döblin, Franz Kafka, Thomas Mann, Franz Werfel, Carl Zuckmayer, Stefan Zweig; die Komponisten Paul Hindemith, Arnold Schönberg; die Dirigenten Bruno Walter, Otto Klemperer; die Regisseure Fritz Kortner, Erwin Piscator; die Kritiker Alfred Kerr, Herbert Ihering; die Architekten Walter Gropius, Mies van der Rohe und viele andere.

Gefördert wurden nunmehr jene Maler, Bildhauer und Schriftsteller, die den vom Regime propagierten Richtungen des „heroischen Monumentalismus“ und des „arteigenen und rassebewußten Kunstschaffens“ folgten. Auch die Hochschulen gerieten zunehmend unter den Einfluß gesinnungstreuer Professoren. Wer den neuen „Geist“ nicht akzeptierte, weil ihm z.B. die Schaffung einer „deutschen Physik“ als absurd erschien, verlor seinen Lehrstuhl. Viele bekannte Gelehrte verließen Deutschland. Der nach dem Ende des Weltkrieges einsetzenden Blüte von Kunst und Wissenschaft wurde auf diese Weise ein jähes Ende bereitet.

Um in keinem der Organisierten einen Zweifel an der Richtigkeit des von oben Befohlenen aufkommen zu lassen, war es notwendig, den Anreger und Geber aller Befehle, Hitler, der Möglichkeit menschlichen Irrens zu entrücken. Um der Gefolgschaft zu suggerieren, sie könne getrost und blind dem gehorchen, was der Führer befahl, da es stets das Beste und Richtige sei, wurde Hitler syste-

Süddeutsche Ausgabe / Ausgabe A

88. Ausg. • 46. Jahrg. • Einzelpreis 20 Pf.

Ausgabe A / Süddeutsche Ausgabe

München, Mittwoch, 29. März 1933

VÖLKISCHER BEOBACHTER

Herausgeber Adolf Hitler

Die Brennessel heute neu!

Kampfblatt der nationalsozialistischen Bewegung Großdeutschlands

Aufruf der Parteileitung der N.S.D.A.P.

Samstag, Schlag 10 Uhr, wird das Judentum wissen, wem es den Kampf angesagt hat!

An alle Parteiorganisationen der N.S.D.A.P.

Nationalsozialisten!

Parteigenossen! **Parteigenossinnen!**

Das nationale revolutionäre

Anordnung an die gesamte Partei!

Punkt 12:

Auslandsaufklärung

Ruhe, Disziplin und Ordnung

matisch über jedes menschliche Maß hinaus hochgelobt. Es wurden ihm übermenschliche Eigenschaften zugeschrieben. Goebbels sagte über ihn: „Er ist die Wahrheit selbst. Er hat die Gabe das zu sehen, was den Augen anderer Menschen verborgen bleibt...“, und ein nationalsozialistischer Dichter reimte: „Höher und höher zum hohen Himmel, das Haupt von schimmernden Sternen umkränzt, aufraget die glänzende Wächtergestalt des Führers.“ Dieser vergottende Führerkult weist den pseudoreligiösen Charakter des Nationalsozialismus deutlich aus.

Von einem Adolf Lanz hatte man gelernt, daß der Glaube stärker bindet als Vernunft bzw. Verstand. Goebbels formulierte diese Gleichsetzung Hitlers mit Gott bereits 1928: „Viele sind berufen, aber wenige nur auserwählt. Wir alle sind unerschütterlich davon überzeugt, daß er Wortführer und Wegweiser ist. Darum glauben wir an ihn. Über seiner mitreißenden menschlichen Gestalt sehen wir in diesem Mann die Gnade des Schicksals wirksam sein und klammern uns deshalb mit allen unseren Hoffnungen an seine Idee ...“ Und es war nur konsequent, wenn man später die von der NS-Volkswohlfahrt betreuten Kinder „beten“ ließ: „Dir danke ich heute mein tägliches Brot. Bleib lange noch bei mir, verlaß mich nicht, Führer, mein Führer, mein Glaube, mein Licht! Heil mein Führer!“

Um diesen Kult in aller Breite pflegen zu können, wurden die nationalsozialistischen Feiertage über das Jahr verteilt – Tag der Machtergreifung, Führers Geburtstag, Tag der deutschen Arbeit, Erntedankfest, Julfest usw. – Sie wurden mit Aufmärschen und Umzügen, Fahnenweihen, Ehrenzeichenverleihungen und ähnlichem begangen. Höhepunkt des Feierjahres, des operettenhaften Pomps und des ins Mystische stilisierten Erscheinungsbildes war der alljährlich im September mit allen Raffinessen der Regie aufgezogene „Reichsparteitag“ in Nürnberg. Hier wurde den mehreren hunderttausend Teilnehmern eine Schau geboten, die sie von der Größe und Erhabenheit der nationalsozialistischen Idee und Organisation jedesmal erneut überzeugen sollte. „... Nürnberg bedeutet nicht nur Heerschau der nationalsozialistischen Formationen, Nürnberg ist das Symbol der Geschlossenheit unseres Volkes, das dem Wink eines Führers gehorcht, ist weltanschauliche Ausrichtung einer Nation, Paroleausgabe an die Bewegung für das kommende Kampfjahr; Nürnberg ist ein Triumph der Organisation.“

Die Ausrichtung des Volkes auf Hitler war Ziel und Ergebnis der Gleichschaltung. Goebbels sagte anläßlich der Eröffnung der Reichskulturkammer am 1. November 1933: „Die Revolution, die wir gemacht haben, ist eine totale. Sie hat alle Gebiete des öffentlichen Lebens erfaßt und von Grund auf umgestaltet. Sie hat die Beziehungen der Menschen untereinander, die Beziehungen der Menschen zum Staat und zu den Fragen des Daseins vollkommen geändert und neugestaltet ...“ In Deutschland gab es von nun an nach den Worten Leys „keine Privatsache mehr ...“, jeder hatte stets eingedenk zu sein, daß er ein Soldat Adolf Hitlers zu sein und nach seinem Reglement zu leben und zu exerzieren hatte.

Ein überzeugender Beweis dafür, wie wirkungsvoll Führerkult und Führermythos waren, ist die Tatsache, daß der Mißmut der Menschen über viele negative Erscheinungen in Partei und Staat bis zuletzt nicht Hitler persönlich angelastet wurde. „Wenn das der Führer wüßte!“ In dieser gängigen Floskel kam zum Ausdruck, daß man ihm ausschließlich Positives zutraute, sich aber leider in seiner engeren und weiteren Umgebung korrupte Figuren eingenistet hätten, die ohne sein Wissen sein großes Werk „verunreinigten“.

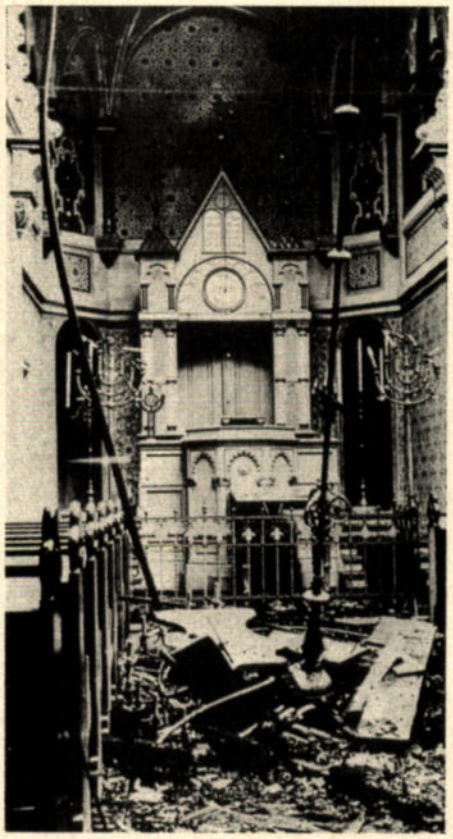
Nach dem Gesagten ist es nahezu überflüssig anzumerken, daß alle jene mit schärfsten Maßnahmen rechnen mußten, die es wagten, sich von diesem „Aufbruch“ fernzuhalten oder sich ihm gar zu widersetzen. Die Konzentrationslager als Stätten der „Umerziehung“ füllten sich mit denen, die von Spitzeln und Funktionären als „unzuverlässige“ oder „feindliche Elemente“ namhaft gemacht worden waren. Die „Heimtücke-Verordnung“ vom 21. März gab die Möglichkeit, schon kritische Äußerungen gegen das Regime mit Gefängnis- oder Zuchthausstrafen zu ahnden. Die Zusammenarbeit zwischen dem „Reichssicherheitsdienst des Reichsführers-SS“ (SD) als Nachrichtenzentrale und der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) als Vollzugsorgan gewährleistete umfassende Kontrolle und wirkungsvolles Zugreifen. Schutzhaftbefehle, ausgestellt unter Berufung auf die Verordnung vom 28. Februar 1933, dienten als Verhaftungsgrundlagen. Auf diese Weise wurde der Inhaftierte der ordentlichen Gerichtsbarkeit entzogen und war auf Gedeih und Verderb den SS- und Polizeiorganen ausgeliefert. Die strenge Schweigepflicht der Entlassenen, verbunden mit wuchernden Gerüchten um die unmenschliche Behandlung in den Lagern, führte zu einer allgegenwärtigen Angst. Mißtrauen eines jeden vor

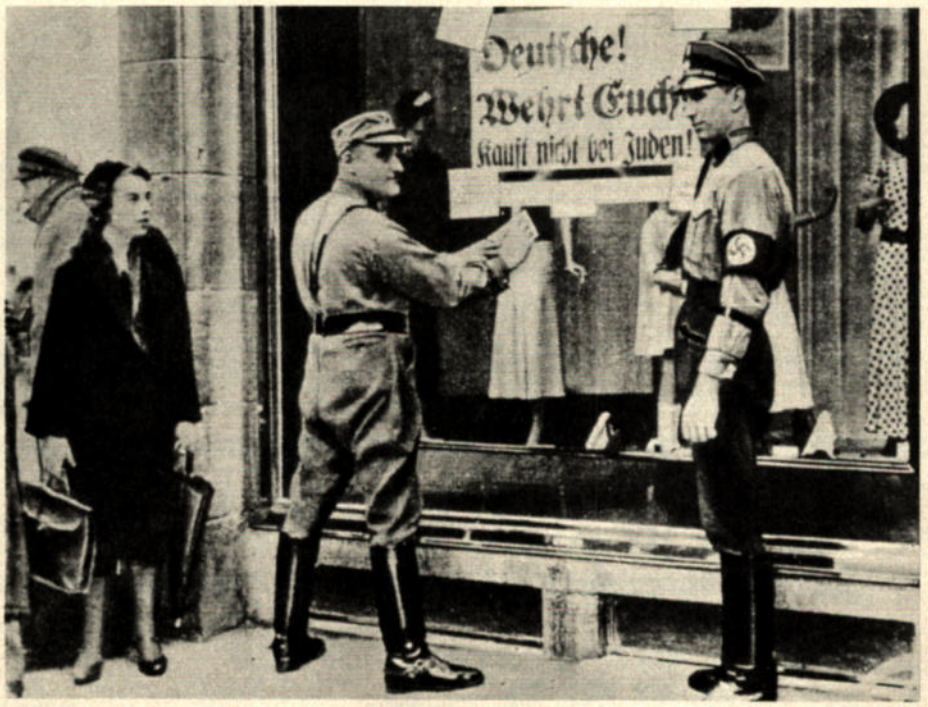
jedem und ängstliches Verbergen kritischer Erwägungen kennzeichneten schon nach wenigen Monaten das Leben im nationalsozialistischen Deutschland.

In diesem Staat war die „Nation" zum höchsten sittlichen Wert aufgestiegen. Der nationalsozialistische Normenkatalog gipfelte im Opferdienst für den Führer und das Reich. Die Zwangsmaßnahmen gegen alle, die in ihrem individuellen Menschsein einen unveräußerlichen Wert erblickten, wurden damit begründet, daß man ihnen „Verrat" an der Volksgemeinschaft unterstellte.

Gleichschaltungszwänge und Inhaftierungsdrohungen verfehlten ihren Eindruck auf die Bürger nicht. Damit ist der rasche Erfolg des neuen Regimes aber nur teilweise erklärt. Nicht minder wichtig war die inzwischen durch zahlreiche Untersuchungen nachgewiesene Anpassungsbereitschaft von Menschen allen Alters, aller Berufe, aller sozialen Schichten. Ob Studenten oder Professoren an den Universitäten, ob Richter und Anwälte im Rechtswesen, ob Lehrer und Erzieher in Schulen und Ausbildungsstätten, ob Priester und Pastoren in den christlichen Kirchen, ob Redakteure und Autoren im Pressewesen, ob Ärzte, ob Diplomaten, ob Soldaten der verschiedenen Rangstufen, ob die „Kulturschaffenden" der Künste, ob Intellektuelle oder „einfache" Leute – es unterliegt keinem Zweifel, daß sehr viele sich bereitwillig „zur Verfügung stellten", nicht wenige sogar im „vorauseilenden Gehorsam"

Am 8. November 1938 wurden „schlagartig" überall im Reich jüdische Geschäfte zerstört und Synagogen in Brand gesteckt. Im Bild der zerstörte Innenraum der Synagoge in Eberswalde.





Der Boykott gegen „jüdische Geschäfte, jüdische Waren, jüdische Ärzte und jüdische Rechtsanwälte", zu dem die Reichsleitung der NSDAP für den 1. April 1933 aufgerufen hatte, war der Auftakt zur wirtschaftlichen und später physischen Vernichtung der Juden in Deutschland und Europa.

sich regelrecht dazu drängten, die neuen Machthaber voller Eifer zu unterstützen.

Es zeigte sich innerhalb weniger Monate, daß die Nationalsozialisten überall „Gesinnungsfreunde" hatten. Die einen hatten bereits in der Weimarer Republik mehr oder weniger offen Ideologie und Politik Hitlers gutgeheißen und seine „Machtergreifung" herbeigesehnt, die anderen hängten in opportunistischer Manier mehr oder weniger sofort nach dem 30. Januar 1933 ihr Mäntelchen in den jetzt wehenden Wind. Symptomatisch waren das Gedränge um Aufnahme in die Partei (Mitgliederzahl am 31.12.1934: ca. 2,5 Millionen) und ihre Gliederungen – zeitweise wurden deshalb sogar befristete Mitgliedersperren verhängt, um den Zustrom zu meistern –, und die Beflissenheit, mit der manche sich den neuen Herren unterwürfig anbiederten. Sowohl den aus Überzeugung Engagierten als auch den pragmatischen „Mitläufern" winkten Vorteile verschiedener Art – berufliche Karriere, öffentlicher Glanz durch Ehrenzeichen und Orden an den Uniformen, Macht über andere.

Eine auf die Erziehungswissenschaftler bezogene Feststellung kann durchaus verallgemeinert werden: „Als Hitler 1933 die Macht in Deutschland übertragen wurde, haben viele bekannte Erziehungswissenschaftler ‚die großen Ereignisse' freudig begrüßt und damit zur Legitimierung und Machtsicherung der Nationalsozialisten beigetragen. Die wenigsten von ihnen waren überzeugte Nazis, einige teilten aus einem konservativen Weltbild heraus bestimmte Positionen der neuen Machthaber, obwohl deren Auftreten sich mit ihren Vorstellungen von ‚Gesittung' nicht vertrug und folglich bei ihnen trotz aller Zustimmung zugleich ‚Beklommenheit' auslöste; andere, insbesondere aus der noch nicht in Amt und Würden gelangten jüngeren Generation, schwenkten aus opportunistischen Gründen auf den Kurs des NS-Regimes ein, weil sie nur auf diesem Wege ihre Karriere fortsetzen zu können glaubten." (Keim)

Es läßt sich kaum feststellen, wie groß die Zahl derer war, die ohne Not zur aktiven Mitwirkung am Vollzug des „von oben" Befohlenen bereit waren, und wie viele sich nur so weit anpaßten, wie es nötig war, um nicht aufzufallen, keine Nachteile zu erleiden oder zu überleben. Der Befund, den die Erforschung dieser die Gleichschaltungspolitik begleitenden Anpassungsbereitschaft in all ihren Schattierungen erbrachte, ist jedenfalls erschütternd: Die Menschen erwiesen sich offensichtlich massenhaft als verführbar, sie erlagen den gebotenen Verlockungen, warfen Grundsätze über Bord, schlossen die Augen vor dem zu Tage liegenden Unrechts- und Brutalitätscharakter des Regimes.

Diese Tatbestände sollten aber keinesfalls dazu verleiten, pauschale Verurteilungen vorzunehmen. Es ist kaum zu analysieren, was den Einzelnen damals dazu veranlaßte, sich aktiv einzugliedern oder loyal zu verhalten, es ist kaum zu rekonstruieren, durch welche Umstände er freiwillig oder zwangsläufig verstrickt wurde.

Das rassenideologische Programm

Die Rassenideologie des Nationalsozialismus bedeutete für die Menschen jüdischer Herkunft größte Gefährdung. Als Volksverderber, Rassenschänder, Weltverschwörer usw. gebrandmarkt, mußten sie

Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses
Vom 14. Juli 1933

Die Reichsregierung hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1
(1) Wer erbkrank ist, kann durch chirurgischen Eingriff unfruchtbar gemacht (sterilisiert) werden, wenn nach den Erfahrungen der ärztlichen Wissenschaft mit großer Wahrscheinlichkeit zu erwarten ist, daß seine Nachkommen an schweren körperlichen oder geistigen Erbschäden leiden werden.
(2) Erbkrank im Sinne dieses Gesetzes ist, wer an einer der folgenden Krankheiten leidet:
1. angeborenem Schwachsinn,
2. Schizophrenie,
3. zirkulärem (manisch-depressivem) Irresein,
4. erblicher Fallsucht
5. erblichem Veitstanz (Huntingtonsche Chorea),
6. erblicher Blindheit
7. erblicher Taubheit
8. schwerer erblicher körperlicher Mißbildung.

(3) Ferner kann unfruchtbar gemacht werden, wer an schwerem Alkoholismus leidet . . .

Quelle: RGBl. I, 1933, S. 529

Aus der NS-Propaganda: In der Ausstellung „Das Wunder des Lebens" warben die Nationalsozialisten für ihre Erbgesundheitspolitik.

nach dem 30. Januar 1933 Schlimmstes befürchten. Wie dringlich den Nationalsozialisten die „Lösung des Judenproblems" war, ergibt sich aus der Eile, mit der sie ihre Aktionen begannen. Bereits für den 1. April 1933 wurde ein organisierter Boykott gegen alle jüdischen Kaufleute, Ärzte und Rechtsanwälte ausgerufen. Vor sämtlichen jüdischen Geschäften, Warenhäusern, Arzt- und Rechtsanwaltpraxen standen uniformierte Angehörige der Parteigliederungen und verwehrten den Besuchern den Zutritt. Gleichzeitig wurde auf Versammlungen die Forderung nach Berufsbeschränkungen für die Juden laut. Am 2.April kündigte der „Völkische Beobachter" eine weitere Maßnahme an: „Kein Jude darf künftig deutsche Staatsautorität verkörpern."

Diese gegen die jüdischen Beamten gerichtete Äußerung veranlaßte Hindenburg zu einem Brief an Hitler, in dem er die Einbeziehung der kriegsbeschädigten Juden in den Boykott als „ganz unerträglich" bezeichnete. Doch der Appell an Hitlers „kameradschaftliche Gesinnung" hatte nur geringen Erfolg. Hitler, der in seinem geradezu pathologischen Haß schlechthin leugnete, daß Juden Tapferkeitsauszeichnungen im Krieg ehrlich erworben hätten, nahm zwar in dem Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums vom 7. April 1933 die jüdischen Kriegsteilnehmer und Hinterbliebenen aus, aber schon die dehnbare Formulierung des Paragraphen 4 („Beamte, die nach ihrer bisherigen politischen Betätigung nicht die Gewähr dafür bieten, daß sie jederzeit rückhaltlos für den nationalen Staat eintreten, können aus dem Dienst entlassen werden") bot Gelegenheit genug, diese Regelung zu umgehen. Das Gesetz erlaubte es, Beamte nichtarischer Abstammung zwangsweise in den Ruhestand zu versetzen. „Als nichtarisch gilt, wer von nichtarischen, insbesondere jüdischen Eltern und Großeltern abstammt. Es genügt, wenn ein Eltern- oder Großelternteil nichtarisch ist... Dies ist insbesondere dann anzunehmen, wenn ein Eltern- oder Großelternteil der jüdischen Religion angehört hat..."

Ebenso ergebnislos wie der Einspruch des Reichspräsidenten waren die Bittbriefe von Kollegen, als Goebbels begann, gegen die jüdischen Künstler vorzugehen. Ihre Nichtzulassung zur „Reichskulturkammer" bedeutete Berufsverbot und zwang praktisch zur Emigration. Der zunächst für Beamte geforderte „Ariernachweis" wurde im Laufe der Zeit auf weitere Berufsgruppen ausgedehnt: Notare, Rechtsanwälte, Ärzte, Hebammen, Apotheker, Angehörige des Wehrmachts- und Arbeitsdienstführerkorps, Amtsträger des Luftschutzes, Vorgesetzte in der Feuerwehr, Vermessungsingenieure, Bautechniker usw. Auch für die Gewährung von Darlehen, Kinderbeihilfen, bei der Verleihung des Mutterkreuzes, beim Erwerb des Sportabzeichens usw. war der Ariernachweis notwendig.

Da die „Rassenwissenschaft" natürlich nicht in der Lage war, das „deutsche Blut" vom nichtdeutschen zu unterscheiden, griff man bei der Feststellung des Judentums auf die Religionszugehörigkeit zurück. Diese Demonstration der Unwissenschaftlichkeit war jedoch den Rassenideologen keineswegs peinlich. Sie wußten das Fehlen eines Blutsnachweises zu nützen, indem sie die „Judenseele" erfanden und damit jene verunglimpften, die zwar „arische Merkmale" aufwiesen, aber sich dennoch nicht für den Nationalsozialismus begeisterten. Umgekehrt bot diese Methode auch den zahlreichen nicht „nordisch" aussehenden NS-Spitzenfunktionären die Chance, sich auf ihre rassebewußte Gesinnung zu berufen. Görings Wort „In meinem Ministerium bestimme ich, wer Jude ist" verdeutlicht, wie sehr bei einer derartigen Verfahrensweise der Willkür Tür und Tor geöffnet war.

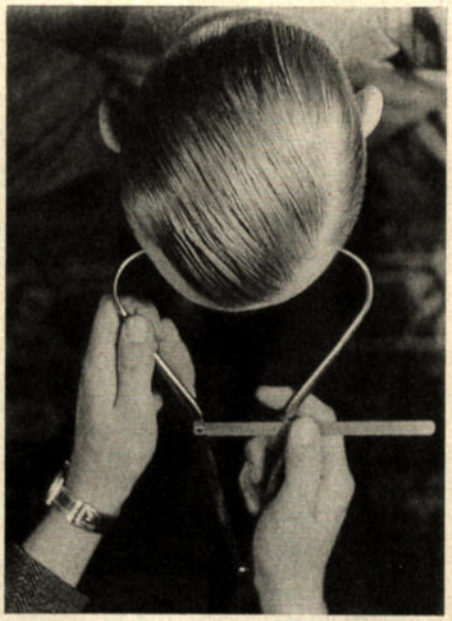
Durch das am 14. Juli 1933 erlassene „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses" (sog. Blutschutzgesetz) gerieten auch die „Zigeuner" in die rassisch begründete Ausgrenzungspolitik. Diese ca. 20000 Menschen umfassende Bevölkerungsgruppe hatte wegen ihrer schweifenden Lebensweise schon im Kaiserreich und in der Weimarer Republik unter diskriminierendem Ausnahmerecht gestanden. Aber vor 1933 waren die getroffenen Maßnahmen auf Seßhaftmachung orientiert; nunmehr begann die systematische Verfolgung und Inhaftierung in Konzentrationslagern. Zur Begründung wurden neben „rassenhygienischen" Gesichtspunkten bei den Zigeunern auch die Kategorien „Asozialität", „Lumpenproletariat" und „Kriminelle" verwendet.

Ein wesentlicher Schritt auf dem Wege zur Eliminierung des etwa 500000 Menschen umfassenden jüdischen Bevölkerungsteils sowie der Zigeuner wurde auf dem „Parteitag der Freiheit" 1935 in Nürnberg vollzogen. Der Wissenschaftspreis wurde an den NS-Rassentheoretiker Hans Günther „für die Gestaltung der Rassenkunde und der Ausbildung des heldischen Charakters unserer Epoche" verliehen. Um „die weitere Bastardisierung durch neue Mischehen mit Juden" (Gauleiter Wagner) zu verhindern, wurden

das „Gesetz zum Schutz des deutschen Blutes und der deutschen Ehre“ (Verbot der Eheschließung zwischen Juden und „Staatsangehörigen deutschen oder artverwandten Blutes“, Verbot des außerehelichen Verkehrs zwischen Juden und Deutschen, Verbot für die Juden, deutsche Hausangestellte zu beschäftigen und die Hakenkreuzfahne zu hissen) und das Reichsbürgergesetz (Unterschied zwischen arischen Reichsbürgern als „Träger der vollen politischen Rechte“ und Staatsangehörigen, die damit zu Bürgern minderen Rechts degradiert wurden) erlassen. Als „Jude“ im Sinne der Nürnberger Gesetze galt, „wer von mindestens drei der Rasse nach volljüdischen Großeltern abstammte“, wobei auch hier zum Beweis die Zugehörigkeit zur jüdischen Religionsgemeinschaft herangezogen wurde. In gewisser Beziehung bedeuteten die Nürnberger Gesetze gegenüber dem nach dem Beamtengesetz erforderlichen Ariernachweis eine Lokkerung. Aber für die Betroffenen bewirkten sie dennoch die endgültige offizielle Ausschließung. Sie standen künftig permanent unter Ausnahmerecht.

Parallel zu diesen Gesetzgebungs- und Verordnungsakten gegen die Juden unternahm die Partei in ihren Versammlungen, Schulungen und Presseorganen eine Verleumdungs- und Diskrimierungkampagne größten Stils. In den Bahnhöfen wurden Schilder angebracht: „Vor Juden und Taschendieben wird gewarnt!“; der „Frankfurter General-Anzeiger“ vom 1. April 1936 meldete die Verurteilung eines Juden zu zwei Jahren Gefängnis, weil er mit einer arischen Dirne verkehrt hatte; die Gemeinde Königsdorf schloß Kühe, welche von Juden direkt oder indirekt gekauft wurden, vom Zutrieb zum gemeindlichen Bullen aus. Der vom „Frankenführer“ Julius Streicher herausgegebene „Stürmer“ unterbot dieses Niveau noch bei seinen Artikeln über jüdische Mädchenschänder, über Knabenverführer, über die jüdische „Weltverschwörung“ und Ritualmorde. Die Parole „Juda verrecke!“ war beredter Ausdruck für die Ebene, auf der dieser Kampf geführt wurde. Der Unterschied zu den Akademikerveröffentlichungen war nur geringfügig. So war im „Deutschen Ärzteblatt“ zu lesen: „Einzeller und Menschen, die nicht zur Gemeinschaftsbildung geschritten sind, bewahren ihr Leben nur dadurch, daß sie sich als Parasiten von Gemeinschaftswesen erhalten. Dies gilt von den Bakterien wie von den Juden. Nahe liegt ein Vergleich der Juden mit den Tuberkelbazillen...“; in der Zeitschrift „Deutsches Recht“ stand: „Während bei einem Volksgenossen die Anständigkeit präsumiert werden kann, muß beim Juden ... die Unanständigkeit vermutet und die Anständigkeit für jeden einzelnen Fall bewiesen werden...“. Offensichtlich verbot die Sache, der die Rassenideologen sich verschrieben hatten, ein höheres Niveau.

Bis 1938 verblieben den in Wirtschaft und Handel tätigen Juden noch begrenzte Arbeitsmöglichkeiten. Man strebte aber auch ihre Ausschaltung an. Die rigorose Verfolgung begann schlagartig mit der sogenannten Reichskristallnacht. Die Nationalsozialisten nahmen das Attentat eines jungen Juden na-



Obwohl „Rassenkunde“ erst im September 1933 zum Pflichtfach erklärt wurde, fanden an vielen Schulen schon unmittelbar nach dem Januar 1933 rassenkundliche Veranstaltungen statt. Diese Aufnahmen stammen allerdings aus dem Jahr 1937.

mens Herschel Grynspan, dessen Eltern kurz vorher nach Polen ausgewiesen worden waren, gegen den deutschen Botschaftsrat Ernst vom Rath in Paris zum Anlaß, um in einem Massenpogrom vom 8. bis 10. November 1938 an die 7500 jüdische Geschäftshäuser zu demolieren und zu plündern, etwa 190 Synagogen in Brand zu stecken und über 25000 Juden zu verhaften. Anschließend erlegte man den Geschädigten – die fälligen Versicherungsleistungen beanspruchte das Reich! – auch noch eine „Buße“ in Höhe von 1 Milliarde Reichsmark auf und verfügte die „Zwangsarisierung“ der jüdischen Geschäfte (Enteignung und Übergabe an Arier). Auf der von Göring geleiteten Konferenz überboten sich die Teilnehmer, voran Goebbels und Heydrich (SS-Führer und Chef der gesamten Sicherheitspolizei und des SD) mit antisemitischen „Einfällen“. Die Vorschläge reichten vom Verbot für Juden, „den deutschen Wald zu betreten“ oder Parkplätze zu benutzen über die Einführung des Judensterns bis zur Schaffung von Gettos und zur Durchführung von Zwangsdeportationen.

Die entsprechenden Verordnungen folgten bald: Am 3. Dezember wurde den Juden der Führerschein entzogen und ab 6. Dezember ihre Bewegungsfreiheit durch Bannmeilen und zeitliche Begrenzung beschränkt. Am 6. Dezember erschien der Erlaß über den „Ausschluß von Juden an den deutschen Hochschulen“. Nach Kriegsbeginn zwang eine Flut von Verordnungen (Verbot von Rundfunkgeräten, Haustieren, Schallplatten, Schreibmaschinen, Fahrrädern, Heizöfen, Staubsaugern usw., Entzug von Raucher-, Kleider-, Fleisch-, Mehl-, Milchzuteilungen usw.) die noch außerhalb der Lager lebenden Juden zu einem Schattendasein.

Bis 1. Oktober 1941 hatten allerdings bereits etwa 270000 Juden Deutschland verlassen. Daß immerhin mehr als 200000 deutsche Juden nicht emigrierten, lag einmal an den überaus harten Auswanderungsbedingungen (Verlust von Besitz und Vermögen, Finanzierung der Auswanderung durch ausländische Verwandte oder Freunde), außerdem aber spielte auch die Hoffnung auf eine Wen-

de eine Rolle, von der man sich ein Verbleibenkönnen in Deutschland, das man infolge der oft jahrhundertelangen Familienansässigkeit als Heimatland empfand, versprach. Ab 1. Oktober 1941 wurde die Auswanderung verboten, die von Göring bereits nach der Kristallnacht angekündigte „große Abrechnung" hatte begonnen. Damit waren die vorher zeitweilig erwogenen Projekte, etwa einer Massendeportation nach Madagaskar, hinfällig geworden.

Der Pogrom vom November 1938 hatte in aller Öffentlichkeit stattgefunden. Ebensowenig waren die Folgen der bis dahin erlassenen etwa 250 antijüdischen Verordnungen verborgen geblieben. Die Mehrheit der Bevölkerung reagierte auf die Maßnahmen, hauptsächlich wegen der angewandten Methoden, bestürzt, wohl auch innerlich ablehnend, insgesamt aber schweigend. Die bisher mit der Einschüchterungs- und Verfolgungspraxis des Regimes gemachten Erfahrungen wurde von den meisten mit Wegschauen reagiert. Bekundungen des Mitgefühls und kritische Äußerungen der Ablehnung gab es nur vereinzelt und eher im privaten Bereich. Allerdings blieben auch schadenfrohe Bejahung und aktive Beteiligung auf die parteieigenen Führer und Handlanger beschränkt. Insgesamt konnten die Nationalsozialisten aus diesen Reaktionen den Schluß ziehen, daß sie mit keinem Widerstand zu rechnen brauchten, daß es aber tunlichst erschien, die geplanten härteren Schläge gegen das Judentum besser verborgen zu halten.

Die Maßnahmen zur Förderung des Ariertums

Die Rolle der SS

Mit gleicher Konsequenz wurde von 1933 an die Bildung einer nationalsozialistischen „Elite" betrieben, sie stellte gleichsam den komplementären Bereich zur Ausschließung der Juden dar. Dominierend war die seit 1929 von Heinrich Himmler geleitete Schutzstaffel (SS). Er hatte den Gedanken, einen nordischen Männerorden zu schaffen, in die zunächst der SA eingegliederten Leibwache Hitlers hineingetragen und gab ihr neben der besonderen Einsatzfunktion für Hitler und der politischen Sicherungsaufgabe im Staat noch den Auftrag, eine rassische Auslese heranzuziehen, um sie als künftige Herrenrasse für alle „Ordnungsaufträge" im nationalsozialistischen Herrschaftsbereich zu qualifizieren. Von den durch einen besonderen Treueeid an Hitler gebundenen SS-Angehörigen wurden der Ariernachweis bis 1750 und besondere körperliche und „moralische" Eigenschaften im Himmlerschen Sinn verlangt. „Den Tod zu geben und zu nehmen", gehörte mit zur Härteschulung des SS-Mannes, weshalb der Dienst bei der Konzentrationslagerbewachung als Bewährungszeit angesehen wurde.

Tenor der Erziehung war der Glaube an die Überlegenheit der arischen Rasse und an die Minderwertigkeit der Nichtarier. Der SS-Nachwuchs wurde auf den Junkerschulen in Braunschweig und Bad Tölz herangebildet. Die unmittelbare Bindung an Hitler und das hochgezüchtete Elitebewußtsein prädestinierten die SS für die Durchsetzung der spezifischen Ziele des Nationalsozialismus. Himmler erhielt deshalb für seine Organisation immer weiterreichende Funktionen und Vollmachten. So übernahm z.B. der Sicherheitsdienst (SD) des Reichsführers-SS nach 1933 den gesamten staatlichen Polizeiapparat. 1936 wurde Himmler offiziell „Chef der deutschen Polizei". Im Doppeltitel „Reichsführer SS und Chef der deutschen Polizei" kam – wie bei Hitler („Führer und Reichskanzler") – einerseits die Verschmelzung von Staats- und Parteiamt, andererseits die Unterstellung des gesamten Polizeiwesens – bisher Ländersache – unter Himmler zum Ausdruck. Die Polizei wurde in seiner Hand zum Instrument des Führerstaates. Das 1939 geschaffene Reichssicherheitshauptamt wurde zum Kopf des mächtigen Kontroll- und Verfolgungsapparates ausgebaut. Daneben verfügte Himmler auch über bewaffnete Verbände, da Hitler, entgegen seinen Versprechungen an die Reichswehr, aus der „Leibstandarte" und den „Politischen Bereitschaften" eine „SS-Verfügungstruppe" bilden ließ, die nach Kriegsbeginn zusammen mit den zur Konzentrationslagerbewachung aufgestellten SS-Totenkopfverbänden die Kader für die Waffen-SS darstellte. Die als Staatstruppenpolizei gedachten SS-Verbände sollten nach Hitlers Willen etwa 10% der Wehrmachtsstärke umfassen. (Die während des Krieges durchgeführte Ausweitung der Kompetenzen des Reichsführers-SS wird auf Seite 61 ff. dargestellt.)

1935 gründete Himmler die „Forschungs- und Lehrgemeinschaft Das Ahnenerbe" und wies ihr die Aufgabe zu, „Raum, Geist, Tat und Erbe des nordrassischen Indogermanentums zu erforschen, die Forschungsergebnisse lebendig zu gestalten und dem Volk zu vermitteln". Damit sollte die „Sendung der Schutzstaffel, dem deutschen Volk im näch-

Der Idealismus der Jugend wurde von den Machthabern zu einer totalen Erziehung im Geiste des Nationalsozialismus ausgenutzt. Hier verabschiedet Obergebietsführer Arthur Axmann, späterer Reichsjugendführer, an der Berliner Stadtgrenze eine Gruppe von Hitlerjungen, die zum Reichsparteitag nach Nürnberg marschiert.

Propagandafoto von 1936 – „Begegnung am Obersalzberg".

sten halben Jahrhundert die außerordentlichen arteigenen weltanschaulichen Grundlagen für Lebensführung und Lebengestaltung" zu geben, „wissenschaftlich" unterstützt werden.

Bereits 1936 übernahm die SS eine Aufgabe, die sich ebenfalls aus ihrem „Erziehungsauftrag" als nationalsozialistische Elite herleitete: Es wurden ihr die 1933 gegründeten und zunächst dem Reichserziehungsminister unterstellten Nationalpolitischen Erziehungsanstalten (NPEA; populäre Abkürzung: Napola) überantwortet. Ihre Aufgabe war es, den allgemeinen Führernachwuchs für Partei und Staat heranzubilden. Um sicherzustellen, daß die Zöglinge möglichst frühzeitig dem Elternhaus und der normalen Schule entzogen wurden, schaltete die SS ab 1941 den NPEA die Deutschen Heimschulen vor, die bereits Sechsjährige aufnahmen, wenn sie die rassische Eignung im Sinne der Richtlinien des SS-Rasse- und Siedlungshauptamtes aufwiesen.

1937 schuf Himmler die Institution der „Höheren SS- und Polizeiführer" (HSSPF) als Koordinierungs- und Schaltstelle für die vielfältigen machtpolitischen und ideologischen SS-Aufgaben.

Sonderstellungen innerhalb der SS nahmen der „Freundeskreis Reichsführer-SS" und die „Fördernden Mitglieder" (FM) ein. Der „Freundeskreis" bestand aus Industriellen und Wirtschaftsmanagern, die sich auf eigene Initiative oder von Himmler geworben der SS anschlossen. Der Vorteil war gegenseitig. Die Mitglieder profitierten von SS-Aufträgen, Himmler von den Geldspenden. „Es gab kaum einen großen Wirtschaftsbetrieb, der sich nicht der Hoffnung hingab, durch Entsendung eines Vorstandsmitglieds und durch Zahlungen an die SS die eigenen Interessen vor Übergriffen zu schützen. Die Mitgliederliste des Himmler-Kreises las sich wie ein Auszug aus dem Handelsregister" (Höhne). Die FM waren Sympathisanten der SS, die zwar die SS finanziell unterstützten, aber ihr nicht beitraten. Mit Hilfe beider Gruppen konnte Himmler Hitlers Sondererlaubnis der Selbstfinanzierung verwirklichen.

Die Aufgaben der Hitlerjugend

Mit ihrem Einfluß auf dem Erziehungssektor war die SS in den Wirkungsbereich der zweiten NS-Organisation geraten, die ebenfalls an der auf breiteste Basis gestellten Schulung im nationalsozialistischen Sinn arbeitete, der Hitlerjugend. Aus Hitlers Äußerungen in „Mein Kampf" über die Jugenderziehung war zu entnehmen, daß nichts Geringeres als die Schaffung eines neuen Menschen geplant war. Der Vorrang der körperlichen Ertüchtigung sollte der „Heranzüchtung kerngesunder Körper" dienen, wobei der Begriff Züchtung im wörtlichen Sinn zu verstehen war. Die für die SS-Angehörigen vorgeschriebene Einholung der Heiratserlaubnis war der Anfang der Bemühung, nur „rassisch gleichwertige" Partner Kinder zeugen zu lassen.

Das Frauenbild der Nationalsozialisten war einerseits von der typisch biologistischen Aufgabe geprägt, Gebärerin des „neuen Menschen" zu sein – je nach Kinderzahl wurde das goldene, silberne oder bronzene „Mutterkreuz" als öffentliche Anerkennung verliehen; andererseits wies es insofern „moderne" Züge auf, als den Frauen Karrieremöglichkeiten bei „männergleicher Pflichterfüllung" in Partei und Staat, während des Krieges auch in der Armee geöffnet wurden.

Dem biologistischen Denken entsprechend wurde die intellektuelle Bildung gering gewertet. Nicht im „Einpumpen sogenannter Weisheit" bestehe die Aufgabe der Jugenderziehung, sondern in der „Stählung der jungen Körper". Hitler brauchte für die Durchführung seiner Ziele Menschen, die, vom „Recht des Stärkeren" überzeugt, „unwertes Leben" ohne Hemmung vernichteten. Wie die Tierwelt sei auch der Mensch dem Naturgesetz des ewigen Lebenskampfes unterworfen. „Die Fliege wird von der Libelle, diese von einem Vogel, der wieder von einem größeren getötet." (Hitler, Tischgespräche). Um für diesen Lebenskampf gewappnet zu sein, bedurfte der Mensch einer neuen Moralauffassung. Himmler umriß sie vor SS-Leuten einmal so: „... Von euch werden die meisten wissen, was es heißt, wenn 100 Leichen beisammen liegen, wenn 500 daliegen, oder wenn 1000 daliegen. Dies durchgehalten zu haben und dabei – abgesehen von Ausnahmen menschlicher Schwäche – anständig geblieben zu sein, das hat uns hart gemacht."

Es war klar, daß der neue Anstandsbegriff nicht mit den als reaktionär und rückständig empfundenen Erziehungsmächten Elternhaus und Schule, sondern nur gegen diese durchgesetzt werden konnte. Aus diesem Grund erhielt die Hitlerjugend im Laufe der Jahre eine immer deutlicher werdende Vorrangstellung eingeräumt. Dem Totalanspruch auf den neuen Menschen entsprach folgerichtig die Konzentration der Erziehungsmaßnahmen bei HJ und SS. Die Hitlerjugend erhielt vom 1. Dezember 1936 an die Aufgabe, „die gesamte deutsche Jugend ... körperlich, geistig und sittlich im Geiste des Nationalsozialismus zum Dienst am Volk und zur Volksgemeinschaft zu erziehen." Neben der Erfassung aller Jugendlichen zum HJ-Dienst traten ab 1937 parteieigene Schulen in Form der zunächst auf den Parteiordensburgen Sonthofen (im Allgäu), Vogelsang (in der Eifel) und Crössinsee (in Pommern) untergebrachten Adolf-Hitler-Schulen (1938 wurden zehn weitere derartige Schulen gegründet), die ebenso wie die SS-betreuten Schulen Internatsschulen waren. Auch hier wurde den ausgewählten Zöglingen täglich das Empfinden eingeimpft, eine Auslese darzustellen und künftig besondere Aufgaben lösen zu dürfen.

Schwerpunkt der Ausbildung sowohl im normalen HJ-Dienst als auch auf den Schulen war die sportliche Betätigung, denn: „Auf der sportlichen Mobilmachung baut die Wehrertüchtigung auf." Die HJ stellte auch Spezialeinheiten für Motor-, Flieger- und Marineausbildung auf, um die entsprechenden Wehrmachteinheiten mit begeistertem Nachwuchs versorgen zu können. Damit auch der gewöhnliche Hitlerjunge möglichst eng an die HJ-Ziele gebunden wurde, führte die HJ laufend Lageraufenthalte durch, um in dieser Isolierung den ausschließlichen Einfluß auf die Jugendlichen ausüben zu können.

Vom 25. März 1939 an wurden nach der 1. Durchführungsverordnung zum Hitler-Jugendgesetz vom 1. Dezember 1936 die Jugendlichen jahrgangweise geschlossen in die HJ aufgenommen. Damit war der erste Schritt zur lückenlosen Erfassung der deutschen Jugend getan. Sie gelang freilich nur beim Deutschen Jungvolk und bei den Jungmädels (10- bis 14jährige) im gewünschten Umfang, blieb bei den 14- bis 18jährigen aber hinter den Plänen zurück. Die Kriegs-

Wie alle Diktatoren gab sich Hitler als Kinderfreund.

jahre brachten für die HJ zahllose Sondereinsätze, die die Jugendlichen immer mehr den alten Erziehungsmächten entzogen. Die Kinderlandverschickungslager, die im Zusammenhang mit der Evakuierung aus bombengefährdeten Gebieten eingerichtet wurden, unterstanden der Hitlerjugend, die auf diese Weise ihre Einwirkungsmöglichkeiten im Sinne des Nationalsozialismus auszuweiten vermochte. Offiziell unterstanden auch die 1943/44 einberufenen Luftwaffen- und Marinehelfer der Hitlerjugend, machten sich jedoch aufgrund ihrer Eingliederung in militärische Einheiten und durch die stärkere Affinität zum „Soldatischen" weitgehend frei von den ideologischen Einflußversuchen der zuständigen HJ-Stellen.

Die „Neuordnung" des Rechts

Selbstverständlich behielt der NS-Staat nicht die auf der Gleichheit aller vor dem Gesetz beruhenden Normen der demokratischen Rechtsstaatlichkeit bei. Er ersetzte sie durch nationalsozialistische Grundsätze, deren oberste lauteten: „Recht ist, was dem Volk nützt!", wobei unterstellt wurde, daß der Führerwille mit dem Volkswillen kongruent sei, und: „Das Recht und der Wille des Führers sind eins." Dieser bei der Mordaktion vom 30. Juni 1934 erstmals angewendete Grundsatz machte deutlich, daß künftig entscheidend sein sollte, *wer* handelte, nicht mehr der Tatbestand als solcher. Der Berliner Professor Carl Schmitt wurde zum Rechtstheoretiker des Nationalsozialismus.

Deutsche Richterzeitung
Herausgegeben vom Deutschen Richterbund
im Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen
Schriftleiter: Reichsgerichtsrat Dr. Schwarz, Leipzig C 1, Elisenstr. 111, Fernruf 30971
DRB
25. Jahrgang Leipzig, den 25. Oktober 1933 Heft 10

Der Rütli-Schwur

„Wir schwören beim ewigen Herrgott,
wir schwören bei dem Geiste unserer Toten,
wir schwören bei all denen, die das Opfer einer volksfremden Justiz einmal geworden sind,
wir schwören bei der Seele des deutschen Volkes,
daß wir unserem Führer auf seinem Wege
als deutsche Juristen folgen wollen
bis zum Ende unserer Tage."

Quelle: DRiZ 1933, S. 265, S. 272

Er lieferte die Argumentation für die Rechtsungleichheit im völkischen Staat. Als Reichsrechtsführer fungierte Hans Frank, der die neue Rechtsordnung entwerfen sollte. Aus den Aufgaben, die Frank stellte, ist die Rangfolge der nationalsozialistischen Werte zu ersehen.

Das neue Recht sollte folgende Bereiche ordnen: 1. das Blut des Volkes; 2. den Boden des Volkes; 3. die Ehre des Volkes; 4. die Wehrkraft des Volkes. Da die Verbindlichkeit der geschriebenen Rechtsnormen ohnehin eingeschränkt war, weil es neben den Gesetzen den Führerwillen, das „gesunde Volksempfinden" und die nationalsozialistische Weltanschauung als Grundlagen für die Rechtsprechung gab, war es praktisch gleichgültig, daß die neuen Auffassungen nicht in Gesetzesform zum Ausdruck gebracht wurden. Es wurden lediglich einzelne Bereiche neu gefaßt, aber selbst hier immer wieder andere, ungeschriebene Grundsätze angewendet.

Ein typisches Beispiel war etwa die Ausweitung der todeswürdigen Delikte von zunächst 3 auf etwa 50, da immer neue Straftaten dem Führerwillen zufolge oder unter Berufung auf den Volkswillen mit der Todesstrafe geahndet wurden. Auch der Grundsatz der Unumstößlichkeit eines rechtskräftigen Urteils wurde durchbrochen. Hitler veränderte Gerichtsurteile, von denen er etwa aus der Zeitung oder durch Zufall erfuhr, nach seiner Einschätzng. So wie er bereits bei den Potempa-Mördern 1932 von „Kameraden" gesprochen hatte und sie zusammen mit vielen anderen Verurteilten aufgrund der Amnestie vom 23. März 1933 als „Vorkämpfer der nationalen Erhebung" freiließ, so veränderte er nach 1933 umgekehrt ihm zu milde erscheinende Urteile.

Der nationalsozialistische Grundsatz „Mensch ist nicht gleich Mensch" (Rosenberg) führte zur totalen Rechtsunsicherheit. Nicht genug, daß SD und Polizei ohne Gerichtsurteil jedermann in Schutzhaft nehmen konnten – auch wer zu Gerichtsverfahren und Urteil kam, war vor einer nachträglichen Urteilskorrektur schließlich keineswegs mehr sicher.

Himmler formulierte die nationalsozialistischen Rechtsgrundsätze 1936 in einer Rede in der Akademie für deutsches Recht folgendermaßen: „Wir Nationalsozialisten haben uns dann... nicht ohne Recht, das wir in uns trugen, wohl aber ohne Gesetz an die Arbeit gemacht. Ich habe mich dabei von vornherein auf den Standpunkt gestellt, ob ein Paragraph unserem Handeln entgegensteht, ist mir völlig gleichgültig; ich tue zur Erfüllung meiner Aufgaben grundsätzlich das, was ich nach meinem Gewissen in meiner Arbeit für Führer und Volk verantworten kann und dem gesunden Menschenverstand entspricht... In Wahrheit legten wir durch unsere Arbeit die Grundlagen zu einem neuen Recht, dem Lebensrecht des deutschen Volkes."

Um völlig opportunistisch und willkürlich verfahren zu können, kodifizierten die Nationalsozialisten bewußt kein neues Rechtssystem anstelle des bisherigen, – sie hätten sich dadurch ja selbst gebunden. Man bediente sich vielmehr einer Doppelstrategie, die im Laufe der Jahre ein Nebeneinander von zweierlei Rechtsbereichen entstehen ließ: Einerseits bestanden Normen des bisherigen Rechts fort, so z.B. beim bürgerlichen Recht (mit Ausnahme gegenüber den Juden), andererseits entstand durch die Maßnahmen der sogenannten Führergewalt, die sich vor allem im öffentlichen und politischen Recht auswirkten, eine „Rechtsprechung" frei von gesetzlichen Grundlagen. Ernst Fraenkel, ein emigrierter Politologe, beschrieb 1941 diesen Dualismus so: „Der Maßnahmenstaat ergänzt und verdrängt nicht nur den Normenstaat, er bedient sich auch des Normenstaates, um seine politischen Zwecke zu tarnen."

Die ebenso willkürliche wie drakonische Handhabung der Jutiz wird schon aus wenigen Zahlen deutlich: Von 1932 auf 1933 schnellte z.B. die Zahl der wegen politischer Delikte Verurteilten von 230 auf 9529 (davon 1698 wegen Hochverrats, 3122 wegen Verstoßes gegen die „Reichstagsbrandverordnung", 3744 wegen Verstoßes gegen die „Heimtückeverordnung"). Die Zahl der von Zivilgerichten verhängten Todesurteile stieg nach Kriegsbeginn steil an: 1939: 220; 1940: 926; 1941: 2209; 1942: 3002; 1943: 4438; 1944 (Januar bis August, ohne die Todesurteile im Zusammenhang mit dem 20. Juli): 2015. Die Zahl aller von 1933 bis 1945 verhängten und überwiegend auch vollstreckten Todesurteile der Zivilgerichte wird auf 16560 geschätzt.

Diese Perversion des Rechts war selbstverständlich nur möglich, weil Staatsanwälte und Richter in großer Zahl sich als anfällig für das NS-Regime und sein „Rechtsdenken" erwiesen, die Direktiven des von Dr. Hans Frank geführten NS-Rechtswahrerverbundes willfährig praktizierten, sich also dem beugten, was mit „Führerwillen" und „gesundem Volksempfinden" bezeichnet wurde. Diese Selbstanpassung der Justiz geht auf viele Ur-

sachen zurück, u. a. auf den juristischen Rechtspositivismus, die national-konservative Haltung, eine gewisse Übereinstimmung mit dem nationalsozialistischen „Rechtsempfinden", natürlich auch auf individuellen politischen Fanatismus, und auch im Fall der Juristen auf persönliche Schwächen. Das Ergebnis war eine relativ rasch erfolgende Art von „Selbstgleichschaltung" und die Anwendung der NS-Rechtsgrundsätze gegenüber den Juden und den „Unwilligen".

Als weitere Auflösungserscheinung der Rechtsordnung kam die Einführung von Sondergerichten hinzu. Ab 1934 wurde die Ahndung aller Hoch- und Landesverratsfälle einem neugebildeten Volksgerichtshof übertragen. In diesem Zusammenhang weitete man nicht nur den Bereich dieses Delikts stark aus, sondern führte eine rigorose Strafverschärfung herbei. Für die von Hitler ernannten Mitglieder der verschiedenen Senate des Volksgerichtshofes, von denen nur zwei von fünf Juristen zu sein brauchten, war es selbstverständlich, ihre Aufgabe als Diener der Staatsgewalt bzw. des Führerwillens anzusehen. Zur gleichen Auffassung sollten allmählich alle Richter erzogen werden.

Die nationalsozialistische Wirtschafts- und Sozialpolitik

In den Jahren der Wirtschaftskrise waren die Nationalsozialisten nicht müde geworden, die Mißstände anzuprangern, die verantwortlichen Politiker als unfähig zu beschimpfen und dem deutschen Volk nach einer nationalsozialistischen Regierungsübernahme „Arbeit und Brot" zu versprechen. Da diese Propaganda eine zentrale Rolle gespielt und in weiten Kreisen Hoffnungen geweckt hatte, mußten Leistungen erbracht werden, wenn man nicht Gefahr laufen wollte, durch Enttäuschung Gefolgschaft zu verlieren. Worauf es den Nationalsozialisten ankam, waren spektakuläre Maßnahmen, die einerseits Aufsehen erregten und andererseits eine Massenbeschäftigung ermöglichten.

Am 1. Juni 1933 erschien das erste Gesetz zur Verminderung der Arbeitslosigkeit, das die „Arbeitsschlacht" einleitete. Von den arbeitsintensiven Vorhaben bildete der Bau von Autobahnen einen besonderen Schwerpunkt. Die vom „Verein zur Vorbereitung der Autostraße Hansestädte–Frankfurt–Basel" seit 1926 geschaffenen und im Vereinsorgan „Autobahn" veröffentlichten Pläne waren die Grundlage. Die NSDAP übernahm mit dem Verein das gesamte bereits zur Baureife entwickelte Projekt und gründete die Gesellschaft „Reichsautobahnen". Bereits am 23. September 1933 erfolgte durch Hitler persönlich bei Frankfurt der erste Spatenstich. Bald waren an den verschiedenen Baustellen über 100000 Arbeiter beschäftigt. Der Stundenlohn der Bauhilfsarbeiter betrug im April 1937 65,6 Pfennige (Oktober 1928 110,7). Bis 1938 wurden von den geplanten 7000 Kilometern des Hauptautobahnnetzes 3000 Kilometer fertiggestellt, während des Krieges konnten nur noch etwa 800 km dem Verkehr übergeben werden.

Speziell für die Forcierung des Autobahnbaus lassen sich dem Motiv der Arbeitsbeschaffung noch andere anfügen, so z.B. Hitlers persönliche Begeisterung für neue Techniken im allgemeinen und Autos im besonderen oder die emotionale Komponente, daß in gemeinsamer Anstrengung der viel beschworenen Volksgemeinschaft ein großes Werk geschaffen werde. Die Tatsache der relativ niedrigen Entlohnung wurde im Bewußtsein der Beschäftigten überlagert von Aufbruchstimmung und Teilnahme an der propagierten „Arbeitsschlacht".

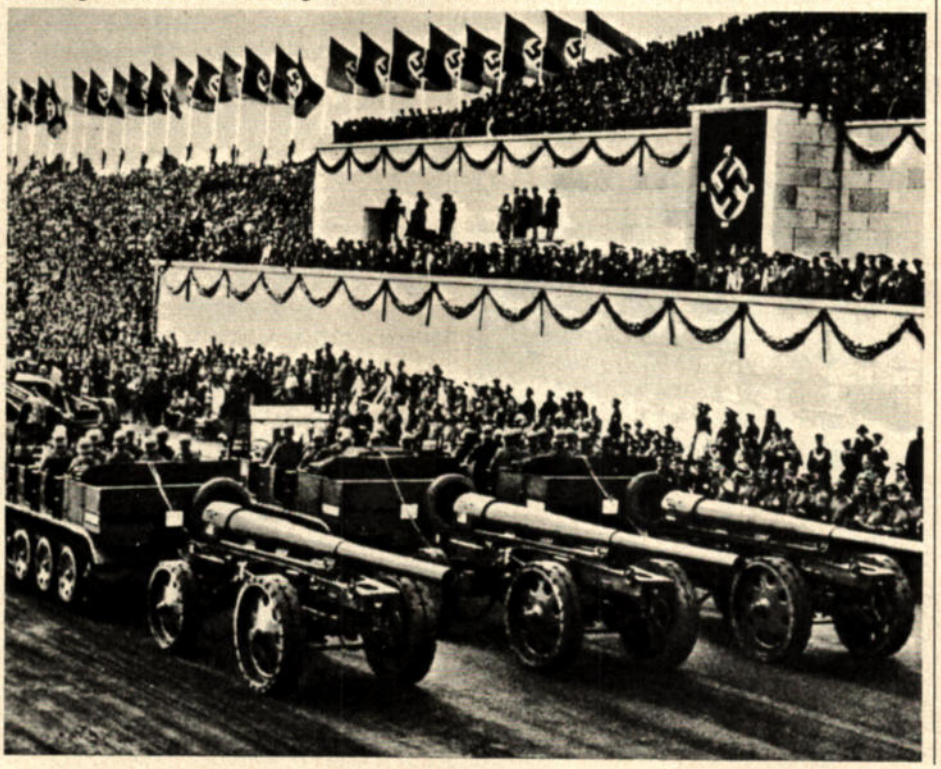
Gleichzeitig mit dem Straßenbau lief das Programm für die Parteibauten an, die in Berlin, Nürnberg und München errichtet werden sollten. Für die Reichshauptstadt, die „Stadt der Reichsparteitage" und die „Hauptstadt der Bewegung" hatte Hitler eine Reihe zum Teil gigantomanischer Projekte vorgesehen, um das Gesicht dieser Städte umzuprägen und sie zu „Denkmälern" des neuen Reiches zu machen. Auch auf dem Sektor des Wohnungsbaues wurden durch Renovierung von Altbauten und durch Neubauten weitere Arbeitsplätze geschaffen. Die Zahl von 313000 bezugsfertigen Wohnungen (durchschnittliche Jahresleistung 1928 bis 1930) wurde allerdings erst 1937 erreicht (1933: 178000; 1934: 283900; 1935: 241000; 1936: 310500; 1937: 320000), um dann infolge der Schwerpunktverlagerung der Bautätigkeit auf Kasernen und Rüstungsprojekte sofort wieder stark abzusinken (1938: 285200; 1939: 206200; 1940: 105400).

Wesentlich trugen zum Abbau der Arbeitslosigkeit selbstverständlich auch die Einberufungen zur Wehrmacht (Einführung der allgemeinen Wehrpflicht: 16. März 1935) und zum Reichsarbeitsdienst (RAD) bei (Arbeitsdienstpflicht seit 1. Juli 1935). Das Heer umfaßte 1936 bereits wieder 34 Divisionen (1932: 10) mit etwa 320000 Soldaten (1938: 52 Divisionen), zum RAD waren ständig mehrere hunderttausend junge Männer und Frauen eingezogen.

Trotz aller dieser Maßnahmen sank die Zahl der Arbeitslosen erst 1937 unter die Millionengrenze (Jahresdurchschnitt 1931: 4500000; 1933: 4800000; 1934: 2700000; 1935: 2100000; 1936: 1600000; 1938: 429000; 1939: 119000). In diesem Jahr erreichte auch die Zahl der in der Industrie Beschäftigten den Stand von 1929: 6,2 Millionen. Beides weist darauf hin, daß erst die nach dem Vier-Jahres-Plan (September 1936 verkündet) einsetzende Rüstungshochkonjunktur und die wirtschaftlichen Autarkiebestrebungen jedermann in Deutschland die versprochene Arbeit und das verheißene Brot zu bringen vermochten. Dieses Brot blieb allerdings reichlich schmal.

Im Unterschied nämlich zu den Wirtschaftsbelebungsmaßnahmen z.B. in Roosevelts New-Deal-Politik zielte Hitlers Arbeitsbeschaffung nicht in erster Linie auf eine Ankurbelung der Verbrauchsgüterindustrie über eine steigende Kaufkraft. Das Konzept der Nationalsozialisten sah vielmehr hauptsächlich eine Steigerung der Produktionsgüter- und Schwerindustrie vor, um die geplanten Rüstungsvorhaben verwirklichen zu können. Dies bedingte die Beibehaltung der in der Wirtschaftskrise eingeführten Minimal-

Die gewaltigen Ausgaben für die Aufrüstung hatten zwar einen wirtschaftlichen Aufschwung zur Folge, führten aber letztlich zu einer hemmungslosen Vermehrung des Umlaufs der Zahlungsmittel und im Endergebnis zur Inflation.



Im Reichsarbeitsdienst wurden jährlich zwischen 200 000 und 300 000 junge Männer vorwiegend im Wege- und Straßenbau sowie in der Landwirtschaft und zur Neulandgewinnung als billige Arbeitskräfte und zur Verminderung der Arbeitslosenzahl eingesetzt.

löhne, so daß trotz Beseitigung der Arbeitslosigkeit der Konsum niedrig gehalten wurde.

Beispiele für Löhne und Preise:

Arbeiter im Steinkohlebergbau Lohn je Schicht:
1928: 9,70 Reichsmark
1932: 6,82 Reichsmark
1937: 6,91 Reichsmark

Arbeiter in der Metallindustrie je Stunde:
1928: 99,2 Reichspfennige
1933: 77,9 Reichspfennige
1938: 78,3 Reichspfennige

Lebensmittelpreise im Durchschnitt (in Reichspfennigen):

	1928	1932	1937
1 kg Brot	35–53	28–43	25–40
1 kg Weizenmehl	49–62	42–58	47–52
1 kg Kartoffeln	12–17	7–11	14–23
1 kg Schweinefleisch	189–263	125–171	144–180
1 kg Butter	413–496	271–313	302–320
1 kg Zucker	59–67	71–81	74–84

Die „Rettung des deutschen Bauern" hatte Hitler in seiner programmatischen Erklärung vom 31. Januar 1933 als zweiten Schwerpunkt seiner Wirtschaftspolitik neben dem „umfassenden Angriff gegen die Arbeitslosigkeit" genannt. Binnen vier Jahren müsse „der deutsche Bauer der Verelendung entrissen" sein. Die Lage der Landwirte war infolge des Verfalls der Agrarpreise und der daraus resultierenden Verschuldung in der Tat ungünstig. Die Sanierungsversprechungen der NSDAP hatten der Partei in den letzten Jahren vor 1933 einen beträchtlichen Stimmenzuwachs bei Teilen der Landbevölkerung gebracht. Die nach der Machtübernahme durch den Reichsbauernführer Darré eingeleiteten Maßnahmen brachten aber auch auf diesem Sektor keine echte Hilfe. Die Förderung des an sich aufgrund der natürlichen Gegebenheiten am wenigsten rentablen Getreideanbaus und die Herauslösung der deutschen Landwirtschaft aus dem internationalen Markt dienten der geplanten Autarkie, nicht der Einnahmeerhöhung der Landwirte. Das am 29. September 1933 erlassene Reichserbhofgesetz setzte für alle Höfe „in der Größe von einer Ackernahrung (7,5 ha) bis höchstens 125 ha" die ungeteilte Übergabe an einen Erben sowie die Unveräußerlichkeit und die Unbelastbarkeit fest. Diese Regelung verhinderte zwar die Verschuldung, hemmte andererseits aber auch die Möglichkeit der Kapitalaufnahme zur Betriebsverbesserung. Zusammen mit dieser Besitzregelung wurde eine Marktordnung erlassen, die Anbau und Preise vorschrieb.

Die Blut- und Boden-Ideologie des Nationalsozialismus bewirkte, daß neben den wirtschaftlichen Erwägungen zur Erreichung einer größtmöglichen Autarkie auch in der Landwirtschaftspolitik stark emotionale Gesichtspunkte maßgeblich wurden. Man verlangte etwa für den Erbhofbauern den Ariernachweis bis 1800 und wollte durch Schaffung von Siedlerstellen der Verstädterung entgegenwirken. Da hierzu aber eine Auflösung des Großgrundbesitzes erforderlich gewesen wäre und diese mit Rücksicht auf die einflußreichen Eigentümer weitgehend unterblieb, kam die groß angekündigte Innenkolonisation nicht über Anfänge hinaus.

Diese Siedlungsvorstellungen hatten nach dem Ersten Weltkrieg viele Jugendliche unterschiedlicher politischer Überzeugung angezogen. Eine Sammelorganisation war zeitweise der „Bund Artam e.V.", der nach 1929/30 unter starken Einfluß der Nationalsozialisten geriet und schließlich in Gruppen in nationalsozialistischen Gliederungen (Hitlerjugend, Landdienst, SS, RAD) aufging. Nach Kriegsbeginn wurden die Siedlungswilligen von der dafür zuständigen SS auf die Gebiete im Osten verwiesen, die Deutschland nach der Eroberung durch das Schwert „unter den Pflug nehmen" würde.

Eine bedeutsame Rolle spielte in den Vorkriegsjahren der „Sozialismus der Tat", den man propagandawirksam zur Schau zu stellen wußte. So wurden z.B. bereits 1933 370 000 Kinder zur Erholung aufs Land geschickt. Da die Steigerung der Geburtenrate ein wesentliches Anliegen des Regimes war, förderte man Mutterschutz und Müttererholung, gründete das Hilfswerk „Mutter und Kind" und das „Heimstättenwerk", um das Familienleben zu erleichtern. Unter dem Schlagwort „Keiner soll hungern, keiner soll frieren!" erbrachte das „Winterhilfswerk" aus Straßen- und Haussammlungen alljährlich große Summen zur Unterstützung Hilfebedürftiger. Auf Initiative der NS-Gemeinschaft „Kraft durch Freude" (KdF) gingen eine ganze Reihe von sozialpolitischen Maßnahmen zurück, die großes Aufsehen erregten. Neben dem Versprechen eines KdF-Wagens („Volkswagen") für 990,– Reichsmark und den KdF-Reisen zu Ferienaufenthalten und Kreuzfahrten für relativ wenig Geld gab es Aktionen, die für die „Schönheit der Arbeit" („Gutes Licht", „Gute Luft", Werkkonzerte, Erholungsgärten bei den Betrieben usw.) sorgten.

Alle diese Leistungen, die schließlich mehreren Millionen Menschen zugute kamen, lösten selbstverständlich Begeisterung aus. Sie bewirkten positive Emotionen gegenüber dem Nationalsozialismus und weckten die Überzeugung, alle diese sozialen Handlungen seien Selbstzweck und dienten zur Verbesserung und Verschönerung des Daseins. In Wirklichkeit verbarg sich jedoch dahinter eine festumrissene Absicht, die ein KdF-Funktionär so formulierte:

„... Wir schickten unsere Arbeiter nicht auf eigenen Schiffen in Urlaub oder bauten ihnen gewaltige Seebäder, weil uns das Spaß machte oder zumindest dem einzelnen, der von dieser Einrichtung Gebrauch machen kann. Wir taten das nur, um die Arbeitskraft des einzelnen zu erhalten und um ihn gestärkt und neu ausgerichtet an seinen Arbeitsplatz zurückkehren zu lassen. KdF überholt gewissermaßen jede Arbeitskraft von Zeit zu Zeit genau so wie man den Motor eines Kraftwagens nach einer gewissen gelaufenen Kilometerzahl überholen muß. Betriebssport, Schönheit der Arbeit, Werkkonzerte sind alles keine Dinge an sich, sondern sie dienen immer wieder dem großen Gesamtziel, die Leistungen des deutschen Volkes auf allen Gebieten zu steigern..."

Unter „Sozialismus" verstanden die Nationalsozialisten nicht jene konkreten Maßnahmen zur Sicherung des sozial schwächeren Partners vor den wirtschaftlich Mächtigen (wie z.B. Tarifvereinbarungen, Versicherungsschutz, Altersversorgung, Betriebsräte, Mitbestimmung, Beteiligung am Firmengewinn usw.), die allgemein als spezifisch für soziale Bemühungen gelten. Vielmehr ging es Hitler im wesentlichen um die Schaffung einer geschlossenen und einträchtigen Volksgemeinschaft, in der alle Interessengegensätze überbrückt würden durch das allen gemeinsame stolze Gefühl, Deutsche zu sein und für das „neue Deutschland" einen Beitrag leisten zu dürfen. Der nationalsozialistische Sozialismus, so wurde verkündet, kenne

aus diesem Grunde weder Bürger noch Proletarier, sondern nur Deutsche. Sowohl die Arbeiter der Stirn als auch die der Faust würden für die Herbeiführung der künftigen Größe des Reiches eingespannt. Die Deutsche Arbeitsfront führe Arbeitgeber und Arbeitnehmer zum Arbeitsfrieden. Hinter diesen Schlagworten verbarg sich das Bemühen, alle in der Gesellschaft natürlicherweise gegebenen Spannungen aufzuheben und durch eine alle „Volksgenossen" erfüllende Berauschung an einem kämpferischen Nationalgefühl zu ersetzen. Das Resultat bei der Arbeiterschaft war teils positives Engagement, teils zumindest Arbeitswillen. Unter dem Vorwand, die Welt sei voller Neider und Feinde, wurden alle Divergenzen im Innern gewaltsam unterdrückt und alle Aktivitäten auf Leistungssteigerung und Wehrhaftmachung ausgerichtet.

Arbeitsbeschaffung, Aufrüstung und Sanierungsmaßnahmen erforderten Summen, die auf normalem Wege über Steuern und Anleihen nicht zu beschaffen waren. Hinzu kam als zweites Problem, wie man bei gedrosseltem Export den erhöhten Rohstoffimportbedarf für die Rüstungsindustrie bezahlen sollte. Für beides fand Reichsbankpräsident (ab 1934 auch Reichswirtschaftsminister) Schacht Rat. Schachts Finanzierungsverfahren basierte auf dem System der sogenannten Mefo-(Abkürzung für Metallforschungs-GmbH) Wechsel. Es handelte sich um eine Investitionshilfe, die in Form von verschleierten Krediten insbesondere den großen Schwerindustriebetrieben zugute kommen sollte. Der Ausdruck „Kredit" wurde vermieden, um in der Bevölkerung keine Inflationsangst zu wecken, und statt dessen wurde der Begriff „Wechsel" gewählt. Diese Wechsel waren von der Reichsbank garantiert. Die Inhaber konnten sie über die Banken in bares Geld einlösen. Die Banken gingen infolge der Reichsbanksicherung dabei kein Risiko ein, so daß die Mefowechsel an Stelle barer Kassenbestände gehalten wurden. Auf diese Weise wurde alles Bargeld in den Wirtschaftskreislauf gebracht, ohne daß eine inflationäre Banknotenvermehrung notwendig gewesen wäre.

Nach Schachts Plan sollte nach fünf Jahren die Rückzahlung beginnen, da die inzwischen sanierte Wirtschaft ihre Einnahmen bis dahin entsprechend gesteigert haben mußte. Eben diese Rechnung aber ging nicht auf, weil die Produktion von Rüstungsgütern diese Einnahmen nicht erbracht hatte und Hitler außerdem keine Rückzahlungsmittel zur Verfügung stellte. Schacht schied am 20. Januar 1939 aus dem Amt, da er den einzigen Ausweg, der blieb, nämlich die Ingangsetzung der Notenpresse, nicht akzeptieren wollte. Der Geldumlauf, der 1928 6,6 Milliarden, Anfang 1935 5,6 und Anfang 1938 7,6 Milliarden betragen hatte, stieg über 10,4 Milliarden (Ende 1938) und auf 14,5 Milliarden (Ende 1939), um schließlich die im höchsten Maße inflationäre Summe von 56,7 Milliarden (Anfang 1945) zu erreichen.

Die Frage der Import-/Exportrechnung bzw. des Ausgleichs der Handelsbilanz löste Schacht durch seinen „Neuen Plan". Es sollte nur noch auf Warenbasis Handel getrieben werden. Da aber auch Devisen beschafft werden mußten, um die Rohstoffe einkaufen zu können, die auf dem Tauschwege nicht erworben werden konnten, wurden bestimmte Waren unter dem Weltmarktpreis verkauft. Der Import von Erz stieg um 132 Prozent, von Erdöl um 116 Prozent, von Kautschuk um 71 Prozent. Gleichzeitig schwand der Goldbestand von 2,3 Milliarden (1929) auf 66,5 Millionen (1936) und der Devisenbestand von 413 Millionen (1929) über 24,5 Millionen (1936) auf 15,5 Millionen (1943). Die Reichsschulden wuchsen von 7,1 Milliarden (1928) auf 16,0 Milliarden (1937), erreichten 1939 die Höhe von 40 Milliarden und 1945 von 380 Milliarden! Bei dieser maßlosen Zerrüttung des Wirtschaft-Geld-Gefüges, die dem einzelnen ungeheuren Schaden zufügte, können einzelne Manöver, wie z.B. die Finanzierung des Volkswagenwerkes durch die Beiträge von Hunderttausenden von Sparern, die niemals die Autos in ihren Besitz bekamen, nicht mehr verwundern.

Die NS-Führung hatte sich bereits daran gewöhnt, alle Mahnungen und Vorhaltungen beiseitezuschieben und die zahllosen Gläubiger auf die Zeit nach dem Endsieg zu vertrösten. Bereits 1936 sagte Göring vor Industriellen: „... Es ist kein Ende der Aufrüstung abzusehen ... Wenn wir siegen, wird die Wirtschaft genug entschädigt werden. Man kann sich hier nicht richten nach buchungsmäßiger Gewinnrechnung, sondern nach den Bedürfnissen der Politik. Wir spielen um den höchsten Einsatz. Wir stehen bereits in der Mobilmachung und im Krieg, es wird nur noch nicht geschossen."

Die Außenpolitik 1933–1939

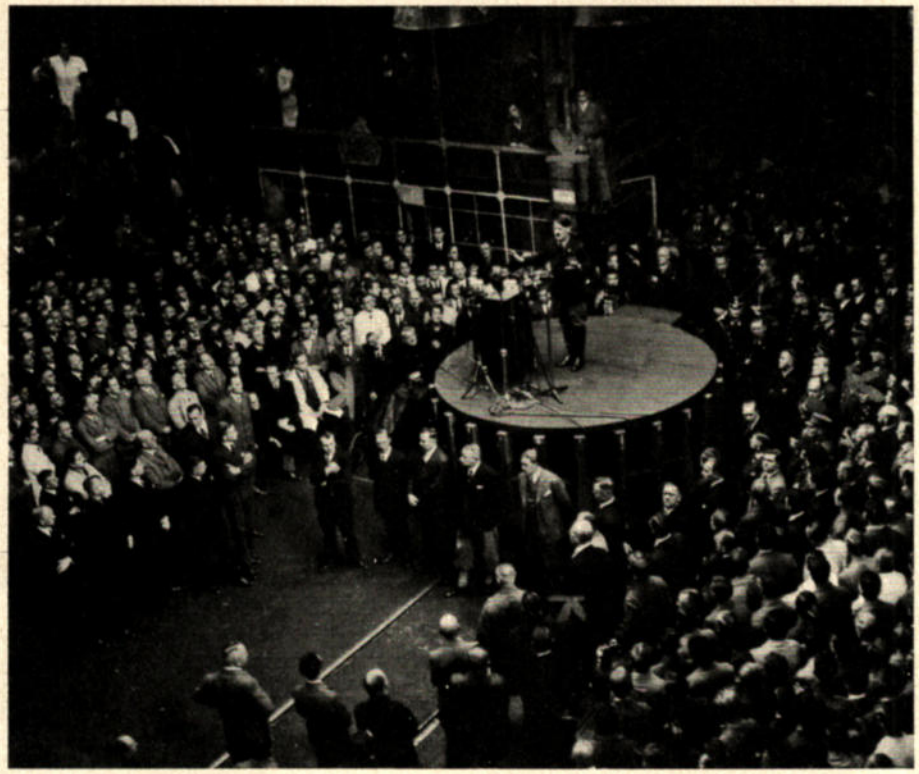
Nachdem aus „Mein Kampf" und aus anderen Publikationen das aggressive und expansive außenpolitische Konzept des Parteiführers Hitler in Umrissen bekannt war, wartete die Öffentlichkeit nach dem 30. Januar 1933 mit Spannung, ob auch der in Verantwortung stehende Reichskanzler Hitler an dem irrationalen Neuordnungsprogramm der NSDAP festhalten würde. Der außenpolitische Abschnitt von Hitlers Aufruf an das deutsche Volk vom 31. Januar 1933 lautete:

„... Außenpolitisch wird die nationale Regierung ihre höchste Mission in der Wahrung der Lebensrechte und damit der Wiedererringung der Freiheit unseres Volkes sehen... sie wird mithelfen, in die Gemeinschaft der übrigen Nationen Deutschland als einen Staat gleichen Wertes und damit allerdings auch gleicher Rechte einzufügen. Sie ist dabei erfüllt von der Größe der Pflicht, mit diesem freien, gleichberechtigten Volke für die Erhaltung und Festigung des Friedens einzutreten, dessen die Welt heute mehr bedarf als je zuvor. Möge auch das Verständnis der anderen mithelfen, daß dieser unser aufrichtigster Wunsch zum Wohle Europas, ja der Welt sich erfüllt. So groß unsere Liebe zu unserem Heere als Träger unserer Waffen und Symbol unserer großen Vergangenheit ist, so wären wir doch beglückt, wenn die Welt durch einen Beschränkung ihrer Rüstungen eine Vermehrung unserer eigenen Waffen niemals mehr erforderlich machen würde..."

Es war weder von Lebensraum noch von Bluteinsatz noch von Germanenherrschaft die Rede. Die nationalsozialistische Regierung schien kontinuierlich die Außenpolitik der Weimarer Republik fortzusetzen, deren Grundelemente die Forderungen nach Gleichberechtigung Deutschlands und allgemeiner Rüstungsbeschränkung, Verhandlungsbereitschaft und Friedenswillen gewesen waren. Dieser Eindruck wurde dadurch verstärkt, daß sowohl der Reichsaußenminister von Neurath als auch die Diplomaten der Wilhelmstraße im Amt belassen wurden. Augenscheinlich hatte die NS-Regierung dem NS-Programm einer imperialistischen Expansion entsagt und wollte mit diplomatischen Mitteln einen friedlichen Revisionismus verfolgen.

Dieser der Öffentlichkeit vermittelte Eindruck war jedoch eine Irreführung. Bereits drei Tage nach der Regierungserklärung entwickelte Hitler in einer geheimgehaltenen Rede vor dem Führerkorps der Reichswehr ein außenpolitisches Konzept, das dem der offiziellen Verlautbarung diametral entgegenstand und sich voll mit dem in „Mein Kampf" vorgelegten deckte: das deutsche Volk müsse auf Wehrwillen eingestellt werden, die allgemeine Wehrpflicht müsse wiederkommen.

„... Einstellung der Jugend und des ganzen Volkes auf den Gedanken, daß nur der Kampf uns retten kann und diesem Gedanken gegenüber alles zurückzutreten hat. Ertüchtigung der Jugend und Stärkung des Wehrwillens mit allen Mitteln ... Wie soll politische Macht, wenn sie gewonnen ist, gebraucht werden? Jetzt noch nicht zu sagen. Vielleicht Erkämpfung neuer Exportmöglichkeiten, vielleicht – und wohl besser – Eroberung neuen Lebensraums im Osten und dessen rücksichtslose Germanisierung." Die Militärs erblickten in diesem vertraulich mitgeteilten Programm in erster Linie die Möglichkeit, die seit langem als drückend empfundene Einschnürung in das 100 000-Mann-Konzept von Versailles zu sprengen. Die ferneren Konsequenzen der nationalsozialistischen Politik wurden zunächst nicht gesehen bzw. nicht ernst genommen; z.T. entsprachen diese Perspektiven auch durchaus den Zukunftsvorstellungen einiger Offiziere. In diesem Verhalten offenbarte sich ein typischer Zug der Reichswehr, der nur durch einen Blick auf ihre besondere Entwicklungsgeschichte verständlich gemacht werden kann: Der 1918/19 geschlossene Pakt zwischen Reichswehr und Staat, zwischen



Eine der ersten außenpolitischen Handlungen der neuen Regierung war der Austritt aus dem Völkerbund. Durch eine Volksbefragung, die gleichzeitig mit Reichstagswahlen nach einer Einheitsliste der NSDAP durchgeführt wurde, ließ das Regime seine Politik nachträglich sanktionieren. Die propagandistische Vorbereitung wurde durch einen „letzten Appell" Hitlers vor Siemens-Arbeitern in Berlin abgeschlossen.

Reichspräsident Ebert und General Groener, wurde von den Soldaten als ein Abkommen zwischen gleichberechtigten Partnern angesehen, das die Chance bot, „der Revolution zum Trotz das beste und stärkste Element des alten Preußentums in das neue Deutschland" hinüberzuretten.

Bedeutete dies allein schon eine deutliche Verweigerung der Unterordnung unter die zivilen Instanzen, so wurde die Sonderstellung der Reichswehr noch dadurch verstärkt, daß ihre beherrschende Gestalt, Generaloberst v. Seeckt, politisches Handeln allein für sich beanspruchte, während Offiziere und Mannschaften sich jeglicher tagespolitischen Aktivität enthalten sollten.

Die Reichswehr sträubte sich zwar zum Beispiel gegen die Pläne von Schleichers, sie an den demokratischen Staat heranzuführen, wurde aber für Hitler verfügbar, da dieser von der „Erneuerung des Reiches" – einer dem Offizierskorps seit 1919 geläufigen Formel – und von einer Machterweiterung sprach, die ohnehin längst als notwendig angesehen wurde. In Hitler glaubte man den ersehnten Überwinder von Versailles und den Schöpfer eines die alten Traditionen regenerierenden Nationalstaates zu erkennen. Am 1. Juni 1933 äußerte Reichswehrminister von Blomberg in einer Rede: „... Es wird ein Glück sein, wenn die nationalsozialistische Bewegung bald zu der von ihr erstrebten Totalität kommt ... Jetzt ist das Unpolitischsein vorbei und es bleibt nur eins: der nationalen Bewegung mit aller Hingabe zu dienen ... Panzerwaffen und Flieger werden entwikkelt werden. Das Fliegeroffizierskorps soll Elitekorps mit stürmischem Angriffsgeist werden..."

Der überraschende Abschluß des Nichtangriffs- und Freundschaftspaktes mit Polen am 26. Januar 1934 schien die Friedfertigkeit des nationalsozialistischen Deutschlands zu dokumentieren. Marschall Pilsudski empfängt Dr. Goebbels, rechts der polnische Außenminister Beck, links der deutsche Gesandte in Warschau, v. Moltke.

Diese Planung konnte in der Situation des Jahres 1933 aus naheliegenden Gründen nicht publiziert werden; man hätte die Status-quo-Mächte zu sofortigen Gegenmaßnahmen und Solidaritätsaktionen getrieben. Außerdem fehlten ja die Machtmittel, um das grundsätzliche Ziel sofort ansteuern zu können: „Außenpolitische Konflikte sind so lange zu vermeiden, bis wir völlig erstarkt sind", belehrte der Außenminister am 7. April 1933 seine Mitarbeiter. Der Weg der nationalsozialistischen Außenpolitik verlief deshalb zunächst zweigleisig.

Die Verschleierung der „Lebensraum-Politik"

Um die proklamierte Kontinuität der deutschen Außenpolitik zu demonstrieren, bediente sich Hitler in der Folgezeit zweier Mittel: Er beteuerte bei allen Gelegenheiten den deutschen Friedenswillen, verband diese Kundgebungen jedoch nachdrücklich mit Forderungen nach Beseitigung des Unrechts von Versailles. Um diesen berechtigten Ansprüchen mehr Nachdruck zu verleihen, griff er auch zu der Methode, durch einseitiges Vorgehen vollendete Tatsachen zu schaffen. Am 17. Mai 1933 erließ Hitler seine erste Friedensbotschaft, in der er ebenso wie schon am 31. Januar von allen Angriffsabsichten abrückte und jede militärische Aktion verwarf. Deutschland trat am 15. Juli 1933 dem auf Initiative des italienischen Staatschefs Mussolini zustandegekommenen Vier-Mächte-Vertrag über Verständigung und Zusammenarbeit bei. Zusammen mit dem wenig später abgeschlossenen Konkordat war damit ein beachtlicher Prestigegewinn erreicht.

Der bekannt gewordene innenpolitische Radikalismus rief jedoch die Skepsis des Auslands wieder wach. In Genf mußte deshalb bei der Abrüstungskonferenz eine Abstimmungsniederlage erwartet werden. Hitler beschloß, aus der Konferenz und aus dem Völkerbund auszutreten. In einer manipulierten Volksbefragung bejahten 93 Prozent der Wähler diesen Schritt. In einer Rede begründete Hitler sein Vorgehen mit der Unzumutbarkeit der deutschen Zurücksetzung. Gebe das Ausland die diskriminierende Haltung auf, werde man an den Verhandlungstisch zurückkehren. Insgeheim herrschte Genugtuung, daß man eine lästige internationale

Beobachtung und Bindung abgeschüttelt hatte.

Goebbels' Kommentar lautete: „Alles, was sich im Sinne einer Verstärkung der deutschen Landesverteidigung – ganz zu schweigen von etwaigen Angriffsvorbereitungen – hätte unter den Augen einer internationalen Kontrolle vollziehen können, wäre ungenügend gewesen ... Auch kann hier vertraulich bestätigt werden, daß die nun eintretende Entwicklung den deutschen Interessen in mancher Beziehung entgegenkommt und eine raschere und weitgehendere Bereinigung der Rüstungsfragen bewirken kann, als solche im Verfolg der langwierigen Kompromißverhandlungen in Genf hätten erzielt werden können ... Niemals aber darf irgendeine Veröffentlichung oder mündliche Erklärung der auslandsdeutschen Propaganda den Eindruck aufkommen lassen, daß Deutschland die jetzt eingetretene Entwicklung gewollt habe..."

Parallel zum Rückzug aus den multilateralen Gremien wurden zweiseitige Abkommen vorbereitet. Am 26. Januar 1934 erfolgte der Abschluß eines Nichtangriffs- und Freundschaftpaktes mit Polen. Dieser Schritt bedeutete für beide Seiten eine überraschende Abkehr von der bisherigen Politik. Hitler hatte vor seiner Machtübernahme die Revision der Ostgrenze im Zusammenhang mit einer totalen Lösung für entscheidend gehalten. Dabei galt sein Hauptaugenmerk der Sowjetunion, die übrigen Länder wurden verächtlich als Randstaaten abgetan und ihre Annexion gewissermaßen als Nebenprodukt angesehen. Deshalb lautete auch sein Grundsatz gegenüber Polen: „Eine Verständigung ist weder möglich noch erwünscht." Daß unter diesen Umständen der polnische Staatschef Pilsudski und sein Außenminister Beck die Hitlersche Machtübernahme mit größter Besorgnis betrachteten, ist einleuchtend. Der polnische Plan jedoch, noch im Frühjahr 1933 einen Präventivschlag gegen Deutschland zu führen, ging weit über das hinaus, was die Westmächte zum Schutz Polens zu unternehmen bzw. wie sie es zu unterstützen gedachten.

Der Völkerbund verurteilte die provokativen Maßnahmen Pilsudkis gegen Danzig. Diese Isolierung zwang Polen zum Einlenken. Hitler andererseits war ein politischer Klimawechsel ebenso willkommen, um demonstrieren zu können, daß das neue Deutschland mit jedem paktiere, der auf gleicher Ebene mit ihm verkehre. Er registrierte mit Genugtuung die durch den Pakt erfolgte Störung des osteuropäischen Bündnisgefüges der Status-quo-Mächte.

Die Folge der deutschen Anti-Völkerbundspolitik und der Aufrüstung war eine verstärkte außenpolitische Aktivität Frankreichs in Osteuropa. Neben der Kleinen Entente zwischen Tschechoslowakei, Jugoslawien und Rumänien wurde eine Balkanentente zwischen Türkei, Griechenland, Rumänien und Jugoslawien gegründet (9.Februar 1934) und die Sowjetunion in den Völkerbund aufgenommen (18. September 1934). Italien, England und Frankreich schlossen sich zum Schutz der Unabhängigkeit und Integrität Österreichs zusammen (17. Februar 1934). Daß Österreichs Unabhängigkeit bedroht war, ging aus den umstürzlerischen Aktionen der österreichischen Nationalsozialisten hervor, die in der Ermordung von Bundeskanzler Dollfuß am 25. Juli 1934 gipfelten. Mussolini ließ jedoch sofort Truppen am Brenner aufmarschieren und bewahrte Österreich für dieses Mal vor dem von Hitler beabsichtigten „Anschluß".

Dem gleichen Ziel diente ein Bündnis zwischen Italien, Österreich und Ungarn (17. März 1934). Nach der Festigung seiner innenpolitischen Position nach der Röhm-Ermordung und der anschließenden Säuberung, Macht- und Autoritätserweiterung brachte das Jahr 1935 einen Tiefpunkt in den internationalen Beziehungen. Hitler entwikkelte trotzdem eine neue außenpolitische Aktivität unter dem Gesichtspunkt, Deutschlands volle Gleichberechtigung wiederherzustellen. Gemäß dem Versailler Vertrag erfolgte am 13. Januar 1935 die Volksabstimmung im Saargebiet. Das 90-Prozent-Votum der Saarländer für die Rückkehr ihrer Heimat zu Deutschland feierten die Nationalsozialisten als großen Erfolg ihrer Außenpolitik. Bei den „Vorarbeiten" zur Abstimmung hatte man sich von ihrer Seite abermals der 1933 „bewährten" Methoden bedient: nationales Pathos, Täuschung, Einschüchterungsversuche, Drohung und Gewalt. Auf diese Weise gelang es, der seit 1933 in Teilen der Saarbevölkerung beobachtbaren Neigung zur Beibehaltung des Status quo wirksam zu begegnen. Der Abstimmungssieg im Saargebiet bestärkte die Nationalsozialisten in ihrem Entschluß, die Allgemeine Wehrpflicht einzuführen (16. März). Die einseitige Aufkündigung der Versailler Rüstungsbeschränkungen begleitete Hitler mit neuen Friedensbeteuerungen. Er sei durch die „Nichterfüllung der Abrüstungsverpflichtungen durch die anderen Staaten" zu diesem Schritt gezwungen worden. Diese Rechtfertigung wog moralisch zweifellos schwerer als das Festhalten der Sieger an den Rechtspositionen von 1919.

Hinzu kam, daß den Gegenmaßnahmen der Nachdruck fehlte und die mühsam geschlossene Eindämmungsfront von Stresa (14. April 1935) zwischen England, Frankreich und Italien schon am 18. Juni 1935 wieder zerbrach, als England mit Hitler ein Flottenabkommen schloß, in dem es unter Ignorierung der Versailler Bestimmungen eine deutsche Marineaufrüstung in Höhe von 35 Prozent der englischen Seerüstung, bei U-Booten sogar von 100 Prozent ausdrücklich billigte. Hitler konnte mit Recht von seinem „glücklichsten Tag" sprechen. Einerseits waren eine Annäherung an England und ein Interessenausgleich stets sein Wunsch gewesen, andererseits schien die Auflösung des Stresapaktes ein deutliches Zeichen für die Zerfahrenheit der westlichen Außenpolitik zu sein.

Hitler wurde zunehmend davon überzeugt, die Maßnahmen der Westmächte nicht mehr ernst nehmen zu müssen. Nach dem Angriff auf Abessinien zur Eroberung von Kolonialraum (3. Oktober 1935) war Italien isoliert. Hitler wußte die Gelegenheit zu nutzen. Vom November 1935 an, nachdem Italien nun auch zu den vom Völkerbund Verurteilten gehörte, wurde die deutsch-italienische Freundschaft angebahnt und am 25. Oktober 1936 mit dem Vertrag zur Begründung der „Achse Berlin-Rom" besiegelt. Hitler stand nun an der Seite des ihm stets als Vorbild erschienenen Diktators. Wenn auch später die Rollen getauscht wurden, so blieb Hitler seiner Bewunderung für Mussolini zeit seines Lebens treu.

Im Schatten des Abessinienkrieges wagte Hitler den nächsten Schritt: Im März 1936

Der italienische Außenminister Graf Ciano trifft zum Abschluß des deutsch-italienischen Freundschaftsvertrages im Oktober 1936 in Berlin ein. Der Vertrag begründete die „Achse Berlin–Rom".

ließ er „zur Wiederherstellung der deutschen Souveränität“ Truppen in der entmilitarisierten Rheinlandzone (7. März) einmarschieren und kündigte den Locarnopakt.

Nach diesem Vorgehen veröffentlichte er wiederum einen Friedensplan: Er sei zu diesem Schritt durch den französisch-sowjetischen Beistandspakt (2. Mai 1935) gezwungen worden, sei aber zum Abschluß neuer Verträge zur Sicherung der Westgrenze bereit. Die gesamte Aktion war mit einem Plebiszit über die „dreijährige Politik der Wiederherstellung der nationalen Ehre und Souveränität des Reiches, verbunden mit dem aufrichtigen Bestreben nach wahrer Völkerversöhnung und Verständigung auf den Grundlagen gleicher Rechte und Pflichten“ verbunden. Natürlich erbrachte es eine 99prozentige Zustimmung.

Da das Jahr 1936 neben dem deutsch-italienischen Pakt auch noch die Annäherung dieser beiden Staaten an Japan brachte – unter dem Vorzeichen des Abwehrkampfes gegen die kommunistische Internationale – kam es nun wieder zu einer offenen Aktivität der USA auf der internationalen bzw. europäischen politischen Szene.

Auch Japan hatte sich durch seine Aggressionshandlungen gegen China aus dem Kreis der Recht und Verträge achtenden Staaten ausgeschlossen. Der Zusammenschluß zwischen Deutschland und Japan ließ eine weitere Zerstörung der Friedensordnung befürchten. – „Unglücklicherweise scheint es wahr zu sein“, sagte Roosevelt am 5. Oktober 1937, „daß sich die Seuche der Gesetzlosigkeit in der Welt ausbreitet. Wenn eine Epidemie um sich zu greifen beginnt, dann ordnet das Gemeinwesen eine Quarantäne für die Kranken an, um die Gesundheit des Gemeinwesens gegen die Ausbreitung der Krankheit zu schützen ... Krieg ist eine ansteckende Krankheit ...“

1938 gelang es Hitler noch zweimal, unter Berufung auf Wiedergutmachung von Unrecht und auf das 1918 von Wilson proklamierte Selbstbestimmungsrecht der Völker außenpolitische Erfolge ohne Kriegshandlung zu erzielen. Seine Bündnispartner und auch die Beteiligung deutscher Truppen am spanischen Bürgerkrieg zugunsten Francos hatten ihn zwar kompromittiert, den Argwohn gegen ihn weiter verstärkt und seine Friedensverlautbarungen immer unglaubwürdiger erscheinen lassen, aber als die deutschen Truppen am 12. März 1938 in Österreich einmarschierten, freudig begrüßt wurden und Hitler selbst von einer vieltausendfachen Menge auf dem Wiener Heldenplatz stürmisch gefeiert wurde, war die moralische Rechtfertigung so überzeugend, daß ein Protest auf der Basis der Versailler Bestimmungen lächerlich gewirkt hätte.

1918 und noch einmal 1932 hatten die Sieger die ausdrücklichen Willenskundgebungen des Deutschen Reiches und Österreichs zum Zusammenschluß mißachtet. Wenn Hitler jetzt diesen Willen vollzog, verstieß es zwar gegen die Paragraphen von einst, die Begeisterung der deutschen und österreichischen Bevölkerung aber demonstrierte Selbstbestimmung in so eindeutiger Weise, daß ein Widerstand dagegen schlechthin ungerechtfertigt erschien.

Der „Heldenplatz-Jubel“ machte die vorherigen Anstrengungen von Bundeskanzler Schuschnigg um die Erhaltung der österreichischen Selbständigkeit rasch vergessen. Am 12. Februar 1938 hatte sich Schuschnigg auf dem Obersalzberg Hitlers Erpressung gebeugt und den Nationalsozialisten Seyß-Inquart als Sicherheits- und Innenminister in die Regierung aufgenommen, setzte jedoch für den 13. März 1938 eine Volksabstimmung an („... für ein freies und deutsches, unabhängiges und soziales, für ein christliches und einiges Österreich ...“).

Unter dem Druck Berlins mußte auf die Durchführung verzichtet und Schuschniggs Rücktritt zugunsten von Seyß-Inquart akzeptiert werden. Ein bestellter „Hilferuf“ brachte die „Operation Otto“, die Besetzung Österreichs durch deutsche Truppen, ins Rollen.

Die britische Außenpolitik unter Premierminister Neville Chamberlain (ab 28. Mai 1937; Nachfolger von Stanley Baldwin) und Außenminister Lord Halifax (Anthony Eden war am 21. Februar 1938 zurückgetreten) war gekennzeichnet durch eine noch nachdrücklichere Friedens- und Ausgleichspolitik gegenüber Deutschland und Italien (Appeasementpolitik) als in der Phase vorher. Man rückte noch deutlicher von der Versailler Status-quo-Politik ab und tolerierte Hitlers eigenmächtiges Vorgehen. Die nationalsozialistische Argumentation hatte offensichtlich ihre Wirkung getan.

Mit großem Raffinement ging Hitler auch gegen die Tschechoslowakei vor. (Eingehendere Darstellung der Entwicklung der deutsch-tschechischen Nachbarschaft sowie der diplomatischen und schließlich militärischen Schritte Hitlers gegenüber der Tschechoslowakei in *Informationen zur politischen Bildung, Nr. 132, „Deutsche und Tschechen“*.)

Münchener Ausgabe

24. Ausg. - 51. Jahrg. - Einzelpreis ... 15 Pf., ... 20 Pf., ... 35 Gr.

„Freiheit und Brot!“

Münchener Ausgabe

München, Dienstag, 15. März 1938

VÖLKISCHER BEOBACHTER

Kampfblatt der national-sozialistischen Bewegung Großdeutschlands

Triumphaler Einzug des Führers in Wien

Der herrlichste Empfang, der je einem Volksführer bereitet wurde

Adolf Hitler: Ein Volk von Königsberg bis Köln, von Hamburg bis Wien

Drahtbericht unseres nach Wien entsandten Sonderberichterstatters Robert Krötz

Wien, 14. März

Adolf Hitler, der Führer des Großdeutschen Reiches, hat am Montagnachmittag, kurz nach 17 Uhr, von Linz kommend, die Stadtgrenze Wiens überschritten. Die Millionen Volksgenossen der südlichen Metropole bereiteten dem Führer und Reichskanzler einen triumphalen Empfang, dessen Kundgebungen sich steigerten von der Vorstadtmeile bis ins Zentrum der glücklichen Stadt.

Großdeutschland und Europa

Von Dr. Th. Seibert

Unter dem Vorwand, den seit 1919 schwelenden Streit um die 3,5 Millionen Sudetendeutschen, die nach dem Ersten Weltkrieg ohne Volksbefragung in den neugegründeten tschechoslowakischen Staat eingegliedert worden waren, lösen zu wollen, steigerte Hitler seinen Druck auf die Prager Regierung. Als Instrument diente ihm die Sudetendeutsche Partei. Die Führer der beiden Parteiflügel – Konrad Henlein, der für eine Autonomie des Sudetenlandes plädierte, und Hermann Frank, der den „Anschluß" anstrebte – erfuhren am 28. März 1938 von Hitler, er werde das tschechoslowakische Problem nunmehr in Kürze lösen. Sie sollten beginnen, an Prag unerfüllbare Forderungen zu stellen. Henlein sollte seine Londoner Kontakte nützen, um eine Nichteinmischung Großbritanniens zu erreichen.

Schon am 24. April 1938 veröffentlichte Henlein weisungsgemäß sein „Karlsbader Programm", in dem er in 8 Punkten die Gleichberechtigung der deutschen Volksgruppe, ihre gleichberechtigte Stellung im Staat, die Anerkennung des deutschen Siedlungsgebietes, die sudetendeutsche Selbstverwaltung, die Beseitigung des seit 1918 angetanen Unrechts und schließlich „volle Freiheit des Bekenntnisses zum deutschen Volkstum und zur deutschen Weltanschauung" forderte.

Die Prager Regierung lehnte ab, weil sie einerseits die Gefährlichkeit der Ansprüche durchschaute und andererseits auf britische und französische Hilfe hoffte. Die Westmächte empfahlen jedoch am 28./29. April 1938 ein Höchstmaß an Konzessionen gegenüber den Sudetendeutschen. Großbritannien ergriff zusätzlich diplomatische Initiativen zur friedlichen Beilegung des Konflikts in Prag und Berlin. Unter Vorsitz von Staatspräsident Beneš beschloß der tschechoslowakische Ministerrat am 20. Mai 1938 die Teilmobilmachung.

Hitler reagierte auf diese Provokation nicht mit offenen Gegenmaßnahmen, da er sich der Haltung der Westmächte unsicher war. Aber in der Neufassung der Weisung „Grün" vom 30.5.1938 lautete Ziffer 1 nunmehr unmißverständlich: „Es ist mein unabänderlicher Entschluß, die Tschechoslowakei in absehbarer Zeit durch eine militärische Aktion zu zerschlagen ..."

Inzwischen bemühte sich Englands Premierminister Chamberlain um eine friedliche Beilegung des Konflikts. Lord Runciman empfahl für ihn in Prag sehr weitgehendes Entgegenkommen gegenüber Hitlers Forderungen. Um Europa nicht in einen neuen Krieg zu stürzen, der die politische Kraft des Kontinents ruinieren würde, setzte sich Chamberlain persönlich für seine Befriedungspolitik ein und flog zunächst zu Hitler nach Berchtesgaden (15. September 1938). Hitler verlangte unter anderem die Abtrennung des Sudetenlandes. Chamberlain versprach, in diesem Sinne auf Paris und Prag einzuwirken. Er wurde dabei vom Schlußbericht Lord Runcimans bestärkt, in dem zwar die Verantwortung für das Scheitern aller Bemühungen Henlein, Frank und ihren Hintermännern angelastet, aber zugleich in realistischer Lagebeurteilung die Abtretung empfohlen wurde.

Am 18./19. September 1938 berieten Chamberlain und Daladier über die Lage und teilten am 19. September Prag mit, sie plädierten für eine „direkte Gebietsübertragung". Die tschechoslowakische Regierung empfand diese Haltung als Verrat und lehnte am 20. September die Vorschläge zunächst ab. Angesichts der völligen Isolierung entschloß sie sich aber einen Tag später doch zur Annahme „der Vorschläge als unteilbares Ganzes".

Chamberlain reiste sofort wieder zu Hitler. Am 22. September 1938 mußte er jedoch in Bad Godesberg von Hitler erfahren, daß der Plan so nicht mehr durchführbar sei. Aufgrund der polnischen und ungarischen Forderungen an die Tschechoslowakei, infolge der unhaltbar gewordenen Zustände in den sudetendeutschen Grenzgebieten sowie der sowjetischen Äußerungen über eine militärische Aktion (zugunsten der Tschechoslowakei) müsse eine „Lösung so oder so" bis zum 1. Oktober herbeigeführt werden. Er forderte die sofortige Besetzung der sudetendeutschen Gebiete und die Berücksichtigung der polnischen und ungarischen Ansprüche. Zu solchen Zugeständnissen war Chamberlain nicht befugt.

Die Tschechoslowakei beschloß angesichts der neuen Lage am 23. September die Mobilmachung. Damit schien der Kriegsausbruch unvermeidlich. Die Situation war zweifellos paradox: Trotz der prinzipiellen Einigung über die Abtretung sollte es doch zu einer kriegerischen Auseinandersetzung kommen – allein deshalb, weil Hitler offensichtlich an der friedlichen Lösung ernsthaft gar nicht interessiert war und an seinem eigentlichen Ziel, der „Zerschlagung der Tschechoslowakei", festhalten wollte. Frankreich fügte sich bereits in die Tatsachen und war zur Unterstützung Prags bereit. Nur Chamberlain versuchte weiterhin den Erfolg seiner Appeasement-Politik zu retten. Unter Einschaltung des amerikanischen Präsidenten Roosevelt erreichte er, daß sich Mussolini bei Hitler als Vermittler betätigte. Dem Vorschlag des Duce, in einer gemeinsamen Konferenz mit Frankreich und Großbritannien die Fragen zu klären, konnte sich Hitler nicht widersetzen, wenn er die völlige außenpolitische Isolierung vermeiden wollte.

In München wurde am 29. und 30. September 1938 ein Abkommen über das Durchführungsverfahren der Abtretung des Sudetenlandes und über den auf der Grundlage der Godesberger Forderungen ausgehandelten Besetzungsmodus geschlossen.

Der tschechoslowakischen Delegation, die an den Verhandlungen zu keinem Zeitpunkt beteiligt war, übermittelte man das Ergebnis am 30. September 1938. Die Großmächte hatten Entscheidungen getroffen, ohne den betroffenen Staat zuzuziehen und seine Interessen zu beachten.

Chamberlain, der mit Hitler noch eine deutsch-britische Nichtangriffserklärung geschlossen hatte, sah seine Politik von Erfolg gekrönt und verkündete bei seiner Rückkehr nach London den „Frieden für unsere Zeit". Hitlers Worte in der Sportpalastrede vom 26. September 1938 hielt Chamberlain für ehrlich: „... Ich habe Herrn Chamberlain versichert, daß das deutsche Volk nichts anderes will, als den Frieden ... Und ich habe ihm weiter versichert, daß in dem Augenblick, in dem die Tschechoslowakei ihre Minderheitenprobleme friedlich und nicht durch Unterdrückung löst, ich dann am tschechischen Staat nicht mehr interessiert bin. Und das wird ihm garantiert! Wir wollen gar keine Tschechen! Das Sudetengebiet ist unsere letzte territoriale Forderung in Europa!"

Mochten Skeptiker Chamberlain und Daladier wegen der Unterzeichnung des Münchener Abkommens rügen, lagen Vermutungen über Hitlers Aggressionsabsichten auch nahe, Hitler zu diesem Zeitpunkt in den Arm zu fallen, war ebenso schwer möglich wie im Frühjahr im Falle Österreichs: Gegen die Motivierung der „Heimholung der Sudetendeutschen ins Reich" aufgrund der Berufung auf das Selbstbestimmungsrecht und die Revision des Unrechts von Versailles ließ sich kaum etwas einwenden.

Vom 13. bis 15. März 1939 trat eine entscheidende Wende ein: Hitler verließ seine bisherige außenpolitische Linie. Deutsche Truppen besetzten Böhmen und Mähren, die Slowakei wurde zum selbständigen Staat erklärt. Damit hatte Hitler sich selbst Lügen gestraft, sich vor aller Welt ins Unrecht gesetzt. Die Westmächte rückten unmittelbar danach von ihrer Appeasementpolitk ab, sie mußte als gescheitert angesehen werden. Hitler glaubte aber, das dadurch gegebene Risiko für seine weiteren Maßnahmen auf sich nehmen zu können, da die im geheimen betriebene Aufrüstung soweit gediehen war, daß eine Verschleierung der eigentlichen außenpolitischen Ziele nicht mehr nötig schien. Zudem waren nach dem Münchener Abkommen die Möglichkeiten, die die Verschleierungstaktik geboten hatten, erschöpft – weiterer Raumgewinn war nur noch mit kriegerischen Mitteln zu erzielen.

Die geheime Vorbereitung der „Lebensraum-Politik"

Nach der Willenskundgebung vor den Reichswehrspitzen am 3. Februar 1933 und von Blombergs begeisterter Zustimmung vom 1. Juni 1933 war sofort ein umfangreiches Programm angelaufen. Auf dem wirtschaftlichen Sektor führten die Autarkiebemühungen und die Produktionsverlagerung auf Schwerindustrie und Rüstung zu einer beachtlichen Zunahme der Erzeugung: Die Aluminiumherstellung z.B. stieg von 19 000 (1932) auf 199 000 (1939) t, die von synthetischem Benzin im gleichen Zeitraum von 0 auf 123 000 t, die von Zellwolle von 1000 auf 192 000 t, die Eisenerzförderung von 2,6 auf 14,7 Millionen t (siehe Tabelle S. 58).

Das Anwachsen des Rüstungsetats ohne Rücksicht auf reguläre Deckung von 1,9 (1934), 2,7 (1935), 5,8 (1936), 8,2 (1937 = 44 Prozent der Gesamtausgaben) auf 20,5 (1939) Milliarden RM ermöglichte eine gewaltige Steigerung der Truppenkontingente und der Produktion von Kriegsmaterial. Am 1. Oktober 1934 standen bereits 240 000

Eine nach Hunderttausenden zählende Menschenmenge jubelt Hitler im März 1938 auf dem Heldenplatz in Wien zu.

Mann bereit, 1935 300 000; 1938 wurden erstmals 300 000 vollausgebildete Wehrpflichtige in die Reserve entlassen.

Der größte Entwicklungsschub in der Aufrüstung innerhalb der Vorkriegszeit erfolgte nach der Verkündung des (zweiten) Vierjahresplanes anläßlich des Reichsparteitags im September 1936. In einer geheimen Denkschrift machte Hitler deutlich, daß das wirtschaftliche und militärische Ziel des Planes die Erreichung der Kriegsbereitschaft sei. Es gelte, die größtmögliche Autarkie zu erreichen, nötige Rohstoffe seien ohne Rücksicht auf den Preis zu beschaffen, moderne Fertigungsmethoden müßten voll ausgenutzt werden, die Privatwirtschaft werde gezwungen, sich diesen Erfordernissen zu beugen.

Gleichzeitig übernahm der Staat auch Produktionsstätten in eigener Regie. Die nach dem „Beauftragten für den Vierjahresplan" benannten „Reichswerke Hermann Göring" wurden zu einem Großunternehmen ausgebaut, das außer den Eisengewinnungswerken im Raum Salzgitter auch andere reichsdeutsche und österreichische Betriebe einschloß. Nachdem die Produktionsziffern nach dieser Ankurbelung rasch stiegen und die Legion Condor, eine Einheit von einigen tausend auf die Anwendung moderner Waffen spezialisierter Soldaten, den Erfolg der neuen Waffen und Geräte im Spanien-Einsatz bewiesen hatte, konkretisierte Hitler seine Pläne in einer Geheimbesprechung mit den Wehrmachtsspitzen am 5. November 1937. Anwesend waren nur von Blomberg, von Fritsch (Oberbefehlshaber der drei Wehrmachtteile), Göring, Raeder (Generaladmiral) und von Neurath. Wie aus der überlieferten Niederschrift des Wehrmachtadjutanten Hoßbach hervorgeht, maß Hitler seinen Ausführungen größte Bedeutung bei und wollte sie ausdrücklich als testamentarische Hinterlassenschaft für den Fall seines Ablebens verstanden wissen. Er legte seine Pläne zur „Lösung der deutschen Raumfrage" dar, die allein auf dem Weg der Gewaltanwendung und nur mit vollem Risiko möglich sei. Als letztmöglichen Termin für die Führung des Krieges zur Eroberung von Lebensraum nannte er 1943–1945. Falls jedoch in Frankreich innenpolitische Spannungen oder ein außenpolitischer Konflikt die französische Armee binden würden, sei auch bereits früher gegen die Tschechoslowakei loszuschlagen und Österreich niederzuwerfen. Bei den Stellungnahmen der Teilnehmer wiesen von Blomberg und von Fritsch darauf hin, daß Frankreich und England nicht gemeinsam als Gegner Deutschlands auftreten dürften, da das Rüstungspotential noch nicht ausreichend sei. Neurath äußerte, viele Ziele seien auch mit friedlichen Mitteln zu erreichen. Am 5. Februar 1938 erfuhr die Öffentlichkeit aus der Presse, daß der Führer am Vortag den Oberbefehl über die gesamte Wehrmacht selbst übernommen habe; von Blomberg und von Fritsch seien „aus gesundheitlichen Gründen" aus ihren Ämtern geschieden. Ein neugebildetes Oberkommando der Wehrmacht unter General Keitel sei künftig Hitlers persönlicher Stab. In der Führung der Außenpolitik berate Hitler nunmehr ein „Geheimer Rat" mit von Neurath als Präsident. Zum neuen Außenminister sei der bisherige Botschafter in London, von Ribbentrop, ernannt worden.

Die militärische Umbesetzung vom 4. Februar 1938 hat erwiesenermaßen nichts mit der „Kritik" der Betroffenen an Hitlers Plänen zu tun. Für von Blombergs Entlassung war allein seine Wiederverheiratung mit einer nicht standesgemäßen Fau maßgeblich, was den Sittenkodex des Offizierskorps verletzte. Auch bei von Fritsch führte ein privater Grund zur Amtsenthebung. Er war in den Verdacht der Homosexualität geraten. In einem Ehrengerichtsverfahren stellte sich die Haltlosigkeit der Anschuldigung heraus. Trotzdem unterblieb zunächst die Rehabilitierung.

Obwohl also die Umbesetzungen nicht vorgesehen gewesen waren, – Goebbels berichtete, wie sehr Hitler unter diesen „Enttäuschungen" über das Verhalten der beiden Militärs gelitten habe, – nützte er die Gelegenheit, um an die Stelle der Vertreter der traditionellen Führungseliten in Armee und Diplomatie willfährige Anhänger zu setzen.

Von anderer Qualität war die Entlassung des Generalstabschefs der Heeres, Generaloberst Beck, der frühzeitig vor Hitlers expansionspolitischen Plänen in Denkschriften warnte. Da er aber mit diesem Widerstandsakt innerhalb des Offizierskorps isoliert blieb, sah er sich zur Einreichung des Rücktrittsgesuchs veranlaßt, das Hitler am 27. August 1938 natürlich annahm.

Die „Weisung des Oberbefehlshabers der Wehrmacht" vom 21. Dezember 1937 hatte bereits die Gedanken Hitlers vom 5. November 1937 in einen Befehl umgemünzt: „Zweifrontenkrieg mit Schwerpunkt Südost. Hat Deutschland seine volle Kriegsbereitschaft auf allen Gebieten erreicht, so wird die Voraussetzung geschaffen sein, einen Angriffskrieg gegen die Tschechoslowakei und damit die Lösung des deutschen Raumproblems auch dann zu einem siegreichen Ende zu führen, wenn die eine oder andere Großmacht gegen uns eingreift." Die Angriffsabsichten ließen sich im Laufe des Jahres allerdings nicht verwirklichen, da Chamberlains Appeasementpolitik und Mussolinis Vermittlung die nationalsozialistischen Provokationen durch Nachgiebigkeit abfingen. Aber nach der Münchener Konferenz war Hitler entschlossen, sich kein zweites Mal seine Pläne durch Friedensverhandlungen stören zu lassen.

Um das deutsche Volk, dem gegenüber sich Hitler ja bislang ebenso wie vor aller Welt als Vorkämpfer für den Frieden gebärdet hatte, für die bevorstehende Gewaltanwendung zu präparieren, gab er den Schriftleitern am 10. November 1938 genaue Anweisungen für den psychologisch besten Weg, die Bevölkerung zum Umdenken zu bringen.

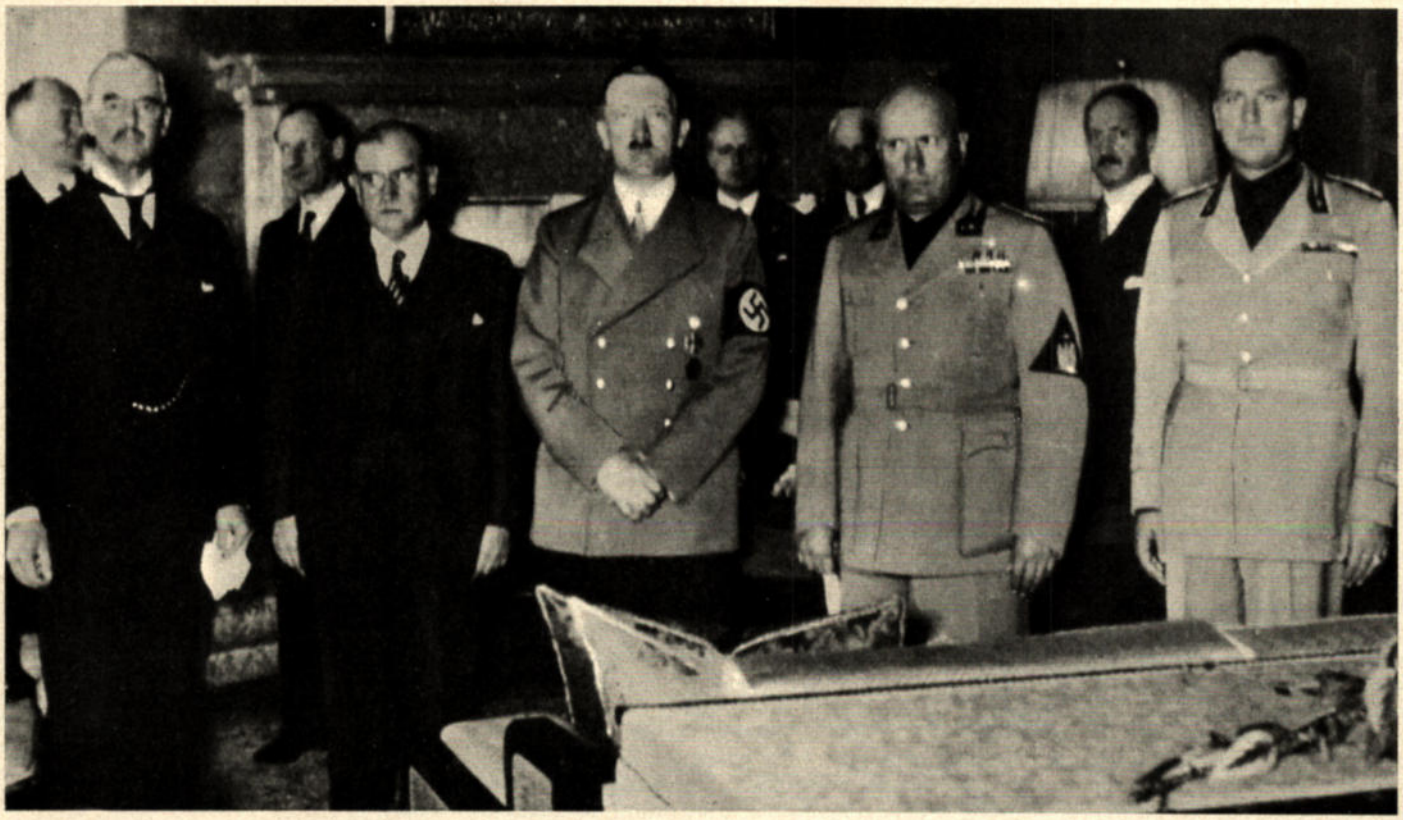
„Wir haben uns einige Aufgaben gestellt in diesem Jahr, die wir durch unsere Propaganda ... erreichen wollen. Erstens die langsame Vorbereitung des deutschen Volkes selbst. Die Umstände haben mich gezwungen, jahrzehntelang fast nur vom Frieden zu reden. Nur unter der fortgesetzten Betonung des deutschen Friedenswillens und der Friedensabsichten war es mir möglich, dem deutschen Volk Stück für Stück die Freiheit zu erringen und ihm die Rüstung zu geben, die immer wieder für den nächsten Schritt als Voraussetzung notwendig war. Es ist selbstverständlich, daß eine solche jahrzehntelang betriebene Friedenspropaganda auch ihre bedenklichen Seiten hat; denn es kann nur zu leicht dahinführen, daß sich im Gehirn vieler Menschen die Auffassung festsetzt, daß das heutige Regime an sich identisch sei mit dem Entschluß und dem Willen, den Frieden unter allen Umständen zu wahren. Das würde aber nicht nur zu einer falschen Beurteilung der Zielsetzung dieses Systems führen, sondern es würde auch dahin führen, daß die deutsche Nation, statt den Ereignissen gegenüber gewappnet zu sein, mit einem Geist erfüllt wird, der auf die Dauer als Defätismus gerade die Erfolge des deutschen Regimes nehmen würde."

Allerdings dürfe nicht etwa die Gewalt als solche propagiert werden, die außenpolitischen Vorgänge müßten vielmehr so beleuchtet werden, daß die innere Stimme des Volkes selbst langsam nach der Gewalt zu schreien beginne. Das Volk müsse zu der Bereitschaft gebracht werden, „gerade zu stehen, auch wenn es zu blitzen und zu donnern beginnt." 1938 seien die Vorbereitungen zum erstenmal auch auf die letzte Konsequenz hin getroffen worden; sie seien so gewaltiger Art gewesen, daß eine Tarnung nicht mehr gut denkbar schien; es sei auch nicht anzunehmen gewesen, daß unter den Umständen die Umwelt überhaupt daran geglaubt haben würde. „Irgendwie glaube ich, hat sich diese Platte, die pazifistische Platte, bei uns abgespielt. Man hätte wahrscheinlich diese Melodie nicht mehr gehört, ihren Inhalt nicht mehr geglaubt."

Der Beginn der Expansionspolitik

Am 13. März 1939 hielt Hitler den Zeitpunkt für gekommen, dem deutschen Volk und der Welt den ersten offenen Aggressionsakt zuzumuten. Die Besetzung der Tschechei wurde nur noch fadenscheinig bemäntelt. Zunächst veranlaßte man den Staatspräsidenten der seit 6. Oktober 1938 autonomen Slowakei, Tiso, zu einer Souveränitätserklärung, und dann ließ man den

Mit der Unterzeichnung des Münchener Abkommens im September 1938, das die Abtretung des Sudetenlandes an das Deutsche Reich vorsah, schien der Friede noch einmal gerettet. Von links nach rechts die Unterzeichner des Abkommens: der britische Premierminister Chamberlain, der französische Ministerpräsident Daladier, Hitler, Mussolini, der italienische Außenminister Graf Ciano.



nach Berlin geholten tschechischen Staatspräsidenten Hacha unter der Drohung, Prag zu bombardieren, die Erklärung abgeben, er lege das Schicksal der Tschechoslowakei „vertrauensvoll in die Hand des Führers". Die militärische Besetzung verlief programmgemäß. Die Westmächte griffen nicht ein, änderten aber ihren außenpolitischen Kurs. „Der krasse Zynismus und die Unmoral der ganzen Sache spotten jeder Beschreibung. Der Nazismus hat definitiv den Rubikon der Rasse und der deutschen Einheit überschritten ... Mit der Besetzung von Prag setzte Hitler sich unzweifelhaft ins Unrecht." (Henderson).

Chamberlain rückte in einer Rede in Birmingham am 17. März 1939 von seiner Appeasementpolitik ab und gab mit Frankreich zusammen Garantieerklärungen für die als nächst bedroht erscheinenden Staaten Polen (31. März 1939), Rumänien, Griechenland (13. April 1939) und die Türkei (12. Mai 1939) ab. Hitler glaubte, die Westmächte als „schwächliche Demokratien" abtun und ihre politische Wendung ignorieren zu können. Er steuerte auf die Besetzung Polens zu. *(Eingehendere Darstellung der Entwicklung der deutsch-polnischen Nachbarschaft und der nationalsozialistischen Polenpolitik in: Informationen zur politischen Bildung, Folgen 141 und 142 „Deutsche und Polen" 1 und 2).*

Nach der Zerstörung der internationalen Vertrauensbasis aufgrund der Ereignisse vom März 1939 fand seine öffentliche Argumentation, er erstrebe nur eine Rückgliederung Danzigs und eine exterritoriale Auto- und Eisenbahn durch den polnischen Korridor nach Ostpreußen, keinen Glauben mehr. Hitler bekannte intern vor den Oberbefehlshabern der Wehrmacht am 23. Mai 1939: „Danzig ist nicht das Objekt, um das es geht. Es handelt sich für uns um die Erweiterung des Lebensraums im Osten...."

Natürlich hoffte Hitler immer noch, den Zweifrontenkrieg vermeiden zu können: „Das Problem Polen ist nicht von der Auseinandersetzung mit dem Westen zu trennen ... An eine Wiederholung der Tschechei ist nicht zu glauben. Es wird zum Kampf kommen. Aufgabe ist es, Polen zu isolieren. Das Gelingen der Isolierung ist entscheidend ... Es darf nicht zu einer gleichzeitigen Auseinandersetzung mit dem Westen kommen. Ist es nicht sicher, daß im Zuge einer deutsch/polnischen Auseinandersetzung ein Krieg mit dem Westen ausgeschlossen bleibt, dann gilt der Kampf in erster Linie England und Frankreich ..." Aber die Wehrmachtsführung, die bereits am 3. April 1939 den Befehl zur Angriffsvorbereitung erhalten hatte („...Die Aufgabe der Wehrmacht ist es, die polnische Wehrmacht zu vernichten. Hierzu ist ein überraschender Angriffstermin vorzubereiten und anzustreben ..."), machte Bedenken bezüglich der Ausbildung und Bevorratung geltend.

Hitlers außenpolitische Aktivität zur Isolierung Polens, die zu Nichtangriffspakten mit Dänemark, Estland und Lettland und zum „Stahlpakt" mit Italien führte, wurde jedoch am 23. August 1939 mit einem Erfolg abgeschlossen, der alle Kritiker verstummen ließ.

Unterzeichnung des deutsch-sowjetischen Nichtangriffs-Paktes am 23. August 1939 in Moskau durch Außenminister von Ribbentrop. Im Hintergrund Stalin und Molotow.

Triumphierend berichtete Hitler am Vortag seinen Generalen von der unmittelbar bevorstehenden Unterzeichnung eines Paktes mit der Sowjetunion. Diesen Coup, mit dem bis dahin stets als weltanschaulichen Erzfeind und Eroberungsobjekt bezeichneten Staat einen Freundschaftvertrag abzuschließen, begründete Hitler gegenüber Carl J. Burckhardt unmittelbar vor Ribbentrops Moskaureise so: „Alles was ich unternehme, ist gegen Rußland gerichtet; wenn der Westen zu dumm und zu blind ist, um dies zu begreifen, werde ich gezwungen sein, mich mit den Russen zu verständigen, den Westen zu schlagen und dann nach seiner Niederlage mit meinen versammelten Kräften gegen die Sowjetunion zu wenden."

Dieser Plan war bereits seit dem Frühsommer 1939 verfolgt worden, da auch von seiten der Sowjetunion Bereitschaft dazu erkennbar war. Die Sowjetführer zogen das Bündnis mit Hitler dem gleichzeitigen Angebot der Westmächte, Rußland in eine Anti-Hitlerfront einzugliedern, vor, da Hitler die großzügige Offerte machte: Teilung der Beute Baltikum und Polen. „Ich war überzeugt, daß Stalin nie auf das englische Angebot eingehen würde. Rußland hat kein Interesse an der Erhaltung Polens ..." Man brauche jetzt keine Angst mehr vor einer Blockade des Westens zu haben, der Wirtschaftsvertrag mit der Sowjetunion erbringe Getreide, Vieh, Blei, Zink, Kohle. Alles sei bereit für einen erfolgreichen Blitzkrieg. Alle Bedenken gegenüber dem Angriff auf Polen seien ausgeräumt. Er habe nur Angst, daß ihm noch im letzten Moment ein Vermitttlungsplan vorgelegt werde.

Die Angst war unbegründet. Nach einer kurzfristigen Terminverschiebung nach Bekanntwerden des englisch-polnischen Bündnisvertrages und nach Mussolinis Erklärung, Italien sei nicht kriegsbereit, lief ab 1. September 1939, 4.45 Uhr, die deutsche Kriegsmaschine gegen Polen. Aber die am 3. September 1939 folgende Intervention der Westmächte, insbesondere Englands, die mit den Kriegserklärungen schloß, machte schon in der Anfangsphase den von Hitler beabsichtigten Einzelkrieg gegen Polen zu einem Unternehmen mit tödlichem Risiko – der Hasardeur Hitler scheute jedoch nicht davor zurück; denn von Anfang an war seine Außenpolitik identisch mit expansiver Gewaltanwendung. Görings Äußerung vom 3. September beim Empfang der Kriegserklärungen – „wenn wir diesen Krieg verlieren, dann möge uns der Himmel gnädig sein!" beeindruckte Hitler nicht.

Am 15. Juli 1928 hatte Hitler in einer Rede in Berlin gesagt: „... Typisch bürgerlich ist der Gedanke, durch Steigerung der Wirtschaft das Volk zu ernähren und durch den Erlös der exportierten Waren Nahrungsmittel und Rohstoffe einzuführen. Es ist die feige, pazifistische Auffassung, die hofft, damit Kriege zu umgehen ... Man träumt von einer wirtschaftsfriedlichen Eroberung der Welt ... Eine nationalsozialistische Raumpolitik blendet das Volk nicht, denn es weiß, hast du kein Brot, dann jammere nicht, da muß das gesamte Volk zur Erringung von Raum eingesetzt werden ..." (Völkischer Beobachter, 18. Juli 1928). Mit dem „Aufbruch nach Osten" am 1. September 1939 mußte das deutsche Volk das ihm vom Führerwillen anbefohlene Schicksal auf Gedeih und Verderb auf sich nehmen.

Im völligen Gegensatz zum Begeisterungstaumel bei Kriegsbeginn im August 1914 reagierte die Bevölkerung diesmal betroffen und entsetzt. In den Erwachsenen war die Erinnerung an die vierjährige Not- und Leidenszeit noch sehr lebendig. Die weisungsgemäß bis zuletzt betriebene Propaganda hatte sie keineswegs zu verdrängen vermocht. Weder die Kaskade von Greuelmeldungen über polnische Verbrechen an Deuschen noch die Nachricht über den polnischen „Überfall" auf den Sender Gleiwitz, den die SS als Rechtfertigungsgrund inszeniert hatte, vermochten einen Stimmungsumschwung zu bewirken.

Nach 1945 liefen engagierte Kreise immer wieder Sturm gegen die „Alleinschuld" Hitlers am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges. Die zeitgeschichtliche Forschung ist in dieser Frage weit fortgeschritten und zu präzisen Aussagen über die Verantwortungsanteile der verschiedenen Akteure auf der politischen Bühne der Vorkriegszeit gelangt. Es gibt heute keine Diskussion mehr darüber, daß die Mit- und Gegenspieler Hitlers durch ihr Handeln bzw. Nichthandeln, vor allem in den Jahren 1938/39, zur Verschärfung der Spannungen beigetragen haben.

So ist z.B. Stalins Freibrief für Hitler gegenüber Polen vom 23. August 1939 in seiner Bedeutung ebenso klar erkannt wie der Einfluß der britischen Appeasementpolitik auf die Steigerung von Hitlers Überlegenheitsgefühl gegenüber den westlichen Demokratien. Als ebenso unbestritten gilt andererseits die Tatsache, daß alle diese Gegebenheiten den Krieg nicht ausgelöst haben.

Der Angriffskrieg gegen Polen ist auf die alleinige Initiative und freie Entscheidung Hitlers zurückzuführen. Natürlich wollte er damit keinen Weltkrieg vom Zaun brechen, aber das Risiko der Kriegsausweitung war ihm durchaus bewußt. Es wäre ihm freilich eher zupaß gekommen, die Gegner einzeln und isoliert zu besiegen, d.h. das bei Polen praktizierte Muster gegenüber anderen Staaten zu wiederholen. Bedeutet es aber Mitschuld, wenn Großbritannien, Frankreich und später die USA diesem Expansionsverfahren entgegentraten? Luden diese Staaten Schuld auf sich, weil sie Hitler nicht „freie Hand im Osten" ließen, wie er es forderte? Nur wer in chauvinistischer Manier leugnet, daß auch anderen Völkern das Recht zusteht, ihre Interessen zu verteidigen und Bündnisse zu schließen, kann diese Fragen bejahen.

Die politischen und militärischen Vorgänge von 1939–1945

Hitlers politische Kriegsziele

Mit dem Überfall auf Polen begann die kriegerische Phase der expansiven Außenpolitik Hitlers. Die potentiellen Schutzmächte der osteuropäischen Klein- und Mittelstaaten, Großbritannien und insbesondere Frankreich, waren im Frühjahr 1939 auf die Überraschungsaktion gegenüber der Tschechoslowakei nicht vorbereitet gewesen, da sie immer noch an den Erfolg der Appeasement-Politik, der Beschwichtigung Hitlers durch Zugeständnisse, glaubten.

Als sie aber nun am 3. September 1939 Deutschland in konsequenter Verfolgung ihrer seit der Erfahrung vom März 1939 eingeschlagenen Eindämmungspolitik gegenüber jedem weiteren Expansionsschritt Hitlers den Krieg erklärten, glaubte Hitler, der zunächst sehr betroffen war, da er nicht mit einer Kriegserklärung gerechnet hatte, diese Gegner dennoch besiegen zu können. Einmal bestärkte ihn in dieser Anschauung das Wissen um die Wirksamkeit des Bündnisses mit der Sowjetunion, demzufolge Polen in kürzester Frist dem Ansturm der deutschen und russischen Armeen erliegen würde, so daß jede Hilfe von außen zu spät kommen mußte; zum anderen war Hitler in seinem Wunschdenken längst zu der Überzeugung gelangt, die westlichen Demokratien wären keiner wirklich energischen Handlung fähig. Sie würden sich letztlich mit dem Schicksal Polens ebenso wie mit dem der Tschechoslowakei abfinden.

Trotzdem bedeutete das Ereignis vom 3. September 1939 eine Störung in Hitlers Konzept. Er mußte einen Faktor seiner Zukunftsvision revidieren. Hitler hatte zwar den Krieg mit England, wie aus verschiedenen dokumentarischen Äußerungen (z.B. 5. November 1937; 21. Dezember 1937; 23. Mai 1939; 22. August 1939) hervorgeht, als möglich bezeichnet. Auch der deutsche Botschafter in London und spätere Außenminister von Ribbentrop hatte in einer Denkschrift vom Januar 1938 festgestellt: „Ich habe seit Jahren für eine Freundschaft mit England gearbeitet ... Heute glaube ich nicht mehr an eine Verständigung. England will kein übermächtiges Deutschland in seiner Nähe, das eine ständige Bedrohung seiner Inseln wäre. Dafür wird es kämpfen..."

Es gibt jedoch auch eine Reihe von Belegen dafür, daß Hitler bis zuletzt die Hoffnung nicht aufgegeben hatte, der Krieg mit England werde sich vermeiden lassen. Halder berichtet z.B., daß Hitler sogar vom Luftwaffenforschungsamt abgehörte Berichte, aus denen der Wille Englands hervorging, Polen im Kriegsfall beizustehen, mit der Bemerkung zurückwies, man solle ihn mit derartigen pessimistischen Prognosen verschonen. Dem italienischen Außenminister Graf Ciano gegenüber erklärte Hitler noch am 12. August 1939 in Salzburg, er sei felsenfest davon überzeugt, daß die Demokratien auch diesmal zurückweichen würden. Dieser Zwiespalt in Hitlers Einschätzung erklärt sich wohl daraus, daß er einerseits durchaus die politischen und vertraglichen Bindungen zwischen England, Frankreich und Polen sah, andererseits aber sein eigenes Konzept nicht gestört sehen wollte, das einen Interessenausgleich mit England als wünschenswert einschloß.

In seiner Zielvorstellung für die Neuordnung Europas und die Neuverteilung der weltpolitischen Gewichte sollte das Britische Empire als eine der vier Weltmächte neben den USA, Japan und Deutschland zunächst bestehen bleiben (nachdem Frankreich und die Sowjetunion im Kampf um die Vorherrschaft in Europa unterworfen worden waren). Daß England das Angebot eines Arrangements nicht aufgriff, daß es nicht bereit war, Deutschland den europäischen Kontinent zu überlassen, um, von Deutschland toleriert, seine außereuropäische Machtposition zu festigen, bedeutete den ersten Fehlschlag in Hitlers politischer Zukunftsplanung. Der „Führer" hoffte, ihn im Verlauf des Krieges durch weitere „Angebote" an England korrigieren zu können.

Diese Vorstellung war charakteristisch für Hitlers Denken: Wunsch und Realität flossen bei ihm ineinander. Besessen von dem aus chauvinistischem und rassistischem Fanatismus geborenen Plan, die Vormachtstellung Deutschlands in Europa zu erzwingen, wies Hitler den anderen Mächten ihre Rollen ganz nach seinen Vorstellungen und seinem Wunschdenken zu, ohne Sinn und Verständnis für das Eigeninteresse dieser Staaten. Daß eben dieses eigene Interesse der englischen Politik gebot, treu zu den den osteuropäischen Staaten gegebenen Verpflichtungen zu stehen und keine einseitigen Verschiebungen der Machtverhältnisse in Europa zuzulassen, war Hitler eine völlig fremde Überlegung. Er sah in dieser Politik lediglich den „Verrat" an seinen eigenen Plänen. Hitler war bei seinen Kalkulationen über die Rolle Englands zu mehreren Änderungen gezwungen: „mit England" – „ohne England" – „gegen England". Letzteren Standpunkt übernahm er erst, als die „kontinentale Stufe" seines außenpolitischen Programms nahezu erreicht schien und Warten auf ein englisches „Einschwenken" selbst ihm als aussichtslos bewußt wurde.

Später sollte das Eingreifen der Vereinigten Staaten von Amerika in den Krieg eine gleiche Reaktion hervorrufen: Nach Hitlers Vorstellungen hatten die USA sich aus dem europäischen Konflikt herauszuhalten und sich auf die westliche Hemisphäre zu beschränken. Als die USA diesem Wunschbild nicht entsprachen, weil ihr legitimes Interesse ihnen den Schutz des Wirtschaftpotentials in Ostasien und die Hilfe für die Anti-Hitler-Koalition in Europa gebot, war Hitlers Enttäuschung nicht minder groß als 1939 über die Haltung Englands. Nirgendwo wird das staatsmännische Versagen Hitlers deutlicher als in den egozentrischen Zukunftswünschen. Das strategische Konzept des 1939 begonnenen Krieges war einzig und allein auf das Ziel vom „Großgermanischen Reich deutscher Nation" als künftiger Vormacht in Europa ausgerichtet.

Das weitere Ausgreifen ergebe sich dann zwangsläufig: „Von da ist praktisch der Weg zu einer Weltherrschaft vorgezeichnet. Wer Europa besitzt, der wird damit die Führung der Welt an sich reißen", sagte Hitler noch im Jahr 1943 zu Goebbels.

Der „Blitzsieg" über Polen und die Neuordnung Ostmitteleuropas

Die Überlegenheit der deutschen Wehrmacht in technischer wie taktischer Hinsicht ließ die von Schlesien und Ostpreußen ausgehende Zangenbewegung fast manövermäßig abrollen. *(Eingehendere Darstellung der Vorgeschichte und des Kriegsverlaufs in: Informationen zur politischen Bildung, Folge 142 „Deutsche und Polen 1", vor allem S. 30ff., und Folge 143 „Deutsche und Polen 2", S. 1-4).* Das Kräfteverhältnis bei den modernen Waffen (z.B. Panzer: Deutschland

„Seit 4.45 Uhr wird zurückgeschossen ...“ Mit diesem Ausspruch vor dem Reichstag kündigte Hitler am 1. September 1939 den Ausbruch des Zweiten Weltkrieges an. Deutsche Truppen waren in Polen einmarschiert, dessen rot-weiße Grenzpfähle niedergerissen wurden.

3200, Polen 600; Flugzeuge: Deutschland 3300, Polen 850) ließ, abgesehen von der Tatsache, daß Polen infolge des Hitler-Stalin-Paktes einem Zweifrontenkrieg ausgesetzt war, keinen Zweifel über den Ausgang des Kampfes aufkommen. Nach dem „Feldzug der 18 Tage“ – die letzten polnischen Truppen kapitulierten allerdings erst Anfang Oktober – kam es zu dem im Geheimen Zusatzprotokoll zum deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt vom 23. August 1939 vorgesehenen Abkommen über die Teilung der Beute. Im deutsch-sowjetischen Grenz- und Freundschaftsvertrag vom 28. September wurde die „Grenze der beiderseitigen Reichsinteressen“ in der Weise festgelegt, daß die Sowjetunion die ostpolnischen Gebiete sowie die baltischen Länder und Deutschland West- und Zentralpolen besetzte. Von deutscher Seite wurden zur Neuordnung des eroberten Gebietes zwei Gesetze erlassen, die aus den westpolnischen Bezirken die Reichsgaue Westpreußen und Wartheland und aus Zentralpolen das Generalgouvernement schufen.

Als die Sowjetunion nach der Besetzung Litauens, Lettlands und Estlands die Forderung nach Stützpunkten auf finnischem Boden erhob, leisteten die Finnen im Winterkrieg 1939/40 erbitterten Widerstand, mußten jedoch im Frieden von Moskau (12. März 1940) der Abtretung Ostkareliens und der Verpachtung des Stützpunktes Hangö zustimmen.

Hitler beteuerte nach dem Sieg über Polen in zwei Reden (19. September 1939 in Danzig und 6. Oktober 1939 im Reichstag) die Dauerhaftigkeit des Interessenausgleichs mit der Sowjetunion. Neben dem Austausch von Wirtschaftsgütern sei insbesondere eine Zusammenarbeit zur Ordnung der ethnographischen Verhältnisse vorgesehen. Damit trat die nationalsozialistische Volkstumspolitik ins Stadium der Verwirklichung.

In der Rede vom 6. Oktober richtete Hitler ein „Friedensangebot“ an England und Frankreich auf der Basis des Status quo.

Die Westmächte wiesen Hitlers Erklärung zurück und verharrten in der seit Kriegsbeginn bezogenen Defensivposition. Da auch die Friedensbemühungen Belgiens, der Niederlande und Rumäniens teils an englischer, teils an deutscher Ablehnung scheiterten, setzte Hitler den Termin für die Angriffsoperationen im Westen auf den 12. November 1939 fest.

Die Besetzung Dänemarks und Norwegens und der Feldzug im Westen

Verschiedene Gründe erzwangen eine mehrmalige Verschiebung des Beginns der Offensive im Westen bis zum Frühjahr 1940.

Der strategische Plan sah in der ersten Phase die Niederringung des englisch-französischen Operationsheeres auf dem Festland und die Zerstörung der englischen Wirschaftskraft durch Luftwaffe und Marine vor. Für die Erfolgsaussichten war die Sicherung der Erzzufuhr aus Schweden über den nordnorwegischen Hafen Narvik entscheidend. Da Nachrichten über englisch-französische Pläne zur Unterstützung Finnlands mit gleichzeitiger Besetzung des Landwegs über Nordnorwegen und Nordschweden eingegangen waren, ließ Hitler durch eine kombinierte Luftwaffen-, Marine- und Heeresunternehmung vom 9. April 1949 an Dänemark und Norwegen besetzen.

Noch während die deutschen Truppen in Norwegen mit den einheimischen Truppen und dem inzwischen gelandeten englischen Expeditionskorps vor allem um den Besitz des Erzhafens Narvik kämpften, begann der Krieg gegen Frankreich. Der Operationsplan sah keinen Angriff auf breiter Front, sondern einen als „Sichelschnitt“ bezeichneten Vorstoß über Sedan zur Sommemündung vor, um die gegnerischen Kräfte in eine Nord- und Südgruppe zu spalten und dann einzeln einzukreisen. Wiederum liefen die Aktionen zur Besetzung der neutralen Staaten Belgien und Niederlande und „Sichelschnitt“ seit dem 10. Mai 1940 planmäßig ab.

Nach der Kapitulation der Niederlande (15. Mai) und Belgiens (28. Mai) stießen deutsche Verbände zur Kanalküste vor. Das englische Expeditionskorps wurde im Raum Dünkirchen eingeschlossen, konnte aber über den Ärmelkanal entkomnen, da Hitler die vorstoßenden Panzerkräfte anhalten ließ, um sie für die „Schlacht um Frankreich“ zu schonen: 224000 Engländer und 112000 Franzo-

Besprechung deutscher und sowjetischer Offiziere über die Besetzung der Demarkationslinie in Polen.

Hitler schreitet nach der Unterzeichnung des Waffenstillstands-Abkommens im Wald von Compiègne die Front einer Ehrenkompanie ab.

sen konnten sich über den Kanal absetzen, bevor die deutschen Truppen am 4. Juni Dünkirchen besetzten. Die Größe der evakuierten Armee ermöglichte England die Fortsetzung des Krieges.

Einen Tag später begann der Angriff des deutschen Südflügels: Innerhalb von 15 Tagen erreichten die deutschen Truppen im Nordabschnitt Brest und Nantes, in der Mitte Orléans und im Südosten die Schweizer Grenze. Der ostfranzösische Festungsgürtel (Maginotlinie) wurde auf diese Weise von rückwärts genommen. Bereits am 17. Juni bat der französische Regierungschef, Marschall Petain, Deutschland und Italien (seit dem 10 Juli am Krieg beteiligt) um Waffenstillstand. Er wurde am 22. Juni abgeschlossen, und zwar im nämlichen Eisenbahnwaggon und am gleichen Platz im Wald von Compiègne, wo die deutsche Delegation am 11. November 1918 die alliierten Bedingungen hatte unterzeichnen müssen. Mit Italien wurde der Waffenstillstandsvertrag am 24. Juni in Rom unterzeichnet. Mit Ausnahme einer unbesetzten Zone im Süden, die durch Marschall Petain von Vichy aus regiert werden durfte, wurde Frankreich unter deutsche Militärverwaltung gestellt.

Am 2. Juli 1940 erließ Hitler die Weisung über die Kriegführung gegen England: Danach sollten während der Luftschlacht gegen England die Vorbereitungen für das Unternehmen „Seelöwe", welches das Übersetzen von 25 bis 40 Divisionen vorsah, in größter Eile getroffen werden. Obwohl 3000 deutsche Kampf- und Jagdflugzeuge eingesetzt werden konnten, gelang die Niederringung der englischen Luftwaffe nicht. Die Zerstörungen in Südost-England, in London und im mittelenglischen Industriegebiet waren zwar beträchtlich, aber die deutschen Verluste so groß (bis Ende Oktober 1940 etwa 1800 Maschinen), daß an die Durchführung des Landeunternehmens nicht mehr zu denken war. Die Angriffe von Luftwaffe und Marine liefen noch bis zum Frühjahr 1941 weiter. Zu diesem Zeitpunkt wurde die deutsche Führung durch den Achsenpartner Italien gezwungen, sich auf zwei neue Kriegsschauplätze zu konzentrieren.

Der Krieg auf dem Balkan und in Nordafrika

Am 13. September 1940 hatten die Italiener das Königreich Ägypten angegriffen, um nach dem Sieg über Britisch-Somaliland im August 1940 die Kolonialherrschaft über ganz Nordost-Afrika zu erringen. Der Angriff scheiterte jedoch, und die Briten warfen die italienischen Truppen weit in libysches Gebiet zurück. Erst als im Februar 1941 das auf italienisches Ersuchen aufgestellte deutsche Afrikakorps unter General Rommel eintraf, gelang ein erneuter Vormarsch nach Osten (bis vor Tobruk, Mitte Mai 1941). Gleichzeitig mußte eine zweite Hilfsaktion für die italienische Armee unternommen werden: Von dem im April 1939 besetzten Albanien aus hatten italienische Truppen am 28. Oktober 1940 Griechenland angegriffen. Nach kurzer Zeit blieb der Vormarsch stecken und die griechischen Truppen eroberten im Gegenzug den Südteil Albaniens. Im Frühjahr 1941 landeten britische Truppen, um die griechischen Operationen durch Luft- und Seestreitkräfte zu unterstützen.

Hitler entschloß sich zum Eingreifen, da die Bildung einer britischen Balkanfront seine eigene Position in Südosteuropa zu gefährden drohte. Die deutsche Stellung war erst im November 1940 durch den Beitritt Rumäniens, Ungarns und der Slowakei zum Dreimächtepakt (Deutschland, Italien, Japan) gefestigt worden. Obwohl auch die Sowjetunion ihr Interessengebiet auf dem Balkan auszudehnen begann und von Rumänien die Abtretung der Nordbukowina und Bessarabiens erzwang, sicherte sich Deutschland die für die Kriegsführung entscheidenden Erdöllieferungen. Im März 1941 hatte man auch Bulgarien zum Beitritt zum Dreimächtepakt bewegen können. Auch die jugoslawische Regierung Zwetkowitsch trat am 25. März dem Pakt bei, wurde deshalb jedoch zwei Tage danach durch einen Militärputsch gestürzt. Es war mit Sicherheit zu erwarten, daß die neue Regierung Simowitsch die Politik einer Bindung an Deutschland nicht fortführen würde.

Am 6. April griffen die deutschen Truppen Griechenland von Bulgarien aus an und marschierten in Jugoslawien ein. Wiederum gelang ein Blitzsieg: Am 17. April kapitulierte Jugoslawien, am 21. April Griechenland; der

Panzer des deutschen Afrika-Korps in der Libyschen Wüste.

Kampf um die Inseln im Ägäischen Meer dauerte bis zum 1. Juni. Trotz dieses Erfolges hatte der Balkanfeldzug Hitlers Konzept empfindlich gestört: Seit dem 18. Dezember 1940 war er zum Angriff auf die Sowjetunion entschlossen gewesen. Infolge des Balkanfeldzuges mußte der geplante Angriffstermin (15. Mai 1941) um fünf Wochen verschoben werden, was, wie sich später zeigen sollte, schwerwiegende Folgen für die weitere Kriegsführung hatte.

Der Krieg gegen die Sowjetunion

Die deutsch-sowjetischen Beziehungen hatten sich nach der Teilung Polens und der Annexion des Baltikums trotz des Abschlusses des Wirtschaftsvertrages vom 10. Januar 1941 und der Übereinkunft bei der Aufteilung des Balkanraumes abgekühlt. Beide Partner konnten sich nicht über die Abgrenzung weiterreichender Interessenräume einigen. Als Hitler die englischen Kolonialgebiete Indien und Persien der Sowjetunion als Einflußsphäre anbot, um sie zum Eintritt in den Dreimächtepakt zu bewegen, forderte Stalin die Einbeziehung der Türkei, Bulgariens und Finnlands in das sowjetische Einflußgebiet. Entscheidend aber war, daß Hitlers eigentliche Ambitionen gegen die Sowjetunion gerichtet waren. Aus taktischen Gründen – um Polen rasch zu besiegen und den Rücken frei zu haben für den Kampf gegen die Westmächte – hatte er mit der Sowjetunion den Vertrag vom 23. August 1939 geschlossen. Als jedoch der endgültige Sieg im Westen entgegen seinen Plänen ausblieb und zudem die Spannungen mit den Sowjets wuchsen, entschloß sich Hitler am 18. Dezember 1940 zur Weisung Nr. 21 „Fall Barbarossa": „Die deutsche Wehrmacht muß darauf vorbereitet sein, auch vor Beendigung des Krieges gegen England, Sowjetrußland in einem raschen Feldzug niederzuwerfen."

Der streng geheimgehaltene Aufmarsch im Osten sollte bis zum 15. Mai 1941 abgeschlossen sein. Vom Überraschungsmoment hing entscheidend das Gelingen des Feldzuges ab, den man ebenso wie die vorangegangenen im Blitztempo innerhalb von acht Wochen erfolgreich glaubte durchführen zu können. Vorgesehen war, die Hauptmasse des russischen Westheeres durch Panzeroperationen einzukesseln und an der Flucht nach Osten zu hindern. Hitlers Ziel war eine Linie von Archangelsk entlang der Wolga bis zum Kaspischen Meer. Für ihn waren nach der Zerschlagung der Sowjetunion alle Probleme gelöst, der Krieg gegen England könne dann unter günstigsten Bedingungen weitergeführt werden. Der russische Riesenraum berge so unermeßliche Reichtümer, daß Deutschland nach Hitlers Meinung in Zukunft den Kampf auch gegen Kontinente führen und von niemand mehr geschlagen werden könne.

Die Bündnisse mit Ungarn, Rumänien, Bulgarien und Jugoslawien 1940/41 gehörten ebenso zur strategischen Vorbereitung des Ostfeldzuges wie der Abschluß eines Militärbündnisses mit Finnland (September 1940).

„Fall Barbarossa" ist angelaufen. Deutsche Truppen überschreiten in den Morgenstunden des 22. Juni 1941 den Bug.

Gegenüber Japan deutete Hitler im April 1941 die Möglichkeit eines Konflikts mit der Sowjetunion ab. Zu seiner Überraschung schlossen wenig später Japan und die Sowjetunion einen Nichtangriffspakt. Beide Teile hielten sich bis zur deutschen Kapitulation 1945 an diesen Pakt, so daß die Sowjets in keiner Phase des Krieges an zwei Fronten zu kämpfen hatten.

Nach Hitlers Auffassung handelte es sich bei dem bevorstehenden Feldzug um keinen gewöhnlichen Krieg. Aus dem „Erlaß über die Ausübung der Kriegsgerichtsbarkeit im Gebiet Barbarossa und über besondere Maßnahmen der Truppe" vom 13. Mai 1941 und aus dem „Kommissarbefehl" vom 6. Juni 1941 wurde ersichtlich, daß er den Ostfeldzug als einen Weltanschauungskampf ansah. Dementsprechend befahl er, alle Träger der kommunistischen Ideologie bei einer Gefangennahme auf der Stelle zu erschießen. Außerdem wurden in diesem Erlaß Vergehen gegen russische Zivilisten außer Verfolgung gesetzt, so daß Brutalität und Verbrechen, vor allem von seiten der für diesen Zweck eingesetzten Spezialeinheiten unter Himmlers Befehl, auf dem östlichen Kriegsschauplatz vorherrschten und von der Gegenseite in gleicher Weise beantwortet wurden.

Obwohl Hitlers Angriffsabsichten und der Angriffstermin Stalin durch Spionage bekannt wurden, glaubte dieser zu diesem Zeit-

Nachdem die deutschen Truppen tief in die Weite des russischen Raumes vorgedrungen waren, blieb ihr Angriff im Schlamm und in der erbarmungslosen Kälte des früh einsetzenden russischen Winters stecken.

punkt nicht daran. Als propagandistische Rechtfertigung bezeichneten die Nationalsozialisten den Angriff auf die Sowjetunion unter Bruch des Vertrages vom August 1939 als „Präventivkrieg", mit dem man dem beabsichtigten Angriff Stalins habe zuvorkommen müssen. Diese These wurde damals und auch in der um diese Frage in der Nachkriegszeit ausgetragenen Kontroverse mit dem Hinweis auf die offensive Gliederung der Roten Armee im grenznahen Gebiet untermauert. Kaum zu bezweifeln ist, daß Stalin seinerseits imperialistische Ziele verfolgte. Der Pakt von 1939 kann als Anstoß zum Krieg zwischen den „kapitalistischen" Staaten gedeutet werden, aus dem die Sowjetunion ihre Vorteile ziehen konnte. Möglicherweise war zu einem späteren Zeitpunkt, etwa 1942, ein Vorstoß nach Westen ins Auge gefaßt. Alles dies ändert nichts an der Tatsache, daß Hitler im Dezember 1940 seinen Entschluß zu der seit je beabsichtigten „Eroberung von Lebensraum im Osten" in konkrete Planung umsetzte, während andererseits die Sowjetunion die Verpflichtungen aus dem Wirtschaftsabkommen (z.B. Lieferung von Getreide und Öl) bis zuletzt pünktlich erfüllte, Deutschland jedoch längst mit seinen Gegenleistungen (z.B. Maschinen) im Verzug war. Am 22. Juni wurde in Moskau mündlich erklärt, Deutschland sei nicht länger gewillt, der ernsten Bedrohung seiner Ostgrenze tatenlos zuzusehen. Die deutschen Verbündeten (Italien, Rumänien, Finnland, Ungarn und die Slowakei) schlossen sich wenige Tage später an. Die Sowjetunion ihrerseits verbündete sich am 12. Juli mit Großbritannien und schloß einen Materiallieferungsvertrag mit den USA.

Mit der in Polen und Frankreich bewährten Strategie der Panzerstoßkeile und Kesselbildungen gelangen den drei deutschen Heeresgruppen – Nord, Mitte, Süd – bereits im ersten Offensivvorstoß in wenigen Wochen gewaltige Raumgewinne. Nach etwa 6 Monaten standen die deutschen Truppen westlich Rostow und in Charkow, vor Woronesch, Tula, Moskau, Kalinin und östlich des eingekesselten Leningrad. Die wirtschaftlich höchst bedeutsame Ukraine war in deutscher Hand und in großen Kesselschlachten waren Hunderttausende von Gefangenen gemacht und riesige Mengen an Kriegsmaterial erbeutet worden. Hitlers Äußerung vom 2. Oktober – „Ich erkläre heute und erkläre es ohne Vorbehalt: der Feind im Osten ist gebrochen und wird sich nie wieder erholen" – schien zu diesem Zeitpunkt zuzutreffen, sollte sich jedoch schon im Dezember 1941 als falsch erweisen.

Der Zusammenhang der sowjetischen Front war trotz der großen Verluste gewahrt geblieben. Die sowjetischen Truppen waren trotz Demoralisierung und Erschöpfungserscheinungen noch nicht entscheidend geschlagen. Stalins Proklamation des „Großen Vaterländischen Krieges" zur Verteidigung von „Mütterchen Rußland" vor den „barbarischen Eindringlingen" führte zu einer Kräftekonzentration, die auch die bis dahin abseits stehenden Volksteile zu äußerstem Abwehrwillen zusammenschloß und ungeahnte Reserven mobilisierte. Die Schlammperiode und der überraschend früh einsetzende russische Winter verwehrten den deutschen Truppen ein weiteres Vordringen, so daß das Operationsziel Moskau nicht erreicht werden konnte. Der Vormarsch der erschöpften und in keiner Weise für den Winterkrieg ausgerüsteten deutschen Soldaten kam Anfang Dezember 1941 endgültig zum Stehen. Wenig später begannen die bereits als geschlagen bezeichneten Sowjets ihre Winteroffensive, die insbesondere im Nord- und Mittelabschnitt Erfolg hatte. Die deutsche Front mußte zurückgenommen werden, obwohl Hitler „Halten" und „fanatischen Widerstand" befahl.

Dieser Rückschlag im Osten war begleitet von zwei weiteren Katastrophen: Rommels Afrikakorps war von Tobruk bis El Agheila zurückgeworfen worden. Die USA erklärten Japan nach dessen Überfall auf den amerikanischen Flottenstützpunkt Pearl Harbor am 7. Dezember 1941 den Krieg, was wiederum Deutschlands und Italiens Kriegserklärung an die USA am 11. Dezember 1941 aufgrund des Dreimächtepakts zur Folge hatte.

Nach dem Kriegseintritt der Vereinigten Staaten von Amerika

Deutschland war über die Verhandlungen zwischen den USA und Japan (im Herbst 1941) nicht im Detail unterrichtet worden. Ende November 1941 forcierten die Japaner ihre Bemühungen, von Deutschland im Fall eines Scheiterns der Verhandlungen die Zusage für eine Kriegserklärung zu erhalten. Hitler entschied sich vor der Alternative – Bruch des Dreimächtepaktes oder Krieg mit den USA – für den Krieg, weil er hoffte, Japan dann zu einer Kriegserklärung an die Sowjetunion bewegen zu können. Hitler kannte durchaus die Tragweite dieses Entschlusses. Aus zwei Gründen hatte er bislang versucht, die Auseinandersetzung mit den USA zu vermeiden: Die Erfahrung aus dem Ersten Weltkrieg gebot, die Kapazität der USA nicht gegen sich zu aktivieren; in seinem Kriegszielkonzept sollten die USA zunächst als vierte Weltmacht anerkannt und die Auseinandersetzung mit ihnen eventuell erst in der nächsten Generation geführt werden.

Deshalb gab Hitler der Marine strikte Anweisung, jeden Zusammenstoß mit amerikanischen Schiffen zu vermeiden, obwohl zu diesem Zeitpunkt offenkundig war, daß sich die USA nicht neutral verhielten, sondern die Hauptgegner Deutschlands mit Materiallieferungen auf der Basis des im März 1941 erlassenen Leih-Pacht-Gesetzes unterstützten. Die US-Wirtschaft war bereits 1939 zugunsten des „ungeschriebenen Bündnisses" zwischen den USA und Großbritannien mobilisiert worden. Die Verkündigung der „Vier Freiheiten" (Januar 1941) und die Unterzeichnung der Atlantik-Charta (August 1941) bildeten die politischen Akte, die die USA als „Arsenal der Demokratie" (Roosevelt) in die Anti-Hitler-Koalition einreihten. Die militärische Zusammenarbeit begann mit britisch-amerikanischen Generalstabsbesprechungen, die zur gemeinsamen Aktion auf dem afrikanischen Kriegsschauplatz führten. Sie wurde nach der zweiten Washington-Konferenz (Juni 1942) auf die Sowjetunion ausgedehnt. Von da ab wurden die wesentlichen strategischen Schritte der drei Großmächte auf Gipfelkonferenzen und Besprechungen nachgeordneter Organe abgesprochen, so z.B. die Errichtung einer zweiten Front durch das Landeunternehmen in Sizilien, später der Entschluß zur Bildung einer dritten Front in Frankreich, ebenso die Forderung nach „bedingungsloser Kapitulation" (Januar 1943) und die Erörterung von Problemen der Neugestaltung Europas in der Zeit nach dem Sieg. Soweit die Gespräche Themen der Kriegführung und der Wirtschaftshilfe betrafen, gab es kaum nennenswerte Differenzen, wohl aber bei der Frage, welche territorialen und politischen Entscheidungen gegenüber den besiegten Achsenmächten getroffen werden sollten. In der Euphorie des sich abzeichnenden Sieges wurden diese Probleme immer weiter hinausgeschoben, um die Atmosphäre der Konferenzen nicht zu belasten.

Der Kriegsverlauf 1942 bis 1945

Ostfront

Die deutschen Unternehmungen im Frühjahr 1942 dienten zunächst der Rückeroberung der im Winter 1941/42 verlorenen Gebiete. Der am 28. Juni beginnenden Sommeroffensive war das Ziel gesteckt, das Rüstungs- und Verkehrszentrum Stalingrad und die Erdölgebiete bei Baku zu erobern. Beide Ziele wurden nicht erreicht. Die am 19. November 1942 beginnende russische Gegenoffensive führte zur Einschließung der 6. Armee in Stalingrad und zur Räumung des Kaukasusgebietes. Hitler verbot der Stalingradarmee, die bei Beginn des sowjetischen Angriffs fast 300 000, zum Zeitpunkt der Einschließung am 18. Dezember 249 600 Soldaten umfaßte, jede Rückzugsbewegung. Nachdem ein Entsatzversuch von Westen her gescheitert war, kapitulierten am 31. Januar und 2. Februar 1943 die 201 191 Überlebenden der 6. Armee und gerieten in Gefangenschaft. Bis zum 12. Januar waren 14 272 Verwundete ausgeflogen worden. 58 110 Soldaten waren im Kessel gefallen. Aus den sowjetischen Lagern kehrten in den Nachkriegsjahren nur 5000 Stalingradkämpfer zurück.

Die Propaganda hatte die Bedeutung Stalingrads so groß herausgestellt, daß das gesamte deutsche Volk den Kampf mit größter Spannung verfolgt hatte. Nun werteten weite Kreise die Niederlage als Menetekel für einen ungünstigen Ausgang des Krieges. Bis April 1943 fiel die Ostfront bis auf die Linie Orel-Charkow-Asowsches Meer zurück.

Die am 5. Juli 1943 begonnene deutsche Offensive „Zitadelle" im Mittelabschnitt bei Kursk verlief zunächst sehr erfolgreich, mußte aber wegen Kräftemangels nach 10 Tagen

wieder abgebrochen werden. Dies bedeutete den eigentlichen Wendepunkt des Krieges im Osten. Die Initiative ging an allen Frontabschnitten endgültig auf die Sowjets über: Im August 1944 waren die deutschen Truppen bereits auf die Ausgangsstellungen von 1941 zurückgedrängt. Die letzte Großoffensive der Sowjets begann am 12. Januar 1945 an der Weichsel. Da die Verbündeten Deutschlands auf dem Balkan und Finnland inzwischen Waffenstillstandsabkommen geschlossen hatten, konnte die Sowjetarmee von Osten und Südosten gleichzeitig gegen das Reichsgebiet vorgehen.

Südfront

Auch auf dem afrikanischen Kriegsschauplatz konnte die deutsche Armee 1942 noch einmal Offensiverfolge erzielen: Am 30. Juni 1942 wurde El Alamein in Ägypten erreicht. Aber die britische Gegenoffensive im Oktober/November 1942 unter dem neuen Oberbefehlshaber Montgomery warf die deutsche Front bis Benghasi zurück. Die Landung amerikanischer und britischer Truppen im November 1942 in Marokko und Algerien zwang Rommel zum Zweifrontenkrieg. Der Übermacht konnte das deutsche Afrikakorps nur bis zum Frühjahr 1943 standhalten. Am 13. Mai 1943, ein Vierteljahr nach der Katastrophe von Stalingrad, kapitulierten die letzten deutschen und italienischen Verbände in Afrika in Stärke von 250 000 Mann.

Unverzüglich bereiteten die Alliierten die Landung in Italien vor. Die am 10. Juli beginnende Besetzung Siziliens führte zum Staatsstreich in Italien: Am 25. Juli wurde Mussolini von der neugebildeten Regierung unter Marschall Badoglio verhaftet und am 3. September ein Waffenstillstand mit den Alliierten geschlossen. Dadurch war die deutsche Führung gezwungen, die Verteidigung des italienischen Gebietes durch eigene Kräfte vorzunehmen und die Front, die zu diesem Zeitpunkt nördlich Neapel quer über die Halbinsel lief, selbst zu besetzen. Der alliierte Vorstoß gegen diese Front hatte zunächst nur geringen Erfolg. Der im Rücken der deutschen Stellungen gebildete amerikanische Brückenkopf bei Nettuno konnte nur mühsam gehalten werden. Erst ab Mai 1944 erzielte die alliierte Offensive Raumgewinne. Obwohl die deutsche Italienfront nur sehr wenig Nachschub bekam, konnte die Poebene noch über den Winter 1944/45 gehalten werden. Nach Beginn der alliierten Offensive „von Meer zu Meer" am 9. April 1945 war der Zusammenbruch der deutschen Front dann allerdings nur noch eine Frage von Tagen. Die allgemeine Kriegslage machte eine Fortführung des Kampfes unmöglich. Am 29. April kapitulierten die deutschen Streitkräfte in Italien.

Westfront

Obwohl Stalin seit Beginn der Zusammenarbeit die Westalliierten zu einer Invasion in Frankreich gedrängt hatte, wurde sie erst nach gründlicher Vorbereitung am 6. Juni 1944 begonnen. Ein alliiertes Landeunternehmen bei Dieppe im August 1942, das die Stärke der deutschen Abwehr abtasten sollte, hatte die deutsche Seite bewogen, mit

Invasion der alliierten Truppen in der Normandie am 6. Juni 1944.

aller Energie die Verteidigungsstellungen auszubauen. Der Atlantikwall wies allerdings auch nach zweijähriger Bautätigkeit noch große Lücken auf. Die Alliierten wählten als Landungsziel den Raum zwischen Cherbourg und Caen. Die Brückenköpfe konnten gegenüber den deutschen Angriffen gehalten und erweitert werden; damit war die Möglichkeit gegeben, die materielle und personelle Überlegenheit voll auszuschöpfen. Bereits am 12. Juni standen 326 000, am 29. Juli schon 1,5 Millionen alliierte Soldaten (30 Infanterie- und 13 Panzerdivisionen) auf französischem Boden. Mit diesen Kräften begann Ende Juli der Bewegungskrieg, der relativ rasch (bis Anfang September) zur Besetzung ganz Frankreichs führte.

Von der deutschen Frontlinie aus, die etwa an der Reichsgrenze verlief, wurde am 16. Dezember 1944 noch eine Offensive in den Ardennen unternommen. Sie sollte noch einmal das Kriegsglück wenden, blieb jedoch nach einem ca. 100 km weiten Vorstoß stekken. Für die Überschreitung der Rheinlinie warteten die Alliierten allerdings noch das Frühjahr ab. Dem dann beginnenden Vormarsch von 85 Divisionen konnte die deutsche Wehrmacht keinen nennenswerten Widerstand mehr entgegensetzen, so daß es bereits am 25. April 1945 zur Vereinigung der Amerikaner mit den Sowjettruppen bei Torgau kam. Die noch verbleibenden Widerstandszentren vermochten sich nur noch wenige Tage zu halten. Die Kapitulationserklärungen erfolgten am 4. Mai gegenüber der britischen Front in Nordwestdeutschland, am 7. Mai und am 8. Mai in Reims bzw. Karlshorst für alle deutschen Truppen. Am 9. Mai trat die Gesamtkapitulation in Kraft.

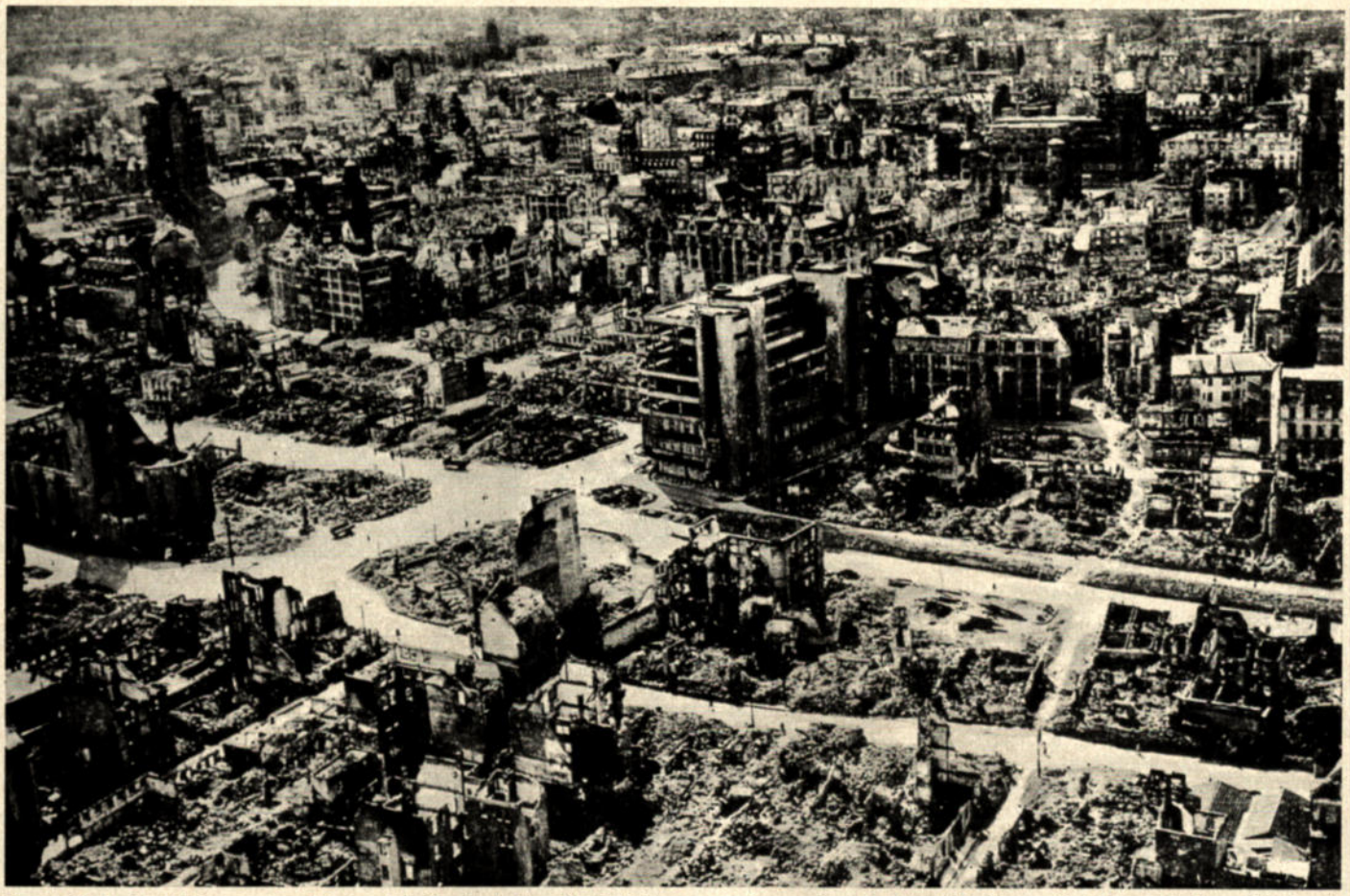
Der Seekrieg

Da die deutsche Seerüstung im wesentlichen erst nach dem Londoner Flottenabkommen (18. Juni 1935) begonnen worden war, steckte sie bei Kriegsausbruch noch in den Anfängen. Es standen 2 Schlachtkreuzer, 3 Panzerschiffe, 8 Kreuzer, 22 Zerstörer, 16 Torpedoboote, 57 Unterseeboote und etwa 100 kleinere Fahrzeuge (Geleitboote, Schnellboote, Minensuch- und -räumboote) zur Verfügung. Hitlers eigentliche Interessen waren auf den Landkrieg konzentriert, so daß auch im Laufe des Krieges der Aufbau der Marine nicht entscheidend forciert wurde. Nur zweimal rückte die Marine in den Mittelpunkt des Geschehens:

a) Bei der Vorbereitung des „Unternehmens Seelöwe". Da die deutsche Flotte über keinerlei Landungsfahrzeuge verfügte, mußte aus den vorhandenen Schiffen und aus erbeuteten französischen, belgischen und niederländischen Flußkähnen, Schleppdampfern und Motorschiffen aller Art eine Invasionsflotte improvisiert werden. Aber noch während die Umbauten, insbesondere der Einbau von Bugrampenklappen, in vollem Gang waren, wurde „Seelöwe" auf unbestimmte Zeit vertagt.

b) Beim U-Boot-Krieg im Atlantik. Als zu Beginn des Krieges im Operationsgebiet um England von den U-Booten in Einzelunternehmen beachtliche Erfolge erzielt wurden, beschleunigte man den Bau von neuen Booten und setzte sie ab 1942 gegen die amerikanischen Geleitzüge im Atlantik ein. Ende 1941 standen bereits 198 Boote bereit, Ende 1942 waren es 239, Ende 1943 288, Ende 1944 244. Eine neue Taktik wurde entwikkelt: Jeweils 10 bis 20 U-Boote griffen zugleich einen Geleitzug an (Rudeltaktik), um die Abwehr der Geleitzüge zu zersplittern. Auch die Torpedos, die anfänglich eine hohe Versagerquote hatten, waren inzwischen wesentlich verbessert worden. Umfangreiche Versenkungen waren die Folge: 1941: 4 398 000 BRT; 1942: 8 245 000; 1943: 3 611 999; 1944: 1 422 000 (Erfolge der Überwasserstreitkräfte und der Luftwaffe sind eingeschlossen).

Das Absinken der Erfolgskurve ab 1943 war auf den verstärkten Einsatz von Radargeräten zurückzuführen, mit deren Hilfe die alliierten Flugzeuge und Schiffe die U-Boote orteten. Zudem wurden die Transporter durch zahlreiche Geleitfahrzeuge und eine



Gegen Ende des Krieges unterschieden sich die deutschen Großstädte nur wenig voneinander. Im Bild die zerstörte Innenstadt von Stuttgart.

intensive Luftüberwachung stärker abgesichert. Ein Ausweichen auf Unterwasserfahrt war nur bedingt möglich, da hierbei die Dekkung des Sauerstoffbedarfs und die Ladung der Batterien Grenzen setzten. Neu entwikkelte echte U-Boote, die längere Zeit getaucht fahren konnten und unter Wasser eine hohe Geschwindigkeit entwickelten, kamen nicht mehr zum wirksamen Einsatz. Die verfeinerten Suchgeräte und verstärkte Abwehr des Gegners führten zu katastrophalen Verlusten: 1942 gingen 85 Boote verloren; 1943: 287, 1944: 241. Unter diesen Umständen konnten die U-Boote ab Mitte 1943 keine durchschlagenden Erfolge mehr erzielen. Von 39 000 deutschen Front-U-Boot-Fahrern kehrten 27 212 nicht mehr zurück! Nachdem inzwischen auch der größte Teil der schweren Überwassereinheiten verloren gegangen war und die neuentwickelten Kampfmittel (Kleinst-U-Boote, Torpedoträger etc.) keine nennenswerten Erfolge erzielen konnten, war die Marine aus dem strategischen Kampfgeschehen praktisch ausgeschaltet. Der Schiffsbau in den USA und in Großbritannien war inzwischen auf Hochtouren gekommen, so daß die Alliierten ihren Nachschub auf den Weltmeeren ohne Schwierigkeiten transportieren konnten.

Der Luftkrieg

Die deutsche Führung hatte sich beim Aufbau der neuen Luftstreitkräfte für eine taktisch operierende Luftwaffe entschieden. Die Westmächte hingegen folgten dem Konzept des italienischen Generals Douhet, der in seinem Buch „Luftherrschaft" der Luftwaffe in der Zukunft eine strategische Rolle zugewiesen hatte. Die Folge war, daß in Großbritannien und in den USA das Hauptgewicht des Flugzeugbaus auf schweren Bombern und Begleitschutzjägern lag, während in Deutschland im Hinblick auf das beabsichtigte Zusammenwirken der Luftwaffe mit den Bodentruppen vor allem Kurzstreckenjäger und -bomber gebaut wurden.

Im Polen- und im Westfeldzug 1939/40 funktionierte diese Taktik gemäß der Planung, aber bereits bei der sogenannten Luftschlacht um England erwiesen sich die Schwächen der deutschen Luftrüstung. Die geringe Reichweite der deutschen Jagdwaffe erlaubte keinen ausreichenden Schutz für die Bomber, so daß diese der englischen Abwehr ausgeliefert waren. Hinzu kam, daß die Bombenlast, die deutsche Kampfflugzeuge mit sich führen konnten, beschränkt war. Trotz hoher Verluste wurde die englische Kriegsindustrie nicht entscheidend getroffen. Im Gegenzug brachten die Alliierten ab 1942 ihre Langstreckenjäger und -bomber (Bombenlast maximal 8000 kg) voll zur Wirkung. Die Angriffe wurden zunächst nachts und im wesentlichen gegen Westdeutschland durchgeführt. Bereits ab 1943 gingen die Alliierten auch zu Tagesangriffen über, mußten in der ersten Phase allerdings hohe Verluste hinnehmen. Aber gegenüber den in der Folgezeit durchgeführten Flächenangriffen war die deutsche Flak weitgehend machtlos. Ab 1944 war die Luftherrschaft über Deutschland und Westeuropa völlig auf die US-Luftwaffe und die Royal Air Force übergegangen. 1944 flogen allein die Amerikaner z.B. 1,012 Millionen Einsätze (1943: 233 000) und warfen 939 000 t Bomben (1943: etwa 154 000 t).

Trotz dieses massiven Einsatzes und der furchtbaren Zerstörungen durch Spreng- und Brandbomben erzielten die Alliierten im Luftkrieg nicht den erwünschten Erfolg. Infolge der Evakuierung der Fabrikationsstätten in ländliche Gebiete und unterirdische Anlagen konnte die deutsche Kriegsrüstung ihr Produktionsniveau nicht nur halten, sondern sogar noch steigern. Sie erreichte ihre höchste Produktion im zweiten Halbjahr 1944, konnte allerdings auch damit den notwendigen Ersatz für Verlust und Verschleiß sowie für die Ausrüstung neuer Verbände längst nicht mehr im an sich erforderlichen Umfang decken. Auch die nervliche Zermürbung der Zivilbevölkerung durch die Angriffe auf Wohnviertel blieb weit hinter den Erwartungen zurück. Im allgemeinen rief sogar der Haß auf den Bombenkrieg eine verstärkte Bereitschaft zum Ausharren hervor. Dem nationalsozialistischen Regime kam auch zugute, daß in der Heimat so etwas wie eine Frontatmosphäre entstand. Der Zwang zur Auseinandersetzung mit unmittelbaren Existenz- und Überlebensproblemen ließ es bei vielen Menschen zu keiner kritischen Beurteilung der Gesamtlage kommen.

Als wirklich entscheidend für den Kriegsausgang können lediglich die Auswirkungen der Luftangriffe auf das Verkehrsnetz und die Treibstoffproduktionszentren bezeichnet werden. Die Luftangriffe der Alliierten for-

derten ungefähr 500 000 Tote. Allein bei der Zerstörung des überfüllten Dresdens (1944: 700 000 Einwohner, ca. 250 000 Flüchtlinge) am 13./14. Februar 1945 kamen wahrscheinlich 35 000 Menschen ums Leben. Die gesamte Bombenmenge, die von den Anglo-Amerikanern auf Deutschland und die besetzten Westgebiete abgeworfen wurde, wird nach englischen Quellen auf zwei Millionen Tonnen beziffert. Die deutsche Luftwaffe warf bei ihren Englandflügen etwa 75 000 t ab (einschließlich V1 und V2).

Die wirtschaftliche Entwicklung während des Krieges

Das Wirtschaftsgefüge bei Kriegsbeginn und in der Blitzkriegsphase

Die nationalsozialistische Wirtschaftspolitik beruhte nicht auf einem festumrissenen Programm. 1933 faßte man zwei Ziele ins Auge: Zum einen sollte die Arbeitslosigkeit durch das Arbeitsbeschaffungsprogramm beseitigt werden. Der zweite Akzent lag auf der angestrebten „Wehrhaftmachung" der deutschen Wirtschaft. Sowohl für das Nahziel als auch für das Fernziel setzte man staatliche Steuerungsmaßnahmen ein. Steuererleichterungen, großzügige Kreditvergabe, Einführung der Mefowechsel u.ä. waren die Methoden, um die darniederliegende Wirtschaft anzukurbeln. Aus der gezielten Anwendung dieser Mittel waren die Prioritäten zu erkennen, die die Regierung gesetzt hatte. Die nach dem 1. Arbeitsbeschaffungsgesetz vom 1. Juni 1933 gewährten Steuernachlässe sollten der „Erhaltung und Erstarkung kriegswichtiger Betriebe" dienen. Die Zuschüsse beim Wohnungsbau waren an den Einbau von Luftschutzräumen gebunden. Die Steuerbefreiung für neue Kraftfahrzeuge war als Förderung der Auto- und Motorradindustrie durch Privatkäufer gedacht (im Falle einer Mobilmachung rechnete der Reichsverteidigungsrat 1934 damit, daß 90 Prozent der motorisierten Heeresverbände mit beschlagnahmten Privatfahrzeugen versorgt würden).

Der Geldmarkt wurde für die Finanzierung der vornehmlich arbeitsintensiven Arbeitsbeschaffungsprojekte, wie Autobahnbau, Wohnungsneubau und Wohnungsrenovierung eingesetzt. Gleichzeitig wurde die von der Wirtschaftskrise schwer getroffene Investitionsgüterproduktion durch Kredite stärker gefördert als der Sektor der Konsumgüter (Anstieg der gesamten Industrieproduktion von 1932 auf 1933 um 12 Prozent; Anstieg der Investitionsgüterproduktion von 1932 auf 1933 um 47 Prozent). Der durch Sparereinzahlungen finanzierte Bau des Volkswagenwerkes diente der Produktion eines Wagens, für den die Militärs bei der Planung gefordert hatten, er müsse bei abgenommenem Verdeck drei Männern und einem Maschinengewehr Platz bieten.

Die nämliche Akzentuierung war bei der Umstrukturierung des Außenhandels zu beobachten. Hier wurde einerseits eine umfassende Kontrolle des Devisenverkehrs eingeführt; andererseits bewirkte der auf größtmögliche Autarkie ausgerichtete Import- und Exporthandel eine Verschiebung bei den Handelspartnern und Gütern. Während 1929 noch 35,4 Prozent der Gesamteinfuhr aus Westeuropa und den USA gekommen waren, sank dieser Anteil bis 1938 auf 24,5 Prozent; im gleichen Zeitraum stieg der Import aus Südosteuropa, Vorderasien, Lateinamerika und Nordeuropa von 23,9 auf 39,9 Prozent.

In seiner Denkschrift zum Vierjahresplan vom August 1936 faßte Hitler alle diese Bemühungen programmatisch zusammen und setzte das Ziel, Wirtschaft und Armee innerhalb von vier Jahren kriegsbereit zu machen. Die im Rahmen des Möglichen angestrebte Autarkie auf kriegswirtschaftlich wichtigen Gebieten, insbesondere bei Gummi und Treibstoff sowie in der Stahl- und Leichtmetallproduktion, sollte ohne Rücksicht auf die Kostenpreise angestrebt werden. In den Jahren von 1932 bis 1937 sank der Import von Lebensmitteln um die Hälfte; waren 1928 noch für 2,5 Milliarden Mark Fertigwaren eingeführt worden, so 1938 nur mehr für etwa 500 Millionen. Im gleichen Zeitraum stieg die Einfuhr von Eisenerz z.B. von 13,8 auf 21,9 Millionen t, die von anderen Erzen von 2,8 auf 16 Millionen t (siehe Übersicht auf Seite 58).

Neben der indirekten Förderung von kriegswirtschaftlich interessanten Projekten stiegen die unmittelbar für die Aufrüstung aufgewendeten Beträge von 1933 bis 1939 steil an. Wenn auch die von Hitler in der Reichstagsrede vom 1. September 1939 genannte Zahl von 90 Milliarden Mark von Experten als Prahlerei bezeichnet wird, so steht doch fest, daß etwa 60 Milliarden aufgewendet wurden. 1936 z.B. gab Deutschland (bei einem Volkseinkommen von 82 Milliarden Reichsmark) 18,4 Milliarden (= 22,4 Prozent) für die Rüstung aus, Großbritannien bei einem Volkseinkommen von 58 Milliarden Reichsmark 4 Milliarden (= 6,9 Prozent).

Zu beachten ist, daß die deutsche Wirtschaft ihrem inneren Gefüge nach von 1933–1939 keine Staatswirtschaft geworden war. Das Ziel war nicht, die Mittel für die Gründung einer staatseigenen Rüstungsindustrie auszugeben. Die zur Ausbeutung der an sich unrentablen geringwertigen Eisenerzlagerstätten im Raum Salzgitter gegründeten Hermann-Göring-Werke bildeten einen Ausnahme. Vielmehr blieb die privatwirtschaftliche Ordnung insgesamt bestehen, der Staat dirigierte freilich weitgehend den Produktionsprozeß. „Das Wirtschaftsministerium hat nur die nationalwirtschaftliche Aufgabe zu stellen und die Privatwirtschaft hat sie zu erfüllen", hatte Hitler in der Denkschrift zum Vierjahresplan postuliert.

Bis Kriegsbeginn war auf diese Weise eine leistungsfähige Rüstungsindustrie aufgebaut worden. Dabei war die deutsche Kriegswirtschaft in der Herstellung von Rüstungsgütern den Gegnerstaaten überlegen, ohne daß die gesamte Volkswirtschaft auf Kriegserfordernisse umgestellt worden wäre. Dies hielt Hitler nicht für notwendig, da sein strategisches Konzept auf dem Gedanken des Blitzkrieges beruhte: Friedensphasen mit intensiver Rüstung sollten mit kurzfristigen Feldzügen gegen jeweils einen isolierten Gegner wechseln. Auf diese Weise wollte man die Zivilbevölkerung möglichst schonen und die Mängel in der Naturausstattung des deutschen Wirtschaftsraumes kompensieren. Das Blitzkriegdenken basierte also auf der Überlegung, daß zu einem bestimmten Zeitpunkt eine kurzfristige Rüstungsüberlegenheit genügte, um den Sieg zu erringen.

Diese Planung funktionierte im großen ganzen bis zum Winter 1941/42. Ohne Umstellung der Gesamtwirtschaft auf Kriegsproduktion wurde für jeden der geplanten Feldzüge das auf den jeweils ins Auge gefaßten Gegner spezialisierte Rüstungs- und Mannschaftspotential bereitgestellt. Die Rüstungspläne wurden auf die Mobilmachungspläne abgestimmt. Nach dem Feldzug konnte ohne Schwierigkeiten entweder der zivile Sektor wieder erweitert oder aber der Schwerpunkt der Rüstung verlagert werden (z.B. von Flugzeug- auf Panzerproduktion). So kann man für den Zeitraum von 1939 bis 1941 von einer improvisierten Kriegswirtschaft sprechen. Daß die Umstellung der Gesamtwirtschaft auf Kriegsnotwendigkeiten vermieden werden konnte, lag außer im Erfolg bei den Blitzkriegfeldzügen auch daran, daß mit den eroberten Gebieten Beuteräume für Lebensmittel, Rohstoffe, Industriekapazitäten und Arbeitskräfte in deutsche Hand fielen und zu Lasten der einheimischen Bevölkerung für deutsche Bedürfnisse ausgeschöpft wurden.

Nicht übersehen werden darf aber auch, daß das Regime lange Zeit aus innenpolitischen Gründen nicht das Wagnis eingehen wollte, die gesamte Wirtschaft in Deutschland auf Kriegsbedürfnisse umzustellen. Es erschien nicht opportun, den breiten Schichten der Arbeiterschaft und des Bürgertums mehr Belastungen als unvermeidlich zuzumuten. Während der gesamten Kriegszeit wurde die Stimmung in der Bevölkerung durch ein Netz von SD-Vertrauensleuten beobachtet. In den ab 1939 täglich zusammengestellten „Berich-

ten zur innenpolitischen Lage" konnte die Führung ablesen, wie „das Volk die Ereignisse an der Front und in der Heimat beurteilte". Ein wesentlicher Faktor waren dabei die von Kriegsbeginn an eingeführten Rationierungen von Lebensmitteln und Konsumgütern. Die Führung war überaus bemüht, die Zuteilungen so hoch wie möglich zu halten und die Mittel der eroberten Gebiete dafür einzusetzen. Die Versorgung blieb lange auf einem hohen Niveau. Die Brotration betrug z.B. im September 1939 2500 g pro Person in der Woche, im Oktober 1944 2225 g; die Fleischzuteilung sank allerdings im gleichen Zeitraum von 500 g auf 250 g, die Fettmenge wiederum nur von 270 g auf 218 g. Zu tieferen Eingriffen in die Lebensverhältnisse entschloß sich die Führung erst ab 1943, weniger in der Lebenshaltung als im Arbeitseinsatz und in der Rekrutierung.

Der Übergang zur totalen Kriegswirtschaft

Für den Rußlandfeldzug war die deutsche Rüstungswirtschaft in ihrer Kapazität nicht erweitert (Index 1940 = 100: 1941 = 101), es waren lediglich andere Prioritäten gesetzt worden: Vergrößerung der Panzer-, Artilleriewaffenproduktion, Verringerung der Bombenherstellung. Die Bevölkerung bekam die neue Planung insofern zu spüren, als „Barbarossa" eine wesentliche Vergrößerung des Landheeres erforderte (180 Divisionen, gegenüber 61 im Polen- und 137 im Frankreichfeldzug). Dadurch wurde nicht nur die Wiedereinberufung der nach dem Westfeldzug zeitweilig entlassenen Soldaten, sondern wurden auch Neueinberufungen notwendig. Das für die verstärkte Rüstung erforderliche Arbeitskräftepotential wurde mit Arbeitskräften aus den besetzten Gebieten gedeckt.

Die entscheidende Wende in der deutschen Kriegswirtschaft trat ein, als die Niederwerfung der Sowjetunion in der geplanten Zeit nicht gelang. Im Herbst 1941 und im Winter 1941/42 entstand eine kritische Lage, da die im Juni 1941 bereitgestellte Ausrüstung zum großen Teil verbraucht war, der Nachschub für die 2000 km lange Front nicht ausreichte und mit der Winteroffensive der Sowjets ein deutscher Endsieg in unabsehbare Ferne rückte.

Mit Beginn des „totalen Krieges" im Februar 1943 begann die Mobilisierung aller Frauen für den Kriegshilfsdienst in der Rüstungsindustrie. Im Bild dienstverpflichtete Frauen in der Ankerwickelei der Siemenswerke in Berlin.

Da die Blitzkriegstrategie gescheitert war und durch ein neues Konzept ersetzt werden mußte, war es zwangsläufig geboten, das dem Blitzkrieg entsprechende Kriegswirtschaftssystem rasch zu ändern. Auf Betreiben des Reichsministers für Bewaffnung und Munition, Fritz Todt (ernannt am 17. März 1940), der bereits durch den Autobahnbau, den Westwallbau und als Rüstungssonderbeauftragter Hitlers hervorgetreten war und sich mit seiner uniformierten Arbeitsarmee „Organisation Todt" (OT) eine immer wichtiger werdende Hausmacht verschafft hatte, befahl Hitler im Dezember 1941 die Ausweitung und die Rationalisierung der Kriegswirtschaft. Normung und Standardisierung der Ausrüstung, Konzentration der Produktion in den leistungsfähigsten Betrieben, Neugründung von Rüstungsfabriken sowie die Einengung des Verbrauchsgütersektors waren die Folge. Für die einzelnen Waffenarten wurden Planungs- und Produktionsausschüsse gebildet, in denen Manager, Militärs und Techniker zusammenarbeiteten. Sie sollten eine Straffung bewirken.

Nach der Kriegserklärung an die USA erhielten jene Kräfte einen weiteren Auftrieb, die bereits bisher gegen die kurzatmige Blitzkriegswirtschaft opponiert hatten. Todt und das Wehrwirtschafts- und Rüstungsamt unter Leitung von General Thomas brachten Hitler schließlich im Januar 1942 dazu, einer neuen kriegswirtschaftlichen Konzeption zuzustimmen, die auf lange Fristen abgestellt war. Kern der Neuerung war die von Todt vorgeschlagene Zentralisierung der Rüstungssteuerung.

Nachdem Fritz Todt bei einem Flugzeugunglück am 8. Februar 1942 ums Leben gekommen war, berief Hitler den Architekten Albert Speer an die Spitze des Rüstungsministeriums. Unter ihm wurde die Umstellung auf konsequente Kriegswirtschaft nunmehr voll wirksam. Der Index der Rüstungsproduktion schnellte vom Januar/Februar 1942 = 100 auf 153 (Juli 1942), 229 (Juli 1943) und 322 (Juli 1944). Am 27. Januar 1943 erschien im Reichsgesetzblatt die Verordnung über die Meldung von Männern und Frauen für

Produktion wichtiger Grundstoffe 1928–1939

	1928	1935	1938	1939
Steinkohlenförderung	150 871 000 t	151 908 000 t (einschl. Saargebiet)	186 186 000 t	187 956 000 t
Braunkohlenförderung	165 185 000 t	147 005 000 t	194 985 000 t	212 109 000 t
Erdölförderung	92 000 t	427 000 t	609 000 t (einschl. Österreich)	885 000 t
Eisenerzförderung	6 475 000 t	6 044 000 t	12 351 000 t	14 710 000 t
Benzine aller Art (aus Mineralöl)	241 000 t	877 800 t (1936)	1 494 000 t (einschl. Österreich)	
Treibstofferzeugung d. Hydrier-Synthesewerke	–	–	766 000 t	1 049 600 t
Kautschukerzeugung	–	–	5 200 t	22 400 t

Aufgaben der Reichsverteidigung. Alle Männer vom 16. bis zum 65. und alle Frauen vom 17. bis zum 45. Lebensjahr wurden von den Arbeitsämtern erfaßt.

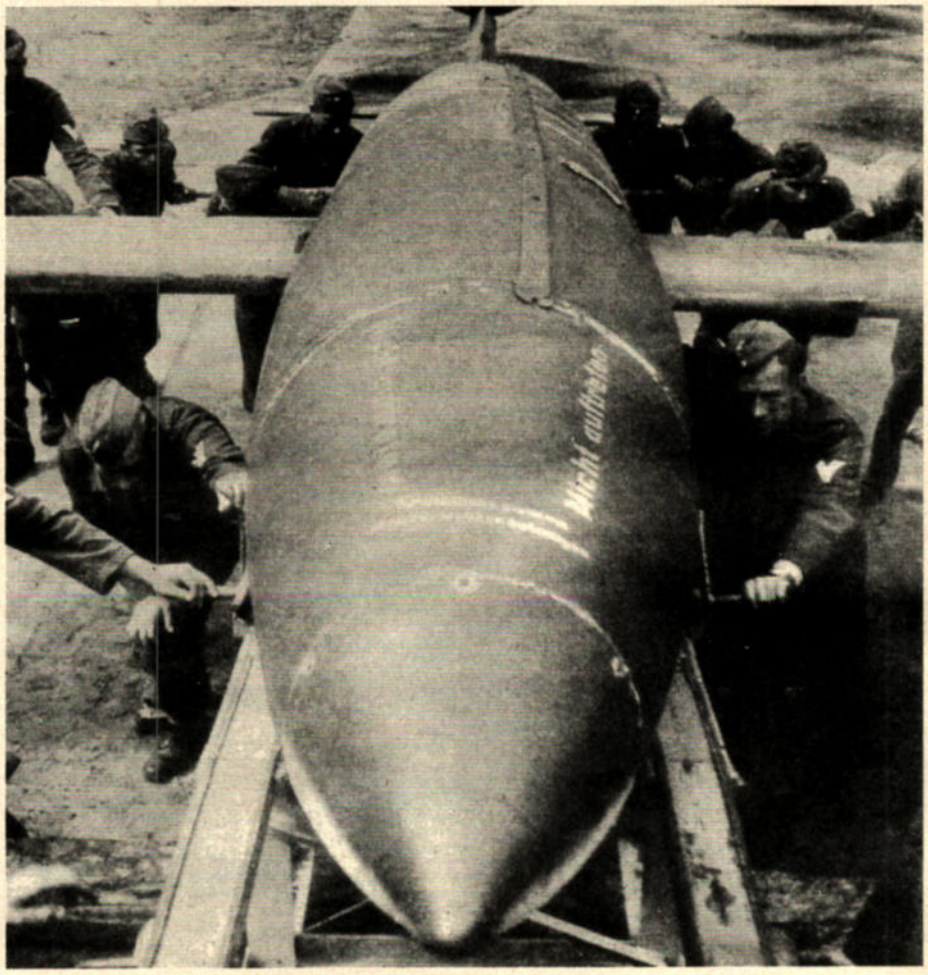
Drei Wochen später, 16 Tage nach der Niederlage der 6. Armee in Stalingrad, inszenierte Goebbels im Berlinger Sportpalast seine berühmt-berüchtigte Befragung des „Volkes" über die Bereitschaft zum totalen Krieg: „...Ich frage euch: seid ihr und ist das deutsche Volk entschlossen, wenn der Führer es befiehlt, zehn, zwölf und, wenn nötig, vierzehn und sechzehn Stunden täglich zu arbeiten und das Letzte herzugeben für den Sieg? ...Ich frage euch: wollt ihr den totalen Krieg? Wollt ihr ihn, wenn nötig, totaler und radikaler, als wir ihn uns heute überhaupt noch vorstellen können? ..." Die sorgfältig ausgewählten Zuhörer antworteten auf die zehn Suggestivfragen mit frenetischer Zustimmung. Am 3. Juni 1943 gab Goebbels vor Rüstungsarbeitern die offizielle Durchhalteparole aus: „...Wir richten uns in unseren Maßnahmen darauf ein, daß wir den Krieg unter allen Umständen so lange durchhalten können, bis der Feind zu Boden sinkt... Unter keinen Umständen werden wir irgendeinen Zustand sich entwickeln lassen, der uns nicht gestatten würde, die entscheidende letzte Viertelstunde bei Atem zu bleiben..."

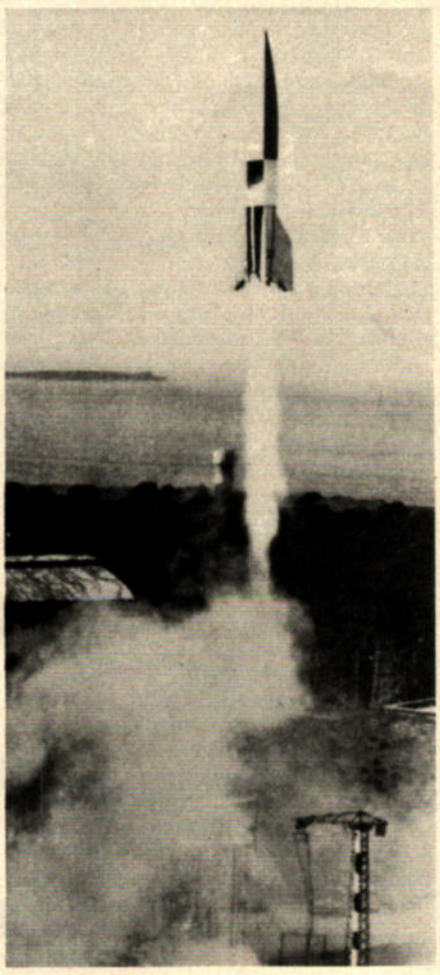
Speers zentraler Planungsstab, von Hitler mit weitgehenden Vollmachten ausgestattet, dirigierte die Produktion durch die Rohstoffzuteilung an die einzelnen Sektoren und steuerte den gesamten Herstellungsprozeß durch die verschiedenen Ausschüsse, in denen die Sachverständigen der einzelnen Produktionszweige vertreten waren. Das System erwies sich als äußerst wirksam. Der Anstieg kulminierte in der 2. Jahreshälfte 1944. Der höchste Stand der Munitionsfertigung lag im August/September 1944; im Juli und Dezember 1944 wurden die meisten Panzer gefertigt; der Höhepunkt der Kraftfahrzeugproduktion lag im 2. Halbjahr 1943 und im Januar und Juni 1944. Die Flugzeugherstellung erreichte ihren Gipfel im Juni/Juli 1944, der Schiffbau den seinen im Oktober und Dezember 1944. Zur gleichen Zeit sank aber die Zahl der einsatzfähigen Jagdflugzeuge dramatisch ab: bei den einmotorigen Jägern von 472 auf 83 innerhalb eines Monats (Juni/Juli 1944), bei den zweimotorigen Jägern von 273 auf 42. Die Munitionsherstellung wurde von 1 285 000 t (1942) auf 3 365 000 t (1944) gesteigert. Die Flugzeugwerke lieferten 1942 insgesamt 15 556 Maschinen aus, 1944 dagegen 40 593; der Ausstoß der Panzerfabriken betrug 1942 (mittlere Panzerwagen) 5 640, 1944 12 100.

Diese Ergebnisse waren an sich eindrucksvoll, reichten aber bei weitem nicht aus, um die der Kriegslage angemessene Kampfstärke zu gewährleisten. So konnten zum Beispiel vom August 1943 bis zum Januar 1944 an der Ostfront in keinem Monat die Verluste an Panzern und Sturmgeschützen durch Neuzuführungen ausgeglichen werden. Speer sagte zwar, die Panzerproduktion des Jahres 1944 hätte für eine komplette Neuausstattung des Feldheeres ausgereicht, verschwieg aber, daß zur Erhaltung des erreichten Bestandes die doppelte Zahl notwendig gewesen wäre. Die Ist-Stärken lagen im Durchschnitt nur bei 35 Prozent der Soll-Stärken. Instandsetzung, Ersatzteilversorgung und Bergung beschädigter Panzer wurden nicht genügend gefördert, so daß die Neuzuführungen die Ausfälle nicht zu decken vermochten, abgesehen davon, daß eine Erhöhung der eigenen Kampfkraft notwendig gewesen wäre, um der steigenden Kampfkraft der Roten Armee wirkungsvoll begegnen zu können. Hinzu kam, daß der Charakter des Krieges sich gewandelt hatte: Bei der zahlenmäßigen Überlegenheit des Gegners – 1944/45 zum Beispiel einem um 50 Prozent höheren Kraftfahrzeugbestand! – mußte die von ihm erzwungene bewegliche Kriegsführung sich für die deutsche Seite immer nachteiliger auswirken. Die Verhältnisse hatten sich im Vergleich zu 1941/42 ins Gegenteil gekehrt.

Für die Personalentwicklung gilt ähnliches. Auch hier stieg der Mannschaftsbestand der Wehrmacht infolge mehrmaliger Auskämmaktionen. 1942 verfügte das Heer über 186 große Einheiten (Divisionen, Brigaden); 1944 über 228. In der Luftwaffe dienten 1941

Die sogenannten Vergeltungswaffen wurden zwar von der Propaganda gern als Wunderwaffen bezeichnet, hatten aber keine Bedeutung mehr für den Kriegsausgang. Links: Eine V 1 wird zur Abschußstelle gerollt. Rechts: Start der ersten Großrakete der Welt, der A 4, später V 2 genannt, auf dem Versuchsgelände in Peenemünde.





1 680 000 Soldaten, 1944 2 100 000. Insgesamt wuchs die Zahl der Wehrmachtsangehörigen von 1,4 Millionen (1939) auf 5,7 (1940), 7,4 (1941), 9,4 (1942), 11,2 (1943) und 13 Millionen (1944) – aber die Gegner vermochten auch hier ein Vielfaches aufzubieten: An der Ostfront betrug zum Beispiel das Kräfteverhältnis der Infanterie 1944/45 bereits ca. 1:10!

Da die der Wirtschaft entzogenen Männer nur teilweise durch Frauen ersetzt werden konnten (beschäftigte Frauen 1944: 15 Millionen), „überstellte" der „Generalbevollmächtigte für den Arbeitseinsatz", Sauckel, den Industriebetrieben bis 1944 7,5 Millionen Zwangsarbeiter und Kriegsgefangene. Innerhalb der Industrie kam es zu einer Umschichtung der Beschäftigten. 1941 arbeiteten zum Beispiel 40 Prozent der Arbeiter in der metallverarbeitenden Industrie, 1944 waren es 47 Prozent, der Anteil der in der Bauwirtschaft Tätigen sank im gleichen Zeitraum von 10 auf 6 Prozent. Selbstverständlich erfuhr jetzt auch die Konsumgüterproduktion eine weitere empfindliche Drosselung.

Daß Deutschland der großen Zahl von Gegnern mit wesentlich größerer Wirtschaftskapazität so lange erfolgreich Widerstand zu leisten vermochte, lag neben der Ausschöpfung aller Reserven auch in der teilweise besseren Qualität der Bewaffnung begründet. Aus den Plänen der Entwicklungsausschüsse der verschiedenen Waffengattungen entstanden neue Typen, die immer wieder eine zeitweilige Überlegenheit bewirkten. So war zum Beispiel dem Heer mit dem Maschinengewehr 42 eine Mehrladewaffe mit einer Schießleistung von 1500 Patronen je Minute geliefert worden, die es in die Lage versetzte, dem Ansturm der an Zahl überlegenen Russen entgegenzutreten. Die Luftwaffe brachte im gleichen Jahr einen verbesserten Typ der Jagdmaschine Messerschmitt M 109 mit 630 km Stundengeschwindigkeit und den noch schnelleren Jagdeinsitzer Focke-Wulf FW 190 heraus. Die Entwicklung von Strahltriebwerken erreichte allerdings erst 1944 Fertigungsreife, so daß Ende 1944 die ersten Düsenflugzeuge starten konnten. Mit dem gleichen Triebwerk war auch der Jäger Me 262 ausgestattet (Geschwindigkeit 900 km/h). Hitler hatte auf diesen Flugzeugtyp große Hoffnungen gesetzt. Als er zum Einsatz kam, erzielte er auch sofort große Erfolge – zum Beispiel schossen Me 262-Jäger am 18. März 1945 über Berlin 30 Feindmaschinen ohne Eigenverluste ab –, aber die Gesamtlage war zu diesem Zeitpunkt nicht mehr zu ändern.

Auch die Raketen konnten keine entscheidenden Erfolge erzielen. Die 1943 begonnene Entwicklung führte 1944 zu ersten Ergebnissen. Raketen kamen in Form von Panzerabwehr-, Fliegerabwehr- und Flugzeug-Bord-Raketen zum Einsatz. Es handelte sich um draht-, akustisch- oder elektronischgesteuerte Flüssigkeitsraketen. Der wirksamste Typ mit Geschwindigkeiten bis zu 1500 km/h gelangte erst in den letzten Kriegswochen an die Front. Große Erwartungen knüpften sich an die sogenannten Vergeltungswaffen V 1 und V 2. Bei der V 1 handelte es sich um eine fliegende Bombe mit 800–1000 kg Sprengstoff und einer Reichweite von maximal 500 km. Die Verwendung begann am 13. Juni 1944 gegen England (V 1); die letzten der etwa 2000 V 2 wurden am 5. April 1945 abgefeuert. Eine Wende des Krieges hatten auch sie nicht herbeiführen können.

Damit vergleichbar ist die Entwicklung auf dem Gebiet der Panzer und Panzerabwehr ähnlich verlaufen. 1943 wurden die schweren Panzer „Tiger" und „Panther" in größerer Zahl eingesetzt. Die Eigenschaften des „Tiger" brachten ihm bei den Soldaten den Beinamen „Möbelwagen" ein: große Durchschlagskraft, aber schwerfällig. Der „Panther" galt allgemein als der gelungenste Panzertyp des Zweiten Weltkrieges. Beide Panzerbauten waren durch das Auftauchen des hervorragenden russischen Panzers T 34 provoziert worden. In der letzten Kriegsphase wurde an der Westfront der 68 t schwere „Königstiger" eingesetzt. Er war den alliierten Panzern klar überlegen, konnte allerdings nur mehr in geringer Zahl produziert werden, so daß sein Einsatz ergebnislos verlief. Der 188-t-Panzer-Gigant „Maus" kam nicht über das Planungsstadium hinaus.

Als Sensation wurde die Auslieferung der „Panzerfaust" im Jahre 1943 gefeiert. Man glaubte mit diesem Hohlladungsgeschoß eine wirksame Panzerabwehrwaffe für den Einzelkämpfer gefunden zu haben und steigerte die Produktion von 195 000 Stück (Juli 1944) auf 1 256 000 (Januar 1945). Schon bald zeigte sich, daß die Einsatzmöglichkeiten durch die geringe Reichweite (200 m) und wegen des den Standpunkt des Schützen verratenden Feuerrückstoßes begrenzt waren. Aus der heillosen Situation der letzten Kriegsmonate heraus wurden schließlich noch einige neue Waffen geschaffen. Zu diesen Verzweiflungswaffen muß man die Rammflugzeuge zählen: bemannte Jagdflugzeuge, die sich nach dem Vorbild der japanischen Kamikaze (Selbstaufopferungsflieger) auf feindliche Bomber stürzten. Ähnliche Todesbereitschaft bewiesen die Fahrer der Ein-Mann-Kleinst-U-Boote, die zuletzt noch in großer Zahl eingesetzt wurden, jedoch bei erschreckend hohen Eigenverlusten keine nennenswerten Ergebnisse zu erzielen vermochten.

Der Zusammenbruch der deutschen Kriegswirtschaft ist auf viele Ursachen zurückzuführen. Die Wirkungen des alliierten Bombenkrieges konnten zunächst durch massive Verteidigung, durch Verlagerung der Produktionsstätten in unterirdische Anlagen, durch Dezentralisierung, durch Wiederaufbau usw. abgefangen werden. Erst der Zusammenbruch des Verkehrsnetzes und die gezielten Angriffe auf die Treibstoffwerke führten zu empfindlichen Störungen. Entscheidend für den rapiden Produktionsrückgang ab Ende 1944 waren auch der infolge der Gebietsverluste akut werdende Rohstoffmangel (Verlust der rumänischen Erdölfelder) und der Ausfall von Produktionsstätten insbesondere der Stahl- und Treibstofferzeugung. Bereits vorher hatte sich der Mangel an qualifizierten Fachkräften bemerkbar gemacht. Frauen und ausländische Arbeiter konnten die zur Wehrmacht Einberufenen nur zahlenmäßig ersetzen, und eben das genügte nicht zur Aufrechterhaltung der Qualität.

Speer schätzte die Lage bereits an der Jahreswende 1944/45 richtig ein. Nach dem Verlust des Ruhrgebietes müsse mit dem endgültigen Zusammenbruch der Wirtschaft gerechnet werden. Danach könne der Krieg auch militärisch nicht mehr fortgesetzt werden, so sagte Speer am 30. Januar 1945 zu Hitler. Am 15. März 1945 unterbreitete der Minister abermals eine Denkschrift mit ähnlichem Inhalt. Auch Hitler war es nun klar geworden, daß der Zusammenbruch bevorstand. Aber zum Unterschied von Speer dachte er nicht an die Bewahrung der letzten Reste der Wirtschaftsbasis für die Überlebenden, sondern ordnete am 19. März 1945 die vollständige Zerstörung der deutschen Wirtschaft an. Speer nutzte seinen funktionierenden Apparat, um den Vernichtungsbefehl so weit wie möglich zu vereiteln.

Himmler bei der Inspektion des KZ-Lagers Mauthausen, rechts Kaltenbrunner.

Die Durchführung des rassenideologischen Programms im Kriege

Der Ausbau der SS-Macht

Die Waffen-SS

Bis Kriegsbeginn hatte sich das rassenideologische Programm der SS im wesentlichen gegen die jüdische Bevölkerung Deutschlands und der ab 1938 „angeschlossenen" Gebiete gerichtet. Gleichzeitig hatte Himmler den Machtapparat der SS auf die Polizei und die Gestapo ausgedehnt. Ab 1938 begann aufgrund einer Hitler-Entscheidung der Aufbau einer SS-Armee. Zu ihr zählten die aus der „Leibstandarte Adolf Hitler" und den „Politischen Bereitschaften" aufgestellten SS-Verfügungstruppen (SS-VT) und die SS-Totenkopfverbände (SS-TKV). 1939 umfaßten die SS-VT etwa 18000, die SS-TKV etwa 6500 Mann. Daneben gab es die Allgemeine SS. Aus dem Personal der drei Gliederungen erwuchs die Waffen-SS, die ab Kriegsbeginn systematisch erweitert wurde. So wurden die SS-TKV in die Waffen-SS überführt und weitere 36000 Mitglieder der Allgemeinen SS zur Waffen-SS eingezogen. Für die Bewachung der Konzentrationslager stellte Himmler die Totenkopf-Wachsturmbanne auf. Sie erreichten im Laufe der Jahre eine Stärke von 24000 Mann, zumeist nicht voll Kriegsverwendungsfähige.

An militärisch ausgebildeten SS-Einheiten standen 1939 zur Verfügung: eine SS-Polizei-Division (ehemalige Angehörige der Ordnungspolizei), die SS-Division „Das Reich" (aus den Standarten der SS-VT), die SS-Division „Totenkopf" (aus Angehörigen der früheren SS-TKV) und das SS-Regiment „Leibstandarte" (1942 zur Division „Leibstandarte" erweitert). Beim Fronteinsatz wurden die SS-Truppen der Armeeführung unterstellt, der sie zugeteilt waren, aber Hitler blieb bei seiner grundsätzlichen Einstellung, daß die SS eine ihm unmittelbar zur Verfügung stehende Staatstruppenpolizei sei. Wenn sie auch im Krieg „zur vorbildlichen Bewährung und zur Leistung eines Blutopfers im Schicksalskampf des deutschen Volkes" (Hitler) an der Front eingesetzt wurde, so blieb die Trennung von der Wehrmacht stets gewahrt. Die SS sollte weder eine nur soldatische Truppe sein, noch sollte sie nur für militärische Unternehmen Verwendung finden. Dieses ursprüngliche Konzept Hitlers und Himmlers wurde im Laufe des Krieges zum Teil verändert. Die Vergrößerung der Waffen-SS auf schließlich 910000 Mann (Ende 1944) hatte zur Folge, daß von einer homogenen, ideologisch auf den Nationalsozialismus und auf den Gehorsam gegenüber Hitler eingeschworene Truppe nicht mehr die Rede sein konnte. Hinzu kam, daß einzelne von der Reichswehr zur SS übergetretene hohe Offiziere ihre Einheiten ausschließlich als militärische Truppe betrachteten.

Trotz dieser Uneinheitlichkeit innerhalb der Fronttruppen der Waffen-SS wurde in der Nachkriegszeit zwischen Zwangsrekrutierten und Einheiten, die im Fronteinsatz gekämpft hatten, und denjenigen SS-Truppenteilen, die im Sinne Hitlers und Himmlers als Vollzugsorgane der rassenpolitischen Maßnahmen im besetzten Europa gewirkt hatten, nicht immer sorgfältig unterschieden.

Als folgenschwer erwies sich, daß Himmler in einem Erlaß (22. April 1941) die 1939 neuaufgestellten Totenkopf-Wachsturmbanne als Teil der Waffen-SS bezeichnet hatte, so daß sich auch alle Schreckenstaten in dem immer umfangreicher werdenden Konzentrationslagerbereich im Namen der Waffen-SS ereigneten. Hinzu kam noch, daß die Waffen-SS-Fronttruppen zwar mit großer Tapferkeit und Verbissenheit kämpften (bis 1945: 350000 Tote und Verwundete), die die Wehrmacht voll anerkannte, daß verschiedene dieser Einheiten aber zum Teil mit äußerster Härte vorgingen, so daß die SS-Truppen mit einer Mischung aus Bewunderung und Schrecken betrachtet wurden. Die Nachkriegsprozesse ergaben, daß es unmöglich ist, global zwischen „reinen" Waffen-SS-Fronttruppen und schuldig gewordenen Waffen-SS-Konzentrationslagermannschaften bzw. -Einsatzgruppen zu unterscheiden. Es gab zahlreiche Versetzungen zwischen den verschiedenen Einheiten, so daß erst nach einer Überprüfung der individuellen Laufbahn ein Urteil gefällt werden kann.

Einen besonderen Akzent erhielt die Waffen-SS-Fronttruppe auch dadurch, daß sie ihren Ersatz nicht aus den Reihen der Wehrpflichtigen decken konnte und deshalb auf den Ausweg verfiel, unter den Volksdeutschen aus Ost- und Südosteuropa und unter den „arierrassigen" Nichtdeutschen der besetzten Gebiete Freiwillige zu werben. Nach der SS-Statistik betrug die Gesamtstärke der SS im Jahre 1944 860000 Mann (200000 reichsdeutsche Freiwillige, 120000 Einberufene, 280000 Volksdeutsche, 120000 nichtdeutsche Freiwillige aus Nord- und Westeuropa, 140000 nichtdeutsche Freiwillige aus Osteuropa). Die Ist-Stärke wurde zum gleichen Zeitpunkt vom statistischen Amt des Reichsführers-SS mit 595000 angegeben. Die Personalnot wurde in einen ideologischen Vorteil umgemünzt: „Die germanischen Freiwilligen in der Waffen-SS werden einmal zusammen mit den Angehörigen der germanischen Schutzstaffel das Fundament bilden, auf dem das Germanische Reich errichtet wird" (SS-Hauptamtschef Gottlob Berger). Die „Germanischen Leitstellen" in Holland, Belgien, Dänemark, Norwegen, im Baltikum und im übrigen Osteuropa wählten nach den Rassevorstellungen der SS die Freiwilligen aus, um sie in die zur Herrschaft über das NS-gelenkte Europa berufene Elitetruppe einzugliedern.

Das SS-Wirtschafts- und Verwaltungshauptamt (SS-WVH)

Dieser Bereich veranschaulicht neben dem Ausbau der bewaffneten SS-Truppen am augenfälligsten die Machtausweitung Himmlers. Die Bedeutung des SS-WVH resultierte daraus, daß in den Konzentrationslagern, die es verwaltete, ein Arbeitskräftepotential zur Verfügung stand, das während der Kriegszeit, als alle anderen Wirtschaftsbereiche unter größtem Personalmangel litten, seinesgleichen nicht hatte. Damit wurden zwei SS-eigene Einnahmequellen erschlossen:

- Man „verlieh" KZ-Häftlinge gegen eine Gebühr von 4.- bis 8.-RM täglich an Industriefirmen. Obwohl die durchschnittliche Lebensdauer der Häftlinge mit nur 9 Monaten veranschlagt war, ergab die Rentabilitätsberechnung der SS doch einen „Reingewinn" von 1431.- RM pro Person, zu dem noch weitere 200.- RM aus der „rationellen Verwertung der Leiche" geschlagen wurden.

- Die SS gründete Wirtschaftsunternehmen, wie die „Deutsche Erd- und Steinwerke", die „Deutschen Ausrüstungswerke", die „Deutsche Versuchsanstalt für Ernährung und Verpflegung" und die „Gesellschaft für Textil- und Lederverwertung". Der Jahresumsatz dieser Betriebe lag 1943 bei etwa 50 Millionen RM. Außerdem wurden Privatbetriebe von der SS übernommen, so zum Beispiel eine Reihe von Mineralwasserfabriken und Firmen der Möbelindustrie. Drei Beweggründe waren im wesentlichen für dieses Vordringen in die Wirtschaft bestimmend: kapitalistisches Gewinnstreben, um der SS Geldmittel zu verschaffen; machtpolitisches Interesse, um bestimmte Industriezweige zu beherrschen; schließlich der Wunsch, die SS auf gewissen Gebieten autark zu machen. Das letztere Motiv rückte insbesondere im Krieg in den Vordergrund, als man den ehrgeizigen Plan einer SS-eigenen Rüstungsindustrie entwickelte, um die Waffen-SS unabhängig von Lieferungen aus den bestehenden Betrieben zu machen.

Den Erfolg bei all diesen Projekten verdankte die SS zunächst der sich ständig ausweitenden Machtstellung des Reichführers-SS. Zweitens verfügte, wie erwähnt, die SS über ein großes Arbeitskräftereservoir, das es ihr ermöglichte, immer neue Aufgaben zu übernehmen und sich in bestehende Bereiche hineinzudrängen. Als es zum Beispiel notwendig wurde, die Rüstungsindustrie mit Häftlingen zu versorgen, legte die SS in ganz Deutschland nach und nach zahlreiche KZ-Arbeitslager an und erhielt so über die Leihhäftlinge Einfluß auf die Produktion. Bei der Verlegung kriegswichtiger Betriebe unter die Erde war praktisch nur die SS in der Lage, mit ihren Häftlingsmassen das Bauprogramm im

gebotenen Tempo zu erfüllen. So begann die SS etwa eine Rolle zu spielen in den unterirdischen Produktionsstätten für Flugzeugbau und für Munition. Schließlich übertrug Himmler als Befehlshaber des Ersatzheeres seiner SS auch die Aufsicht über die Vergeltungswaffen-Zentralen.

Die Machtposition des Reichsführers-SS

Der Kompetenzhunger der SS verkörperte sich im Streben ihres Reichsführers, durch Übernahme immer neuer Funktionen ein SS-Imperium innerhalb des Staates und der Partei aufzubauen. Bereits vor dem Krieg hatte Himmler mit den Posten des Reichsführers-SS und des Chefs der deutschen Polizei seine Machtstellung sowohl in der Partei als auch im staatlichen Bereich begründet. Als Herrn über den SS-Sicherheitsdienst und die Geheime Staatspolizei standen ihm zudem die zunächst entscheidenden Kontrollorgane zur Verfügung. Aber erst während des Krieges begann Himmlers eigentliche Machtausdehnung.

Ab 1939 war Himmler auch „Reichskommissar für die Festigung des deutschen Volkstums" in den besetzten Gebieten. Neben den Maßnahmen gegen die nichtdeutsche Bevölkerung oblagen der SS sämtliche Umsiedlungsaktionen der in Ost- und Südosteuropa ansässigen Volksdeutschen. In Trecks wurden diese Menschen in die von der SS vorgesehenen Gebiete, im wesentlichen in die nach dem Sieg über Polen „angeschlossenen" Reichsgaue und zum Teil auch in Neusiedlungsschwerpunkte im Baltikum, in Weißrußland und in der Ukraine, gebracht. Für die Durchführung dieser Aktionen war das SS-Hauptamt „Volksdeutsche Mittelstelle" zuständig. Überprüft wurden die Umgesiedelten vom SS-Rasse- und Siedlungshauptamt. Der Gesamtplan Himmlers sah 36 Siedlungszentren vor, bestehend aus je einer Stadt von 20000 Einwohnern und einem Dörferkranz im Umkreis von etwa 100 Kilometern. Zwischen diesen deutschen „Marken" sollten Einheimische unter Kontrolle leben und wirtschaften dürfen.

1943 wurde Himmler als Nachfolger Fricks Reichsinnenminister. Den Höhepunkt seiner Karriere erreichte er nach dem 20. Juli 1944, als Hitler ihn zum Befehlshaber des Ersatzheeres ernannte. Aber immer noch gab es Bereiche, die der SS offiziell verschlossen waren. Himmlers Bemühen zielte darauf, durch Einschleusen von Gesinnungsfreunden und durch Herausbrechen von Teilkompetenzen auch hier Einfluß zu gewinnen. Im Schul- und Erziehungswesen faßte die SS über die „Dienststelle Heißmeyer" Fuß. Seit 1933 gab es neben den öffentlichen Schulen, die Erziehungsminister Rust unterstanden, „Nationalpolitische Erziehungsanstalten" (NPEA), die den allgemeinen Führernachwuchs für Partei und Staat heranbilden sollten. 1936 schaltete sich die SS durch Obergruppenführer Heißmeyer ein, der als „Inspekteur der Nationalpolitischen Erziehungsanstalten" darüber zu wachen hatte, daß bei der Schüleraufnahmen die rassische Eignung im Sinne der SS gewährleistet war. Ab 1941 gründete die SS „Deutsche Heimschulen", in die die Kinder bereits im Volksschulalter aufgenommen wurden, um sicherzustellen, daß das „rassisch wertvolle Erbgut" schon möglichst frühzeitig zur nationalsozialistischen Haltung erzogen wurde. Die zunächst bestehende Unterstellung Heißmeyers unter Rust wurde mehr und mehr ignoriert. Schließlich erhielt Heißmeyer eine eigene Position im Organisationsgefüge Himmlers.

Der SS genügte die Herrschaft über die eigene Gerichtsbarkeit nicht, sie erstrebte über den Rahmen der SS-und Polizeigerichte hinaus Einfluß auf die öffentliche Gerichtsbarkeit. Um dieses Ziel zu erreichen, wurde dem Präsidenten des Volksgerichtshofes, Thierack, den Himmler und Heydrich als SS-freundlichen Partner kannten, 1942 der Posten des Reichsjustizministers verschafft. Thierack erwies sich erkenntlich, indem er der SS Zugang zu den Staatsanwaltschaften gewährte und zuließ, daß die Gestapo von ordentlichen Gerichten Verurteilte aufgriff sowie Gerichtsurteile abänderte und schließlich im Osten der SS das gesamte Gerichtswesen überantwortete.

Auf andere Weise gelang der SS der Einbruch in die ihr bis 1943 verschlossene „Abwehr" der Wehrmacht. Auf der Spur eines zum Widerstandskreis gehörenden Diplomaten entdeckte die Gestapo, daß auch Generalmajor Oster, der Chef der Abwehr-Zentralabteilung, und andere prominente Abwehr-Angehörige zu den Gegnern des Nationalsozialismus gehörten. Ende Februar 1944 erteilte Hitler daraufhin den Befehl, die Abwehr in SS-Regie zu nehmen. Der bisherige Leiter des Amtes IV (Auslands-SD) im Reichssicherheitshauptamt, Schellenberg, wurde Chef der Abwehr, behielt allerdings den bisherigen Apparat unter Admiral Canaris weitgehend bei. Erst als nach dem Attentat vom 20. Juli bekannt wurde, daß auch Canaris und weitere Abwehrangehörige an der Oppositionsbewegung beteiligt waren, erfolgte eine umfassende Säuberung. Die SS beherrschte nunmehr tatsächlich allein den militärischen Abwehrdienst.

Es wäre jedoch verfehlt, den Schluß zu ziehen, Himmler sei es gelungen, aus all den nach und nach zusammengerafften Kompetenzbereichen ein straff organisiertes SS-Imperium zu schaffen, das gleicherweise über militärische und polizeiliche, wirtschaftliche und juristische, rassen- und schulpolitische Herrschaftsmöglichkeiten verfügte und das in eigener Regie sowohl Selterswasser als auch die V2 erzeugte. So wenig es bei der aufgeblähten Waffen-SS noch möglich war, lückenlos die ursprünglich geforderten arischen Rassenmerkmale und die ideologische Gleichschaltung zu gewährleisten, so wenig war es Himmler gegen Ende des Krieges mehr möglich, die Linientreue zum Beispiel seiner Hauptamtchefs oder der Waffen-SS-Generale zu kontrollieren und seinen gesamten Herrschaftsbereich souverän zu regieren. Immerhin blieb die SS diejenige Organisation, die sich bis zum Ende des Dritten Reiches am intensivsten mit dem Nationalsozialismus indentifizierte.

Die Maßnahmen in den besetzten Gebieten

Wenn auch im Laufe der Jahre immer mehr wichtige innenpolitische Machtpositionen mit SS-Angehörigen durchsetzt wurden, fand die SS ihr eigentliches Betätigungsfeld nach Kriegsbeginn in den besetzten Gebieten und hier wiederum vor allem im Osten. Der Grund dafür ist leicht zu erkennen. Da die Rassenideologie stets der Kernpunkt aller SS-Betätigung blieb und im Osten der projektierte Lebensraum lag, wollte und konnte die SS hier ihre Vorstellungen am konsequentesten verwirklichen. Dieses Programm sah im wesentlichen die Endlösung der Judenfrage in dem vom Nationalsozialismus beherrschten Europa, einschneidende Maßnahmen gegen die nichtjüdische Bevölkerung in den verschiedenen Ländern und umfangreiche Umsiedlungsaktionen vor. Die Höheren SS- und Polizeiführer gewannen nunmehr als regionale Mittelinstanzen, gewissermaßen als „Kleine Himmler", große Bedeutung für die Durchsetzung der Rassenpolitik.

Die Entwicklung der Judenverfolgung während der Kriegszeit

Die Eroberung osteuropäischer Gebiete ließ den Rassenpolitikern der SS die Verwirklichung jenes Planes als möglich erscheinen, den Hitler bereits in seiner Reichstagsrede vom 30. Januar 1939 angedeutet hatte: Das Ergebnis eines kommenden Krieges würde „nicht die Bolschewisierung der Erde und damit der Sieg des Judentums sein, sondern die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa". Noch während im Reichssicherheitshauptamt Auswanderungspläne bearbeitet wurden, begannen SS und Sicherheitsdienst im Osten mit systematischen Mordaktionen. Auf Himmlers Befehl folgten seit dem Polenfeldzug sogenannte Einsatzgruppen der kämpfenden Truppe. *(Eingehende Darstellung der nationalsozialistischen Besatzungsmaßnahmen in: Informationen zur politischen Bildung, Folge 143 „Deutsche und Polen 2", S. 4–10).* Sie erfüllten folgende Aufgaben: sofortige Erschießung von Juden, Anzettelung von Pogromen, Abtransport der überlebenden Juden in die größeren Städte, wo Gettos gebildet wurden. Gleichzeitig erfolgte der Abtransport der Juden aus dem Reich, aus Österreich und der Tschechoslowakei nach Osten. In Lodz entstand das erste Getto, wenig später folgte Warschau. Daß diese Maßnahmen terroristisch und verbunden mit exzessiven Ausschreitungen durchgeführt wurden, ist in vielen Augenzeugenberichten überliefert. Die SS-Moral gebot „Anständigkeit nur gegenüber den Angehörigen des eigenen Blutes", „Untermenschen" und „Schädlinge" waren zu versklaven und auszutilgen.

Bereits vor dem Feldzug gegen Polen hatte Hitler den Armeeführern offen gesagt, es würden sich Dinge ereignen, die nicht den Beifall der Generale finden würden. Er wolle deshalb das Heer nicht mehr mit den aus politischen Gründen notwendigen Liquida-

Selektion auf der Rampe des Vernichtungslagers Auschwitz.

tionen belasten. Er verlange nur, daß sich die Generalität in diese Dinge nicht einmische. Nach Beginn des Rußlandkrieges wurde die Ostfront in vier Einsatzgruppen-Abschnitte gegliedert. Die Befehlshaber kamen den ihnen erteilten Befehlen mit der erwarteten Brutalität nach. Am 15. Oktober 1941 zum Beispiel meldete die Einsatzgruppe A an Himmler, seit dem 22. Juni seien 135 567 Personen liquidiert worden. Die Einsatzgruppe B berichtete für den gleichen Zeitraum den Tod von 45 476 Menschen. Innerhalb von zwei Jahren kamen durch die vier insgesamt etwa 3000 Mann starken Einsatzgruppen mehr als eine halbe Million Menschen ums Leben.

Da die Massenerschießungen trotz aller Geheimhaltungsmaßnahmen besonders bei den in der Nähe liegenden Wehrmachtseinheiten zu großes Aufsehen erregten und das Verfahren auch als „umständlich" bzw. als „seelisch zu belastend" galt, kamen die SS-Führer auf den Gedanken, die bei der Durchführung des Euthanasieprogramms in den Jahren 1939/41 verwendete Methode der Tötung in Gaswagen auch bei der Judenvernichtung anzuwenden. Dabei wurden die Auspuffgase in das Innere der abgedichteten und mit Menschen vollgepferchten Lastwagen geleitet. Aber Adolf Eichmann, der Sonderbeauftragte für die Judenvernichtung, hielt auch diese Methode für nicht wirksam genug. Die im Januar 1942 in Berlin am Großen Wannsee abgehaltene Besprechung über die Endlösung der Judenfrage stellte ihn vor Aufgaben, deren Umfang alles bisherige übertraf.

Vertreter des Ministeriums für die besetzten Ostgebiete, des Justiz-, Außen- und Innenministeriums, des Beauftragten für den Vierjahresplan und der SS-Ämter für Rasse und Siedlung, der Sicherheitspolizei und des SD berieten am 20. Januar 1942 über die Systematisierung der Maßnahmen. Im Auftrag Görings sollte Heydrich (seit 1939 Chef des Reichssicherheitshauptamtes) eine Zentralisierung aller „organisatorischen, sachlichen und materiellen Belange im Hinblick auf die Endlösung der europäischen Judenfrage" erreichen. „Im Zuge dieser Endlösung kommen rund 11 Millionen Juden in Betracht. Unter entsprechender Leitung sollen im Zuge der Endlösung die Juden in geeigneter Weise im Osten zum Arbeitseinsatz kommen. In großen Arbeitskolonnen, unter Trennung der Geschlechter, werden die arbeitsfähigen Juden straßenbauend in diese Gebiete geführt, wobei zweifellos ein Großteil durch natürliche Verminderung ausfallen wird. Der allfällig endlich verbleibende Restbestand wird, da es sich bei diesem zweifellos um den widerstandfähigsten Teil handelt, entsprechend behandelt werden müssen, da dieser, eine natürliche Auslese darstellend, bei Freilassung als Keimzelle eines neuen jüdischen Aufbaues anzusprechen ist (siehe Erfahrung der Geschichte). Im Zuge der praktischen Durchführung der Endlösung wird Europa von Westen nach Osten durchgekämmt. Die evakuierten Juden werden zunächst Zug um Zug in sogenannte Durchganggettos verbracht, um von dort aus weiter nach dem Osten transportiert zu werden. Abschließend wurden die verschiedenen Lösungsmöglichkeiten besprochen..." (Wannsee-Protokoll). Die Tötung durch Gas in ortsfesten Vernichtungsstätten erwies sich als geeignetste Methode, um die von Eichmanns-Planungsstab nach Osten dirigierten Menschenmassen „entsprechend behandeln" zu können. In Belzec (zwischen Lublin und Lemberg), Treblinka (bei Warschau), in Sobibor und Maidanek (bei Lublin), in Chelmno (bei Posen) und in Auschwitz (bei Kattowitz) wurden die Massentötungen vorgenommen. Versuche hatten ergeben, daß das Präparat Zyklon B (kristallisierte Blausäure) sich für die Tötung am besten eignete. Wenn die Juden, auf engstem Raum zusammengedrängt, in den Kammern eingeschlossen waren, wurde das Zyklon-B-Pulver von oben durch röhrenartige Öffnungen eingeworfen. Nach etwa 15 Minuten trat der Tod ein.

Im Laufe der Monate räumte die SS die zu Beginn der Aktion gebildeten Gettos und schickte den Großteil der Insassen in die Vernichtungslager. Ein geringerer Teil wurde ausgesucht, um in den Industrien der Konzentrationslager als Arbeiter beschäftigt zu werden. In den Gettos und Lagern zwang die SS Gruppen von Inhaftierten in die Rolle von Helfern, die unter Überwachung und nicht selten unter dem Terror der SS-Aufseher die anfallenden Arbeiten zu erledigen hatten. Die sog. Judenräte der Gettos hatten zum Beispiel die von der SS für die „Umsiedlung" angeforderten Juden auszuwählen. Die aus jüdischen Häftlingen gebildeten „Sonderkommandos" mußten an den Verladerampen die Transportzüge öffnen; sie sammelten die mitgebrachten Wertgegenstände, sortierten die abgelegten Kleidungsstücke, schoren nach der Vergasung den weiblichen Leichen die Köpfe und brachen den Toten das Zahngold aus. Nach einiger Zeit schickte die SS die Angehörigen der Sonderkommandos selbst „ins Gas" und suchte neue.

Das SS-Wirtschafts- und Verwaltungshauptamt nahm die anfallende Beute des Raubs und der Leichenfledderei in Verwahrung. Eine Zwischenmeldung nannte für die Lager Lublin und Auschwitz eine Textilmenge, die 825 Eisenbahnwaggons füllte. Zum Teil gelangten diese Kleidungsstücke durch die NS-Volkswohlfahrt wieder zur Verteilung an Bedürftige. Ein Gaubeauftragter für das Winterhilfswerk sah sich dabei zu einer Beschwerde veranlaßt: „... Ein großer Teil der Bekleidungsstücke ist stark befleckt und teilweise auch mit Schmutz und Blutflecken durchsetzt... an 51 Röcken waren die Judensterne noch nicht entfernt..."

Das Getto Warschau, 1940 gebildet und mit etwa 400 000 Menschen vollgestopft, beherbergte Anfang 1943 noch etwa 70 000 Juden. Da sie sich über ihr weiteres Schicksal klar waren, faßten sie den Entschluß zu einer Verzweiflungstat. Unter Führung einer aktiven Minderheit bereiteten sie durch Waffendiebstähle und Bunkerbauten den Widerstand gegen eine weitere Evakuierung vor. Als die SS am 19. April 1943 die endgültige Räumung durchführen wollte, begannen die Juden den Kampf. Über einen Monat lang setzten sich die Verteidiger verbissen gegen die mit schwersten Waffen kämpfenden SS-Einheiten zur Wehr. Erst am 16. Mai konnte der verantwortliche SS-Führer Jürgen Stroop melden, daß die Großaktion mit der Sprengung der Synagoge beendet worden sei. „Es gibt keinen jüdischen Wohnbezirk in Warschau mehr", überschrieb Stroop seinen in Leder gebundenen Detailbericht. „Gesamtzahl der erfaßten und nachweislich vernichteten Juden beträgt 56 065..." Nach Schätzungen lagen in den Bunkern und unter den Trümmern des dem Erdboden gleichgemachten Gettos weitere 10 000 Tote. Die Ungleichheit des Kampfes zeigen die Verlustzahlen der SS: 16 Tote und 85 Verwundete. *(Siehe hierzu auch Informationen zur politischen Bildung, Folge 143: „Deutsche und Polen", S. 11/12.)*

Im Jahre 1943 legte Himmlers Inspekteur für Statistik, Korherr, im Auftrag des RSHA eine Zwischenbilanz über die Verminderung des europäischen Judentums zum Stichtag 31. Dezember 1942 vor (später ergänzt bis 31. März 1943). Als Ergebnis wird festgestellt, daß das europäische Judentum seit 1933, also im ersten Jahrzehnt der nationalsozialistischen Machtentfaltung, bald die Hälfte seines Bestandes durch Auswanderung, erhöhte Sterblichkeit und „Sonderbehandlung" verloren haben dürfte. Die Berechnung ging von einer jüdischen Bevölkerung von 10,3 Millionen in Europa im Jahre 1937 aus. Die Vernichtungsaktionen liefen jedoch noch bis 1945 weiter.

Am 24. Februar 1943 unterstrich Hitler in einer Rede noch einmal das Gesamtziel: „Dieser Kampf wird deshalb auch nicht, wie man beabsichtigt, mit der Vernichtung der arischen Menschheit, sondern mit der Ausrottung der Juden in Europa sein Ende finden."

Die Gesamtzahl der jüdischen Opfer ist nicht mehr genau festzustellen. Himmler und Eichmann äußerten 1944, 6 Millionen Juden seien getötet worden. Diese Zahl wurde dann auch im Nürnberger Prozeß verwendet. Nach wissenschaftlich fundierten Berechnungen und aufgrund von gerichtlichen Ermittlungen in Prozessen gegen Angehörige des SS-Lagerpersonals kommt Martin Broszat zu folgender Feststellung:

„Die technisch-fabrikmäßige Tötung von wohl mindestens 3 Millionen jüdischen Menschen durch Gas in diesen Lagern (Chelmno, Sobibor, Belzec, Treblinka, Majdanek und Auschwitz-Birkenau) stellt innerhalb des Gesamtkomplexes der nationalsozialistischen Judenvernichtung den quantitativ größten Teilvorgang dar. Daneben fanden systematische Massenerschießungen von Juden statt, exekutiert vor allem durch die mobilen Einsatzgruppen und spätere stationäre Kommandos der Sicherheitspolizei sowie allgemeine Polizeieinheiten in den besetzten sowjetischen Gebieten (die Zahl der jüdischen Opfer überschritt hier sicher die Millionengrenze) und durch örtliche Einheiten der Sicherheitspolizei und der Polizei im Generalgouvernement. Als dritter Groß-Komplex der „Endlösung der Judenfrage" kommt hinzu die zahlenmäßig besonders schwer abzuschätzende, aber hoch anzusetzende Zahl von Juden aus dem gesamten europäischen Machtbereich des NS-Regimes, die zwar nicht direkt getötet, aber mittelbar Opfer nationalsozialistischer Verfolgung wurden, weil sie in den Deportationstransporten, den Auffang- und Zwangsarbeitslagern, Zwangs-Gettos (auch durch Epidemien) und noch in den letzten Kriegs-Monaten als Folge überstürzter Evakuierungen und zusammengebrochener Versorgung auf den Landstraßen, in Eisenbahnzügen oder in den überfüllten Konzentrationslagern des Altreiches zu Tausenden dahinstarben." *(„Aus Politik und Zeitgeschichte", Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament", B 19/76 vom 8. Mai 1976: Martin Broszat, Zur Kritik der Publizistik des antisemitischen Rechtsextremismus.)*

Die einzelnen europäischen Länder waren von den Aktionen, die zentral durch Eichmann vom Reichssicherheitshauptamt gesteuert wurden, unterschiedlich stark betroffen, je nachdem in welchem Umfang die „Erfassung" gelang. So erfuhren zum Beispiel die Juden in Frankreich oder noch stärker die dänischen und niederländischen Juden Hilfe von seiten der übrigen Bevölkerung. Deshalb konnte hier ein Großteil der Juden vor dem SS-Zugriff bewahrt werden. In Osteuropa hingegen waren kaum Möglichkeiten zum Untertauchen oder zum Schutz gegeben, so daß hier der überwiegende Teil der Juden der Vernichtung zum Opfer fiel.

Es wäre wünschenswert, exakte Zahlenangaben machen zu können, um den ebenso unmoralischen wie makabren Streit, ob nun 6 oder doch „nur" 4 Millionen Juden umgekommen sind, zu beenden, doch dürfte es kaum möglich sein, diese Frage endgültig zu beantworten: Weder gibt es präzise Transport- und Vernichtungsstatistiken, noch ist die Zahl der Emigranten genau festzustellen. Aber selbst verbissene Leugner des millionenfachen Mordes, wie etwa der Franzose Rassinier, können auch nach gewagtesten Rechenkunststücken nicht umhin, etwa eine Million Toter zuzugeben – eine Zahl, die, selbst wenn sie richtig wäre, das Geschehen um nichts weniger furchtbar erscheinen lassen würde.

In die Verfolgungs- und Deportationsmaßnahmen sowie schließlich in die Vernichtungsmaschinerie waren nach und nach auch die Zigeuner einbezogen worden, die damit ein den Juden vergleichbares Schicksal erlitten. Die Rasseexperten stritten zwar in diesem Fall noch weit in die Kriegszeit hinein über Differenzierungen zum Beispiel nach „reinrassigen Zigeunern", „im zigeunerischen Sinne gute Mischlinge" und „Auszurottende" und entwarfen jeweils unterschiedliche Verfahrensweisen. Mehrere Erlasse des Jahres 1942 leiteten den Abtransport der zur dritten Gruppe Gezählten in das „Familienzigeunerlager Auschwitz" ein, für die zweite Gruppe war die Zwangssterilisierung vorgesehen. Bei den „Reinrassigen" war zeitweise ein Siedlungsreservat im Burgenland in der Diskussion. Da die Zahl der Zigeunerbevölkerung in den ost- und südeuropäischen Staaten ungleich größer war als im Deutschen Reich, nahm die Verfolgung nunmehr auch riesige Dimensionen an. Als sicher kann gelten, daß ca. 280 000 Zigeuner in den Vernichtungslagern ermordet wurden. Allerdings wird auch die von den Überlebenden genannte Zahl von 500 000 Opfern nicht für unrealistisch angesehen.

Die Behandlung der nichtjüdischen Bevölkerung im Besatzungsraum

Für die Behandlung der Bevölkerung in den besetzten Ländern West- und Nordeuropas gab es zunächst kein eindeutiges Konzept, da diese Länder aus militärstrategischen Gründen in den nationalsozialistischen Machtraum eingefügt worden waren. Aber man begann bald Überlegungen anzustellen, in welcher Weise die rassischen Vorstellungen auch in diesen Gebieten zu verwirklichen wären. Nach der Definition der Rassentheoretiker zählten Flamen, Niederländer, Dänen und Norweger zu den Germanen. Daraus wurde die Folgerung gezogen, auch diese Menschen in die für die Zukunft entscheidende germanische Eliteschicht einzugliedern. In „Mein Kampf" hatte Hitler noch den „völkischen" Staat als Zukunftsprojekt bezeichnet, worunter die „blutmäßige Reinheit" des deutschen Volkes zu verstehen war. Jetzt rückte der Begriff „germanisch" ins Zentrum. Die Planung zielte nun auf ein „Großgermanisches Reich deutscher Nation", in dem mehrere blutsverwandte Völker unter deutscher Führung zusammengeschlossen werden sollten, um gemeinsam die übrigen Europäer zu beherrschen.

In der praktischen Besatzungspolitik hatte dies zur Folge, daß man die „germanischen" Länder gleichzuschalten versuchte, wobei das innerdeutsche Verfahren von 1933/34 abgewandelt angewendet werden sollte: Der Einsetzung von Reichskommissaren sollte die „freiwillige" Selbstaufgabe der Landesregierungen und -parlamente folgen. Es stellte sich jedoch bald heraus, daß sich keine Mehrheiten für „Ermächtigungsgesetze" fanden. Mit dem Verbot der Parteien, die nicht

zur Kollaboration bereit waren, begann die rigorose Phase der Besatzungspolitik, die auf Beherrschung mit Hilfe von „Quislingen" (Quisling war der Führer der mit den Nationalsozialisten zusammenarbeitenden Nasjonal Samling in Norwegen; sein Name wurde zum Synonym für Kollaborateur) hinauslief. Daß sich einige Tausend Freiwillige für die germanische SS meldeten, konnte nirgendwo darüber hinwegtäuschen, daß die Masse der Einheimischen weder mit der Besatzungsmacht noch mit deren Zukunftsplänen etwas zu tun haben wollte. Die Überwachungsorgane des SD trugen Sorge, daß diese Aversion nicht in aktive Opposition umschlug. Trotzdem bildeten sich überall Widerstandsbewegungen.

Wie bei der Judenpolitik, so lag auch für die Behandlung der nichtjüdischen Bevölkerung in dem als künftigem Lebensraum vorgesehenen Osten die konsequentere Planung vor. Die Denkschrift des Reichsführers-SS über die „Behandlung der Fremdvölkischen im Osten" und dem vom Leiter der Hauptabteilung Planung, Prof. Dr. K. Meyer, ausgearbeitete „Generalplan Ost – Rechtliche, wirtschaftliche und räumliche Grundlagen des Ostaufbaus" sind die beiden Hauptquellen für den Einblick in die Vorstellungswelt der SS. Der erste Grundsatz des Gesamtprojekts lautete „divide et impera".

Die Bevölkerung sollte in möglichst viele ethnische Partikel aufgesplittert und diese dann durch Gewährung von Selbstverwaltung voneinander abgekapselt werden. „Der Russe aus dem Generalkommissariat Gorki muß das Gefühl erhalten, etwas anderes zu sein als der Russe aus dem Generalkommissariat Tula." Ein weiteres Prinzip der Bevölkerungspolitik war die „rassische Auslaugung". Darunter verstand man die Siebung nach „blutlich Wertvollen und Nichtwertvollen". Wer nach den Bewertungskategorien der SS nordische Merkmale aufwies, sollte nach einem Aufenthalt in einem SS-Lebensborn-Heim „eingedeutscht" werden. Es versteht sich von selbst, daß nach den Untersuchungen diese „Aufnordungsfähigen" nur einen kleinen Prozentsatz der Gesamtbevölkerung ausmachten.

Für die große Masse der „rassisch Minderwertigen" sahen die Planer, nachdem sie den Gedanken der physischen Ausrottung als technisch undurchführbar verworfen hatten, zwei Behandlungsmethoden vor. Der größere Teil sollte, auf eine Sklavenstufe herabgedrückt, als Arbeiterreservoir für die „Menge der groben Arbeit" bei den künftigen „ewigen Kulturtaten und Bauwerken" des deutschen Volkes zur Verfügung stehen. Für diese Menschen war die Wiedereinführung des Analphabetismus vorgesehen. „Einfaches Rechnen bis höchstens 500, Schreiben des Namens, eine Lehre, daß es ein göttliches Gebot ist, den Deutschen gehorsam zu sein und ehrlich, fleißig und brav zu sein. Lesen halte ich nicht für erforderlich" (Himmler). Der kleinere Teil sollte als „überschüssig" hinter den Ural abgeschoben werden. Gewissenhaft hatte der Plan bereits den Transportraumbedarf für diese Umsiedlung berechnet, für die Polen zum Beispiel jährlich 120 Eisenbahnzüge. Da diese Bevölkerungsteile ihrer

Die deutschen Truppen wurden von der Bevölkerung der von der Sowjetunion 1939/40 annektierten Gebiete nahezu einmütig willkommen geheißen, in der eigentlichen Sowjetunion zumindest von den Minderheiten wie den Ukrainern, später den Kaukasiern und den Turkvölkern, die an eine bessere Zukunft unter den Deutschen glaubten, vielfach freundlich begrüßt. – Einzug deutscher Truppen in Riga.

Führernatur infolge der Rassenauslese beraubt wären, würden sie, zu einer Staatsbildung unfähig, den westlich des Urals siedelnden Deutschen nie mehr gefährlich werden können. Die Besiedlung des nationalsozialistischen Herrschaftsraumes sollte in der Weise geschehen, daß zwischen den bereits erwähnten deutsch-arisch bewohnten Marken die Fremdvölkischen angesiedelt würden. Zum Teil sollten diese Menschen selbst Landwirtschaft betreiben dürfen; ein anderer Teil war für die Arbeiten auf den Höfen der „SS-Bauern" vorgesehen.

In Polen und Rußland wurde ab 1939 bzw. 1941 entsprechend dieser Planung gehandelt. Nach der Liquidierung von Teilen der Intelligenz, der Geistlichkeit, der politischen Führungskräfte und der „Eliminierung" der Juden begannen, von einem dichten Netz von SS- und Polizeidienststellen aus dirigiert, die Be- und Umsiedlungsaktionen. Die Wirklichkeit blieb jedoch weit von den im Plan skizzierten Verhältnissen entfernt. Dies lag zum einen daran, daß die bei den Einsatzgruppen üblichen barbarischen Methoden die Konstruktion immer wieder zerstörten. Wesentlicher noch war jedoch, daß die SS nicht alleiniger Herrscher im Osten war. Vor allem die Partei unter Reichsleiter Bormann störte in Gestalt der Reichskommissare die Kreise der SS. Diese wegen ihrer Parteiuniformen als „Goldfasane" bezeichneten Gauleiter fühlten sich wie Markgrafen und Vizekönige und handelten entsprechend selbstherrlich.

Ferner hatte die SS mit Alfred Rosenberg, dem Minister für die besetzten Ostgebiete, zu kämpfen. Dieser hatte einen dem Generalplan zuwiderlaufenden Organisationsplan entworfen, der relativ selbständige Nationalitäten vorsah. Schließlich spielten auch noch der Beauftragte Hitlers für den Arbeitseinsatz, Sauckel, und die für die kriegswirtschaftliche Ausbeutung des Ostraums zuständigen Stellen eine Rolle. Die Zwangsrekrutierung von Millionen „Ostarbeitern" für den

Binnen kurzer Frist hatte es eine aberwitzige Besatzungspolitik, die auf der Doktrin von der Minderwertigkeit der Ostvölker basierte, fertiggebracht, diese freundliche Haltung in haßerfüllte Feindschaft zu verkehren. Partisanenverbände, die sich aus versprengten Soldaten und geflohenen Zivilisten rekrutierten, fanden bei der Mehrheit der Bevölkerung Unterstützung.

Arbeitseinsatz in der deutschen Rüstungsindustrie und die Wirtschaftsmaßnahmen ließen die SS-Planung kaum irgendwo gelingen.

Gegen Ende nahm sogar die SS selbst von ihrer Untermenschen-Theorie Abstand und bewaffnete slawische Einheiten für den Fronteinsatz. Die infolge der ehrgeizigen Ambitionen der verschiedensten Parteistellen unüberschaubaren Kompetenzen einerseits und das für die Siedlungspolitik immer ungünstigere Kriegsgeschehen andererseits ließen das gesamte Besatzungssystem in chaotische Verhältnisse absinken.

Bis vor wenigen Jahren war es üblich, das nicht zuletzt von Generalsmemoiren geprägte Bild von der integren Wehrmacht, ihrem ritterlichen Kampfgeist, ihrem insgesamt humanen Verhalten gegenüber der Zivilbevölkerung als gesichert anzunehmen und die Schuld an allen verbrecherischen Aktionen den Einheiten Himmlers und Heydrichs anzulasten. Die Wehrmacht sei in schmale Befehlsbereiche eingeschnürt gewesen, habe von den Verbrechen kaum gewußt, beteiligt gewesen sei sie keinesfalls. Eingehende Untersuchungen auf breiter Dokumentationsbasis erzwingen eine Teilkorrektur dieser Darstellung. Richtig bleibt, daß Millionen deutscher „Landser" dem Eid getreu ihre Gehorsamspflicht erfüllten und von ihren unmittelbar vorgesetzten Offizieren bei Strafandrohung dazu angehalten wurden, die Kriegsregeln des Völkerrechts zu beachten. Nicht geleugnet werden kann aber andererseits, daß von Beginn des Rußlandfeldzuges an sich ein Teil der Generalität mit Hitlers Hauptargument identifizierte, es handle sich um einen „antisowjetisch-antisemitischen Kreuzzug" (Auswärtiges Amt, 22. Juni 1941), der sich qualitativ von den anderen militärischen Aktionen unterscheide; dies sei nicht ein bloßer Kampf der Waffen, vielmehr gehe es um die Auseinandersetzung zwischen zwei Weltanschauungen, um die notwendige Ausrottung des Bolschewismus, konkret um die Beseitigung der jüdisch-bolschewistischen Intelligenz (Hitler in einer Rede vor Generälen am 17. März 1941). Die Folge dieser ideologischen Übereinstimmung war eine Fülle von Weisungen und Befehlen, die der Truppe die „Notwendigkeit der harten, aber gerechten Sühne am jüdischen Untermenschentum" erläuterten. Der Soldat sei im Ostraum nicht nur Kämpfer nach den Regeln der Kriegskunst, sondern auch Träger einer unerbittlichen völkischen Idee (Generalfeldmarschall von Reichenau am 10. Oktober 1941). General von Manstein betonte am 17. September 1941, die Maßnahmen seien erforderlich, da das Judentum der geistige Träger des bolschewistischen Terrors sei. Diese Gedanken müßten den Soldaten eingeimpft werden (General Reinhard am 12. November 1941). Die Einsatzgruppenführer konnten den Eindruck von Unterstützung und Hilfsbereitschaft der Wehrmachtdienststellen gewinnen. Auch wenn dies nur sehr begrenzt der Fall war, weil die Anordungen unterlaufen, überhaupt nicht oder nur vereinzelt befolgt wurden, so ist doch eine Verstrickung von Oberkommando der Wehrmacht, Heerführern und Stäben in die Ereignisse unabweisbar.

„Wollt ihr den totalen Krieg?" Dies war die rhetorische Frage, die Goebbels bei einer Kundgebung im Berliner Sportpalast am 18. Februar 1943 an das deutsche Volk richtete. Sie sollte noch einmal alle Kräfte zu einer letzten verzweifelten Anstregung mobilisieren.

Die von SS-, Polizei-, Partei- und sonstigen Dienststellen gequälten und an Leib und Leben bedrohten Menschen wandten sich von den Deutschen ab, da ihnen diese nicht, wie mancherorts erwartet, die Befreiung vom Sowjetregime, sondern die noch schlimmere, da fremde Unterjochung gebracht hatten. Sie wichen in die Wälder aus und bildeten Partisaneneinheiten, die immer wirksamer kämpften, so daß zuletzt die deutschen Soldaten in einen Abwehrkampf nach allen Seiten verwickelt waren.

Der Widerstand der Zivilbevölkerung gegen die deutsche Besatzung

Auftreten und Methoden der deutschen Besatzung führten zwangsläufig innerhalb relativ kurzer Zeit von reservierter Zurückhaltung zu Sabotagetätigkeit von seiten der einheimischen Bevölkerung. Selbst in Nord- und Westeuropa, wo sich die Nationalsozialisten aus den dargelegten Gründen um eine gewisse Zurückhaltung bemühten, breitete sich eine Untergrundbewegung aus.

In Dänemark zum Beispiel, wo, nach den Worten des Königs, die deutsche Besatzung wie ein Alpdruck empfunden wurde, und wo man in der Öffentlichkeit die Deutschen einfach ignorierte, entwickelte sich, vom illegalen Presseorgan „Frit Danmark" (Freies Dänemark) geführt, die Bereitschaft zu aktiver Gegenwehr immer stärker, so daß Sabotageakte, Streiks, Demonstrationen und allgemeine Unruhe an der Tagesordnung waren. Die teilweise recht drastischen Gegenmaßnahmen steigerten den Zorn der Dänen nur noch mehr. Die Folge war, daß die Produktion der für Deutschland arbeitenden Industrie schließlich völlig zum Erliegen kam.

In Norwegen lief die Entwicklung ähnlich. Die Versuche des Reichskommissars Terboven, die Norweger für den Nationalsozialismus zu gewinnen, erwiesen sich bald als Fehlschlag, die Anhängerschaft des Führers der faschistischen „Nasjonal Samling" und (von 1942-1945) Chefs der Kollaborationsregierung, Quisling, wird auf 1–2 Prozent der Bevölkerung geschätzt. Auch hier gab es neben der passiven Resistenz der Mehrheit die Aktivität der Untergrundorganisation in Form von Sabotage und antideutschen Presse- und Rundfunkkampagnen.

Der Reichskommissar für die Niederlande, Seyß-Inquart, konnte sich mit seiner etwas gemäßigteren Besatzungspolitik gegenüber der des höheren SS- und Polizeiführers Rauters, der sogar den Nationalsozialisten Mussert ablehnte, nicht durchsetzen. Auch hier steigerte sich die Abneigung der Bevölkerung so sehr, daß sogar die niederländische Polizei entwaffnet werden mußte, weil man einen offenen Kampf gegen die Deutschen befürchtete. Ebenso mußten deutsche Eisenbahner eingesetzt werden, weil die Masse der Niederländer streikte.

Die schärfsten Formen der Gegenwehr traten in Belgien und Frankreich auf. Obwohl die Nationalsozialisten auch in Belgien mit Léon Degrelle einen willigen Vorkämpfer für die germanische SS gefunden und in Frankreich Marschall Pétain durch bereitwilliges Entgegenkommen die Besatzung zu mildern trachtete, flammte bald der weitverbreitete Widerstandswille auf. Die französischen Patrioten gründeten den „Maquis", eine Partisanenarmee, die sich, ihrem Namen entsprechend (von macchia = Buschwald), in unwegsamem Gelände verborgen hielt und von hier aus bewaffnete Angriffe führte.

De Gaulle, der in England das „Nationalkomitee der Freien Franzosen" gegründet hatte, gelang es von London aus, alle Widerstandskräfte gegen Pétains Regierung in Vichy und gegen die Deutschen zusammenzufassen. England versorgte die Untergrundbewegung mit Waffen und Munition, so daß neben Spionage, Sabotage, Attentaten usw. auch militärische Unternehmungen gewagt werden konnten. Die deutschen Gegenmaßnahmen – Geiselerschießungen etwa oder die berüchtigte Ausrottung aller Bewohner des Dorfes Oradour-sur-Glane – wirkten nicht, wie erhofft, einschüchternd. Im Gegenteil, die gesteigerte Empörung und die ab Sommer 1944 in Frankreich vorrückende Front der Alliierten steigerten die Aktivität der Résistance so sehr, daß einzelne Orte und sogar ganze Gebiete durch die Aufständischen befreit wurden.

In den Besatzungsgebieten in Südost- und Osteuropa stand der Widerstand entsprechend der andersgearteten deutschen Konzeption von vornherein unter einem anderen Vorzeichen. Da hier die Gesamtheit der Bevölkerung unmittelbar bedroht war, vergrößerte sich die Zahl der zum erbitterten Partisanenkampf Entschlossenen sehr rasch. Die Tätigkeit von Kollaborateuren, wie etwa des Führers der kroatischen Ustaschabewegung, Pavelic, oder des russischen Generals Wlassow, verstärkte eher noch die Tendenz zum Widerstand gegen diese „Vaterlandsverräter" und die sie fördernden Deutschen.

Die Partisanenarmeen in Südost- und Osteuropa wuchsen aus diesen Gründen zu Stärken an, die die deutsche Seite zwang, mit militärischen Verbänden, eigens aufgestellten „Bandenbekämpfungstruppen", und mit schwersten Waffen gegen sie vorzugehen. Die besondere Kampftaktik der Partisanen – Kleinkrieg ohne feste Front, Angriff überall gleichzeitig und blitzartig, anschließend sofortiger Rückzug in die Verstecke – ließ sie aus diesem ungleichen Krieg zumeist als Sieger hervorgehen. Bald wurden geschlossene Räume des Besatzungsgebietes von ihnen beherrscht. Von außen gelenkt, richteten sich ihre Angriffe auf alle Besatzungseinrichtungen und alle Nachschub- und Versorgungsbewegungen der deutschen Truppen. Je klarer die Zielsetzung der deutschen Seite erkennbar wurde, desto fanatischer setzten sich die Partisanen zur Wehr.

Das Verhalten der SS-Einheiten und der Reichskommissare gegenüber den „slawischen Untermenschen" und die Zwangsrekrutierung von Arbeitskräften führten dazu, daß sich immer mehr Männer und Frauen den Partisanen anschlossen. *(Über den Kampf der polnischen Heimatarmee siehe Informationen zur politischen Bildung, Nr. 143: Deutsche und Polen 2, S. 12/13.)*

Einzelaktionen gegen Brücken, Eisenbahnen, Lkw-Transporte, Nachschublager usw. häuften sich ebenso wie die von eingeschleusten Militärs und mit abgeworfenen Waffen geführten Großaktionen gegen deutsche Truppenbewegungen und Verwaltungszentren. Von der russischen Front aus wurden schließlich die Partisanenverbände durch regelmäßige Funkbefehle gezielt eingesetzt. Die immer brutaleren Abschreckungs- und Vergeltungsmaßnahmen, mit denen die deutsche Seite des Problems Herr zu werden versuchte, verschärfte nur die Situation. Insbesondere trugen Geiselerschießungen, die nicht selten zu Massakern entarteten, dazu bei, daß Widerstandswille und Haß wuchsen. So wurden zum Beispiel im griechischen Kalavryta am 13. Dezember 1943 als Rache für Partisanenüberfälle und für die Erschießung von 81 deutschen Gefangenen alle männlichen Einwohner des Dorfes, mehr als 1200, in einer fünfstündigen Aktion erschossen.

Die nationalsozialistische Herrschaft in Deutschland während des Krieges

Die Maßnahmen zur Erfassung der Bevölkerung

Im November 1938 hatte Hitler in einer Rede der deutschen Presse die Weisung erteilt, das deutsche Volk psychologisch auf die bevorstehende Kriegszeit vorzubereiten. Er fürchtete mit Recht, durch die lebendige Erinnerung an den Ersten Weltkrieg und durch seine eigenen Friedensbeteuerungen seit 1933 sei die Bevölkerung nicht in der Lage, „geradezustehen, auch wenn es zu blitzen und zu donnern beginnt". Die Presse sollte die Bereitschaft dazu fördern, indem sie die von der Regierung künftig provozierten Vorfälle an der tschechischen und polnischen Grenze so darstellte, daß das Volk selbst „nach Gewaltanwendung zu schreien beginnt". Die Presse wurde dieser Forderung weitgehend gerecht, so daß am 1. September 1939 die Bevölkerung zwar bedrückt und weit entfernt von der Begeisterung vom August 1914, aber doch gefaßt und ohne Murren dem Befehl zum Kriegseinsatz folgte. Die Propaganda hatte geleistet, was man von ihr erhofft hatte. In den von Goebbels täglich abgehaltenen Konferenzen mit den führenden Männern des Propagandaapparates wurden die Sprachregelungen festgelegt, die eine einheitliche Behandlung aller relevanten Themen in der Presse gewährleisteten. Die Weisungen betrafen die kriegsbedingten Versorgungsschwierigkeiten ebenso wie die gezielte Hetze gegen den Feind.

In der Phase der Siege war es verständlicherweise relativ leicht, die Geschlossenheit der Zivilvbevölkerung herbeizuführen. Wer es wagte, aus der Linie auszubrechen und zum Beipiel Klage über die Dauer des Krieges zu führen, war ohnehin bald im dichten Netz der Spitzel gefangen. Aber bereits der Kriegswinter 1941/42 erforderte größeren Propagandaaufwand. Noch ließen sich zwar im Wehrmachtsbericht die Rückzugsbewegungen an der Ostfront mit „Frontbegradigungen" kaschieren. Schwieriger war es schon zu erklären, weshalb der Rußlandfeldzug nicht vor dem Wintereinbruch beendet werden konnte, und die Bevölkerung für die Spende von Winterbekleidung für die Soldaten der Ostfront zu begeistern, denn gleichzeitig mußte ja verschleiert werden, daß die Führung diese Situation nicht vorhergesehen und deshalb keine Vorsorge getroffen hatte. Der Vormarsch 1942 erlaubte es wiederum, die Bevölkerung mit fanfarenstoßbegleiteten Sieges- und Sondermeldungen zu überschütten.

Seit der Niederlage von Stalingrad mußte jedoch ein neues Konzept für die Kriegspropaganda gefunden werden. Goebbels entschied sich für ein energisches Herumwerfen des Steuers. Wie Churchill 1940 den Engländern Blut und Tränen prophezeit hatte, so konfrontierte er die Bevölkerung im Februar 1943 abrupt mit den härtesten Tatsachen. Nicht mehr stürmische Erfolge und schon gar nicht ein baldiger Endsieg seien zu erwarten; vielmehr stünden Zeiten bevor, die von jedem einzelnen größte Opfer verlangten. Der fanatische Begeisterungstaumel, in den er am 18. Februar 1943 seine Zuhörer im Berliner Sportpalast mit seiner Rede vom „totalen Krieg" versetzte, übertrug sich zwar nicht auf das ganze deutsche Volk, aber immerhin ging die Bevölkerung auch den neuen Wegabschnitt weiter mit. Die geforderten erhöhten Arbeitsleistungen, die Kürzungen der Lebensmittelrationen, der Verzicht auf alle Annehmlichkeiten und viele andere Maßnahmen wurden größtenteils ebenso stumm hingenommen wie die Schrecken und Verluste, die der Bombenkrieg aufbürdete. Natürlich mußte die Überwachung verschärft werden.

In den vom SD zusammengestellten „Meldungen aus dem Reich" häuften sich die Berichte von Fällen des Unmuts und der Kriegsmüdigkeit, aber die Appelle an Einsatzbereitschaft und Opferwilligkeit blieben nicht erfolglos. Die Rekrutierung der Frauen für die Rüstungswirtschaft, die Einziehung 15- und 16jähriger zum Dienst in den zum Schutz der Städte eingesetzten Flakbatterien, die

wiederholte „Auskämmung" der männlichen Bevölkerung nach Fronttauglichen, die starke Drosselung der Konsumgüterherstellung erlaubte die Fortsetzung des Krieges auch über die Erschöpfungsgrenze hinaus. Der Hinweis an die Heimatbevölkerung, die Frontsoldaten ertrügen noch wesentlich größere Leiden, verfehlte nicht seine Wirkung. Mit Hilfe der Propaganda und der brutalen Verfolgung aller „Defätisten" gab es bis in die letzten Kriegsmonate hinein weder Streiks noch Meuterei.

Claus Graf Schenk von Stauffenberg.

Das System funktionierte sogar noch in der Schlußphase, als mit dem Volkssturm das letzte Aufgebot rekrutiert werden mußte. Die Kinder aus den bombengefährdeten Städten wurden von ihren Eltern getrennt und in die von der Hitlerjugend geführten „Kinderlandverschickungslager" evakuiert, die immer katastrophaler werdende Wohnraumnot erzwang ein Hausen in Kellern und Barackenlagern, der Verlust der für die Ernährung wichtigen besetzten Gebiete führte zu großen Schwierigkeiten selbst bei der Versorgung mit Grundnahrungsmitteln.

All dem zum Trotz wurden die Befehle befolgt, Aufträge ausgeführt und die geforderte Pflicht bis zur äußersten Anstrengung erfüllt. Dies alles zeigt, wie eisern die Klammern des Terrors und wie geschickt die Propaganda waren. Zudem wirkte noch immer der Nachhall der in den Friedensjahren geweckten Begeisterung, und in zunehmendem Maße spielte die Angst vor den Folgen eines bolschewistischen Sieges eine Rolle. So setzten Furcht und Willigkeit immer neue Kräfte frei, die die Weiterführung des Kampfes ermöglichten.

Weder bei den Aktionen der Geschwister Scholl in München im Februar 1943 noch nach dem Attentat vom 20. Juli 1944 zeigte sich eine Resonanz bei der Bevölkerung. Es war dem Regime gelungen, die Masse des Volkes zu „erfassen" und im Sinne der Staatsführung zu lenken.

Der Widerstand gegen das nationalsozialistische Regime in Deutschland

(Eingehende Darstellung in den „Informationen zur politischen Bildung" Nr. 160 „Der deutsche Widerstand 1933-1945")

Die Motive der Deutschen, die sich zur Ablehnung des Nationalsozialismus und zur Auflehnung gegen Hitlers Herrschaft entschlossen, sind vielschichtig. Andersgeartete politische Vorstellungen – Befürwortung des demokratischen Rechtsstaates und des parlamentarischen Systems, Ablehnung des totalitären Führerstaates, Kritik an den egalitären Tendenzen des Nationalsozialismus – spielten eine ebenso bedeutsame Rolle wie die aus grundsätzlichen Erwägungen und religiösen sowie ethischen Gründen herrührende Gegnerschaft, aus der heraus von Anfang an gegen jegliche Beschränkung der Freiheit bzw. der Menschenrechte Stellung genommen wurde.

Freilich gab es zeitliche Unterschiede bei der Entscheidung gegen Hitler. Für die politische Linke war die Ablehnung von der ersten Stunde an ebenso selbstverständlich wie für die vielen, die aufgrund ihrer religiösen und moralischen Wertmaßstäbe Ideologie und Praxis der Nationalsozialisten verurteilten. Andererseits gab es viele Deutsche, die sich zwar auch nicht mit der nationalsozialistischen Weltanschauung identifizierten und viele der politischen Maßnahmen der neuen Machthaber als verwerflich ansahen, aber doch zunächst an eine gewisse Loyalität dachten. Ihr Widerstand begann erst, als sie eine weitere Zusammenarbeit nicht mehr verantworten zu können glaubten und sich zur Gegenwehr entschieden.

Die Kommunisten waren vom 30. Januar 1933 an den stärksten Verfolgungen ausgesetzt und damit zum Widerstand gezwungen. Wer der Verhaftungswelle nach dem Reichstagsbrand entgehen konnte und nicht emigriert war, versuchte vom Untergrund aus zu opponieren. Trotz aller Wachsamkeit der deutschen Abwehrorgane gelang es der KPD, auch in der Illegalität für einige Zeit noch einen gewissen Organisationszusammenhalt aufrecht zu erhalten. Noch 1934 umfaßten die meisten KPD-Bezirke etwa 10–15 Prozent der Mitgliedschaft von 1931. Es wurden weiterhin Beiträge erhoben, Publikationsorgane hergestellt und verbreitet (zum Beispiel die „Rote Fahne" im Bezirk Niederrhein mit einer Auflage von 4–5000 Stück noch im Sommer 1934!) und lokale Streiks organisiert. Ein namhafter Widerstandskreis war die „Rote Kapelle", der aus Angehörigen der linksoppositionellen Gruppen bestand und insbesondere 1941/42 der Sowjetunion Nachrichten zukommen lassen konnte, bis er im August 1942 ausgehoben wurde.

Die ohnehin seit je aufs schärfste verfolgten Sozialdemokraten bekamen seit ihrer Opposition gegen das Ermächtigungsgesetz in verstärktem Maße den Zorn Hitlers zu spüren; trotzdem bildete sich ein weit verzweigter Verschwörerkreis aus SPD- und Gewerkschaftsangehörigen, in dem Julius Leber, Wilhelm Leuschner, Carlo Mierendorff, Theodor Haubach und Adolf Reichwein führende Rollen übernahmen.

Auch Priester und gläubige Laien beider christlicher Konfessionen gehörten zu denjenigen, die über Hitlers Terrorsystem empört waren und die nationalsozialistische Ideologie ablehnten. Der Versuch der katholischen Kirche, auf der Basis des 1933 abgeschlossenen Konkordats einen modus vivendi zu finden, mußte angesichts der ständigen Vertragsbrüche seitens der Nationalsozialisten schon bald als gescheitert angesehen werden. Prominente Bischöfe, wie Michael Faulhaber und Graf von Galen, wagten ebenso wie viele Priester und Laien, sich zu widersetzen und ihre Religion gegen die antichristliche Weltanschauung des Regimes zu verteidigen. 1937 brandmarkte Pius XI. in der Enzyklika „Mit brennender Sorge" die Irrlehre der Rassenideologie und ermutigte damit die Opposition. Bischof von Galen verurteilte von der Kanzel herab das sogenannte Euthanasie-Projekt, die Massentötung unheilbar Kranker, Geistesgestörter, Mißgestalteter. Insgesamt fielen der „Aktion-T-4" etwa 70000 Menschen zum Opfer. Obwohl Hitler die Kirchen als unversöhnliche Gegner bei seiner totalen Erfassung der Menschen ansah, schreckte er doch vor allzu rigorosen Maßnahmen zurück, um vor allem während der Kriegszeit die Gläubigen nicht in eine konsequente Opposition zu treiben. Zahlreiche Priester und Laien, führende katholische Politiker, wie Jakob Kaiser und Bernhard Letterhaus, und viele Ordensangehörige und Laien konnten ihre Widerstandspläne weiter verfolgen.

Carl Friedrich Goerdeler vor dem Volksgerichtshof.

Die Lage in der evangelischen Kirche war durch die von den Nationalsozialisten provo-

zierte Kirchenspaltung gekennzeichnet. Der schwärmerisch nationalsozialistische Kreis um den zum „Reichsbischof" ernannten Pfarrer Ludwig Müller diente Hitler als Werkzeug zur Schaffung einer evangelischen Nationalkirche. Als sich aber zeigte, daß sich der Großteil der Gläubigen und die meisten Geistlichen der von Pastor Niemöller geleiteten „Bekennenden Kirche" anschlossen, ließ Hitler den isolierten Kreis um Müller fallen und begann die systematische Verfolgung. Auch hier schien ihm jedoch eine gewisse Vorsicht geboten, so daß trotz zahlreicher Verhaftungen Männer wie Pfarrer Dietrich Bonhoeffer, die zu oppositionellen Handlungen entschlossen waren, bis 1943 in Freiheit blieben.

Neben diesen kirchlich und weltanschaulich streng gebundenen Gruppen von Widerstandswilligen gab es zahlreiche Männer und Frauen, die einfach aus dem Grund zum Widerstand kamen, weil sie das offensichtliche Unrecht des Systems und seine zwangsläufig zum Untergang führende verantwortungslose Politik ablehnten und für Deutschland noch eine Rettung herbeiführen wollten. Der Kreis um Carl Friedrich Goerdeler, um Johannes Popitz, um Ulrich von Hassell gehörte ebenso dazu wie die Vertrauten des Grafen Helmuth James von Moltke, die aus den verschiedenen Lagern kamen und in ihren Zusammenkünften auf dem Gut Kreisau Pläne für die Gestaltung des nachnationalsozialistischen Deutschland entwarfen.

Aus der gemeinsamen Bedrängnis und aus der gleichen Sorge um Deutschland heraus hatten diese Gruppen ungeachtet der weltanschaulichen Unterschiede miteinander Kontakt aufgenommen. Ihnen allen aber war klar, daß wirksame Aktionen nur unter Beteiligung der Wehrmacht möglich waren. Die Armee hatte in den Anfangsjahren der nationalsozialistischen Herrschaft weiter ihren militärischen Dienst versehen, ohne sich um den politischen Prozeß zu kümmern. Auch jene, die nicht zu den Anhängern Hitlers gehörten und gegen die Methoden der neuen Herren, wie sie sich etwa bei der Entmachtung der SA und der Ermordung der Generale von Schleicher und von Bredow am 30. Juni 1934 zeigten, Bedenken hatten, blieben im Amt.

Als die militärische Planung immer offener auf einen Angriffskrieg deutete, versuchte ein kleiner Kreis um Generaloberst Beck, sich mit militärischen, wirtschaftlichen und politischen Argumenten gegen diese Entwicklung zu stemmen. Da sich jedoch der Großteil der Generalität trotz allem an den Eid gegenüber Hitler gebunden fühlte, kam es zu keiner geschlossenen Protestaktion. Nicht übersehen werden darf auch, daß einige hohe Offiziere sich mit Hitlers zunächst begrenzt erscheinenden Zielen gegen die Tschechoslowakei und vor allem Polen durchaus identifizierten. Becks demonstrativer Rücktritt im August 1938 hatte zwar ebensowenig unmittelbare Folgen wie die bereits im Februar 1938 erfolgte Entlassung des Oberbefehlshabers des Heeres, Generaloberst von Fritsch. Die Mehrzahl gehorchte weiterhin Hitlers Befehlen. Immerhin hatten Becks Vertraute bei der geheimen Sammlung Gleichgesinnter einigen Erfolg, so daß noch für den Sommer 1938 eine Verhaftung Hitlers ins Auge gefaßt werden konnte. Der Plan kam nicht zur Ausführung. Damit war das erste einer Reihe von Projekten gescheitert, darunter auch die zweier Einzeltäter: Maurice Bavaud hatte im November 1938 ein Pistolenschuß-Attentat beabsichtigt. Georg Elser brachte am 8. November 1939 im Münchner Bürgerbräukeller eine Bombe zur Explosion, aber Hitler hatte das Traditionstreffen der „alten Kämpfer" vorzeitig verlassen.

Julius Leber vor dem Volksgerichtshof.

Der Widerstand Jugendlicher verdient eine besondere Hervorhebung. Sowohl die staatlich verfügte Zwangsmitgliedschaft in der Hitler-Jugend, die erklärtermaßen die gesamte „Jugend des Reiches" vereinnahmen und für Staatszwecke ausnutzen wollte, als auch die Faszination, die sie auf die begeisterungsfähigen, idealistisch gesinnten jungen Menschen ausübte, machten Gegnerschaft besonders riskant, ließen den auch nur Beiseite-Stehenden als „Ausgestoßenen" erscheinen. Dennoch gab es von Anfang an Gruppen, die ihre Bindung an religiöse und bündische Jugendorganisationen wahren oder sich zusammen mit Gleichgesinnten den Reih- und Gliedzwängen, später dem immer deutlicher werdenden Unrecht nicht beugen wollten. Für die Machthaber war diese Oppositionshaltung immerhin so störend, daß man mit den üblichen rigorosen Methoden dagegen vorging, bei Neuwied sogar ein Jugend-Konzentrationslager einrichtete.

Am bekanntesten wurde die studentische Widerstandsgruppe „Weiße Rose" in München um die Geschwister Sophie und Hans Scholl und den Philosophieprofessor Kurt Huber. Auf Flugblättern informierten sie zum Beispiel über die Judenvernichtung, riefen zu passivem Widerstand und zu Sabotage auf. Am 18. Februar 1943, am gleichen Tag, an dem die fanatisierte Zuhörerschaft im Berliner Sportpalast Goebbels Fragen zum totalen Krieg hysterisch bejahte, wurde eine Flugblattverteilung gemeldet. Der folgenden Verhaftungswelle fielen alle führenden Mitglieder der Gruppe zum Opfer. Der Volksgerichtshof verurteilte sie zum Tode.

Als die zum Handeln bereiten Männer merkten, daß sich zahlreiche Offiziere zur Eidestreue gegenüber Hitler gebunden fühlten, solange dieser lebte, und das Gegenargument nicht akzeptierten, Hitler habe seinen Eid gegenüber dem deutschen Volk bereits eklatant gebrochen, entschlossen sie sich schweren Herzens zum Tyrannenmord. Wiederum scheiterten einige Pläne, so zum Beispiel die Absicht des Generals von Tresckow, Hitler bei einem Frontbesuch im März 1943 durch einen Pistolenschuß zu töten. Der Heeresgruppenkommandeur, Feldmarschall von Kluge, verbot die Aktion in seinem Befehlsbereich, obwohl er grundsätzlich damit einverstanden war. Von Tresckow entschloß sich nun, Hitler mit einer Sprengladung im Flugzeug zu töten, doch der Zünder versagte. Nach der Einigelung Hitlers in seinem Hauptquartier „Wolfsschanze" bei Rastenburg in Ostpreußen kam nur noch ein Mitglied des Verschwörerkreises als Attentäter in Frage, Oberst Claus Graf Schenk von Stauffenberg, da nur er noch Zugang zum Führerhauptquartier hatte. Seine Verwundung – er hatte im Afrikafeldzug das linke Auge, die rechte Hand und an der linken Hand zwei Finger verloren – zwang ihn dazu, eine Bombe zu verwenden und verbot ein Pistolenattentat. Als Stabschef beim Oberbefehlshaber des Ersatzheeres und als führender Kopf der militärischen Widerstandsgruppe war Stauffenberg für den Ablauf der Aktion in Berlin unentbehrlich und konnte sich aus diesen Gründen nicht opfern. Obwohl seine Rückkehr nach Berlin gelang, scheiterte der Umsturzplan vor allem deswegen, weil Hitler infolge einer Reihe von Zufällen das Attentat vom 20. Juli 1944 überlebte.

Die Verurteilungsmaschine des Volksgerichtshofes (1934–1944: 5214 Todesurteile!) lief auf hohen Touren. Hitlers haßerfüllter Rache fielen bis Kriegsende weitere Tausende zum Opfer. Das Scheitern des Attentats führte dazu, daß die Nationalsozialisten den Kampf bis zum totalen Zusammenbruch weiterführen konnten. Die Verluste in dieser katastrophalen Endphase waren wahrscheinlich noch einmal so hoch wie in den ersten vier Kriegsjahren zusammen. Trotzdem war der Tod der Verschwörer nicht vergebens: Als einige Zeit nach Kriegsende die Welt erkannte, daß die von der nationalsozialistischen Propaganda behauptete Identität von Hitler und Deutschland nicht den Tatsachen entsprach und es durchaus auch in der Zeit des schärfsten Totalitarismus und der konsequentesten Gleichschaltung ein „anderes Deutschland" gegeben hatte, bildete diese Einsicht den ersten Schritt zur Annäherung. Deutsche Männer und Frauen hatten sich in ihrem Handeln an Werten orientiert, die objektiv den Vorrang vor dem Herrschaftsanspruch Hitlers hatten. Moral und Rechtsbewußtsein waren in vielen Deutschen lebendig geblieben, die Widerstandskämpfer hatten mit dem Opfer ihres Lebens dafür Zeugnis abgelegt und damit den Weg zur Rückkehr in den Kreis der Recht und Moral anerkennenden Völker ermöglicht.

Der Zusammenbruch des Dritten Reiches

Der Verlauf

Als der Krieg auf das Reichsgebiet übergriff, raffte die nationalsozialistische Führung die letzten Reserven zusammen. Die als „Reichsverteidigungskommissare" fungierenden Gauleiter sorgten mit allen Mitteln für die Aufrechterhaltung des Verteidigungswillens. Am 25. September 1944 veröffentlichte Hitler seinen Erlaß über die Bildung des Volkssturms aus allen waffenfähigen Männern von 16 bis 60 Jahren. Aufstellung, Ausbildung und Führung lagen in den Händen der Partei und ihrer Gliederungen. Die Einheiten konnten kaum noch ausgerüstet und überhaupt nicht mehr uniformiert werden; eine Armbinde wies sie als Soldaten aus. Im Februar 1945 wurden dann Frauen und Mädchen zum Hilfsdienst für den Volkssturm aufgerufen und hauptsächlich zu Schanzarbeiten und ähnlichem eingesetzt. Am 5. März 1945 wurde noch der Geburtsjahrgang 1929 zur Wehrmacht eingezogen.

Hier und da zu beobachtende Auflösungserscheinungen bei den fluchtartigen Rückzügen der Frontgruppen begegnete man mit brutalen Mitteln. Am 15. Februar 1945 erschien eine Verordnung des Reichsjustizministers über die Errichtung von Standgerichten. Zahllose Todesurteile sollten den Soldaten Schrecken einjagen und sie zum Ausharren in ihren unhaltbar gewordenen Stellungen zwingen. Die Urteile der Standgerichte lauteten entweder auf Tod oder Freispruch. Die Todesurteile wurden durch Erschießen oder, wenn er sich um „besonders ehrlose Lumpen" handelte, durch Erhängen vollstreckt. An den Erhängten wurden Schilder befestigt: „Ich hänge hier, weil ich ein Defätist bin." – „Ich bin ein Deserteur, deswegen werde ich die Schicksalswende nicht mehr erleben." – „Ich hänge hier, weil ich nicht an den Führer glaubte." Diese öffentlichen Exekutionen wurden von fanatischen „Gerichtsherren" bis in die Agoniephase des Systems unerbittlich angeordnet und ausgeführt. Aber selbst mit diesen Methoden war die Front nicht mehr zum Stehen zu bringen. Deprimiert durch die ständigen Rückschläge, die materielle Überlegenheit des Gegners, die Ungewißheit über das Schicksal ihrer Angehörigen im Bombenkrieg, wollten die völlig erschöpften Soldaten nichts anderes mehr als ein Ende des grausamen Krieges.

Des „Führers" erklärte Absicht war es jedoch, Volk und Land zu zerstören. Am 19. März 1945 befahl er die Vernichtung „aller militärischen, Verkehrs-, Nachrichten-, Industrie- und Versorgungsanlagen sowie Sachwerte innerhalb des Reichsgebietes". Speers Denkschrift über die Erhaltung der Lebensbasis des deutschen Volkes für die Zeit nach dem Krieg fand nicht die Billigung Hitlers. Mit ihm sollte auch Deutschland stürzen! Am 27. Januar 1942 hatte er im Führerhauptquartier geäußert: „...Ich bin auch hier eiskalt: Wenn das deutsche Volk nicht bereit ist, sich für seine Selbsterhaltung einzusetzen, gut: dann soll es verschwinden." Ende März 1945 wiederholte er diese Ansicht gegenüber Speer: „Wenn der Krieg verloren geht, werde auch das Volk verloren sein. Es sei nicht notwendig, auf die Grundlagen, die das Volk zum primitivsten Weiterleben braucht, Rücksicht zu nehmen. Im Gegenteil sei es besser, selbst diese Dinge zu zerstören. Denn das Volk hätte sich als das schwächere erwiesen, und dem stärkeren Ostvolk gehöre dann ausschließlich die Zukunft. Was nach dem Kampf übrigbleibt, seien ohnehin die Minderwertigen; denn die Guten seien gefallen."

Goebbels und Bormann bestärkten ihren Führer in dieser Überzeugung. Trotzdem versuchten Ribbentrop, mit Wissen Hitlers, Göring und Himmler, auf eigene Initiative, sowie Goebbels unmittelbar nach dem Tod Hitlers Verhandlungen mit den Gegnern aufzunehmen. Allen Kontaktversuchen gemeinsam war das Bemühen, durch separate Waffenstillstandsangebote an die Westmächte oder die Sowjetunion eine Sprengung der alliierten Koalition herbeizuführen. Da auch Hitler in seinem Wunschdenken einen Zerfall des gegnerischen Bündnisses Anfang 1945 für nahe bevorstehend hielt, ließ er Ribbentrop freie Hand. Der Versuch scheiterte. Göring und Himmler wurden wegen der von ihnen eingeleiteten Gespräche von Hitler aller Ämter enthoben und aus der Partei ausgestoßen.

Eine der letzten Verzweiflungsmaßnahmen der nationalsozialistischen Führung war die Schaffung der Organisation „Werwolf", die hinter den feindlichen Linien mit allen Mitteln den Kampf fortsetzen sollte. Die Auswirkung der letzten Befehle, die Hitler aus seinem bombensicheren Bunker unter der Reichskanzlei erließ, war grausig: Einheiten von 12- und 13jährigen Hitlerjungen, deren jugendlicher Idealismus und Opferwille nun ebenso mißbraucht wurde wie der der vorhergehenden Generation, verbluteten im Feuer der gegnerischen Panzer; 60jährige, Frauen und Mädchen fielen den Angreifern zum Opfer. Nachdem der Krieg etwa 5,25 Millionen Deutsche das Leben gekostet hatte, über 55 Millionen Menschen anderer Nationen durch die Kriegsereignisse umgekommen waren und ein unübersehbarer Schaden an Sachwerten entstanden war, beging Hitler am 30. April 1945 Selbstmord. Erst jetzt löste sich der Bann von seinen Untergebenen. Sie folgten der Stimme der Vernunft und boten die bedingungslose Kapitulation an. Am 9. Mai 1945 trat sie in Kraft.

Das letzte Aufgebot. Kinder und Veteranen des Ersten Weltkrieges sollten als „Volkssturm" das unvermeidliche Ende hinauszögern.

Die Ursachen

Das Ende des nationalsozialistischen Regimes ist selbstverständlich nicht auf nur eine Ursache zurückzuführen. Es ist auch nicht möglich, eine Rangfolge der Ursa-

chen aufzustellen. Die verschiedenen Gründe standen in engem Zusammenhang und verstärkten sich gegenseitig. Zählt man die für den Untergang des nationalsozialistischen Regimes maßgeblichen Gründe auf, so ist an erster Stelle die verfehlte Außenpolitik Hitlers zu nennen, die Deutschland frühzeitig isolierte und immer weitere Staaten in das gegnerische Lager führte. Bei der Konzeption dieser Außenpolitik stand nicht die realistische Beurteilung der tatsächlichen Machtverhältnisse obenan, sondern die aus der nationalsozialistischen Ideologie abgeleitete Wunschvorstellung. Die unmittelbare Folge war eine laufende Verschiebung des wirtschaftlichen und menschlichen Kräftepotentials zuungunsten Deutschlands. Wovor Einsichtige bereits 1938 gewarnt hatten, daß nämlich die Weiterführung der nationalsozialistischen Außenpolitik in eine ausweglose Situation führen müsse, trat zwar relativ spät, aber dann um so abrupter ein.

Daß überhaupt so lange durchgehalten werden konnte, lag zunächst einmal an der konsequenten Wirtschaftslenkung seit dem Amtsantritt Speers und an der rigorosen Nutzbarmachung fremder Räume und nichtdeutscher Arbeitskräfte zugunsten der deutschen Kriegswirtschaft. Der wesentlichste Grund dürfte freilich sein, daß das deutsche Volk bereit war, unerhörte Leiden, Bürden und Entbehrungen zu ertragen. Es war der nationalsozialistischen Propaganda gelungen, durch die Parolen vom „nationalen Aufbruch“ und vom „deutschen Erwachen“ vor allem Jugendliche zur Mitarbeit anzufeuern. Da sie glaubten, sich „für Deutschland“ einzusetzen, waren zwei Generationen Deutscher bereit, besonders während des Krieges große Opfer auf sich zu nehmen. Zunächst ließen sie sich begeistern, später verschlossen sie die Augen vor den Auswüchsen, um sich vor Enttäuschung oder „Verrat“ zu bewahren. Im übrigen tat das Regime natürlich alles, um mit Drohung und Terror die eventuell Zweifelnden oder Widerspenstigen „zur Räson“ zu bringen.

Nicht unbedeutend war sicher auch die Wirkung von Goebbels' Parole „Wir sitzen alle in einem Boot!“ Sie suggerierte einerseits, bei gemeinsamer extremer Anstrengung sei eine Wende doch noch möglich, andererseits stärkte sie das Gefühl, diesmal sei aufgrund der unleugbaren Schuld am Kriegsausbruch und an kriminellen Vorgängen in den besetzten Ländern ein Über-Versailles zu erwarten. Die Alliierten bestätigten diese Furcht durch ihre Weigerung, ein „anderes Deutschland“ anzuerkennen, womit sie sich praktisch die andere NS-Propagandafloskel „Hitler ist Deutschland – Deutschland ist Hitler“ zu eigen machten. Schließlich haben sicherlich die Brutalität, die Grausamkeit und die Hemmungslosigkeit der siegreichen Roten Armee im Zerstören und Quälen insofern kriegsverlängernd gewirkt, als sie den Willen, Widerstand bis zum äußersten zu leisten, noch einmal entfachten.

Von einem bestimmten Zeitpunkt an war freilich trotz aller Anspannungen die Überlegenheit der Sieger an Rohstoffen, Produktionskraft und Menschenreserven auf den Kriegsschauplätzen und in der Heimat so erdrückend, daß die Fronten zusammenbrechen mußten.

Auch infolge der nur mehr mangelhaften Ausrüstung, Bewaffnung und Ausbildung der zuletzt weit überalterten bzw. zu jungen Ersatzmannschaften war die militärische Agonie schließlich unvermeidlich.

Die Frage, ob militärischer Geheimnisverrat entscheidend zum Verlust des Krieges beigetragen hat, ist auf der Grundlage inzwischen veröffentlichter Literatur über die Spionage immer wieder gestellt worden. Sie ist nach wie vor mit „nein“ zu beantworten. Die Übermittlung von Informationen erleichterte ganz sicher den Gegnern das Handeln. Da es den Engländern zum Beispiel gelungen war, die deutsche Dechiffriermaschine nachzubauen, war die Schlüsselsicherheit, auf die sich die Wehrmacht verließ, seit 1940 gebrochen. Aber die Kenntnis der Operationspläne und der Kampfstärken war stets nur ein Faktor neben vielen für den Ausgang der Schlachten. So wenig der Verrat die deutschen Erfolge bis 1942 entscheidend beeinträchtigte, so wenig können auch die folgenden Niederlagen allein auf Spionage zurückgeführt werden. Einzelne Vorgänge sind sicher in ihrem Ablauf verändert und der Krieg insgesamt wahrscheinlich verkürzt worden. Eine neue „Dolchstoß-Legende“ entbehrt jedoch jeder Grundlage. Neben den bereits genannten Gründen bilden sicherlich die Führungsfehler einen weiteren Hauptgrund dafür, daß trotz großer soldatischer Tapferkeit alle Anstrengungen schließlich umsonst waren.

Die Aufzählung der Ursachen wäre jedoch sicher unvollständig, wenn man sich auf die verfehlte Außenpolitik, die dilettantische militärische Führung durch Hitler und die wirtschaftliche und menschliche Erschöpfung beschränken würde. Man darf die Augen nicht davor verschließen, daß die nationalsozialistische Weltanschauung mit dem Rassismus als Kern den Keim zum späteren Zusammenbruch bereits von Anfang an in sich trug. Die Rassenideologie bewirkte den maßlos überheblichen Führungsanspruch der „nordischen Rasse“, entscheiden zu wollen, wer künftig in Europa führen, wer als „Schädling“ vernichtet, wer als geduldeter Sklave am Leben bleiben dürfe. Dieser Anspruch mußte ein friedliches Zusammenleben mit anderen Völkern auf die Dauer unmöglich machen. In dieser gemeinsamen Gefahr für die Betroffenen liegt ein Grund dafür, daß über alle weltanschaulichen Gegensätze hinweg eine weltweite Anti-Hitler-Koalition zusammengeführt wurde, der zuletzt 52 Staaten angehörten. Hitlers „Neuordnungspläne“ hatten es zustandegebracht, daß alle ideologischen Differenzen zwischen den Demokratien und dem kommunistischen Rußland zeitweilig überdeckt wurden. Die Bedrohten nahmen Hilfe, woher immer sie auch kam. Abgesehen also davon, daß die nationalsozialistische Ideologie und der daraus abgeleitete Herrschaftsanspruch inhuman waren und in maßloser Selbstüberschätzung willkürlich Lebensrechte absprachen bzw. zuteilten, müssen Hitlers Weltanschauung und die aus ihr entwickelte Politik als kurzsichtig und unsinnig bezeichnet werden. Durch sie setzte er die 1933 gesicherte Position Deutschlands um unrealistischer Ziele willen aufs Spiel und verstieß damit eklatant gegen die elementaren Interessen des deutschen Volkes. Diese Politik löste nicht nur keines der 1933 anstehenden Probleme, sondern bewirkte direkt die außenpolitische Isolierung, schloß das Risiko des Krieges von Anfang an ein, entfesselte ihn schließlich und führte von 1941 an in den sich zwangsläufig entwickelnden Zusammenbruch.

Innenhof der zerstörten Reichskanzlei.

Zusammenfassung

Die nach 1945 verschiedentlich geäußerten Urteile – Hitler sei ein extremer Ausnahmefall und allein die Ursache für den Erfolg des Nationalsozialismus gewesen; der Nationalsozialismus sei im deutschen Wesen begründet und seine Wurzeln könne man seit der beginnenden Neuzeit verfolgen – sind von der Geschichtswissenschaft heute überwunden. Die ernsthafte Forschung ist sich darüber einig, daß die Wurzeln für das nationalsozialistische „Gedankengut" im Rassismus des 19. Jahrhunderts (Darwin, Gobineau), im Chauvinismus der Jahrhundertwende und im Ausgang des Ersten Weltkrieges zu suchen sind. Die besonderen Umstände in der Endphase der Weimarer Republik ermöglichten der Hitler-Partei den Aufschwung, der sie als potentielle Regierungspartei ins Gespräch brachte. Letzten Endes aber wäre eine Reichskanzlerschaft Hitlers objektiv gesehen immer vermeidbar gewesen. Aufgrund der persönlichen Entscheidung des Reichspräsidenten und seiner Ratgeber gelangte Hitler in die Position, in der er seine politischen Vorstellungen verwirklichen konnte. Die Entwicklung zum 30. Januar 1933 war weder zwangsläufig noch unvermeidbar und schon gar nicht „typisch deutsch", da der Faschismus eine weit über Deutschland hinausreichende Epochenerscheinung darstellt. Allerdings haben einige faschistische Grundhaltungen in Deutschland eine besonders starke Ausprägung erfahren. Hitlers Anteil an der Gesamtentwicklung ist in seiner historischen Rolle als „Sammler" zu sehen. Er machte sich nicht nur zum Führer der extremen rassistischen und chauvinistischen Fanatiker, sondern auch zum Sprecher derer, die aus vielerlei Gründen mit dem Geschehen im und nach dem Ersten Weltkrieg unzufrieden waren. Es gelang ihm, diese heterogene Anhängerschaft zu uniformieren und mit seiner Dynamik „aufzuladen", so daß er für die Zeitspanne von 1933/34 bis in den Zweiten Weltkrieg hinein die Entwicklung zu diktieren vermochte.

Wir wissen heute, daß das Dritte Reich in keiner Phase ein homogenes System bildete. Weder in der Masse des Volkes noch in den Führungskreisen herrschte jemals die „Geschlossenheit der Gefolgschaft", wie sie die Goebbels-Propaganda stereotyp behauptete. Von 1933 an gab es opfermütige Opposition und abwartende Passivität trotz aller Erfassungs- und Gleichschaltungsmaßnahmen. Der Kriegsverlauf öffnete schließlich noch vielen Einsichtigen die Augen und führte sie zu einer mehr oder weniger aktiven Gegnerhaltung. Angesichts des unmittelbar bevorstehenden Zusammenbruchs löste sich dann auch das so lange stabile Ordnungsgefüge weitgehend auf, trotz der bis zuletzt praktizierten Terror- bzw. „Strafmaßnahmen" fanatischer Regimeanhänger.

1945 und darüber hinaus hielten nur noch jene Deutschen am nationalsozialistischen System und seiner Gedankenwelt fest, die entweder nicht von ihrem persönlichen außerordentlich intensiven Engagement abrücken wollten, die aus mangelnder Einsicht in das Verbrecherische des Nationalsozialismus ihre Identifikation beibehielten oder aus Trotz gegenüber der anfänglichen Pauschalverurteilung des deutschen Volkes durch die Sieger im Gestern verharrten. Aus diesen Gründen blieb der Nationalsozialismus auch in der Folgezeit ein psychologisches und politisches Problem.

Interpretationen des Nationalsozialismus

Die „Machtergreifung" der Nationalsozialisten liegt nunmehr fast sechs Jahrzehnte, der Untergang des Dritten Reiches nahezu ein halbes Jahrhundert zurück. Bis heute behielten Nationalsozialismus und Hitler-Reich ihre Aktualität, sind Diskussionsgegenstände in privaten Haushalten, Klassenzimmern, in Hörsälen und Seminaren, werden populär für die breite Öffentlichkeit aufbereitet.

Dieses Phänomen ist leicht zu erklären. Das Spektrum der Motive reicht vom historisch-politischen bis zum moralisch-philosophischen Bereich.

Mit der Fülle der Studien ist das Urteil über den Nationalsozialismus bzw. Hitler nicht unbedingt eindeutiger geworden. Dies ist wohl in der Hauptsache auf die unterschiedlichen Ansätze in der Interpretation zurückzuführen. Eine zentrale Rolle für das Entstehen von „Lagern" war bei einer Reihe von Kontroverspunkten folgendes Problem: Läßt man sich aus den Quellen die Politik Hitlers als Vollzug eines früh entstandenen und nach der Machtergreifung zielstrebig, wenn auch aus naheliegenden Gründen nicht geradlinig verfolgten Programms mit der Doppelabsicht Judeneliminierung und Lebensraumeroberung ableiten, oder entwikkelte sich das Geschehen aus einer jeweils spontanen Nutzung von günstigen Gelegenheiten in der Innen- und Außenpolitik, so daß sich daraus eben die spezifischen Machtverhältnisse, die Expansionsschritte und auch die Phasen der Judenverfolgung und -vernichtung ergaben? Intentionalisten und Funktionalisten – so die Bezeichnungen für die beiden Positionen – sind sich zwar über den grundsätzlich verbrecherischen Charakter des Regimes und über seine Verantwortung für die willentlich herbeigeführte Weltkatastrophe einig, aber unterscheiden sich in der Interpretation.

Es konnte nicht Aufgabe dieser Publikation sein, die Darstellung der verschiedenen inneren und äußeren Abläufe durch Einblendung dieser unterschiedlichen bzw. gegensätzlichen Interpretationen zu unterbrechen. Im folgenden wird versucht, einige der wichtigsten, teilweise auch einer breiteren Öffentlichkeit bekannt gewordenen Positionen zu skizzieren. Daß es sich dabei nur um Hinweise handeln kann, möge im Hinblick auf den gesetzten Rahmen Verständnis finden. Die Reihenfolge stellt keine Wertung nach Gewichtigkeit dar.

Um dem Leser eine Detailbeschäftigung mit den aufgeführten Themen bzw. Kontroversen zu ermöglichen, werden jeweils Literaturhinweise eingefügt.

Einen Überblick über die Forschungsdiskussionen mit genauen Belegstellen bieten folgende Publikationen:

Funke, Manfred: *Starker oder schwacher Diktator? Hitlers Herrschaft und die Deutschen. Ein Essay,* Droste Verlag, Düsseldorf 1989.

Anhand von vier zentralen Kontroversen werden die in der Forschung aufgetretenen Auffassungsunterschiede aufgezeigt: Starker oder schwacher Diktator? Intentionalismus oder Funktionalismus? Der Diktator – Exponent gesellschaftlicher Verhältnisse? Hitlers Diktatur als deutsche Version des internationalen Faschismus?

Hildebrand, Klaus: *Das Dritte Reich,* Oldenburg Verlag, München 1979, s. 117 ff.: Teil II: Grundprobleme und Tendenzen der Forschung.

Hillgruber, Andreas: *Endlich genug über Nationalsozialismus und Zweiten Weltkrieg? Forschungsstand und Literatur,* Droste Verlag, Düsseldorf 1982.

Die beiden in diesem Band zusammengefaßten Vorträge geben Aufschluß über verschiedene Kontroversen zwischen Zeitgeschichtsexperten.

Kershaw, Jan: *Der NS-Staat. Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick.* Übersetzung von Jürgen Krause, Rowohlt Verlag, Enitsch b. Hamburg 1988.

Schreiber, Gerhard: *Hitler. Interpretationen 1923–1983. Ergebnisse, Methoden, Probleme der Forschung,* Wiss. Buchgesellschaft, Darmstadt 2. Auflage 1988, 393 S.

Bestandsaufnahme der Hitler-Forschung und darüber hinaus auch der NS-Forschung.

Thamer, Hans-Ulrich: *Verführung und Gewalt. Deutschland 1933–1945,* Siedler Verlag, Berlin 1985, 840 S.

Prägnante Zusammenfassung der vorliegenden Forschungsergebnisse. Der Autor betont die Vielgesichtigkeit des Nationalsozialismus und unternimmt den Versuch, Forschungskontroversen über den Nationalsozialismus interpretierend zu verbinden.

Faschismus – Nationalsozialismus – Totalitarismus

Die Diskussion um die typologische Einordnung des Nationalsozialismus war von Beginn an, das heißt seit den 20er und 30er Jahren, von den weltanschaulichen Grundpositionen und den politischen Erfahrungen der an ihr Beteiligten zumindest mitgeprägt, wenn nicht entscheidend beeinflußt. Wichtig für die Entwicklung kontroverser Auslegungen war und blieb, daß jeweils einzelne Aspekte des Gesamtphänomens Faschismus mehr oder weniger ausschließlich in den Mittelpunkt der Betrachtung gerückt wurden.

● Die Marxisten zum Beispiel deuteten den Faschismus als europäische Nachkriegserscheinung (und den Nationalsozialismus als nationale Variante davon) gezielt als gesellschaftliches Phänomen innerhalb der kapitalistischen Welt. Die antimarxistische Komponente in Faschismus und Nationalsozialismus wurde zum Anlaß genommen, die Formel vom allesentscheidenden Finanzkapital zu entwerfen: „Der Faschismus ist die offene terroristische Diktatur der am meisten reaktionären, chauvinistischen und imperialistischen Elemente des Finanzkapitals." In dieser Definition wurden Herrschaftsmethoden und -ziele als Mittel zur Verwirklichung der kapitalistischen Absichten bezeichnet und die Faschisten/Nationalsozialisten als Handlanger („Agenten") der übermächtigen Kapitalisten gesehen.

● Unter dem Eindruck der tatsächlichen politischen Abläufe entstanden zwei Varianten dieser Auslegung:

– Im einen Fall hob man hervor, daß die Staatsmacht im Laufe der Entwicklung eine relativ unabhängige Position gegenüber den Gesellschaftsschichten bzw. Machtträgern gewinnen könne. Der Faschismus werfe zunächst im Dienst der Kapitalisten die Arbeiterklasse nieder, wachse ihr dann aber „so über den Kopf, daß sie selbst ihn schließlich zum unbeschränkten Herren über das ganze Volk und damit auch über sich selbst machen müsse".

– Die Distanzierung der SPD gegenüber der KPD in der Weimarer Republik brachte Stalin dazu, Faschismus und Sozialdemokratie als „Zwillingsbrüder" zu bezeichnen („Sozialfaschismus") und den sozialdemokratischen Politikern „Verrat" an der Arbeiterklasse vorzuwerfen.

● Eine dazu weitgehend konträre Interpretation ist die „Totalitarismustheorie". Ihre Vertreter legen den Akzent auf die antiliberalen und antidemokratischen Absichten von Faschismus und Nationalsozialismus. Als charakterisierende Kennzeichen werden angesehen:
– eine „einheitliche" Ideologie;
– eine sich selbst als „umfassende Bewegung" verstehende Partei;
– eine terroristische Geheimpolizei;
– ein Nachrichtenmonopol;
– ein Waffenmonopol;
– eine zentral gelenkte Wirtschaft.

Für das Gesamtsystem, das keine privaten, individuellen Freiräume tolerierte, wurden die Begriffe „totalitär" und „Totalitarismus" geprägt. Da die meisten dieser Merkmale sowohl in der Herrschaft Hitlers (und Mussolinis) als auch in der Stalins nachweisbar waren, wurden sie auf beide Systeme bezogen. Daß damit eine Verkürzung (zum Beispiel um sicher wichtige sozialstrukturelle Dimensionen) bzw. eine Verzerrung (zum Beispiel im Hinblick auf die gegensätzliche Zielrichtung) verbunden war, ist leicht zu erkennen.

● Aus konservativer Position wurde eine Faschismustheorie entwickelt, die die nihilistischen Züge betonte, die bei Führern und Gefolgschaft, Äußerungen und politischer Praxis dieser „Bewegungen" erkennbar seien.

● Von Ernst Nolte wurde eine Interpretation entwickelt, die besonders den antidemokratischen und den extrem nationalistischen Charakter hervorhob.

Aus den Darlegungen wird deutlich, daß beide Grundmodelle – die Deutung des Faschismus/Nationalsozialismus als komplementäre Erscheinung des Kapitalismus und die Deutung von Faschismus/Nationalsozialismus und Sowjet-Stalinismus als Kongruenzsysteme – nur unzureichend geeignet sind, den Nationalsozialismus in seinen politischen, gesellschaftlichen, wirtschaftlichen, militärischen und ideologischen Erscheinungsformen und Zielsetzungen zu erfassen. Dies liegt zum einen in den unvermeidlichen Beschneidungen durch die jeweilige Typisierung, zum anderen in der Unbestimmtheit der Begriffe selbst. Trotzdem beherrscht der Streit zwischen den Verfechtern der beiden Positionen die Diskussion nach wie vor. Vermittelnde Standpunkte werden allerdings auch bereits bezogen. Karl Dietrich Bracher warnt vor einer undifferenzierten Verwendung des Begriffs Faschismus:

> „Der inflationäre Gebrauch des Faschismusbegriffs, gängig nicht nur in kommunistischer Propaganda, sondern auch wieder verstärkt in liberaler Publizistik und Wissenschaft, bedeutet im Grunde die Bagatellisierung einer wirklich totalitären Diktatur wie der nationalsozialistischen, weil damit alles in einen Topf geworfen wird: ob es sich um Militärregime oder Entwicklungsdiktaturen oder lateinamerikanische Oligarchien handelt, oder ob westliche Demokratien in ihren Krisenpunkten als faschistisch bezeichnet werden. Das läuft entweder auf eine Dämonisierung aller Diktaturtendenzen oder aber auf eine Bagatellisierung derjenigen Regime hinaus, die wie das nationalsozialistische Gewalt- und Vernichtungssystem auch vom italienischen Faschismus weit und prinzipiell unterschieden sind."

Literatur

Bracher, Karl Dietrich: *Zeitgeschichtliche Kontroversen um Faschismus, Totalitarismus, Demokratie,* Piper Verlag, München 4. Auflage 1980.

Totalitarismus und Faschismus. Eine wissenschaftliche und politische Begriffskontroverse. Kolloquium im Institut für Zeitgeschichte am 24. Nov. 1978, München (mit Beiträgen u. a. von Karl Dietrich Bracher, Hans Mommsen, Martin Broszat), Oldenbourg Verlag, München 1980.

Kühnl, Reinhard: *Formen bürgerlicher Herrschaft, Liberalismus – Faschismus,* Rowohlt Verlag, Hamburg (rororo aktuell Nr. 1342) 1981.

Reichel, Peter: *Faszination des Faschismus,* Carl Hanser Verlag, München 1990.

Wippermann, Wolfgang: *Europäischer Faschismus im Vergleich (1922–1982),* Suhrkamp Verlag, Frankfurt 1983.

Die „Schuldfrage": Großindustrie – demokratische Parteien – Wähler

Die Kontroverse um die Frage nach der Verantwortung für die Ablösung des parlamentarischen Systems durch die Präsidialkabinette und deren Ablösung durch die Kanzlerschaft Hitlers mit allen ihren Konsequenzen läßt sich weniger klar mit bestimmten Grundpositionen beschreiben. Der Hauptgrund dafür liegt in der Vielzahl der an der Entwicklung in der Endphase der Weimarer Republik Beteiligten. Es erscheint deshalb sinnvoll, die verschiedenen Interpretationen jeweils auf die in Betracht kommenden Gruppen zu beziehen:

● Von marxistisch orientierten Historikern wurde und wird im Zusammenhang mit der Gleichsetzung von Kapitalismus und Faschismus auch die Schuld an der Förderung Hitlers bis zur Überantwortung des Staates an ihn den Großindustriellen und Großagrariern angelastet. Eine solche Pauschalfeststellung entsprach zu keiner Zeit den Tatsachen und wurde zudem im Laufe der Jahre in vielen Detailuntersuchungen präzise widerlegt. Es konnte überzeugend bewiesen werden, daß zwar Wirtschaftsführer an der finanziellen und politischen Unterstützung Hitlers beteiligt waren, das Hauptinteresse der Unternehmer jedoch eher auf die Errichtung eines autoritären Regimes im Stile von Papens gerichtet war.

Man weiß aufgrund spezieller Forschungsarbeiten sowohl über das Verhalten der entscheidenden Verbände (Reichsverband der Industrie, Deutscher Industrie- und Handelstag usw.) als auch einzelner Persönlichkeiten aus dem Unternehmertum Bescheid. Danach gab es durchaus Industrielle, die in der Wirtschaftskrise Verbindungen zur NSDAP aufnahmen. Aber während der Kanzlerschaft Papens wuchs die Anhängerschaft jener, die die eigenen politischen und wirtschaftlichen Vorstellungen am besten in einem reaktionär-konservativen System gesichert glaubten. Der Hitler-Flügel drängte nach der für die NSDAP relativ ungünstigen Novemberwahl beim Reichspräsidenten auf die Einset-

zung Hitlers als Kanzler. Unter dem „sozialen General" von Schleicher kam es dann schließlich zur Kooperation zwischen dieser Gruppe und Papen. Sie konnten Hindenburg für ihr Konzept gewinnen, Hitler „einzudämmen" bzw. „einzuordnen". Insgesamt kann also eine Mitwirkung bestimmter Teile der Unternehmerschaft an der Vorbereitung von Hitlers Kanzlerschaft konstatiert werden, keinesfalls aber eine alleinige oder auch nur die Hauptverantwortung.

● In gleicher Weise ist durch neuere Untersuchungen heute eine relativ genaue Aussage über die Wählerschaft der NSDAP und damit über den sozialen Hintergrund der Hitler–Partei möglich. Danach ist die Position weniger denn je vertretbar, daß es sich um eine typische bzw. ausschließliche „Kleinbürger"– und Mittelstandspartei gehandelt habe. Der Arbeiteranteil war beträchtlich, wenn er auch unter dem Anteil an der Gesamtbevölkerung blieb. Als widerlegt kann die Unterstellung gelten, Arbeitslose hätten besonders häufig nationalsozialistisch gewählt; dies kann lediglich bei den erwerbslosen Angestellten, nicht aber bei den Arbeitern vermutet werden, die eher zur KPD tendierten. Aufgrund dieser Ergebnisse kann festgestellt werden, daß der klassenideologische Interpretationsansatz, der nach wie vor vertreten wird, nicht haltbar ist. Die Arbeiterschaft hat sich so wenig „geschlossen" verhalten wie andere gesellschaftliche Gruppen auch. Die Untersuchungen bestätigen immer zwingender den Charakter der NSDAP als der Integrationspartei, in der eben tatsächlich alle sozialen Schichten vertreten waren. Als weitgehend immun erwiesen sich Teile der Arbeiterschaft und katholische Zentrumswähler.

● Wieder stärker wird neuerdings die Rolle der demokratischen Parteien ins Bewußtsein gerückt. So sehr ihnen das Verdienst zugesprochen wird, am Ende des Ersten Weltkrieges (von der Friedensresolution 1917 an) den Weg zur parlamentarischen Demokratie durchgesetzt zu haben, so eindeutig wird ihnen „Versagen" in der Wirtschaftskrise vorgeworfen. Der Zerfall der Großen Koalition am 18. Juli 1930 anläßlich der Deckungsvorlage für den Reichshaushalt gilt als eines der schwerstwiegenden Ereignisse, da in der Folgezeit keine parlamentarisch gestützte Regierung mehr gebildet werden konnte und mit den Präsidialkabinetten die unmittelbare „Einstimmung" auf die Ein-Mann-Herrschaft begann. Die Ursache für diese Bereitschaft zur Selbstentmachtung wird allerdings unterschiedlich weit zurückverfolgt: Es gibt die Position, als den „eigentlichen Krebsschaden die selbstzerstörerische Eigenart der deutschen Parteien" anzusehen. Da bis zum Weltkriegsende die Gesamtverantwortung nie bei den Parteien, sondern, aufgrund der monarchischen Verfassung, beim „Staat" gelegen habe, hätten Programme und Grundsätze immer eine größere Rolle gespielt als pragmatisches, kompromißbereites Handeln. In der Anfangsphase sei diese Haltung durch das Verantwortungsbewußtsein für die neue Ordnung überlagert gewesen, schon kurze Zeit später habe aber die Neigung, sich zurückzuziehen, wieder zugenommen. Regierungen bestanden im Durchschnitt weniger als ein Jahr, Koalitionen kamen immer schwieriger zustande. Es sei charakteristisch gewesen, daß man aus trivialen Gründen die Große Koalition preisgab, obschon gerade sie in der sich bereits deutlich abzeichnenden Krise möglicherweise Stabilität hätte schaffen können. Als Ergebnis wird herausgestellt, das Scheitern der Weimarer Republik sei in erheblichem Maße ein Scheitern ihrer demokratischen Parteien gewesen.

Diese Akzentverschiebung gegenüber der früheren Auffassung, der demokratische Staat sei zwischen den demokratiefeindlichen Extremparteien KDP und NSDAP zerrieben worden, wird weitgehend allgemein akzeptiert. Die Chancen der Radikalen seien erst dadurch erhöht worden, daß sie in Reichstagswahlen die Möglichkeit erhielten, ihre Anhängerschaft in Wählerstimmen zu beweisen und damit auf der politischen Ebene wirksam werden zu lassen. Die „Durchbruchswahl" der Nationalsozialisten am 14. September 1930 sei eine unmittelbare Folge der Aufkündigung der Großen Koalition gewesen.

Literatur:

Erdmann, Karl Dietrich und Schulze, Hagen: *Weimar. Selbstpreisgabe einer Demokratie. Eine Bilanz heute,* Droste Verlag, Düsseldorf 1980.

Falter, Jürgen W.: *Arbeiter haben erheblich häufiger, Angestellte sehr viel seltener NSDAP gewählt, als wir lange Zeit angenommen haben. Ein Rückblick auf das Projekt „Die Wähler der NSDAP 1928-1933",* in: Geschichte und Gesellschaft Heft 4/1990, S. 536 ff.

Manstein, Peter: *Die Mitglieder und Wähler der NSDAP 1919–1933. Untersuchungen zu ihrer schichtmäßigen Zusammensetzung,* Verlag Peter Lang, Frankfurt, 2. überarb. Auflage 1989.

Mason, Timothy W.: *Der Primat der Politik – Politik und Wirtschaft im Nationalsozialismus,* in: Das Argument 1966 (8. Jhrg), S. 473 ff.

Mollin, Gerhard Th.: *Montankonzerne und Drittes Reich. Der Gegensatz zwischen Monopolindustrie und Befehlswirtschaft in der deutschen Rüstung und Expansion 1936–1944,* Vandenhoeck und Ruprecht, Göttingen 1988.

Mommsen, Hans, Petzina, Dietmar und Weisbrod, Bernd (Hrsg.): *Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik,* Droste Verlag, Düsseldorf 1974.

Stegmann, Dirk: *Zum Verhältnis von Großindustrie und Nationalsozialismus 1930–1933, in:* Archiv für Sozialgeschichte 1973 (13. Jhrg.) S. 399 ff.

Turner, Henry A.: *Die Großunternehmer und der Aufstieg Hitlers,* Siedler Verlag, Berlin 1985.

Winkler, Heinrich A., *Mittelstand, Demokratie und Nationalsozialismus. Die politische Entwicklung von Handwerk und Kleinhandel in der Weimarer Republik,* Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln 1972.

Herrschaftsstruktur: „Hitlerismus" – „Polykratie" – „organisiertes Chaos"

Der Kontroverse über die Struktur des Dritten Reiches kommt insofern eine besondere Bedeutung zu, als es sich hier um die zentrale Frage der Gesamtinterpretation handelt: War Hitler der allesbeherrschende Führer oder eine Marionette der Drahtzieher aus Kapitalkreisen? War er der letztlich souverän und autonom entscheidende Alleinherrscher oder lediglich eine Figur zwischen den anderen einflußreichen Machtträgern an der Spitze der Massen- bzw. Eliteorganisationen? Gab es die hierarchisch geordnete, im Führer gipfelnde Machtpyramide überhaupt oder herrschte nicht eigentlich aufgrund der Rivalitäten zwischen den Männern des zweiten und dritten Glieds ein Kompetenz-Wirrwarr? Diese – hier auf zugespitzte Gegenpositionen verkürzten – Kontroversen bilden in der zeitgeschichtlichen Literatur einen Schwerpunkt:

● Daß Hitler allmächtige Zentralfigur des gesamten nationalsozialistischen Systems gewesen sei, galt in den Nachkriegsjahren zunächst als unbestritten. Er habe Ideologie und Programm geprägt, Gestaltung und Durchsetzung mit „unantastbaren" Führerbefehlen gelenkt, keine Vordenker oder Vorläufer gehabt bzw. zugegeben, Rivalen ausgeschaltet; er sei bis zuletzt eben der totale Beherrscher von Staat und Organisation, Zielen und Methoden gewesen. Diese Einschätzung entsprach einerseits dem Bild, das die Nationalsozialisten selbst entworfen hatten, andererseits ließen sich dafür absolut zwingend erscheinende Belege sowohl für die Zeit vor der Machtergreifung als auch für den eigentlichen Herrschaftszeitraum finden. Unterordnung, ja Unterwerfung unter seinen Willen, seinen Befehl sei unbestrittene Selbstverständlichkeit gewesen. Wenige hätten überhaupt zu widersprechen gewagt, es habe dann allein bei Hitler gelegen, ob sie weiter im Amt blieben oder „entfernt" wurden. Die meisten der zu Kritik Entschlossenen hätten im Angesicht Hitlers ohnehin nicht mehr den Mut zum Widerspruch aufgebracht oder seien von der Persönlichkeit „überwältigt" gewesen – ihre Zahl sei zudem verschwindend gering gewesen im Vergleich zu Liebedienern, Willfährigen und im wörtlichen Sinn Untergebenen.

● Von marxistischer Seite wurde diese Darstellung von vorneherein nicht akzeptiert, in der nichtmarxistischen Geschichtsschreibung

kam im Laufe der letzten Jahre zunehmend Kritik daran auf. Bei den Marxisten lag die Auffassung von der „Werkzeug-Funktion" Hitlers zugrunde, derzufolge er innen- und außenpolitisch eben nur im Auftrag und in Abhängigkeit der Kapitalisten gehandelt habe. Bei den Historikern ging die Revision auf die inzwischen zahlreich vorliegenden Detailuntersuchungen zurück, die ein immer verwirrenderes Bild von den Entscheidungsprozessen und Befehlsabläufen boten. Hitler habe sich in diesem komplizierten Kräftespiel der verschiedenen Personen und Gruppen gelegentlich so verhalten, daß er den Konflikt sich entwickeln ließ und sich dann auf die Seite des vermutlich Mächtigeren schlug. Teilweise sei seine Rolle aber auch lediglich die des von der einen oder anderen Gruppe Abhängigen gewesen. Hitler, so das Ergebnis dieser Historiker, müsse als schwacher Herrscher bezeichnet werden, von Einflüssen und „Eingebungen" weit mehr geleitet als von rationaler Programmatik. Von monolithischer Machtstruktur könne nicht die Rede sein. Es habe eine „Polykratie partikularer Ressorts" (Broszat) bestanden, von vielen anderen Mächtigen und Interessenvertretern mitgelenkt.

● Dieser Neuinterpretation der obersten Führung entsprach auch eine Umorientierung in der Darstellung des Organisations- und Ordnungsgefüges: Es sei alles andere als systematisch, perfekt und totalitär gewesen, vielmehr hätten chaotische Verhältnisse geherrscht. Kaum irgendwo habe man die in den Planungen beabsichtigte „straffe" Organisation in die Praxis umsetzen können, umfassende Gleichschaltung sei nirgendwo gelungen. Das Dritte Reich sei in der Führungsebene sowie zwischen den einzelnen Organisationen ein „System der Systemlosigkeit", die Karikatur eines totalitären Staates gewesen. Von „Anarchie der Vollmachten", „absoluter Hierarchie- und Strukturlosigkeit" ist die Rede, von einem komplizierten und oft anarchischen Mit-, Neben- und Gegeneinander der Macht- und Funktionsträger in Staat und Partei, Wirtschaft und Armee. Selbst die SS sei in rivalisierende Gruppen zerfallen und weder eine elitäre Kaderorganisation noch eine auf ein gemeinsames Ziel gerichtete weltanschauliche Führungselite gewesen.

Als Veranschaulichung dieser Zustände können zwei Äußerungen von führenden NS-Akteuren dienen.

– In einem Brief vom Juni 1934 beschwerte sich der Gauleiter von München-Oberbayern, Adolf Wagner, beim Reichsinnenminister Frick: „Nach der heutigen Rechtslage unterstehen Ihnen als dem Reichsinnenminister die Reichsstatthalter. Adolf Hitler ist Reichsstatthalter in Preußen. Er hat seine Rechte an den preußischen Ministerpräsidenten Göring delegiert. Sie selbst sind aber auch preußischer Innenminister. Als Reichsinnenminister unterstehen Ihnen also rechtlich Adolf Hitler und der preußische Ministerpräsident. Da Sie personengleich mit dem preußischen Innenminister sind, unterstehen Sie wiederum dem preußischen Ministerpräsidenten und sich selbst als Reichsinnenminister. Ich bin zwar kein Rechtsgelehrter, glaube aber, daß es eine solche Konstruktion kaum jemals gegeben hat."

– Am 10. Februar 1940 notierte Goebbels in seinem Tagebuch: „Allgemeine Uneinigkeit. Ley kracht sich mit Kerrl (Reichsminister für Erziehung, Wissenschaft und Volksbildung) gegen Rosenberg etc. Und das mitten im Krieg, und jeder beruft sich auf den Führer. Lammers (Chef der Reichskanzlei im Rang eines Reichsministers) meint nachher privat zu mir, er glaubt, der Führer erteile den Auftrag wahrscheinlich überhaupt nicht."

● Die Vertreter der Gegenposition mußten sich durch diese Deutung herausgefordert fühlen, und sie versuchten, an Einzelbeispielen zu belegen, daß bei allen wesentlichen Entschlüssen eben doch Hitler das letzte Wort gesprochen habe. Eine Veröffentlichung über die nationalsozialistische Intervention im Spanischen Bürgerkrieg belegt zum Beispiel überzeugend, daß gerade nicht Göring oder Ribbentrop oder Heß den Ausschlag gaben, sondern Hitler ihre Standpunkte lediglich zur Kenntnis nahm, dann aber seine oberste Entscheidungskompetenz voll durchsetzte. Der Fall kann insofern als symptomatisch gelten, als er zeigt, daß im Vorfeld von Beschlüssen durchaus die Vertreter verschiedener politischer Kräfte und wirtschaftlicher Interessen auftraten und ihren Einfluß geltend machten, letztlich aber „Führerautorität" und „Führerentscheidung" ausschlaggebend blieben.

Ebenso wird bezüglich der Gleichschaltung darauf hingewiesen, daß aufgrund der nur relativ kurzen Friedensperiode und der zu vielerlei Zugeständnissen zwingenden Kriegszeit selbstverständlich Perfektion nicht zu erreichen gewesen sei. Entscheidend aber seien nicht so sehr die während der Entwicklungsphase tatsächlichen Gegebenheiten, sondern die Absichten – und diese seien unbezweifelbar auf umfassende Verfügbarkeit jedes einzelnen für das Regime gerichtet gewesen. Das strukturelle Chaos, das man glaube aus Einzelbeobachtungen und partiellen Betrachtungen folgern zu können, habe – selbst wenn es im geschilderten Ausmaß vorhanden gewesen wäre – immerhin ausgereicht, ein System mit höchster innen- und außenpolitischer sowie militärischer Effizienz zu errichten. Wesentlich ist letztlich, daß Hitlers Führungskraft und das Organisationsgefüge immerhin dazu ausreichten, Deutschland und Europa zu unterwerfen, die Welt in einen Krieg zu stürzen und ihn bis zur totalen Katastrophe weiterzuführen.

● In den Zusammenhang gehören auch die unterschiedlichen Beschreibungen von Hitlers Persönlichkeit. Es ist hier weder möglich noch nötig, die zahlreichen Biographien bzw. Psychogramme Hitlers vorzustellen. Der Kern der Kontroverse liegt in seiner Deutung als Programmatiker oder Improvisator: Von einer Seite werden stärker die in den verschiedenen Etappen von 1919 bis 1945 konsequent verfolgten politischen Grundlinien herausgestellt, von der Gegenseite die Beispiele für das Schwanken Hitlers in der einen oder anderen Frage, etwa der des bestmöglichen Termins für eine kriegerische Auseinandersetzung. Die einen kommen bei ihrer Darstellung dem schon von den Nationalsozialisten selbst stilisierten Persönlichkeitsbild nahe: Hitler sei, mit seherischen Kräften ausgestattet, folgerichtig und zielstrebig unbeirrt seinen Weg gegangen. Die anderen kehren seine schon in der Kindheits- und Jugendphase zutagegetretene Sprunghaftigkeit im Denken und Handeln hervor. Diesem chaotischen, „künstlerischen" Lebensstil sei er bis zuletzt treu geblieben. Wie nicht selten bei derartigen Auseinandersetzungen haben wohl beide Seiten in gewissem Umfang recht.

Literatur

Broszat, Martin: *Soziale Motivation und Führer-Bindung des Nationalsozialismus, in:* Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 1970 (18. Jahrg.), S. 392 ff.

Hildebrand, Klaus: *Nationalsozialismus ohne Hitler? Das Dritte Reich als Forschungsgegenstand der Geschichtswissenschaft, in:* Geschichte in Wissenschaft und Unterricht (GWU) 1980 (31. Jhrg.), S. 289 ff., und GWU 1981 (32. Jhrg.), S. 200 ff.

Mommsen, Hans: *Nationalsozialismus oder Hitlerismus?* in: Bosch, M. (Hrsg.), Persönlichkeit und Struktur in der Geschichte, Düsseldorf 1977.

Jäckel, Eberhard: *Hitlers Weltanschauung. Entwurf einer Herrschaft.* Erweiterte und überarbeitete Neuausgabe, Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1981.

Außen- und Rassenpolitik: Programmatik – ökonomisches Instrument – Improvisation

Auch bei diesem Komplex gibt es prinzipielle Fronten, einmal zwischen marxistischen und westlichen Historikern und zum zweiten innerhalb der westlichen Geschichtsschreibung zwischen den Historikern, die von einer unveränderten Rassen- und Außenpolitik mit gleichbleibenden Zielen ausgehen, und jenen, die diese Auffassung revidieren wollen, weil sie kein stetiges ideologisches und politisches Programm akzeptieren.

● Die marxistische Geschichtsschreibung interpretiert auch die Außenpolitik in der Logik ihrer ideologischen Grundannahmen: Die kapitalistischen Kräfte hätten Hitler aus wirtschaftlichen Erwägungen („Primat der Ökonomie") auf den Weg der kriegerischen Eroberungen gedrängt. Diese Auffassung wird ungeachtet der Tatsache vertreten, daß ein derartiger Einfluß durch nichts belegt werden kann. Wenn Gedanken der Gewinnung und Sicherung von Rohstoffen eine Rolle spielten, kamen sie von Hitler und seinen innerparteilichen Beratern. Wirtschaftsführer traten als Nutznießer in Erscheinung und entsprachen insoweit dem vorgegebenen Konzept, als sie im Sinne Hitlers für die Ausschöpfung des Potentials zu-

gunsten Deutschlands sorgten. Diese Vertauschung von Ursache und Folge ist den marxistischen Historikern immer wieder vorgehalten worden, ohne daß ein Umdenken auch nur in Ansätzen bewirkt worden wäre.

● In der westlichen Geschichtsschreibung dominiert die Auffassung, Hitler habe auf der Grundlage seiner „Erfahrungen" in der Zeit vor und nach dem Ersten Weltkrieg in „Mein Kampf" ein Zielbild entworfen, in dem Außen- und Rassenpolitik aufs engste miteinander verwoben waren. Er habe nach 1933 die Realisierung dieser Vorstellung betrieben, dabei freilich taktisch gehandelt, indem er die eigentlichen Absichten in der Frühphase militärischer Schwäche tunlichst verschleiert und jeweils die günstigste Konstellation abgewartet habe, um möglichst „überzeugend" und unter geringem Einsatz einen Schritt in die geplante Richtung tun zu können. So habe es Schübe und Pausen in der Außen- und Rassenpolitik gegeben, jedoch weder eine Abkehr von den ursprünglichen Grundsätzen noch eine Richtungsänderung, noch nicht einmal „Phasen", etwa einen ausschließlich von Revisionsabsichten gekennzeichneten ersten Zeitabschnitt bis 1937 und eine daran anschließende expansionistische Periode.

● Dieser Darstellung eines planmäßigen Handelns mit dem Ziel der Eroberung eines riesigen Lebensraums in Mittel- und Osteuropa und eines sich über ganz Europa erstreckenden „Herrschaftsraums", der „germanisiert" und „judenfrei" sein sollte, sowie einer zusammen mit Japan auszuübenden Weltherrschaft widersetzt sich die „revisionistische" Geschichtsschreibung. (Außer Betracht bleiben in diesem Zusammenhang selbstverständlich die apologetischen Versionen vom „friedliebenden" Hitler, dem, zum Beispiel vom britischen Außenminister Halifax, der Krieg aufgezwungen worden sei, oder von der „Auschwitz-Lüge" – eine Judenvernichtung habe es überhaupt nicht gegeben. Fälschungen und Legenden dieser Art sind indiskutabel.) Sie wendet sich gegen den autonomen Charakter von Außen- und Rassenpolitik und natürlich auch hier wieder gegen die dominante Rolle Hitlers. Ihre Interpretation erfolgt aus einem anderen Blickwinkel, der in sich ebenfalls eine Logik aufweist: Wenn Hitler als „schwacher" Diktator im Ränkespiel und Zuständigkeitsstreit der anderen Machtträger, Funktionäre und Gruppenvertreter gesehen wird, verbietet sich von vorneherein jede Annahme eines konsequenten Plans oder Programms. Was tatsächlich geschah, sei „stück- und schubweise" erfolgt, so zum Beispiel die Judenverfolgung und -vernichtung. So wie die Außenpolitik kein Endziel gehabt habe, sondern eigentlich inhalts- und ziellos gewesen sei, erklärbar aus der Tatsache, daß das Regime zu seiner Selbstrechtfertigung und Selbsterhaltung ununterbrochen neue Aktivitäten habe entwickeln müssen und folglich mal hier und mal da losgeschlagen habe, so sei auch die Judenpolitik improvisiert abgelaufen. Aus bestimmten Situationen im Innern, später aufgrund der Kriegslage habe man Gelegenheiten genützt oder Zugzwänge gesehen und dann die mörderische Dynamik entwikkelt.

Die Kontroverse geht also in der seriösen Forschung keineswegs um die Tatsache des Verbrechens und auch nicht um die Verantwortung Hitlers und der nachgeordneten Ausführungsorgane, von Himmler bis zu den Erschießungskommandos. Vielmehr geht der Streit um den Stellenwert, die Antriebskräfte und die Methoden.

Unabhängig von allen Unterschieden in der Interpretation bleibt doch entscheidend, was tatsächlich geschehen ist: Die deutsche Wehrmacht überzog auf Hitlers Befehl Europa mit Krieg; die Besatzungspolitik folgte der „Weltanschauung" von Herren- und Untermenschen; Millionen Juden fielen nach kaum faßbaren Drangsalen einer von Nationalsozialisten erfundenen Tötungsmaschinerie zum Opfer.

Literatur:

Broszat, Martin: *Hitler und die Genesis der „Endlösung", in:* Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte 1977 (25. Jhrg.), S. 739 ff.

Hildebrand, Klaus: *Deutsche Außenpolitik 1933–1945,* Kohlhammer Verlag, Stuttgart, 4. Auflage 1980.

Jäckel, Eberhard: *Hitlers Herrschaft. Vollzug einer Weltanschauung,* Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 2. Aufl. 1988.

Widerstand: Arbeiter – Konservative – Volk

Die wissenschaftliche Diskussion um die Wertung des Widerstands gegen das nationalsozialistische Gewaltsystem entwikkelte sich zeitlich in zwei Kontroversen, aus denen sich wieder Auseinandersetzungen um Details ergaben.

● Von der Nachkriegszeit bis vor kurzem ging es im wesentlichen um die Gegenpositionen zwischen der marxistischen und der westlichen Darstellung. Die eine Seite ließ, entsprechend ihrer ideologischen Vorprägung, prinzipiell nur den Widerstand der Arbeiterklasse gelten, repräsentiert durch die linken Parteien und die Gewerkschaften als Organisationen und durch die Einzelhandlungen der Mitglieder. Die Widerstandsaktionen anderer Gruppen wurden unter dem Gesichtspunkt ausgewählt, ob ein Zusammenwirken mit der Arbeiterklasse und/oder der Sowjetunion festzustellen war bzw. ob eine Förderung und Durchsetzung der „Klasseninteressen" nach der Überwindung des Hitlerregimes beabsichtigt war. Die „Rote Kapelle" zum Beispiel und die in sowjetischen Kriegsgefangenenlagern gebildeten Gruppen („Bund deutscher Offiziere" und „Nationalkomitee Freies Deutschland") fanden eine entsprechende Würdigung. Einzelne Persönlichkeiten, unter anderem auch Graf Stauffenberg, fanden zeitweise ebenfalls Anerkennung, und zwar immer dann, wenn die systemimmanente Interpretation ihrer Motive und Haltungen dies opportun erscheinen ließ. In der Unterscheidung zwischen „Kampf der KPD", „Widerstand von Sozialdemokraten" und „Opposition anderer Hitlergegner" kommt die entsprechende Wertung zum Ausdruck.

Demgegenüber war die Widerstandsforschung und -darstellung im Westen natürlich auf alle Hitler-Gegner bezogen, aber doch lange Zeit zum einen stärker auf die aus konservativen Kreisen stammenden Hitlergegner, zum anderen auf die zum Attentat vom 20. Juli 1944 führenden Entwicklungen und die den Staatsstreich planenden Persönlichkeiten konzentriert. Innerhalb dieser Aufarbeitung kam es allerdings zu teilweise heftigen Diskussionen, zum Beispiel um die Rolle und Bedeutung einer einzelnen Gruppe im Vergleich zu anderen, um die Frage der Kontinuität des Widerstands bei einzelnen Gruppen oder Personen von Anfang an oder erst zu einem späteren Zeitpunkt nach anfänglicher Zusammenarbeit mit den Nationalsozialisten.

Als Beispiel hierfür kann die fortdauernde Erörterung über die in bestimmten Zeitabschnitten unterschiedliche Haltung und Handlungsweise der katholischen Kirche oder die Beurteilung des höchst divergierenden Verhaltens der militärischen Führer gegenüber dem Nationalsozialismus und dem „Eidhalter" Hitler gelten. Ein anderer umstrittener Komplex bezog sich auf Vorstellungen über die Nach-Hitler-Zeit: Die Entwürfe der Widerstandsgruppen für die politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Gestaltung Deutschlands nach einem gelungenen Staatsstreich mußten schon deshalb voneinander abweichen, weil die Beteiligten mannigfache Traditionen und Ziele repräsentierten. Einig waren sich die Widerstandskämpfer, wie ihre späteren wissenschaftlichen Interpreten, über die moralisch-ethischen Motive des Widerstandes gegen den Nationalsozialismus. Bei der Beurteilung der Pläne für den Staat nach Hitler war die Übereinstimmung schon sehr viel geringer. Diese Pläne wurden in der Regel am Demokratiemodell des Grundgesetzes (von anderen auch an sozialistischen Vorstellungen) gemessen und verfielen der Ablehnung, wenn sie ihm nicht entsprachen. Andere verwiesen darauf, daß derartige Beurteilungsmaßstäbe nicht gerecht seien, weil sie die Zeitbedingtheit solcher Pläne nicht berücksichtigen und insbesondere außer acht ließen, daß die parlamentarische Demokratie durch das Fiasko der Weimarer Republik um ihre Glaubwürdigkeit gebracht worden sei.

● Bei der jüngeren Diskussion liegt der Schwerpunkt auf der Frage nach dem Umfang der Widerstandsaktivitäten. Aus den allmählich in größerer Zahl gesichteten Quellen über das Funktionieren des nationalsozialistischen Systems im Friedens- und Kriegsalltag ergab sich die Feststellung, daß die „Totalität" der Erfassung, der Gleichschaltung und der Befehlsbefolgung bei weitem geringer war, als das perfekt geplante und zum Teil auch bereits eingerichtete System erwarten ließ und, vor allem, als es sich die damaligen Machthaber wünschten. Der Begriff der „Volksopposition" taucht zwar relativ früh in der Literatur auf, aber erst sehr viel später wurde er in größerem Umgang inhaltlich gefüllt. Dies hat eine Ände-

rung der Blickrichtung und der Beurteilung zur Folge: „Widerstand" wird nicht mehr wie bisher auf die Handelnden und zum politischen Umsturz Entschlossenen begrenzt. Man verweist auf die ungemein vielfältigen Formen der Nichtanpassung, Widersetzlichkeit, Verweigerung, Distanzierung, Teilnahmslosigkeit, Abschirmung im privaten oder sozialen Milieu usw. und betont, daß das auf unabdingbaren Gehorsam und auf absolute Verfügbarkeit jedes einzelnen zielende System schon durch dieses Nicht-Handeln beeinträchtigt worden sei. Mit dem Begriff „Resistenz" werden diese Formen des passiven Widerstands zwar von den aktiven Widerstandshandlungen abgesetzt, aber man will sie doch in der Darstellung nachdrücklich berücksichtigt sehen.

● In der Diskussion um die Bedeutung dieser neuen Betrachtungsweise fehlt es nicht an Warnungen. Die Ausweitung des Widerstandsbegriffs auf „Nicht-Handeln" reduziere die Bedeutung der zum Sturz Hitlers Entschlossenen. Ihre Risikobereitschaft bis zum Einsatz des eigenen Lebens, vor allem – und dies gelte in erster Linie für die Männer des 20. Juli – ihr Verantwortungsbewußtsein für das Danach trenne sie von allen anderen gegnerischen Verhaltensweisen. Wer sich ausschloß, habe zwar im NS-System ebenfalls zumindest mit Nachteilen oder gar Zwangsmaßnahmen rechnen müssen, weil die Machthaber ja dem Grundsatz folgten: „Wer nicht für uns ist, ist gegen uns". Er habe also wohl das Funktionieren gestört, aber eben nicht zielgerichtet auf seine Beseitigung hin aktiv gehandelt. Ebenso seien die Attentatspläne einzelner deutlich vom Staatsstreichversuch des 20. Juli abzusetzen. Auch wenn ein Deutschland ohne Hitler schon an und für sich eine Alternative zum Deutschland mit Hitler dargestellt hätte, könne nicht verkannt werden, daß erst die konstruktive Planung für die Zeit nach dem gelungenen Attentat den hohen ethischen Rang der Widerstandsbewegung beweise.

Literatur

Broszat, Martin, Fröhlich, Elke und Wiesemann, Falk: *Bayern in der NS-Zeit,* 4 Bände, Oldenbourg Verlag, München 1979 ff.

Graml, Hermann: *Die außenpolitischen Vorstellungen des deutschen Widerstands* (ebenfalls in Schmitthenner/Buchheim).

Hillgruber, Andreas: Rezension von Band 2 des Werkes *Deutschland im Zweiten Weltkrieg,* Ost-Berlin 1975, in: Historische Zeitschrift 1976 (23.Jhrg.), S. 358 ff.

Klessmann, Christoph und Pingel, Falk (Hrsg.): *Gegner des Nationalsozialismus. Wissenschaftler und Widerstandskämpfer auf der Suche nach der historischen Wirklichkeit,* Campus Verlag, Frankfurt 1980.

Mommsen, Hans: *Gesellschaftsbild und Verfassungspläne des deutschen Widerstands, in:* Schmitthenner, Walter und Buchheim, Hans (Hrsg.): *Der deutsche Widerstand gegen Hitler,* Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln/Berlin 1966.

Das Dritte Reich in der Geschichte: Kontinuität – Einmaligkeit

1980 erschien eine Darstellung der deutschen Geschichte, die den Entwicklungsbogen vom 19. Jahrhundert bis 1945 spannt und unter den Gesichtspunkt des Scheiterns des deutschen Nationalstaates stellt. Bereits 1948 war erstmals die nationalsozialistische Katastrophe in unmittelbarem Zusammenhang mit der Reichsgründung Bismarcks und ihrer Vorgeschichte gesehen worden. Ein solcher Ansatz muß zu harten Verurteilungen führen, lediglich die Weimarer Republik wird in dieser Sicht als positive Ausnahme innerhalb eines von Chauvinismus, Militarismus, Imperialismus und Antiliberalismus geprägten geradlinigen Entwicklungsprozesses gesehen.

Umgekehrt wurde und wird die These der Diskontinuität der deutschen Geschichte vertreten. Der Nationalsozialismus und das Dritte Reich werden als Bruch innerhalb der deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts angesehen.

In diesen Zusammenhang gehören auch neuere Diskussionsansätze unter der Fragestellung nach einem deutschen „Sonderweg". Gegen sie wird wiederum eingewandt: Jede Nationalgeschichte habe ihre Eigenprägung, weiche mehr oder weniger deutlich von epochentypischen oder regionalcharakteristischen Abläufen ab. Umgekehrt: Es sei durchaus berechtigt, die Entwicklung in Deutschland auf 1933 zu und insbesondere bis 1945 als Ausnahme zu sehen, da in den anderen europäischen Staaten bei vergleichbarer Ausgangslage und ähnlichen Bedingungen weder ein Politiker vom Schlage Hitlers noch eine amoralische Politik wie die der Nationalsozialisten Massenanhängerschaft gefunden habe und es auch keine vergleichbare Maßlosigkeit in der innen- und außenpolitischen Zielsetzung und Praxis gegeben habe.

Kontinuität oder Diskontinuität, Sonderweg oder nicht – es wird auch die Auffassung vertreten, Auseinandersetzungen dieser Art seien müßig, weil es zum einen an allgemein anerkannten Maßstäben fehle, zum anderen derartige Pauschalfeststellungen unergiebig seien. So ließen sich zum Beispiel zwar für die Außenpolitik in der Zeit von 1914/18 und der von 1939/45 gewisse Parallelen bezüglich expansiver Absichten feststellen, aber schon im Hinblick auf die jeweils zugrundeliegende „Ideologie" gebe es keine Gemeinsamkeit zwischen traditionell imperialistischen Bestrebungen und der rassistisch begründeten Unterwerfungspolitik. Hinweise auf die „verspätete Nation" oder auf die Aufrechterhaltung des monarchischen Machtstaates oder auf die restaurativen Einflüsse der Eliten im Deutschen Reich hätten eine gewisse Berechtigung, verstellten aber auch den Blick auf die nationalstaatlichen Ansätze seit dem Vormärz, auf die demokratischen Revolutionsversuche im 19. Jahrhundert, auf die politische Bedeutung und Schubkraft der Arbeiterbewegung, auf die zahlreichen Vorkämpfer einer fortschrittlichen Verfassungsreform aus verschiedenen Bevölkerungsschichten usw.

Insgesamt entstand bei gebührender Beachtung der beiden Darstellungsstränge eher das Bild eines von vielen Kräften wenn nicht geprägten, so doch beeinflußten Staatswesens als das eines von zahlenmäßig engbegrenzten Machtgruppen beherrschten Obrigkeitsstaates.

Literatur:

Schieder, Theodor: *Das Deutsche Reich in seinen nationalen und universalen Beziehungen 1871–1945, in: Schieder, Theodor und Deuerlein, Ernst (Hrsg.): Reichsgründung 1870/71. Tatsachen. Kontroversen. Interpretationen.* Seewald Verlag, Stuttgart 1970, S. 422 ff.

Nolte, Ernst: *Die negative Lebendigkeit des Dritten Reiches,* in: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 165, v. 24.7.1980, S. 6.

Alltagsschilderungen – eine neue Perspektive der Betrachtung

Seit einigen Jahren nimmt in auffälliger Weise die Zahl der Publikationen zu, die Alltagssituationen aus dem Dritten Reich als persönliches Erleben oder aufgrund wissenschaftlicher Untersuchungen beschreiben. Als positive Aspekte dieser Erscheinungen können angesehen werden:

– Mit diesen Veröffentlichungen, die mehr oder weniger detaillierte Schilderungen von Zeitgenossen unterschiedlichen Alters enthalten oder einen bestimmten Lebensbereich aus der Sicht der unteren Betroffenheitsebene darstellen, kommt nunmehr auch ein breiteres Publikum mit einem originär zeitgeschichtlichen Forschungsverhalten, nämlich der Zeugenaussage, in Berührung. Seit Beginn zeitgeschichtlicher Forschung gehörte es zum Instrument wissenschaftlichen Arbeitens, die „Dabei-Gewesenen" zu befragen, persönliche Aufzeichnungen auszuwerten, die in Prozessen zu Protokoll gegebenen Handlungsweisen und -motive zu berücksichtigen usw. Verständlicherweise konzentrierte sich das Interesse zunächst auf „führende Persönlichkeiten", weil Antworten auf die Fragen, welche Entscheidungen von welchem Funktionsträger unter welchen Bedingungen gefällt worden waren, besonders hilfreich erschienen für die aus den Dokumenten entwickelte Rekonstruktion von wichtigen Phasen des Geschehnisablaufs. Wenn nunmehr auch „kleine Leute" zu Wort kommen, so begünstigt dies möglicherweise die Vervollständigung des aus den Aktenstücken und den Aussagen der Verantwortlichen gewonnenen Bildes.

– Eben dies, die Blickwendung von der Führungsebene zur Masse der Zeitgenossen, kann geeignet sein, das Zeitgeschehen als breiten Strom bewußt zu machen, der sich auf höchst unterschiedlichen Ebenen be-

wegte. In der Geschichtsdidaktik ist die Bedeutung der „multiperspektiven Darstellung" eine wichtige Forderung, weil nur auf diesem Weg der nachfolgenden Generation klargemacht werden kann, wie facettenreich eine Epoche ist. Gerade für das Begreifen eines Regimes, das mit dem Anspruch von totaler Uniformierung, wenn nicht Unterwerfung auftrat, ihn aber in der kurzen Zeit von sechs Friedens- und sechs zu vielen Zugeständnissen zwingenden Kriegsjahren natürlich nicht durchzusetzen vermochte, ist es unerläßlich, ein möglichst breites Spektrum von Handlungs- und Verhaltensweisen zu kennen, um nicht zu Fehlurteilen zu kommen.

– Für junge Menschen ergibt sich auf diese Weise ein neuer, sicherlich attraktiver Zugang zur Einsicht in die damalige Zeit. „Wir waren damals so alt wie ihr jetzt..." ist eine Verständigungsmöglichkeit, die Geschichte zum Erlebnis werden lassen kann. Von den Berichten der Zeitgenossen in Publikationen kann zudem der Impuls ausgehen, selbst Befragungen im eigenen Lebensbereich vorzunehmen und das Gehörte zusammen mit dem Gelesenen in das vom Geschichtsbuch bzw. vom Geschichtsunterricht vermittelte Bild einzufügen.

Jeder dieser für die Verständnissteigerung als positiv zu bewertenden Gesichtspunkte fordert allerdings ein Aber heraus. Man muß sich bewußt bleiben, daß der Wert der Augenzeugen- und Erlebnisberichte, sei es von oben oder unten, durchaus relativ ist. Der Hauptgrund liegt dabei nicht so sehr darin, daß durch die Fülle der Perspektiven die Sicht eher verwirrt als präzisiert werden könnte – das ist eine Frage des richtigen Einordnens, der Orientierung an den entscheidenden Konturen. Problematisch ist vielmehr die mögliche Verzerrung durch die schwer kontrollierbare Subjektivität. Ihr muß noch gar nicht einmal bewußtes Irreführung zugrunde liegen.

Den Alltag zur Kenntnis zu nehmen, die Erlebenden zu Wort kommen zu lassen, das Detail aus der Perspektive eines einzelnen zu erfassen, – alles dies besitzt nur dann einen zeitgeschichtlichen Erkenntnis- und politischen Bildungswert, wenn die Einzelheit richtig gewichtet und sachgerecht in das durch die Wissenschaft erarbeitete Epochenbild eingefügt wird.

Literatur

Boberach, Heinz *(Hrsg.): Meldungen aus dem Reich. Die geheimen Lageberichte des Sicherheitsdienstes der SS aus dem Reichssicherheitshauptamt 1938–1944,* Pawlak Verlag, Herrsching 1984.

Grube, Frank und Richter, Gerhard: *Alltag im Dritten Reich. So lebten die Deutschen 1933–1945,* Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 1979.

Hannsmann, Margarete: *Der helle Tag bricht an. Ein Kind wird Nazi,* Knaus Verlag, Hamburg 1982.

Kempowski, Walter *(Hrsg.): Haben Sie Hitler gesehen? Deutsche Antworten,* Goldmann Verlag München 1989.

Peukert, Detlev: *Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde. Anpassung, Ausmerze und Aufbegehren unterm Nationalsozialismus,* Bund-Verlag, Köln 1982.

Historikerstreit

1985 und 1986 lösten zwei Aufsätze weit über die Fachwelt hinausgreifende, auf das politische Tagesgespräch einwirkende Diskussionen aus. Martin Broszat veröffentlichte im Mai 1985 in der Zeitschrift „Merkur" ein „Plädoyer für eine Historisierung des Nationalsozialismus". Kernthese war, die Geschichtsschreibung über Hitler und das Dritte Reich zu „normalisieren", die Geschehnisse mit „normalen Maßstäben der Geschichtswissenschaft" zu messen, nicht länger als gleichsam „unwürdiges Kapitel" der deutschen Geschichte zu behandeln, Hitler nicht als Ausgeburt des Bösen zu dämonisieren, keine weniger den Verstand als die Seele ansprechende beschwörend-beschreibende Vergegenwärtigung des Geschehenen vorzunehmen. Die Normalisierung der Geschichtsschreibung über den Nationalsozialismus sei unverzichtbar. „Man kann nicht gleichzeitig die Blockade des deutschen Geschichtsbewußtseins durch den Nationalsozialismus bedauern und an seiner Abriegelung gegenüber geschichtlichem Verstehen festhalten. Die Normalisierung unseres Geschichtsbewußtseins kann auf die Dauer die NS-Zeit nicht aussparen, kann nicht um sie herum erfolgen. Auch die Pauschaldistanzierung von der NS-Vergangenheit ist noch eine Form der Verdrängung und Tabuisierung." Es sollten künftig nicht mehr moralische Be- und Verurteilung, sondern nüchterne Bestandsaufnahmen vorgenommen und somit jede Art von methodischer Sonderbehandlung vermieden werden. Von einer national- und monumentalgeschichtlichen Vergegenwärtigung des nationalsozialistischen Diktatur- und Kriegsstaates sollte man zu einer sozialgeschichtlichen Einordnung des Nationalsozialismus in einem weiter gefaßten Epochenzusammenhang und zu einem tieferen Verständnis der sozialen Schubkräfte gelangen, die ihn zu einer breiten Volksbewegung hatten werden lassen. An die Stelle einer demonstrativen Behandlung des Nationalsozialismus als negativem Lehrstück sollte historisches Begreifen treten.

Diesem Eintreten für eine „Reintegration" der zwölfjährigen Zeitspanne in den Gesamtverlauf der zweitausend Jahre deutscher Geschichte blieb der Vorwurf relativierender und bagatellisierender Einebnung nicht erspart. Der Autor habe abermals seinen schon bei der Darstellung von Hitlers Judenpolitik bewiesenen Revisionismus bestätigt und eine „Verharmlosung" Hitlers bewirkt. Da Broszats wissenschaftliche Reputation über jeden Zweifel erhaben war, unterblieb jede Unterstellung, er habe solches beabsichtigt, und es hätte gar nicht seiner Klarstellung im Briefwechsel mit Saul Friedländer (Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte, 2/1988, S. 339 ff.) bedurft. Er habe natürlich mit keinem Wort eine Handhabe für den Vorwurf der „Moralischen Einebnung" geliefert. Selbstverständlich behalte die moralische Verurteilung des Nationalsozialismus unverändert Geltung.

Die Auseinandersetzung um den im Juni 1986 erschienenen Aufsatz von Ernst Nolte „Vergangenheit, die nicht vergehen will" war ungleich heftiger und erfolgte in den Medien ebenso wie auf Tagungen und Kongressen. Die zentralen Gedanken bezogen sich auf Geschichtsbewußtsein und Faktenzusammenhänge: Die nationalsozialistische Vergangenheit verliere nicht wie andere Vergangenheiten im Ablauf der Zeit das Bedrängende, im Gegenteil, „sie scheint immer noch lebendiger und kraftvoller zu werden, aber nicht als Vorbild, sondern als Schreckbild, als eine Vergangenheit, die sich geradezu als Gegenwart etabliert oder die wie ein Richtschwert über der Gegenwart aufgehängt ist".

Die beklagenswerteste Folge des Nichtvergehens der Vergangenheit sei, daß die einfachsten Regeln, die für jede Vergangenheit gelten, außer Kraft gesetzt zu sein scheinen, nämlich, daß jede Vergangenheit mehr und mehr in ihrer Komplexität erkennbar werden müsse, daß der Zusammenhang immer besser sichtbar werde, in den sie verspannt war, daß die Schwarz-Weiß-Bilder der kämpfenden Zeitgenossen korrigiert werden, daß frühere Darstellungen einer Revision unterzogen werden müßten. Nolte kritisierte dann an der bisherigen Geschichtsschreibung über den Nationalsozialismus, „daß sie nicht weiß oder nicht wahrhaben will, in welchem Ausmaß all dasjenige, was die Nationalsozialisten später taten, mit alleiniger Ausnahme des technischen Vorgangs der Vergasung, in einer umfangreichen Literatur der frühen zwanziger Jahre bereits beschrieben war: Massendeportationen und -erschießungen, Folterungen, Todeslager, Ausrottungen ganzer Gruppen nach bloß objektiven Kriterien, öffentliche Forderungen nach Vernichtung von Millionen schuldloser, aber als ‚feindlich' erachteter Menschen. Es ist wahrscheinlich, daß viele dieser Berichte übertrieben waren. Es ist sicher, daß auch der ‚weiße Terror' fürchterliche Taten vollbrachte, obwohl es in seinem Rahmen keine Analogie zu der postulierten ‚Ausrottung der Bourgoisie' geben konnte. Aber gleichzeitig muß die folgende Frage als zulässig, ja unvermeidbar erscheinen: Vollbrachten die Nationalsozialisten, vollbrachte Hitler seine ‚asiatische Tat' vielleicht nur deshalb, weil sie sich und ihresgleichen als potentielle oder wirkliche Opfer einer ‚asiatischen' Tat betrachteten? War nicht der ‚Archipel GULAG' ursprünglicher als Auschwitz? War nicht der ‚Klassenmord' der Bolschewiki das logische und faktische Prius des ‚Rassenmordes' der Nationalsozialisten? Sind Hitlers geheimste Handlungen nicht gerade auch dadurch zu erklären, daß er den ‚Rattenkäfig' (aus Orwells Roman „1984"; d.V.) nicht vergessen hatte? Rührte Auschwitz vielleicht in seinen Ursprüngen aus einer Vergangenheit her, die nicht vergehen wollte? ..."

Der Sturm der Entrüstung über den Aufsatz, speziell diese Fragen, begann mit Habermas'

Philippika (Die Zeit, 11.7.1986) unter dem Titel „Eine Art Schadensabwicklung. Die apologetischen Tendenzen in der deutschen Zeitgeschichtsschreibung", in dem neben Nolte auch andere Zeithistoriker angeklagt wurden. Er hielt jahrelang an. Die Kernpunkte des Streites waren zwei Fragen: War der Massenmord an den Juden „einmalig" oder handelte es sich um einen mit anderen Völkermorden vergleichbaren Vorgang? Hat die Geschichtswissenschaft eine gesellschaftliche bzw. politische Funktion? Die Kritiker unterstellten, es gehe den „Revisionisten" um eine Vereinheitlichung des deutschen Geschichtsbildes. Sie beabsichtigten, das pluralistische Geschichtsbewußtsein durch eine Betrachtungsweise abzulösen, die identitätsfördernd wirken solle, um „dem kollektiven, großenteils unbewußten Bedürfnissen nach innerweltlicher Sinnstiftung" gerecht zu werden. Von hier aus war es dann nicht mehr weit zu den Vorwürfen von Rechtsradikalismus, Antisemitismus, Neokonservatismus. Manche Diskutanten gerieten von der fachwissenschaftlichen Auseinandersetzung zum Politisieren. Es war von neuer „Auschwitz-Lüge" die Rede, von der „Offensive rechter Historiker", von „Regierungshistorikern", von „Geschichtspolitik", von einem „Kampf ums Geschichtsbild" usw. Der „Historikerstreit" brachte für die Thematik „Nationalsozialismus" einen neuerlichen Aktualitätsschub, blieb aber infolge der Art und Weise des Streitens relativ arm an klärenden Erkenntnissen.

Literatur

Erler, Gernot, u.a.: *Geschichtswende? Entsorgungsversuche zur deutschen Geschichte. Mit einem Vorwort von Walter Dirks,* Dreisam-Verlag, Freiburg 1987.

Historikerstreit. *Die Dokumentation der Kontroverse um die Einzigartigkeit der nationalsozialistischen Judenvernichtung.* Piper Verlag, München 3. Aufl. 1987.

Meier, Christian: *Vierzig Jahre nach Auschwitz. Deutsche Geschichtserinnerung heute,* C.H. Beck'sche Verlagsbuchhandlung, München, 2. erweit. Aufl. 1990.

Nolte, Ernst: *Das Vergehen der Vergangenheit. Antwort an meine Kritiker im sogenannten Historikerstreit,* Ullstein-Verlag, Berlin 1987.

Pehle, Walter H. (Hrsg.): *Der historische Ort des Nationalsozialismus. Annäherungen,* Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/Main 1990.

Literaturhinweise

In die folgende Literaturliste sind sowohl fast als klassisch zu bezeichnende Gesamtdarstellungen als auch neuere Spezialstudien sowie verschiedene Forschungsergebnisse zusammenführende Sammelbände aufgenommen worden. Die hier notwendigerweise getroffene Auswahl aus den zahlreichen Publikationen zum Nationalsozialismus stellt keine Bewertung dar. Literatur zum Widerstand wurde weitgehend ausgeklammert, da hierzu ein gesondertes Heft der *Informationen zur politischen Bildung* (Nr. 160) vorliegt.

I. Quellensammlungen

Fröhlich, Elke (Hrsg.): *Die Tagebücher von Joseph Goebbels,* Sämtliche Fragmente, 4 Bände, K.G. Saur Verlag, München 1987.

Hellfeldt, Matthias von/Klönne, Arno: *Die betrogene Generation. Jugend in Deutschland unter dem Faschismus,* Quellen und Dokumente, Pahl-Rugenstein Verlag, Köln 1985.

Jäckel Eberhard/Kuhn, Axel (Hrsg.): *Hitler. Sämtliche Aufzeichnungen 1905–1924.* Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1980.

Hofer, Walther: *Der Nationalsozialismus – Dokumente 1933–1945,* Fischer TB 6084, Frankfurt/Main, 39. Auflage 1989.

Die Standard-Dokumentation für Zwecke der politischen Bildung.

Michaelis, Hermann, u. Schraepler, Ernst (Hrsg.): *Ursachen und Folgen. Vom deutschen Zusammenbruch 1918 und 1945 bis zur staatlichen Neuordnung Deutschlands in der Gegenwart.* Eine Urkunden- und Dokumentensammlung zur Zeitgeschichte, Berlin 1964 ff.

Diese 26 Bände umfassende Quellenedition sollte immer dann herangezogen werden, wenn es auf eine ungekürzte Quellenlektüre ankommt.

Michalka, Wolfgang (Hrsg.): *Das Dritte Reich,* Band 1: „Volksgemeinschaft" und Revisionspolitik 1933–1938, Band 2: Weltmachtanspruch und nationaler Zusammenbruch, dtv TB 2925/6, München 1985.

Dokumentensammlung zur Innen- und Außenpolitik.

Picker, Henry: *Hitlers Tischgespräche,* Ullstein Verlag (Bibliothek der Zeitgeschichte) Frankfurt 1989.

II. Monographien

Aleff, Eberhard: *Das Dritte Reich,* Fackelträger-Verlag (Edition Zeitgeschichte 5), Hannover, überarbeitete Neuauflage 1985.

Inzwischen in zahlreichen Auflagen erschienene Einführung, die in einer geglückten Form Dokumente, Quellen, Zitate und Darstellung verbindet.

Angermund, Ralph: *Deutsche Richterschaft 1919–1945.* Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt/Main 1990.

Darstellung der Perversion des Rechts im Dritten Reich. Behandelt werden u. a. die Entrechtung der Juden, die Verfolgung von Andersdenkenden durch Gerichte und Polizei.

Barkai, Avraham: *Vom Boykott zur Entjudung. Der wirtschaftliche Existenzkampf der Juden im Dritten Reich 1933–1945,* Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt 1988.

Becker, Marie-Luise: *Nationalsozialistische Sozialpolitik im Zweiten Weltkrieg,* Oldenbourg Verlag, München 1985

Bracher, Karl Dietrich: *Die deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus,* Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln, 5. Auflage 1976, auch Ullstein-Taschenbuch 35002.

Gesamtdarstellung des Nationalsozialismus auf der Grundlage einer großen Zahl von Spezialstudien.

Broszat, Martin: *Der Staat Hitlers. Grundlegung und Verfassung seiner inneren Entwicklung, 1969,* dtv Weltgeschichte des 20. Jh's.

Broszat, Martin: *Nach Hitler. Der schwierige Umgang mit unserer Geschichte,* Deutscher Taschenbuch Verlag, München 1988.

Buchheim, Hans /Broszat, Martin /Jacobsen, Hans-Adolf /Krausnick, Helmut: *Anatomie des SS-Staates, Band I: Die SS – das Herrschaftsinstrument Befehl und Gehorsam; Band II: Konzentrationslager; Kommissarbefehl Judenverfolgung,* dtv Dokumente 2915 und 2916.

Erdmann, Karl Dietrich: *Deutschland unter der Herrschaft des Nationalsozialismus 1933–1939 und Der Zweite Weltkrieg,* TB-Ausgabe von Gebhardts Handbuch der Deutschen Geschichte, dtv wissenschaftliche Reihe 4220 und 4221, 1980.

In komprimierter Darstellung werden in diesem Handbuch nicht nur Tatsachen und Ereignisse geboten, sondern darüber hinaus Analysen und kritische Erörterungen umstrittener Fragen.

Fest, Joachim C.: *Hitler. Eine Biographie,* Propyläen Verlag, Frankfurt – Berlin – Wien 1973, auch Ullstein-Taschenbuch 33035, 1987.

Fest verarbeitet in diesem Werk die bisher aufgelaufene Flut von wissenschaftlichen Publikationen über Hitler zu einer brillant geschriebenen Biographie.

Graml, Hermann: *Reichskristallnacht. Antisemitismus und Judenverfolgung im Dritten Reich.* Deutscher Taschenbuch Verlag, München 1988.

Graml, Hermann: *Europas Weg in den Krieg. Hitler und die Mächte 1939* (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 29), Oldenbourg Verlag, München 1990.

Gruchmann, Lothar: *Justiz im Dritten Reich 1933–1940. Anpassung und Unterwerfung in die Ära Gürtner.* Oldenbourg Verlag, München 2. Aufl. 1990.

Herbst, Ludolf: *Der Totale Krieg und die Ordnung der Wirtschaft. Die Kriegswirtschaft im Spannungsfeld von Politik, Ideologie und Propaganda,* Oldenbourg Verlag, München 1982.

Hildebrand, Klaus: *Das Dritte Reich* (Oldenbourgs Grundriß der Geschichte, Bd. 1) Oldenbourg Verlag, München 3. Auflage 1987.

Der Autor gibt zunächst eine knappe Darstellung der Prozesse und Strukturen, erläutert dann die Probleme und Tendenzen der Forschung und liefert schließlich eine nach Sachgebieten gegliederte Bibliographie. Das Werk bietet die derzeit aktuellste Gesamtinformation.

Jacobsen, Hans-Adolf: *Nationalsozialistische Außenpolitik 1933–1938,* Verlag Metzner, Frankfurt – Berlin 1968.

Sehr genaue Darstellung und Untersuchung jener Phase der nationalsozialistischen Außenpolitik, die für die Frage nach Entfesselung, Ausbruch oder Erzwingung des Zweiten Weltkriegs entscheidend ist.

Kershaw, Jan: *Der Hitler-Mythos. Volksmeinung und Propaganda im Dritten Reich.* Oldenbourg Verlag, München 1980.

Klee, Ernst: *„Euthanasie" im NS-Staat. Die „Vernichtung lebensunwerten Lebens",* Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt 3. Auflage 1989.

Kranig, Andreas: *Lockung und Zwang. Zur Arbeitsverfassung im Dritten Reich,* Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1983 (Schriftenreihe des Instituts für Zeitgeschichte Nr. 47).

Krausnick, Helmut: *Hitlers Einsatzgruppen. Die Truppe des Weltanschauungskrieges 1938–1942,* Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt 2. Aufl. 1989.

Longerich, Peter (Hrsg. unter Mitarbeit von Pohl, Dieter): *Die Ermordung der europäischen Juden. Eine umfassende Dokumentation des Holocaust von 1941–1945,* Piper Verlag, München 1989.

Mason, Timothy W.: *Sozialpolitik im Dritten Reich,* Westdeutscher Verlag, Opladen, 2. Auflage 1978, 376 S.

Es handelt sich um die grundlegende Einleitung zur 1975 erschienenen Studie über „Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft. Dokumente und Materialien zur deutschen Arbeiterpolitik 1936–1939". Sie bietet eine Sozialgeschichte des Dritten Reiches.

Messerschmidt, Manfred: *Militärgeschichtliche Aspekte der Entwicklung des deutschen Nationalstaats.* Droste Verlag, Düsseldorf 1988.

Im einzelnen weist Messerschmidt nach, daß es zwischen konservativen Militärs und braunen Machthabern nicht nur eine „Teilidentität" der Ziele – Aufrüstung, Wiedererlangung der deutschen Großmachtposition –, sondern auch eine weitgehende Übereinstimmung in den Grundanschauungen gab – Antiparlamentarismus, Antimarxismus, Volksgemeinschaft, starker Staat.

Wüllner, Fritz: *Die Wehrmachtjustiz im Dienste des Nationalsozialismus. Zerstörung einer Legende,* Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1987.

Seidler, Franz W.: *Deutscher Volkssturm. Das letzte Aufgebot 1944/45,* Herbig Verlag, München/Berlin 1989.

Teichert, Eckart: *Autarkie und Großraumwirtschaft in Deutschland 1930–1939. Außenwirtschaftliche Konzeption zwischen Wirtschaftskrise und Zweitem Weltkrieg,* Franz Steiner Verlag, Stuttgart 1984.

Ulrich, Herbert: *Fremdarbeiter. Politik und Praxis der „Ausländer in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches,* Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 2. Aufl. 1986.

Wendt, Bernd-Jürgen: *Großdeutschland. Außenpolitik und Kriegsvorbereitung des Hitler-Regimes,* Deutscher Taschenbuch Verlag, München 1987.

Zimmermann, Michael: *Verfolgt, vertrieben, vernichtet. Die nationalsozialistische Vernichtungspolitik gegen Sinti und Roma.* Klartext Verlag, Essen 1989.

Zimmermann zeigt auf, in welcher Weise die Verfolgung der Zigeuner zwischen 1933 und 1938 eklatant zunahm.

Zitelmann, Rainer: *Adolf Hitler. Eine politische Biographie,* Muster-Schmidt Verlag, Göttingen, 2. Auflage 1989 (TB-Reihe Persönlichkeit und Geschichte).

III. Sammelbände

Benz, Wolfgang (Hrsg.): *Legenden – Lügen – Vorurteile. Ein Lexikon zur Zeitgeschichte.* Verlag Moos & Partner, München (Gräfelfing) 1990.

Benz, Wolfgang (Hrsg.): *Herrschaft und Gesellschaft im nationalsozialistischen Staat. Studien zur Struktur und Mentalitätsgeschichte,* Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt 1990.

Borsdorf, Ulrich/Jamin, Mathilde (Hrsg.): *Über Leben im Krieg. Kriegserfahrungen in einer Industrieregion 1939–1945.* Rowohlt Verlag, Reinbek 1989.

Den 14 Autoren des Katalogs geht es um eine alltags- und sozialgeschichtliche Aufarbeitung des Zweiten Weltkrieges.

Bracher, Karl Dietrich/Funke, Manfred/Jacobsen, Hans Adolf *(Hrsg.): Nationalsozialistische Diktatur 1933–1945. Eine Bilanz,* Droste Verlag, Düsseldorf 1983.

Umfassender Überblick über den Forschungsstand zu den Themen „Herrschaftssystem und Politik des NS-Regimes bis 1939", „Nationalsozialistische Herrschaft im Kriege 1939–1945" und „Fragen, Deutungen, Ergebnisse".

Broszat, Martin/Möller, Horst *(Hrsg.): Das Dritte Reich. Herrschaftsstruktur und Geschichte,* Beck'sche Verlagsbuchhandlung, München 1989.

Broszat, Martin/Frei, Norbert: *Das Dritte Reich im Überblick. Chronik – Ereignisse – Zusammenhänge,* Piper Verlag, München 1989.

Deist, Wilhelm/Messerschmidt, Manfred/Volkmann, Hans E./Werte, Wolfram: *Ursachen und Voraussetzungen des Zweiten Weltkrieges,* Fischer Taschenbuch Verlag, Frankfurt 1989.

Falter, Jürgen u.a.: *Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten,* C.H. Beck Verlag, München 1986.

Frei, Norbert *(Hrsg.): Medizin im Nationalsozialismus. Kolloquien des Instituts für Zeitgeschichte,* R. Oldenbourg Verlag, München 1988.

Das Buch zeigt wesentliche Fragestellungen auf, die für die weitere Erforschung der Medizin im Nationalsozialismus von Bedeutung sind.

Klee, Ernst/Dreßen, Willi *(Hrsg.): „Gott mit uns". Der deutsche Vernichtungskrieg im Osten 1939–1945.* S. Fischer Verlag, Frankfurt 1989.

Michalka, Wolfgang *(Hrsg.): Der Zweite Weltkrieg. Analysen, Grundzüge, Forschungsbilanz,* Piper Verlag, München 1989.

Michalka, Wolfgang *(Hrsg.): Die nationalsozialistische Machtergreifung,* Schöningh Verlag, Paderborn 1984 (Reihe UTB Nr. 1329).

Militärgeschichtliches Forschungsamt Freiburg i. Br. *(Hrsg.): Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg. Bisher: Band 1–5/1 u. 6,* Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart 1979 ff.

Die auf zehn Bände konzipierte Gesamtdarstellung des Zweiten Weltkrieges basiert zwar auf präziser wissenschaftlicher Quellenarbeit, will aber ein Handbuch für interessierte Laien sein.

Mommsen, Hans/Willems, Susanne *(Hrsg.): Herrschaftsalltag im Dritten Reich. Studien und Texte,* Patmos (Schwann) Verlag, Düsseldorf 1988.

In fünf Aufsätzen, die zum Teil neueste Forschungsergebnisse präsentieren, geht es unter anderem um die Stellung der NSDAP im Herrschaftsgefüge, den Hitler-Mythos, die Justiz.

IV. Erinnerungen, autobiographische Erzählungen

Bayer, Ingeborg *(Hrsg.): Ehe alles Legende wird. Das Dritte Reich in Erzählungen, Dokumenten, Berichten,* Signal Verlag, Baden-Baden, 3. Auflage 1982, 256 S.

Birenbaum, Halina: *Die Hoffnung stirbt zuletzt.* Reiner Padligur Verlag, Hagen 1989.

Borkowski, Dieter: *Wer weiß, ob wir uns wiedersehen. Erinnerungen an eine Berliner Jugend,* Fischer Verlag, Frankfurt a.M. 1980, 224 S.

Bredow, Ilse Gräfin von: *Kartoffeln mit Stippe,* Scherz Verlag, München 1981, auch Goldmann TB 6393, Neuaufl. 1989.

Finckh, Renate: *Mit uns zieht die neue Zeit,* Signal Verlag, Baden-Baden, 4. Auflage 1982, 160 S. od. Arena Verlag, Würzburg 1989.

Grün, Max von der: *Wie war das eigentlich? Kindheit und Jugend im Dritten Reich mit einer Dokumentation von Christine Schütz,* Luchterhand Verlag, Neuwied, 11. Aufl. 1988.

Informationen
zur politischen Bildung

Herausgeber: Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Iris Möckel, Horst Pötzsch (verantwortlich), Dr. Christiane Schroeder-Angermund.

Manuskripte und Mitarbeit: Dr. Helmut Kistler, München, unter Mitwirkung des Institutes für Zeitgeschichte; Carola Preiter, Bonn.

Titelseite: Wulf Reinshagen, Bad Oeynhausen.

Fotos: Bildarchiv Preußischer Kulturbesitz (S. 34 unten, 36); Bundesarchiv Koblenz (S. 26, 35, 39); Cigaretten-Bilderdienst (S. 2, 37, 38); dpa (S. 15 unten, 27 unten, 28 unten, 51 oben); Interfoto-Pressebild-Agentur (S.11); Keystone (S. 7, 29, 40 unten, 49, 65 unten); Süddeutscher Verlag (S. 1 unten rechts, 3 unten rechts, 5, 13, 14, 16, 24, 32, 43 oben, 47, 52 unten, 55, 58, 63, 65 oben, 68, 69); Ullstein (S.1 links und Mitte, 3 links, 4, 8, 9, 10, 15 oben, 18, 21, 23, 27 oben, 28 oben, 37 oben, 41, 43, 44, 51 unten, 52, 53, 56, 59, 60, 66, 70).

Graphiken: Erich-Schmidt-Verlag (S. 30, 31)

Gesamtherstellung, Verlag und Vertrieb: Franzis-Verlag GmbH, Postfach 37 01 20, 8000 München 37.

Druck: Bruckmann, München.

Text und Fotos sind urheberrechtlich geschützt. Der Text kann in Schulen zu Unterrichtszwecken vergütungsfrei vervielfältigt werden.

Die Hefte werden kostenlos abgegeben.

ISSN 0046-9408 – Auflage 200000.

Redaktionsschluß dieser Ausgabe: März 1991.

Anforderungen (nur Informationen zur politischen Bildung)

sind (nur schriftlich) an Franzis-Verlag GmbH, Postfach 15 07 40, 8000 München 15, zu richten (Berufsangabe erforderlich). Absenderanschrift bitte in Druckschrift.
Andere Veröffentlichungen der Bundeszentrale für politische Bildung bitte direkt bei der Bundeszentrale bestellen (Anschrift oben).